

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Mai 2015

II

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

<i>Rolf Badstübner</i> : Deutschland 1945 – Befreiungsoptionen.....	5
<i>Eric Blanc</i> : Ein neuer Blick auf das Verhältnis von Bolschewiki und nationalen Befreiungsbewegungen im Zarenreich.....	28
<i>Jörg Roesler</i> : Mit oder gegen den Willen der Betriebsbelegschaften? Die Privatisierung in Polen und den neuen Bundesländern 1990 bis 1995 im Vergleich.....	44

Biografisches

<i>Gerhard Engel</i> : Radikal, gemäßigt, vergessen: Alfred Henke (1868-1946). Erster Teil (1868-1918).....	67
<i>Wilma Ruth Albrecht</i> : Rosa Luxemburg als Malerin und ihr Verständnis moderner bildender Kunst	86
<i>Henning Fischer</i> : „Unter schweren Bedingungen.“ Biografische Notizen zu Rita Sprengel und Doris Maase, zwei deutschen Kommunistinnen im 20. Jahrhundert.....	106

Regionales

<i>Ulrich Schröder</i> : Adam Frasunkiewicz und die Spaltung der Hemelinger Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg.....	128
--	-----

Dokumentarisches

Gregor Kurella: Von der Schulbank an die Front zur Roten Armee – bis zum Sieg über den Hitlerfaschismus. Erinnerungen144

Berichte

Michael Oberstadt: 45. Konferenz der International Association of Labour History Institutions in New York 2014.....160

Ralf Hoffrogge: „Wie der Kapitalismus überlebt“ – 11. Historical Materialism Conference in London.....166

Information

René Senenko: Zwangsarbeiter, Wehrmachtsdeserteure und 999er. Die Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V. in Hamburg.....170

Buchbesprechungen

Andrea Komlosy: Arbeit. Eine globalhistorische Perspektive. 13. bis 21. Jahrhundert (*Evemarie Badstübner*).....174

Christina Bargholz/Museum der Arbeit Hamburg (Hrsg.): ABC der Arbeit. Vielfalt, Leben, Innovation. Von Kupferschmieden und Kaufleuten, Blaumännern und Schürzen, Lohntüten und Streikkassen... (*Achim Dresler*)176

Herbert Meißner: Gewaltlosigkeit und Klassenkampf. Revolutionstheoretische Überlegungen (*Jörg Roesler*)178

Eric Hobsbawm: Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus (*Ulla Plener*).....180

Philippe Kellermann (Hrsg.): Begegnungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus, Bd. 3 (<i>Jochen Weichhold</i>)	181
Kay Schweigmann-Greve: Chaim Zhitlowsky (<i>Jürgen Hofmann</i>)	184
Claus-Peter Clasen: Arbeitskämpfe in Augsburg um 1900 (<i>Axel Weipert</i>)	185
Paul Frölich: Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890-1921, hrsg. von Reiner Tosstorff (<i>Marcel Bois</i>)	187
Jens Ebert (Hrsg.): Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Briefe aus dem Weltkrieg 1914-1918 (<i>Gerhard Engel</i>)	189
Friedrich Kniestedt: Fuchsfeuerwild. Erinnerungen eines anarchistischen Auswanderers (1873-1947) (<i>Jochen Weichhold</i>)	192
Simon Ebert: Wilhelm Sollmann (1881-1951) (<i>Heinz Niemann</i>)	194
Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Supplement zum Biographischen Handbuch 1918 bis 1945 (<i>Herbert Mayer</i>)	197
Heiko Müller: „Kinder müssen Klassenkämpfer werden!“ Der kommunistische Kinderverband (1920-1933) (<i>Axel Weipert</i>)	198
Christian Hermann: Roter Frontkämpferbund (RFB) in Dresden und Ostsachsen 1924-1929 (<i>René Senenko</i>)	201
Thilo Scholle/Jan Schwarz/Ridvan Ciftci (Hrsg.): „Zwischen Reformismus und Radikalismus“. Jungsozialistische Programmatik in Dokumenten und Beschlüssen (<i>Horst Dietzel</i>)	202
Ralf Hoffrogge: Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895-1940) (<i>Gerhard Engel</i>)	204
Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug (<i>Axel Weipert</i>) ...	206

Gunter Lange: Siegfried Aufhäuser (1864-1969). Eine Biografie (<i>Kurt Schilde</i>)	207
Olga Benario/Luiz Carlos Prestes: Die Unbeugsamen. Briefwechsel aus Gefängnis und KZ (<i>Ronald Friedmann</i>).....	210
Otto König: Band der Solidarität. Widerstand, Alternative Konzepte, Perspektiven; die IG Metall Verwaltungsstelle Gevelsberg-Hattingen 1945-2010 (<i>Ulla Plener</i>)	212
Colin Shindler: Israel and the European Left; Philip Mendes: Jews and the Left (<i>Mario Kessler</i>)	213
Gottfried Oy/Christoph Schneider: Die Schärfe der Konkretion. Reinhard Strecker, 1968 und der Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Historiografie (<i>Christoph Meißner</i>)	216
Elise Catrain: Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx- Universität Leipzig (1968/69-1981) (<i>Herbert Mayer</i>)	218
Klaus Mertsching (Bearb.): Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1969-1975 (<i>Dietmar Lange</i>).....	220
Peter Hübner: Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR 1971 bis 1989 (<i>Ulrich Busch</i>)	222
Bambule (Hrsg.): Das Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD (<i>Jelena Steigewald</i>).....	224
Oskar Negt: Nur noch Utopien sind realistisch. Politische Interventionen (<i>Ulla Plener</i>)	226
 Autorenverzeichnis	 229
Impressum.....	230

Deutschland 1945 – Befreiungsoptionen

Rolf Badstübner

1. Forschungsparadigmen

Das Ende des Zweiten Weltkrieges und der Beginn des Friedens in Europa¹ markierten im Mai 1945 als weltgeschichtliche Zäsur zugleich die wohl am tiefsten greifende Zäsur der deutschen Geschichte. Das faschistische Deutschland erlitt auf eigenem Boden eine totale Niederlage in einem sinnlosen, wahnwitzig zum „totalen“ ausgeweiteten Krieg, der das ganze deutsche Volk in den Untergang hineinzureißen drohte.² Dem Durchhalteterror gegen die eigene Bevölkerung fielen noch in den letzten Kriegstagen unzählige Deutsche zum Opfer.³ Mit der Befreiung der Welt vom Faschismus vollzog sich auch die Befreiung des deutschen Volkes, obwohl die Sieger- und Besatzungsmächte das so nicht deklarierten. Sie wussten, dass die nazistisch infiltrierte Deutschen sich besiegt und vom gefürchteten Feind nun besetzt fühlten, sich bestenfalls vom Kriege befreit sahen. Hinzu kam, dass sich der Übergang vom Krieg zum Frieden und die Besetzung Deutschlands bis zuletzt in erbitterten kriegerischen Aktionen vollzogen und – verstärkt durch Hass auf Deutschland und die Deutschen – mit Plünderungen, Gewaltakten, insbesondere Vergewaltigungen, einhergingen.

Während in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) im Kontext antifaschistischer Aktivitäten unter der deutschen Bevölkerung schrittweise auch Befreiungsdanken um sich griff, setzte sich – nach anfänglich ähnlichen Ansätzen – in den Westzonen immer stärker und im Kontext des Kalten Krieges endgültig das Diktum der Niederlage durch, das dann auch in der Zeitgeschichtsschreibung der Bundesrepublik dominierte. Und als sich diese nach der Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker 1985 vor dem Bundestag endlich dazu durchrang, jenes Diktum zu überwinden und den 8. Mai 1945 auch als einen Tag der Befreiung zu bewerten, blieb sie, wie auch Weizsäcker selbst, in dieser Bewer-

1 Der Krieg gegen Japan war noch nicht beendet.

2 Siehe die mit Abstand beste Untersuchung zum Thema: Ian Kershaw: Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45, München 2011.

3 Auch der Verf. entrann als 16-jähriger Heimatflakhelfer am 7. Mai 1945 nur knapp seiner Erschießung als Deserteur.

tung doch auf halbem Wege stehen, nämlich bei der unmittelbaren Befreiung von der Nazi-Diktatur.

Das griff und greift noch immer zu kurz und wird der Dimension der Befreiung der Deutschen nicht gerecht. Die Besetzung Deutschlands und die Übernahme der Obersten Gewalt durch die vier Siegermächte zielten doch auf eine radikale politisch-gesellschaftlich-ideologische Überwindung des Nationalsozialismus und des deutschen Militarismus und somit auf eine Befreiung zu einem echten Neubeginn und für eine geschichtliche Wende in Deutschland. Dazu bedurfte es eines entsprechenden Besatzungsregimes, denn der deutsche „Widerstand ohne Volk“, die Minderheit von Antifaschisten und Demokraten, waren – selbst in einer längeren Kraftanstrengung – aus eigener Kraft dazu kaum in der Lage; das deutsche Volk konnte sich 1945 nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. Das war im Mai 1945 Konsens in der Anti-Hitler-Koalition.⁴

Vor dieser historischen Tatsache, die Besatzungsherrschaft als eine Transformationsperiode der Gesellschaftsgeschichte⁵ zu begreifen und darzustellen, scheute und scheut die bundesdeutsche Zeitgeschichtsschreibung mehrheitlich zurück – jetzt mehr als früher. Anstelle eines von 1945 ausgehenden genetischen Ansatzes avancieren nun die Ereignisse von 1989/90 zum zentralen Referenzpunkt einer teleologisch ausgerichteten Erfolgs- und Siegeregeschichte, die sich auch die frühe Nachkriegsperiode passgerecht maßschneidert. Horst Möller formulierte 2008: „Die politischen Konzeptionen der Besatzungsmächte, so sie denn klarere Konturen besaßen, waren so unterschiedlich, ja gegensätzlich wie die politischen Ziele innerhalb Deutschlands, als sie wieder frei geäußert werden durften.“⁶ Es hätte also nur vage Nachkriegsoptionen gegeben, und aus dieser Konstellation wäre dann sukzessive und kontinuierlich die freiheitlich-demokratische, sich von der Nazidiktatur abhebende Bundesrepublik entstanden, Zusammenbruch und Wirren überwindend, während die sowjetisch/kommunistische Politik im Osten eine illegitime Sonderentwicklung in der SBZ bewirkt habe, womit diese als „zweite deutsche Dik-

4 Siehe auch Harold Hurwitz: Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945-1946 (Demokratie und Antikommunismus in Berlin, Bd. 3), Köln 1984.

5 Aus soziologischem Blickwinkel bekräftigt diese Sichtweise Uta Gerhardt: Soziologie der Stunde Null. Zur Gesellschaftskonzeption des amerikanischen Besatzungsregimes in Deutschland 1944-1945/1946, Frankfurt/Main 2005, S.15.

6 Horst Möller: Zwei deutsche Staaten, eine Nation? Zum nationalen Selbstverständnis in den Verfassungen der Bundesrepublik und der DDR, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S.15-33, hier S.15.

tatur“ in anrühliche Nähe zur Nazi-Diktatur gebracht wird. Die bundesdeutschen Meistererzählungen aus der Zeit nach 1989/90⁷ bewegen sich im Großen und Ganzen in einem solchen Deutungsrahmen.

Jüngste Publikationen bauen den Gedanken des frühen Gegensatzes unter den Besatzern sogar aus. Heinrich August Winkler marginalisiert im dritten Band seiner monumentalen Geschichte des Westens⁸ die Befreiungsoptionen regelrecht, der Kalte Krieg beginnt in Winklers Darstellung faktisch schon 1945; die kommunistisch-stalinistische Entwicklung der SBZ habe die Teilung Deutschlands bewirkt. Eckart Conze geht noch einen Schritt weiter und lässt in der SBZ „im Sommer 1945 die kommunistische Umgestaltung“ einsetzen. „Mit Gewalt, mit neuem Terror und neuer Unterdrückung“ erfolgte „die Errichtung einer politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung nach sowjetischem Muster.“⁹ Ganz selbstverständlich wird hier vorangegangene Forschung ignoriert, etwa Christoph Kleßmanns Weigerung, die Struktureingriffe in der SBZ einfach als erste Sowjetisierungsphase zu charakterisieren. Kleßmann hob hervor: „In der Grundkonzeption war die sowjetische Form der Entnazifizierung in der Verbindung von schnellen und einschneidenden Struktureingriffen mit umfassender, aber gezielter personeller Säuberung und frühzeitiger Reintegration der Mitläufer ohne Zweifel das konsequenteste und effektivste System aller Besatzungszonen.“¹⁰ Übergangen werden

7 Siehe z. B. Manfred Görtemaker: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999; Ders.: *Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München 2002 u. Bonn 2002 = Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb); Konrad Jarausch: *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995*, München 2004 (bpb); Peter Graf Kielmansegg: *Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945-1990*, München 2007; Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014; Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*, München 2003, Bd. 5: *Bundesrepublik und DDR 1949-1990*, München 2008; Edgar Wolfrum: *Die geglättete Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006 (bpb); Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2000 und Bonn 2005 (bpb).

8 Heinrich August Winkler: *Geschichte des Westens*, Bd. 3: *Vom Kalten Krieg zum Mauerfall*, München 2014.

9 Eckart Conze: *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*, München 2009, S.27.

10 Christoph Kleßmann: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*, Bonn 1982 (bpb), S.84.

auch Urteile wie das folgende von 1998: „Das alliierte Entnazifizierungsprogramm ‚scheiterte‘ in den Westzonen an einer Wendung der Weltgeschichte; es scheiterte nicht, weil es schlechthin undurchführbar oder evident ungerecht war. Anhand der Rechtsprechung nach Befehl 201 in der SBZ läßt sich eine Vorstellung davon gewinnen, wie deutsche Ahndung von NS-Unrecht sich im Einklang mit Geist und Wortlaut alliierter Bestimmungen hätte vollziehen können.“¹¹

Diese und ähnliche Statements gründen nicht nur auf einer abweichenden Bewertung der SBZ-Entwicklung, sondern auch darauf, dass hier implizit von einem *gesamtalliierten Deutschlandprojekt* ausgegangen wird.

Aus dem Zweiten Weltkrieg ging keine neue Vorkriegszeit und unmittelbar auch keine konfrontative Teilung der Welt hervor. Vielmehr schloss sich dem Sieg über Deutschland eine rund zwei Jahre dauernde Phase der Fortsetzung der Antihitlerkoalition an, die auf die kooperative Gestaltung der Welt und die Sicherung des Weltfriedens ausgerichtet war. Die Verwaltung Deutschlands mit ihrer koordinierten Vier-Mächte-Politik und dem Ziel einer gemeinsamen Friedensregelung für Deutschland war ein integrativer Bestandteil dieser Weltpolitik. Sie prägte – bei allen Differenzen unter den Siegermächten – die deutsche Nachkriegsentwicklung bis 1947 maßgeblich, und zwar im Sinne gemeinsam getragener Befreiungsoptionen und kooperativ betriebener Transformation. Erst die weltpolitische Wende und der Kalte Krieg führten eine erneute Zäsur der deutschen Nachkriegsgeschichte herbei, verbunden mit der Weichenstellung zur deutschen Zweistaatlichkeit. Solcherart gestaltete sich die Dialektik der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte im Kontext der Befreiung. Aus ihr ergeben sich von der Zeitgeschichtsschreibung zu berücksichtigende Bewertungs- und Legitimationskriterien.¹²

2. Das alliierte Deutschlandprojekt: Reichweite und Grenzen der Transformationen

Die Welt war beim Übergang vom Krieg zum Frieden in außerordentlicher Bewegung. Aus der vom Faschismus verursachten Menschheitskatastrophe des Zweiten Weltkriegs, aus diesem tiefen Fall in die Barbarei erwachsen Antikriegsaktionen, verbunden mit Aufbruchsbestrebungen zu neuen Ufern: zu neuem Denken und Handeln, Visionen von einer Welt oh-

11 Christian Meyer-Seitz: Die Verfolgung von NS-Straftaten in der Sowjetischen Besatzungszone, Berlin 1998, S.348.

12 Siehe Rolf Badstübner: Vom ‚Reich‘ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999; Ders.: Clash. Entscheidungsjahr 1947, Berlin 2007.

ne Krieg, einer besseren Zukunft der Menschheit, die mit dem Beginn des atomaren Zeitalter dann noch bekräftigt wurden.¹³ Die inzwischen einsehbareren sowjetischen Akten¹⁴ weisen wie die schon länger bekannten angloamerikanischen¹⁵ aus, dass das durchaus konfliktbeladene Kriegsbündnis zwischen UdSSR, USA und Großbritannien 1945 doch als erfolgreich eingeschätzt wurde und dass man es auch ernsthaft als Grundlage für eine – trotz Systemgegensatz – integrative, universalistische Nachkriegsordnung zur Sicherung des Weltfriedens ansah. Trotz Interessengegensätzen, Meinungsdivergenzen und auch Misserfolgen stellte der Kooperationskurs seine Praktikierbarkeit unter Beweis: bei der UN¹⁶ und den sich herausbildenden Organisationen, bei Regelungen für die Weltwirtschaft wie dem Währungssystem von Bretton Wood (1944). Er bewährte sich bei der gemeinsamen Besetzung und Verwaltung Deutschlands und Österreichs sowie in diversen alliierten Kommissionen, im Rat der Außenminister, im Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher mit dem gemeinsamen Vorstoß zur Weiterentwicklung des Völkerrechts¹⁷ und schließlich auch Anfang 1947 bei den Friedensverträgen mit Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn. Solche Regelungen mit Deutschland und Österreich schienen greifbar nahe.

Insgesamt hob sich damit die frühe Nachkriegsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg doch recht positiv von der nach dem Ende des Ersten

13 Siehe u. a. Mark Mazower: *Die Welt regieren. Eine Idee und ihre Geschichte von 1815 bis heute*, München 2013.

14 Siehe vor allem *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*, Bde. 1-4, bearb. u. hrsg. von Jochen P. Laufer u. Georgij P. Kynin, Berlin 2004-2012; Jochen Laufer: *Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941-1945*, Köln-Weimar-Wien 2009; *Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-1954. Dokumente*, hrsg. u. eingel. von Jan Foitzik, München 2012; Jan Foitzik (Hrsg.): *Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltungen in der SBZ und frühen DDR. Dokumente*, München 2015.

15 Siehe die einschlägigen Record Groups im National Archive Washington (vor allem RG 43, 59, 218, 260), die Microfiches der OMGUS-Akten im Bundesarchiv (BArch), Z45F, sowie die Überlieferungen im Public Record Office London, vor allem FO 934ff. und CAB 21.

16 „Allerdings, die Kolonialvölker waren enttäuscht von der UNO-Charta, die ihre Anliegen übergibt. Aus Kanada, Australien und anderen Nationen kam massive Kritik an der undemokratischen Struktur der neuen Weltorganisation, dem Mangel an Repräsentation. Aber die Großmächte hielten zusammen.“ Mazower, *Welt*, S.221.

17 Siehe u. a. Annette Weinke: *Die Nürnberger Prozesse*, München 2006; Joachim Perels: *Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime*, Hannover 2004; Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hrsg.): *NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung*, Hamburg 2013.

Weltkrieges ab. Der Übergang zum Frieden stand 1945 deutlich im Zeichen einer energisch fortgesetzten Kooperation. Das spiegelte sich auch in den Erwartungen weltweit wider. Da die britischen Wähler den Eindruck gewonnen hatten, dass ihr Kriegsheld Churchill nicht der Garant für eine Fortsetzung dieser Politik war,¹⁸ und weil sie außerdem den Vorkriegszustand nicht zurückwünschten, wählten sie ihn einfach ab. Und laut einer Umfrage von Ende 1945 „befürworteten 54 Prozent der Amerikaner die Vereinten Nationen als ‚Weltregierung mit der Befugnis zur Kontrolle der Streitkräfte aller Nationen, einschließlich der USA‘ [...]. Sogar erstaunlich viele US-Militärs waren der Ansicht, dass die Atombombe geächtet oder irgendeiner Form der internationalen Aufsicht unterstellt werden müsse.“¹⁹

Im Zeitraum von der Moskauer Außenministerkonferenz Ende 1943 bis zur Gipfelkonferenz der Großen Drei in Potsdam (Juli/August 1945) nahm ein alliiertes Deutschlandprojekt Gestalt an, in dem harte Sanktionen einschließlich territorialer Amputationen und Umgestaltungs- und Umerziehungsforderungen gegenüber den Deutschen mit der Gewährung von Überlebenschancen und Zukunftsperspektiven im Kreise der Vereinten Nationen verknüpft waren. In der Sicht auf Nationalsozialismus und deutsche Frage waren echte Annäherungen erfolgt, die auch einvernehmliche Schlussfolgerungen darüber ermöglichten, was zu tun sei, um das gemeinsame Hauptziel zu erreichen: die Aggressoren zu bestrafen, Wiedergutmachungen festzulegen sowie Möglichkeiten erneuter Aggressionen einzudämmen.

Wie in den sowjetischen Planungen von Anfang an, hatte sich auch in den angloamerikanischen Deutschlandplanungen bei Kriegsende eine nicht so sehr politisch-ideologisch, als vielmehr gesellschaftspolitisch ausgerichtete Sicht auf den Nationalsozialismus und den preußisch-deutschen Militarismus durchgesetzt. Die britische Labour Party verankerte etwa in ihrem außenpolitischen Programm vom Dezember 1944 die Forderungen gegenüber Deutschland, die Macht der Junker, der Militärkaste und der Schwerindustrie auch mit Sozialisierungsmaßnahmen zu brechen. Mit Franz Neumann vermochte ein führender Kopf der „Frankfurter Schule“ sein Werk *Behemoth*²⁰, eine von marxistischen Denkansätzen

18 „Ruhige Nächte dank der Roten Armee“ hieß es in den letzten Kriegsjahren in London. Erstaunlich, wie schnell Stalin dieses Ansehen wieder verspielte.

19 Erich Schlosser: *Command and Control. Die Atomwaffenarsenale der USA und die Illusion der Sicherheit*, München 2013, S.94.

20 Siehe Franz L. Neumann: *Behemoth. The structure and practice of National Socialism*, London 1941.

geprägte Faschismusanalyse,²¹ in die US-Deutschlandplanungen einzubringen. Aus Neumanns Analyse des Nationalsozialismus als Herrschaftskartell aus Wehrmacht, hoher Bürokratie, Monopolwirtschaft und Nazi-Partei mit charismatischem Führer ergaben sich entscheidende Schlussfolgerungen darüber, was getan werden musste, um den Faschismus zu überwinden und dauerhaft zu beseitigen. Diese Sicht fand in hohem Maße im alliierten Deutschlandprojekt ihren Niederschlag, insbesondere auch in den Anklagen bei den Nürnberger Prozessen. So stellte Ankläger Robert Kempner fest, dass „weite Teile der ‚alten‘ Funktionseleiten durch ihre willige Mitarbeit den Krieg und die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen überhaupt erst ermöglicht hatten: Ohne ihre Verwaltung und deren Umsetzung und ohne die Direktiven und Anweisungen, die sie entwarfen, hätte kein Hitler und kein Göring Angriffskriege planen und führen können, kein Himmler hätte 6.000.000 Juden und andere Opfer der nationalsozialistischen Aggression und Ideologie auslöschen können.“²²

Das alliierte Deutschlandprojekt von Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung, Demonopolisierung, Demontagen, aber auch Enteignungen, Elitenwechsel und Umerziehung hatte also durchaus deutliche Konturen und beinhaltete weit gesteckte Ziele. Es war darauf gerichtet, mittels der Gewalt der Besatzungsmächte, also „von oben“ und in einem längeren Transformationsprozess, unterstützt durch deutsche Auftragsverwaltungen, zum Erfolg zu gelangen. Der linksliberale Rechts- und Staatswissenschaftler John Herz, der zur Neumanngruppe gehörte, hob in diesem Zusammenhang eine „dritte Richtung“ hervor, die vielleicht sogar damals vorherrschend war, „bei den Emigranten ohnehin, aber eben auch in den amerikanischen Regierungsstellen. Sie [...] glaubte an die Möglichkeit, ein demokratisches Deutschland jenseits von Agrarisierung, aber auch jenseits des westlichen Kapitalismus schaffen zu können – ein Deutschland mit einer demokratischen Verfassung, die alle Op-

lism 1933-1944, Toronto-New York-London 1942; dt. Ausgabe: Ders.: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, hrsg. und Nachwort von Gert Schäfer, Köln u. a. 1977.

21 Sie wurde von der auf die vereinfachte Dimitroff-Formel fixierten kommunistischen Weltbewegung und auch in der DDR nicht rezipiert. In der Bundesrepublik wurde sie weitgehend verdrängt, bis sie in den 1990er-Jahren wieder Erwähnung fand.

22 Aus der Anklage im Wilhelmstraßenprozess, zit. nach: Eckart Conze u. a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010, S.391f.

tionen vorläufig offen lassen würde.“²³ Herz hatte völlig Recht. Nur wenn man vom Vorherrschen dieser Denkrichtung ausgeht, kann man die Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition im Sinne von systemüberbrückenden Kompromissen richtig interpretieren und überhaupt verstehen, wie eine Art Grundkonsens über die Besetzungsziele hinsichtlich gesellschaftspolitischer Umgestaltungen in Verbindung mit Demokratisierung bei einem Projekt zustande kam, für das beide Seiten – Westalliierte und Sowjetunion – über ihren systempolitisch definierten Schatten springen mussten. Das gelang zeitweilig durchaus, später aber immer weniger. Beides muss historiografisch berücksichtigt werden.

Gegner oder Kritiker eines gemeinsamen alliierten Deutschlandprojektes befanden sich in den Regierungen in Washington und London sowie in den Militärverwaltungen zunächst eindeutig in der Defensive. So betonte der Stellvertreter des US-Militär-Gouverneurs Lucius D. Clay in einer Unterredung mit dem Stellvertretenden Obersten Befehlshaber und Vizechef der SMAD Vasilij D. Sokolovskij Ende Oktober 1945 die weitgehende Übereinstimmung der Positionen in allen wichtigen Fragen – mit Ausnahme der Reparationsfrage.²⁴ Da die amerikanischen Deutschlandplanungen der sowjetischen Sicht auf den Faschismus recht nahe kamen, hatte Stalin in der deutschen Frage zunächst keine Probleme, sich ein- und anzupassen. Er unterstützte den von ihm als vorteilhaft eingeschätzten Kurs auf die Nachkriegskooperation, was in den bisher erschlossenen Papieren sowjetischer Nachkriegsplanungen deutlich nachzuweisen ist.²⁵ Das erklärt auch, dass er in so hohem Maße britischen und amerikanischen Initiativen in der Beratenden Europäischen Kommission, im Rat der Außenminister und im Alliierten Kontrollrat zustimmte bzw. zustimmen ließ. Echte Probleme und Differenzen gegenüber den Westmächten ergaben sich allerdings aus den mit sowjetischen Reparationsansprüchen zusammenhängenden Fragen zur deutschen Wirtschaftseinheit sowie daraus, ob Deutschland als Staatenbund, Bundesstaat oder Zentralstaat wiederhergestellt werden sollte. Stalin versteifte sich auf die Idee des Zentralstaats, stand aber damit allein.

23 Zit. nach: Alfons Söllner (Hrsg.): Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Bd. 2: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946-1949, Frankfurt/Main 1986, S.37.

24 Siehe Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. 2, S.127.

25 Jochen Laufer konstatiert: „Keines von den bisher im Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation zugänglichen Dokumenten und keines aller übrigen (herangezogenen) Dokumente [...] deutet auf die aggressive Absicht Stalins hin, die Westmächte aus Deutschland zu vertreiben.“ Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. 3, S.LXXXIII.

Die bisherige Erschließung sowjetischer Akten lässt bei allen Erkenntnisfortschritten immer noch vieles ungeklärt. Letzte Gewissheit über Stalins Motivationen, Taktiken und Zielvorstellungen dürfte sowieso nicht zu erlangen sein. So bleibt die Einschätzung der sowjetischen Politik in und gegenüber Deutschland weiter umstritten.²⁶ Für die zumindest in den ersten Jahren starke Motivation für einen Verständigungskurs gegenüber den Westalliierten ist zunächst schon Stalins Einflussnahme auf die deutschen Kommunisten ein wichtiges Indiz. Er drängte auf einen gemäßigten, konzilianten Aufruf der KPD (11. Juni 1945) ohne jeglichen Sozialismusbezug. Das könnte sogar als überzogene Anpassung gesehen werden, da in den Westzonen zugelassene Parteien – ausgenommen die liberalen Strömungen – zur gleichen Zeit eine mit prosozialistischen Forderungen und Perspektiven verbundene Ächtung bzw. historische Verurteilung des Großkapitals vornahm. Auf seinem 1. Parteitag im Mai 1946 erklärte der westzonal agierende Teil der SPD in programmatischen „Leitsätzen“²⁷ einen demokratischen Sozialismus zur „Tagesaufgabe“. Der habe mit der Sozialisierung der Grund- und Schlüsselindustrien und der sofortigen Einleitung einer grundlegenden „Agrar- und Bodenreform [...] unter Enteignung der Großgrundbesitzer“ zu beginnen. Es hieß außerdem, dass Demokratie den Sozialismus erfordere und dieser wiederum die Demokratie. Und auch die neuen christlich-demokratischen Sammelparteien orientierten sich mehr oder weniger stark an einem christlichen Sozialismus, der, wie im Kölner Gründungsaufwurf²⁸ und in den „Frankfurter Leitsätzen“²⁹ festgehalten, das Ziel der Überführung von Grund- und Schlüsselindustrien sowie Großbanken in Gemeineigentum einschloss.³⁰ Dies wurde sei-

26 In der Einleitung zu Bd. 4 seiner Dokumentation verfolgt Laufer das Konzept, das er schon in den Bden. 2 und 3 als Interpretationsmodell für die sowjetische Deutschlandplanung vorgestellt hatte. Danach habe die UdSSR auf eine stringente Eigenentwicklung der SBZ in Richtung Oststaat und Volksdemokratie bzw. Sozialismus hingewirkt – bei bloß propagandistischer Einheitsdrapierung. Der russische Historiker Filitov hebt demgegenüber hervor, die im Bd. vorgestellten Dokumente würden bestätigen, dass es im sowjetischen Herangehen an die deutsche Frage zwei Optionen gegeben hat. Siehe Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. 4, S.XCL.

27 Abgedruckt in: Hans-Jörg Ruhl (Hrsg.): Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, München 1982, S.227-233.

28 Abgedruckt im Buch des Mitverfassers Leo Schwing: Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union, Recklinghausen 1963, S.215-217.

29 Abgedruckt in: Politisches Jahrbuch der CDU/CSU, (1) 1950, S.230-232.

30 In den „Informationen für politische Bildung“ Nr. 259: Deutschland 1945-1949, überarb. Neuauflage 2005, S.13, sind als Gründungsdokument die „Düsseldorfer Leitsätze“ von

tens der Ostzone flankiert durch den CDU-Parteivorsitzenden Jakob Kaiser, der sich – ausgehend von der Überzeugung, dass das „bürgerliche Zeitalter“ zu Ende sei – mit Blick auf ganz Deutschland für einen christlichen Sozialismus als Brücke zwischen Ost und West aussprach.³¹

In den Westzonen schien es, als würde diese Vorstellung in der CDU obsiegen; in den Frankfurter Heften verfügte sie mit Walter Dirks und Eugen Kogon über wirkungsmächtige Verfechter. Noch 1947 fand sich in der Präambel des Ahlener Programms eine Verurteilung des Kapitalismus. Das Programm wurde unter der Überschrift „Sozialisierung im Sinne der CDU“ veröffentlicht,³² mit diesen Forderungen gewann die CDU die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. In der Regierungserklärung von Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) hieß es: „Das deutsche Volk und insbesondere die Menschen an Rhein und Ruhr sind entschlossen, eine öffentliche Ordnung aufzubauen, die der Wohlfahrt des Volkes und dem Frieden dient. Das gilt besonders für die Neuordnung unserer Wirtschaft [...] Die bisherigen einseitigen Machtgebilde in der Großwirtschaft werden beseitigt und Neubildungen in der Zukunft werden dadurch verhindert, daß die deutschen Grundstoffindustrien (Kohlenwirtschaft, die stahl- und eisenerzeugende Industrie sowie die den Markt monopolistisch beherrschende Großchemie) in Gemeinschaft überführt werden. Eine Beteiligung des privaten Großkapitals in den vorgenannten Betriebs- und Industriezweigen wird ausgeschlossen [...], Kriegs- und Naziverbrecher werden entschädigungslos enteignet“³³

Als Stalin Anfang 1946 die Gründung der SED „absegnete“, orientierte er – bei prononciertem Betonung des Unterschiedes zwischen Deutschland und dem Russland der Oktoberrevolution – auf die unbedingt zu berücksichtigenden „parl. Traditionen“ und auf die daraus resultierende Möglichkeit und Notwendigkeit „auf demokrat. Weg – zur Arbeitermacht – nicht Diktatur“ zu gelangen.³⁴ Dieser auf Konsensbildung zwi-

1949 abgedruckt.

31 Siehe Jakob Kaiser: *Wir haben Brücke zu sein. Reden und Aufsätze zur Deutschlandpolitik*, hrsg. von Christian Hacke, Köln 1988.

32 Siehe Rheinische Post, 8.3.1947.

33 Landtag NRW: Erste Wahlperiode. Stenogr. Bericht von der 6. Sitzung am 17.6.1947, S.11f.

34 Aufzeichnung Piecks über den Bericht Ulbrichts, der sich vom 28.1. bis zum 6.2.1946 in Moskau aufgehalten hatte. An der Beratung im Politbüro der KPdSU nahm höchstwahrscheinlich Stalin selbst teil. Zit. nach: Rolf Badstübner/Siegfried Loth (Hrsg.): *Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*, Berlin 1994, S.68.

schen Kommunisten und Sozialdemokraten gerichtete Blick war für die Vereinigung³⁵ von entscheidender Bedeutung, Anton Ackermann hatte ihn im Februar 1946 im Auftrage der KPD-Führung zu einem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ ausgebaut. Darin wurde die Möglichkeit eines demokratischen und friedlichen Weges zum Sozialismus gemäß den deutschen Bedingungen begründet. Im Oktober 1946 ging Ackermann – nun allerdings schon nicht mehr unwidersprochen – noch weiter, indem er die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats auf die spezifisch russischen Bedingungen zurückführte, während in Ländern, in denen die Arbeiterklasse die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildet, demokratische Wege und Herrschaftsmethoden möglich und geboten seien. Ansatzweise brachte Ackermann u. a. auch schon Korrekturen am sowjetisch geprägten Sozialismusbild in die Diskussion ein.³⁶ Die im April 1946 gegründete SED definierte als Gegenwartsziel eine „antifaschistisch-demokratische, parlamentarische Republik“ mit Gewissens-, Glaubens-, Meinungsfreiheit, umfassenden sozialen und Menschenrechten und bekannte sich zu einem „demokratischen Weg zum Sozialismus“. Wie die weitere Entwicklung zeigte, waren stalinistische Sozialismuskonzeptionen damit keineswegs überwunden. Aber immerhin eröffnete das Festhalten an der unmittelbaren Aufgabe, eine antifaschistisch-demokratische, parlamentarische Republik zu errichten, die Möglichkeit einer gesamtdeutschen Verständigung.

Der Zeitraum, in dem die Vier-Mächte-Verwaltung Deutschlands einigermaßen funktionierte und Fortschritte in der koordinierten Umsetzung des alliierten Deutschlandprojektes erreicht wurden, dauerte von der bedingungslosen Kapitulation bis zur Moskauer Konferenz im Frühjahr 1947. Der Bericht des Alliierten Kontrollrates an den Rat der Außenminister von Ende 1946³⁷ belegt das. Die Zusammenarbeit war geprägt von

35 Es war keineswegs eine bloße Zwangsvereinigung, denn die Befürworter überwogen. Zweifellos wurde zu viel Druck und sowjetischer Zwang auf die Einheitsgegner und die Unentschlossenen ausgeübt, was das Ansehen der östlichen Besatzungsmacht weiter schmälerte. Deutschlandpolitisch war die Vereinigung auf nur zentraler Ebene sogar kontraproduktiv. Das erkannte auch Stalin post festum, als er im Januar 1947 eine Wiederezulassung der SPD in der SBZ ankündigte, die sich aber nicht mehr realisieren ließ.

36 Siehe Evemarie Badstübner: Ostdeutsche Sowjetunionerfahrungen, in: Konrad Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970, Frankfurt/Main-New York 1997, S.293-311.

37 Die Version in englischer Sprache liegt im OMGUS-Bestand, BArch, Z 45 F/OMGUS 2/108-2/3-7 Conl/P(47)1-67. Von der bundesdeutschen Zeitgeschichtsschreibung wurde und wird dieser Bericht weitgehend ignoriert.

einer zügigen und arbeitsintensiven ordnungspolitischen Arbeit des Alliierten Kontrollrates³⁸ – drei Proklamationen, vier Befehle, 43 Gesetze und 45 Direktiven bis Ende November 1946³⁹ – und der Militärregierungen bzw. -verwaltungen in den Zonen. Trotz schwierigster Probleme erbrachte sie bemerkenswerte Ergebnisse:⁴⁰

In allen Besatzungszonen wurde ein großer Personenkreis inhaftiert und/oder aus seinen Positionen in Verwaltungen, Wirtschaftsleitungen sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen entfernt. Schuldige wurden in beträchtlicher Zahl angeklagt und verurteilt. Zunächst schritt auch in allen Besatzungszonen eine mehr oder weniger umfassende und konsequente Entnazifizierung und „Säuberung“ voran. In der SBZ, wo Antifaschisten in leitende Positionen gelangten und das Berufsbeamtentum als solches „aufgehoben“ wurde, erfolgte mit der Entnazifizierung auch ein Elitenwechsel in Verwaltungen, Schulen und Gerichten. In allen Zonen wurden intensive Anstrengungen unternommen, die Rassenideologie und andere geistige Erscheinungsformen von Nazismus und Militarismus zu überwinden. Das geistig-kulturelle Leben stand deutlich im Zeichen von „Neuanfang“ und „Anderswerden“. Abermals waren die Veränderungen in der SBZ konsequenter: Mit einer demokratischen Schulreform, die an schulreformerische Bestrebungen in der Weimarer Republik anknüpfte, wurde in der SBZ eine zukunftsweisende Umgestaltung des Bildungs- und Erziehungswesens eingeleitet. In den Westzonen traten zwar ebenfalls vielfältige schulreformerische Bestrebungen hervor, doch kamen sie weniger zum Zuge als in der SBZ. Mit der Bodenreform in der SBZ begannen Veränderungen auch in den gesellschaftlichen Grundlagen. Ihr lag zwar ein grobschlächtiges sowjetisches Konzept zugrunde, nichtsdestotrotz wurden die mit der Bodenreform⁴¹ angestrebten wichtigsten sicherheitspolitischen Ziele und die Eingliederung von aus den nicht mehr zu Deutschland gehörenden Gebieten umgesiedelten Bauern erreicht.⁴² Die britische Militärregierung leitete dem Foreign Office Mitte 1946 ein Memorandum

38 Siehe Gunther Mai: *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948*, München 1995.

39 Siehe *Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland*, S.1-250.

40 Keine Fortschritte gab es allerdings infolge der französischen Blockade hinsichtlich gesamtdeutscher Regelungen. Bei der Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit lösten die sowjetischen Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion Streit aus.

41 Um nicht den Eindruck von „Kollektivierung“ bei den Westalliierten aufkommen zu lassen, ließ Stalin genossenschaftliche Bestrebungen bei den Neubauern unterbinden.

42 Siehe Arnd Bauerkämper (Hrsg.): *„Junkerland in Bauernhand“?*, Stuttgart 1996.

zur Bodenreform in der SBZ zu, in dem es am Ende hieß: „Auch wenn man die unökonomischen Methoden der administrativen Durchführung der Reform verurteilt, die nicht nur Ostdeutschland tangiert haben, sondern auch unsere eigene Aufgabe, Deutschland zu ernähren, erschweren, muß die Landreform als eine lebenswichtige und notwendige Maßnahme anerkannt werden. Sie war längst überfällig, und wir brauchen keine Tränen für die junkerlichen Landeigentümer, die enteignet wurden, zu vergießen. Historisch betrachtet, verdienen sie ihr Schicksal, und Europa wird sich durch ihre Eliminierung besser fühlen.“⁴³

Der im Alliierten Kontrollrat am 7. Oktober 1945 eingebrachte amerikanische Gesetzentwurf „Zur Demilitarisierung und zur endgültigen Ausschaltung des Einflusses der Junker und der nazistischen Großgrundbesitzer auf Staatsangelegenheiten“ zielte in die gleiche Richtung.⁴⁴ Es sei an der Zeit, „nun die großen Güter in der britischen Zone aufzuteilen“, teilte am 17. November 1945 – in Abstimmung mit dem Foreign Office – auch das Kontrollamt in London der britischen Kontrollkommission in Deutschland mit.⁴⁵ Und schließlich bekräftigte der Rat der Außenminister auf seiner Moskauer Konferenz im Frühjahr 1947 das Ziel, bis Jahresende in allen Besatzungszonen Bodenreformen durchzuführen.⁴⁶

Der erwähnte Kontrollratsbericht konnte auch umfangreiche Aktivitäten zur Demonopolisierung und Entmachtung der deutschen Wirtschaftseliten in Industrie- und Bankwesen und zur Beseitigung des deutschen Rüstungspotenzials ausweisen. In allen Besatzungszonen hatten die Besatzungsmächte nicht nur das Vermögen des Nazi-Staates und der Nazi-Organisationen, sondern auch das von Großbanken und Konzernen beschlagnahmt und unter ihre Kontrolle gestellt,⁴⁷ der Alliierte Kontrollrat das des I.G. Farbenkonzerns. Parallel dazu wurde eine einvernehmli-

43 Vom politischen Berater Strang an das Foreign Office, 5.6.1946. Memorandum ‚Landreform in Ostdeutschland‘ von Oberstlt. Heman von der Pol. Div. CCG, PRO FO 371/55575/C 6498 (Übersetzung - R. B.).

44 Siehe Mai, Kontrollrat, S.252.

45 PRO, FO 371/55575/C 1879 (Übers. R.B.). Es widerrief dies jedoch wenig später mit ernährungspolitischen Argumenten.

46 Siehe Europa-Archiv, Zweites Jahr, Juli-Dezember 1947, Oberursel (Taunus), S.736.

47 Schon am 18.9.1944 wurde im von Amerikanern und Briten besetzten Gebiet das Gesetz Nr. 52 über die „Sperrung und Kontrolle von Vermögen“ erlassen, dem besondere Verfügungen über die Beschlagnahme von Großbanken, Konzernen und in ganzen Wirtschaftszweigen folgten. Dem schloss sich die französische Besatzungsmacht an. Die SMAD erließ Ende Oktober 1945, nachdem sie die Großbanken aufgelöst hatte, mit Gesetz Nr. 52 fast wörtlich übereinstimmende Sequestrierungsbefehle.

che Regelung zur Beseitigung von Monopolvereinigungen vorbereitet.⁴⁸ In der Kontrollrats-Arbeitsgruppe Dekartellisierung kam ein sowjetisch-amerikanisch-französischer Gesetzesentwurf über das Verbot „Übermäßiger Konzentration deutscher Wirtschaftskraft“ zustande.⁴⁹

Die westlichen Besatzungsmächte gingen dazu über, Konzerne zu entflechten, wobei die Entflechtung eine spätere Enteignung nicht ausschließen sollte. Man begann mit der Trennung von Eigentum und Verfügungsgewalt. Der britische Außenminister Bevin kündigte im Oktober 1946 im Unterhaus die Absicht der Labour-Regierung an, den deutschen Ruhrbergbau zu sozialisieren.

Die SMAD wählte demgegenüber den Weg der Sequestrierung von Betrieben mutmaßlicher Nazi- und Kriegsverbrecher, deren Enteignung in einem Volksentscheid in Sachsen beschlossen und nachträglich von gewählten deutschen Landesparlamenten bekräftigt wurde. Die enteigneten Industriebetriebe umfassten gemeinsam mit den Betrieben der als Wiedergutmachungsleistung geschaffenen sowjetischen Aktiengesellschaften den ausschlaggebenden Teil der industriellen Großproduktion, erstreckten sich aber weit darüber hinaus. Größere Betriebe wurden zunächst in Landeseigentum überführt. So entstand in der SBZ eine Mehrsektorenwirtschaft. Damit wurde aber kein Sonderweg beschritten, denn Sozialisierung war durchaus kein Spezifikum sowjetzonaler Pläne. Auch die am 1. Dezember 1946 in Kraft getretene hessische Verfassung wies Ähnliches aus. In einer gesonderten Abstimmung votierten 72 Prozent der hessischen Wähler für Artikel 41 und damit für eine Sofortsozialisierung. Auch diese Verfassung mit dem Bodenreformartikel 42 war stark von gesellschafts- und ordnungspolitischen Festschreibungen geprägt, die deutlich über „Weimar hinaus“ wiesen. Hier war ein „Dritter Weg“ in eine solidarische Gesellschaft avisiert.

Es ergaben sich also zahlreiche Berührungspunkte zu den in Arbeit befindlichen Verfassungen der Länder der SBZ. In den Ländern der britischen Zone, die zunächst keine Verfassungen ausarbeiteten, wurden in den Landtagen Sozialisierungsinitiativen eingebracht, die Erfolg versprachen. Die deutschen Gewerkschaften verabschiedeten auf ihrer IV. Interzonenkonferenz in Garmisch-Partenkirchen Anfang Mai 1947 eine gemeinsame Resolution „Zur Neugestaltung der Wirtschaft“ auf der Grundlage von Gemeineigentum und Wirtschaftsplanung. Mit dem Pro-

48 Siehe Mai, Kontrollrat, S.231-247.

49 BArch, Z 45 F OMGUS/ACA DECO/P(46)397. Decart/WP(46)115.

teststreik der Ruhrbergarbeiter gegen Hunger und Not, an dem sich am 3. April 1947 334.000 Ruhrkumpel beteiligten, bekräftigten diese zugleich ihre Forderung, „Gruben in des Volkes Hand“.⁵⁰

Die Behauptung Edgar Wolfrums, nach den Enteignungen in Sachsen 1946 sei „alles, was auch nur im entferntesten nach Sozialisierung roch, im Westen diskreditiert“ gewesen,⁵¹ entbehrt also jeglicher Grundlage.

Vielmehr waren auch in den Westzonen im Kontext alliierter Befreiungsoptionen Transformationen angestoßen worden, die gesellschaftspolitisch keineswegs in jene Richtung wiesen, die ab 1949/50 die Gesellschaftsentwicklung der frühen Bundesrepublik ausmachte. Zweifelsfrei kann man außerdem mit Blick auf alle vier Besatzungszonen feststellen, dass es 1946/47 in der öffentlichen Meinung eine klare mehrheitliche deutsche Option für die Überführung von Grund- und Schlüsselindustrien in gemeinschaftliches Eigentum und insbesondere für die Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher gab. Darüber hinaus fanden Bodenreformen zulasten des Großgrundbesitzes Anklang; im Rahmen geplanter oder gelenkter Wirtschaft sollten diese sich an den Bedürfnissen des Volkes ausrichten.

Damit wurde faktisch für das angestrebte einheitliche entmilitarisierte Deutschland ein gesellschaftspolitisches Profil präjudiziert, das nicht nur „über Weimar“, sondern ansatzweise „über den Kapitalismus hinaus“ wies. Das war zwar nicht gesellschaftlich ausgehandelt, aber von politisierten Teilen der deutschen Nachkriegsgesellschaft stark gewollt und in dieser antimonopolistischen Ausrichtung von allen Siegermächten, zumindest anfangs, unterstützt. Und das bedeutete zugleich, dass – bei allen spezifischen Modifikationen – die Übergangsgesellschaften in den einzelnen Besatzungszonen und Ländern miteinander kompatibel waren, womit die Realisierungschancen für die Konstituierung eines einheitlichen deutschen Nachkriegsstaates noch 1946/47 doch als sehr hoch einzuschätzen sind. Die Besonderheiten der Zonenentwicklungen sollten hier nicht übersehen werden,⁵² aber sie schienen damals überbrückbar und waren es faktisch auch.

Grundsätzlich erfolgte auch die Entwicklung der SBZ bis zum kalten Krieg eindeutig im Rahmen des gemeinsamen alliierten Deutschlandprojektes und gesellschaftspolitischer deutscher Optionen, die sich dann al-

50 Siehe Volks-Echo für Westfalen und Lippe, 5.4.1947.

51 Wolfrum, Demokratie, S.36.

52 Das weitestgehende Spezifikum war wohl der Parteienblock in der Ostzone, der aber zunächst die Eigenständigkeit der Parteien nur einschränkte, nicht aufhob.

lerdings in den Westzonen doch nicht durchsetzen konnten. Dies der Ostzone anzulasten und die konsequente Fortsetzung des ursprünglich mehrheitsfähigen Neubeginns zu einem demokratiefeindlichen Sonderweg abzuwerten, hieße, die Fakten auf den Kopf zu stellen. Mit dem Dokument „Grundrechte des deutschen Volkes“ (September 1946)⁵³ und dem Entwurf einer „Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik“ (November 1946)⁵⁴ entwickelte die SED im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz von 1947 wichtige, auf die Herstellung der Einheit Deutschlands gerichtete Initiativen. Aber alle Bemühungen um eine zonenübergreifende nationale deutsche Repräsentation auf dieser Tagung konnten von energischen Verfechtern einer Weststaatlösung wie Konrad Adenauer blockiert werden.

3. Die Wende in der Weltpolitik und die katastrophalen Auswirkungen des Kalten Krieges

Die mit der Truman-Doktrin vom 11. März 1947 provozierte scharfe Konfrontation wurde Ende September 1947 in Szklarska Poręba (Polen) mit Żdanovs Rede „angenommen“ und erwidert: Der sowjetische Politiker schrieb nun die Teilung der Welt in zwei Lager fest. Der Phase der Kooperation und der Bemühungen um Verständigung folgte die erbitterte und friedensbedrohende Konfrontation des Kalten Krieges.⁵⁵

Wenngleich auf dessen Zustandekommen hier nicht weiter eingegangen werden kann und lediglich vor einseitiger Schuldzuweisung gewarnt sei, so soll doch auf die Folgen hingewiesen werden. Die hoffnungsvolle kooperative Gestaltung der „One World“ wurde extremem Lagerdenken geopfert, und auch das alliierte Deutschlandprojekt wurde zu Grabe getragen. Damit entschwand die Möglichkeit, „dritte Wege“ zu testen. Nunmehr verzichteten die westlichen Besatzungsmächte wie auch die östliche Besatzungsmacht auf Kompromisse und agierten primär nach Systemlogik und eigenen Machtinteressen.

53 Siehe Grundrechte des deutschen Volkes, 19.9.1946, in: Dokumente der SED, hrsg. vom Parteivorstand der SED, Bd. 1, Berlin 1952, S.91-97.

54 Siehe ebenda, S.114-137.

55 Zum Kalten Krieg siehe vor allem Bernd Stöver: Der kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007; John Lewis Gaddis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2008; Bernd Greiner (Hrsg.): Studien zum Kalten Krieg, Bde. 1 bis 7, Hamburg 2006-2013; Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München-Wien 1995.

Der Kalte Krieg bewirkte einen Bruch in der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte, veränderte bisherige Perspektiven, reduzierte vielgestaltige Entwicklungsstränge. Nicht wenige in den Westzonen deuteten diesen Bruch mit „Jalta und Potsdam“ freilich anders und sprachen vom Silberstreif am Horizont. Zunehmend erlangten sie die Meinungsführerschaft. Die mit der Kalten-Kriegs-Hysterie massiv verbreitete Furcht vor „sowjetischer Aggression“ bzw. vor „dem Kommunismus“ verband sich äußerst wirksam mit den vom Marshallplan genährten Hoffnungen auf baldige Verbesserungen der Lebensverhältnisse. Diese erschienen vielen Westdeutschen jetzt wichtiger als die Sozialisierung und andere Umgestaltungen. Die Mehrheit der Deutschen handelte weniger nach Überzeugung als nach Stimmung – und die war beeinflussbar und konnte sich rasch ändern. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges geschah dies auf geradezu dramatische Weise.⁵⁶ Die Westdeutschen wandten sich mehrheitlich der Weststaatsregelung als „zweitbesten“, aber vermeintlich einzig gangbarer Lösung zu. Auf der politischen Ebene bewies das insbesondere das der ostdeutschen Seite angelastete Scheitern der Münchener Konferenz deutscher Ministerpräsidenten von Anfang Juni 1947.⁵⁷

Es zeigt sich, dass die Furcht der Westalliierten vor einer (west)deutschen Protestbewegung gegen die Teilung Deutschlands, auf die auch Stalin mit seiner Losung der Einheit Deutschlands setzte, gegenstandslos war. Schon im Vorfeld von München hatte der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher die „nationale Repräsentationspolitik“ endgültig abgelehnt⁵⁸ und eine Weststaatsbildung, verbunden mit einer längerfristigen Magnet-Wirkung Richtung SBZ, zur einzig möglichen deutschlandpolitischen Strategie erklärt.⁵⁹ Das Gros der westzonalen Politiker konzentrierte sich nunmehr voll auf die Mitwirkung an dem von den Westalliierten betriebenen Ausbau der Bizone zur Trizone und dann weiter zum Westzonenstaat. Man kaschierte das freilich zunächst noch mit Einheitsbekundungen, da

56 Siehe Harold Hurwitz: Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn der konservativen Politik (Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 1), Köln 1983, S.137-214.

57 Siehe Badstübner, *Clash*, S.77-87; siehe auch die scharfe Kritik an der Haltung der westzonalen Ministerpräsidenten bei Rolf Steiniger: *Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in 4 Bden.*, Frankfurt/Main 2002, S.313-315.

58 Siehe Kurt Klotzbach: *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin-Bonn 1982, S.106.

59 Rede vom 31.5.1947, zit. nach: *Acht Jahre Sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit*, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1953, S.26.

man Angst davor hatte, mit dem „Odium des nationalen Verrats“⁶⁰ belastet zu werden. Deshalb durfte der separatistische Vorgang, der die Weststaatsgründung war, keiner sein. In der Grundsatzdebatte auf dem Verfassungskonvent in Herrenchiemsee entwickelte Carlo Schmid (SPD) dazu 1948 folgende verfassungs- und staatstheoretische Positionen: „Das deutsche Volk, verkörpert in den deutschen Ländern des Weststaatsgebiets, erklärt, daß es in der Zeit, in der Mittel- und Ostdeutschland außerstande sind, sich auch nur relativ frei zu entscheiden, treuhänderisch für das gesamte deutsche Volk die Aufgabe übernimmt, die deutsche Bundesrepublik zunächst im Westen aufzurichten, dies aber ausdrücklich mit dem Anspruch auf Repräsentanz Gesamtdeutschlands. Das wäre also nicht ein Weststaat, sondern ein Rumpfdeutschland, das den Anspruch erhebt, Gesamtdeutschland zu repräsentieren, und dessen oberste Organe sich für befugt halten, zum mindesten eine legale Autorität auf dem gesamtdeutschen Staatsgebiet zu besitzen. Auch hier lohnt es sich, die Folgen einer solchen Lösung kurz zu überblicken. Eine Folge wäre, daß man die Bevölkerungsteile Mittel- und Ostdeutschlands als Irredenta anzusehen hätte, deren Heimholung mit allen Mitteln zu betreiben wäre. Demgemäß wären jene, die der gesamtdeutschen Regierung im Westen das Recht zur Vertretung aller Gebiete bestreiten und ihr eine aus anderem Recht abgeleitete Autorität entgegensetzen sollten, als Hochverräter zu behandeln und zu verfolgen.“⁶¹ Damit waren eine „Kernstaats“position und ein Alleinvertretungsanspruch begründet, und zwar für ein Deutschland in den Grenzen von 1937. Hiervon ließ sich der Parlamentarische Rat leiten.

Über das Vehikel Marshallplan formierte sich seit Sommer 1947 der Westblock unter Hegemonie der USA. Der militärisch-industrielle Komplex gab in ihm den Ton an. Mit der Direktive JCS 1779 erfolgte im Juli 1947 eine völlige Neubestimmung der US-amerikanischen Deutschland- und Besatzungspolitik.⁶² Demgemäß gab US-Militärgouverneur Lucius D. Clay am 14. August 1947 in einer Pressekonferenz bekannt, dass jeder Sozialisierungsbeschluss in den Westzonen für die Dauer von fünf Jahren ausgesetzt werde.⁶³ Den (West)Deutschen sollten nunmehr die Vor-

60 Siehe Ministerpräsident Reinhold Maier: *Erinnerungen 1948-1953*, Tübingen 1956, S.407.

61 Verfassungskonvent von Herrenchiemsee. Unterausschuss I: Grundsatzfragen, Bd. 1, BAArch, Z 12, Nr. 26, Bl. 4f.

62 Siehe *Germany 1947-1949. The Story in Documents*, Washington 1950, S.33-45.

63 Siehe *Neue Ruhrzeitung* (Essen), 16.8.1947. Das vom Landtag Nordrhein-Westfalen am 6. August 1948 noch verabschiedete Gesetz zur Sozialisierung des Ruhrbergbaus wurde von der britischen Militärregierung suspendiert.

züge kapitalistischer Marktwirtschaft und westlicher Demokratie nahegebracht werden, durch „Westernisierung“ und Einbindung. Über ein Besatzungsstatut wollten die Westmächte eine Kontrolle ausüben, mit der man der „deutschen Gefahr“ auf völlig andere Art zu begegnen gedachte. Vor dem Hintergrund eines drastisch veränderten Freund-Feind-Verhältnisses traten an die Stelle eines Elitenwechsels in Deutschland eine „Reorientierung“ und ein „Umkehren“ der traditionellen deutschen Eliten. Denn die wurden nun im Kalten Krieg gegen den Ostblock gebraucht. Zwar gelangte die Entflechtung der Großindustrie noch zum Abschluss, aber eine nachhaltige Wirkung blieb aus, denn die Eigentumsverhältnisse blieben weitgehend unangetastet und neue Verflechtungen ließen nicht lange auf sich warten. Auch die Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen NS-Verbrecher wurden noch durchgeführt, aber den nunmehr nachsichtig Verurteilten winkten baldige Begnadigungen. Bodenreformpläne verkümmerten zu bloßen Siedlungsprogrammen. Das Beamtentum blieb unangetastet, die Reeducationpolitik versandete bzw. wurde umfunktioniert zur „antikommunistischen Erziehung“. Die Entnazifizierung in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik blieb auf halbem Wege stecken und diskreditierte sich selbst durch zügige Wiedereinstellungen verantwortlicher NS-Täter. Mit der Gründung der Bundesrepublik bekam die Regenerierung kapitalistisch-bürgerlicher Gesellschaftsverhältnisse in einer Neuordnung als soziale Marktwirtschaft und in Gestalt eines „rheinischen Kapitalismus“ ihren staatlichen Rahmen, der auch den in der SBZ beseitigten Kriegsverbrecherkonzernen Raum und Schutz bot und begnadigte Konzernherren wie Friedrich Flick erneut in die Wirtschaftsverantwortung rief.

Die schuldbeladenen Nazi-Funktionselementen erhielten flächendeckend ihre zweite Chance.⁶⁴ Das „Straffreiheitsgesetz“ von 1949 und das „131er“-Gesetz von 1950 schützten vor Strafverfolgung und ermöglichten die Rückkehr der zuvor entlassenen, NS-belasteten Angestellten des öffentlichen Dienstes und Wehrmachtsbeamten. Sie wurden in der Bundesrepublik nicht nur integriert, sondern rehabilitiert und außerdem für das „erlittene Unrecht“ entschädigt. Durchgesetzt wurde solche Rechtsprechung von Richtern und Justizangestellten der Nazizeit, die mehrheitlich in Amt und Würden blieben. Insbesondere solche, die in die terroristischen „Endphasenverbrechen“⁶⁵ verwickelt waren, prägten die frühe Justiz der

64 Siehe Norbert Frei: *Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945*, Frankfurt/Main-New York 2002.

65 Siehe Cord Arendes/Edgar Wolfrum/Jörg Zedler (Hrsg): *Terror nach Innen. Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges*, Göttingen 2006.

Bundesrepublik. Der Aufbau des Bundeskriminalamtes vollzog sich sogar unter der Regie ehemaliger SS-Führer. Bei alledem ging es nicht nur um Kontinuität und Integration fähiger Bürokraten, sondern vor allem auch um die Rehabilitierung von Tätern, die Freisprechung von Nazi- und Kriegsverbrechern und um unterlassene Strafverfolgung im großen Ausmaß. Soweit es überhaupt noch zu Anklageerhebungen und Verurteilungen kam, geschah dies in der Rechtssprechung der frühen Bundesrepublik oft mit Anleihen an das Unrecht des NS-Staates, was zur Entlastung ganzer Tätergruppen und zur Minderung von Strafen führte.⁶⁶ Noch 1963 bis 1965 stand der vom hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer⁶⁷ im Alleinkampf erstrittene erste Auschwitz-Prozeß „zwischen Aufklärung und Erkenntnisabwehr“.⁶⁸ Fazit für die Bundesrepublik: „Die rechtliche Aufarbeitung von Hitlers Verbrechen ist überwiegend gescheitert und folgte sogar der Logik des NS-Rechts.“⁶⁹

Diese Periode restaurativer Neuordnung während der frühen Adenauerzeit war gekennzeichnet von einer grundlegenden politisch-ideologischen Revision des Faschismusbildes der Anti-Hitler-Koalition. Ad acta gelegt waren auch die mit den Nürnberger Prozessen und dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 zur Ahndung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit (Dezember 1945) gezogenen Schlussfolgerungen. Die Bundesrepublik wurde in die Nachfolge des untergegangenen Deutschen Reiches gestellt, dessen Entwicklung durch den „Betriebsunfall Adolf Hitler“ und die Niederlage 1945 nur unterbrochen war, über „Verwestlichung“ aber zur Kontinuität zurückgefunden hatte. Dieses Kontinuitätsverständnis erlaubte es, sich ohne Trauerarbeit vom Nationalsozialismus zu distanzieren, aber auch vom „Verrat“ der Hitlergegner einschließlich der Männer des 20. Juli 1944 und von Emigranten wie Thomas Mann und Marlene Dietrich. Den 8. Mai 1945 sah man im breiten Konsens nicht als Tag der Befreiung, die ungenügenden Anstrengungen zur Ahndung von NS-Verbrechen nicht als Manko.

66 Siehe Perels, Entsorgung.

67 Der jüdische Emigrant wurde bis zu seinem frühen, ungeklärten Tod von seinen nazi-belasteten Kollegen aufs Erbitterteste beföhdet. Siehe Irntrud Wojak: Fritz Bauer. Eine Biografie, München 2009.

68 Perels, Entsorgung, S.206.

69 Joachim Perels: Der Mythos von der Vergangenheitsbewältigung, in: DIE ZEIT, 26.1.2006, S. 51. Siehe auch Ders./Wolfram Wette (Hrsg.): Mit reinem Gewissen. Wehrmachtsrichter in der Bundesrepublik und ihre Opfer, Berlin 2011.

Dass die Funktionseleiten des nationalsozialistischen Herrschaftssystems nahezu ungebrochen zu den neuen Funktionseleiten der Bundesrepublik mutierten, konnte nur dadurch legitimiert werden, dass das faschistische Herrschaftssystem auf eine diffuse Diktatur von Partei und charismatischem Führer reduziert wurde. Bei denen allein wurde die Verantwortung für die NS-Politik und auch für Nazi- und Kriegsverbrechen festgemacht. Entgegen erwiesenen Sachverhalten gelang es einem mächtigen und einflussreichen Entsorgungskartell, der Auffassung Geltung zu verschaffen, dass Monopolwirtschaft, Staatsbürokratie, Justiz und Militär nicht Bestandteile des NS-Herrschaftssystems, sondern davon abgekoppelt gewesen und vom Nationalsozialismus lediglich benutzt oder missbraucht worden waren.

So entstand die Bundesrepublik zwar als föderaler, demokratischer Rechtsstaat im Stile einer autoritären Kanzlerdemokratie, der in vielem über „Weimar hinaus“ ging, sie hatte aber zugleich im weitesten Sinne mit den gesellschaftspolitischen Befreiungsoptionen und -perspektiven des Neubeginns nach dem Mai 1945 gebrochen. Insofern handelte es sich um eine restaurative Neuordnung.⁷⁰ Anders interpretiert, als es der Verfasser meint, bekräftigt das auch Hans-Peter Schwarz: „Dennoch: so stark sich auch die Westzonen und die Bundesrepublik inzwischen verändert hatten, repräsentierte der deutsche Westen doch die Kontinuität von Kapitalverhältnis und Konkurrenzökonomie; jedenfalls waren [...] ideengeschichtlich, soziologisch, ökonomisch, verfassungsrechtlich, mentalitätsgeschichtlich die Kontinuitäten zwischen dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik doch sehr ausgeprägt, während im kommunistischen Herrschaftsbereich ein sehr viel radikalerer Traditionsbruch als im deutschen Westen erfolgte.“⁷¹ Oder aus der anderen Sichtweise Hermann Glaser: „Die ‚verordnete Demokratie‘ mit dem Purgatorium der Entnazifizierung war fragwürdig; aber es fehlte auch die innere Bereitschaft der

70 Siehe schon Rolf Badstübner: *Restauration in Westdeutschland*, Berlin 1965. Die von der bundesdeutschen Zeitgeschichtsschreibung Anfang der 1970er-Jahre erfolgte Zurückweisung der Restaurationsthese krankte bereits daran, dass die Ergebnisse der frühen Transformationsperiode nicht ernst genommen wurden. Siehe auch Claudia Fröhlich: *Restauration. Zur (Un)tauglichkeit eines Erklärungsansatzes westdeutscher Demokratiegeschichte im Kontext der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit*, in: Stephan A. Glienke/Volker Paulmann/Joachim Perels (Hrsg.): *Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus*, Göttingen 2008, S.17-52.

71 Hans-Peter Schwarz: *Der Ort der Bundesrepublik in der deutschen Geschichte*, Opladen 1996, S.51.

Deutschen, umzudenken und sich von ihrer Vergangenheit zu lösen. Die Unfähigkeit zu trauern, wurde mit Überheblichkeit kompensiert.⁷² Die „oktroiierte Demokratie“ wurde zunächst mehr hin- als angenommen, das Wirtschaftswunder⁷³ machte sie und den Bruch erträglich.

Die Entstehung des Ostzonenstaates verlief anders. Die in der SBZ realisierten Befreiungsoptionen wurden nicht zurückgenommen – und insofern unterschied sich die frühe DDR als deutlich antifaschistischer Staat von der frühen Bundesrepublik.⁷⁴ Aber mit der zunehmenden Ausbreitung stalinistischer Dogmen im Kalten Krieg wurde der demokratische Neubeginn deformiert und in seiner Weiterentwicklung stark beeinträchtigt. Nach den Reformen, die von vielen „angenommen“, von anderen hingegen angenommen worden waren, sprach eigentlich alles für Konsolidierung und Ausbau, für die Fortsetzung einer Konsenspolitik im Parteien-Block und damit dann in weiterer Perspektive für einen demokratischen Weg und längerfristig auch für einen modernen Sozialismus. In der sowjetischen Besatzungspolitik vollzog sich aber seit Mitte 1948 eine Abkehr von offeneren Positionen und Kompromissbemühungen, die für eine abgestimmte Vier-Mächte-Politik erforderlich gewesen waren. An Einfluss gewann ein „klassenkämpferisches“ Sozialismusbild im Geiste des Leninismus Stalinscher Prägung. Die SED entwickelte sich zu einer „Partei neuen Typus“ und distanzierte sich vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“. Damit vollzog sie einen Bruch mit ihren Anfängen.

Die von Stalin bis „5 Minuten nach 12“ verfolgte Orientierung auf die Einheit Deutschlands hatte zur Folge, dass bei Gründung der DDR nur die zuvor ausgearbeitete gesamtdeutsche Verfassung des Deutschen Volksrates zur Verfügung stand. Damit verfügte die DDR über eine Verfassung, die über „Weimar“ und zugleich über den Kapitalismus auf ein „anderes Deutschland“ hinauswies. Sie verankerte die Umgestaltungen aus dem alliierten Deutschlandprojekt und aus eigenen ostdeutschen Programmen, fixierte Veränderungen wie die Beseitigung von Faschismus

72 Hermann Glaser: *Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945-1948*, München-Wien 1985, S.142.

73 Allerdings nicht so wie weithin verbreitet wird. Siehe Jörg Roesler: *Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik. Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre „Argumente“ produzieren*, Berlin 2008.

74 Das fand international weite Anerkennung. Siehe z. B. Peter Barker (Hrsg.): *Views from Abroad. Die DDR aus britischer Perspektive*, Bielefeld 2007; Christian Wenkel: *Auf der Suche nach einem „anderen Deutschland“*. Das Verhältnis Frankreichs zur DDR im Spannungsfeld von Perzeption und Diplomatie, München 2014.

und Militarismus, den Elitenwechsel, die Entnazifizierung, sie hielt Antifaschismus, Demokratie und freiheitliche Grundrechte als Grundprinzipien staatlichen und politischen Handelns fest. Doch im Widerspruch zur DDR-Verfassung stellte sich das Politbüro der SED in der politischen Praxis über die Volkskammer, die eigentlich oberstes Organ einer Volksherrschaft sein sollte. Entgegen den verkündeten parlamentarischen Grundregeln errichtete die SED auf diese Weise eine de facto SED-Diktatur, die eingebettet war in ein spezifisches „realdemokratisches“ System, das höher veranschlagt wurde als die Bonner „Formaldemokratie“. Das verfehlte einen gewissen Zuspruch vor allem deshalb nicht, weil die überwiegende Mehrheit der (Ost)Deutschen über keinerlei Demokratieerfahrung verfügte. Die östlichen Defizite mussten in den Augen vieler, die sich für das Projekt Sozialismus entschieden hatten, nicht schon das letzte Wort sein.⁷⁵ Und gegenüber Restauration und schwerwiegenden Nazi-Belastungen der (frühen) Bundesrepublik erschienen nicht wenigen die Deformationen im Osten als das kleinere Übel, wobei sich ja auch vieles aus der Tatsache zu ergeben schien, dass die frühe DDR schwer mit ihrer (Über)Lebensfähigkeit zu ringen hatte.

Blickt man auf die Ausgangssituation von 1945 und auf die Befreiungsoptionen und -perspektiven zurück, dann wird deutlich, welche große historische Chance nach 1947/48 vertan wurde. Im Zuge der Ausbreitung des Kalten Krieges, der in West und Ost auch atomare Vernichtungsszenarien einschloss, wurden zwischenzeitlich über mehrere Jahrzehnte Feindbilder kultiviert, Menschenleben geopfert und Ressourcen verschwendet. Die Befreiungsoptionen hatten 1945 Besseres verheißen.

75 Die DDR reduzierte sich außerdem nicht auf ihr politisches System; die gesellschaftlichen Lebenswelten markierten deutlich auch „Grenzen der Diktatur“ (siehe Thomas Lindenberger: Die Diktatur der Grenzen. Einleitung, in: Ders. [Hrsg.]: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur, Köln-Weimar-Wien 1999) und unterschieden sich von der „Systemwelt“. Es gehörte zur Normalität des Lebens in der DDR, „dass erstaunlich viele DDR-Bürger auch dazu bereit waren, den Staat und die Gesellschaft mitzugestalten“. (Mary Fulbrook: Historische Kontroversen seit 1990, in: Barker, Views from Abroad, S.41-52, hier S.43). Siehe auch Dies: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008; Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiss. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR, Berlin 1995.

Ein neuer Blick auf das Verhältnis von Bolschewiki und nationalen Befreiungsbewegungen im Zarenreich¹

Eric Blanc

Ein Blick aus den Randgebieten des Zarenreiches fordert geradezu auf, lang gehegte Annahmen über die russische Revolution und die Entwicklung des marxistischen Herangehens an die nationale Befreiung neu zu überdenken.

Im vorliegenden Aufsatz werden die Debatten unter den Sozialisten zur nationalen Frage bis 1914 analysiert. Ich behaupte, dass eine wirksame Strategie des Marxismus in der kolonialen Frage zum ersten Mal von den Sozialisten der Randgebiete des Zarenreiches vorgelegt wurde, nicht von den Bolschewiki. Vladimir I. Lenin und seine Genossen blieben in dieser Schlüsselfrage bis in den Bürgerkrieg hinein hinter den nichtrussischen Marxisten zurück. Diese politische Schwäche hilft zu erklären, weshalb die Bolschewiki damit scheiterten, unter den beherrschten Nationen Wurzeln zu schlagen. Als Folge dessen waren die Bolschewiki dort entweder zahlenmäßig schwach und/oder gleichgültig gegenüber den nationalen Autonomiebestrebungen in den sozialistischen Revolutionen in den Randgebieten.

Wer waren die Marxisten der Randgebiete?

Unser Verständnis der revolutionären Bewegung in Russland ist bis heute davon beeinträchtigt, dass die sozialistischen Parteien der beherrschten Nationalitäten des Reiches von der Geschichtsschreibung marginalisiert wurden. Da die ethnischen Russen maximal 42 Prozent der Bevölkerung stellten, kann es nicht überraschen, dass die Mehrheit der Sozialdemokraten des Zarenreichs nichtrussischen Parteien angehörte.² In der Tat

1 Überarbeiteter Vortrag, gehalten auf der 11. Jahreskonferenz der Zeitschrift „Historical Materialism“ vom 6.-9.11.2014 in London.

2 Die meisten Historiker, die sich auf die Volkszählung von 1897 berufen, geben den Anteil der ethnischen Russen an der Bevölkerung des Zarenreiches mit 43 oder 44 Prozent an. Abgesehen davon, dass dabei die Polen nicht vollständig gezählt sind, fehlen auch die Bevölkerungen von Finnland, Buchara oder Chiwa (insgesamt etwa sechs Millionen Menschen). Die wichtigsten Ergebnisse der Volkszählung siehe bei V. P. Semenova (Hrsg.): *Rossija. Polnoe geografičeskoe opisanie našego otečstva*, Sankt-Peterburg 1913.

machten Menschewiki und Bolschewiki als Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) zusammengenommen nur etwa 22 Prozent der Marxisten des zaristischen Russlands aus (siehe Tabelle)³.

Dennoch sind die nichtrussischen Sozialdemokraten des Zarenreichs von der akademischen und sozialistischen Historiografie vernachlässigt worden. Jahrzehnte lang haben Historiker des Westens die Sozialdemokraten der Randgebiete in der Regel nur erwähnt, um sie als von den Bolschewiki dominierte Opfer darzustellen. Da diese Interpretation die Annahme widerspiegelt, der Marxismus ignoriere nationale Unterdrückung grundsätzlich, wurden Wirkung und Einfluss der Sozialdemokraten der Randgebiete praktischerweise übergangen. Sozialistische Autoren, sowohl Trotzisten als auch Stalinisten, haben die Marxisten der Randgebiete in ähnlicher Weise ausgeblendet, denn eine seriöse Analyse ihrer Sicht hätte

3 Diese Tabelle habe ich anhand folgender Quellen zusammengestellt: polnische PPS: Anna Żarnowska: *Geneza rozłamu w Polskiej Partii Socjalistycznej, 1904-1906*, Warszawa 1965, S.457; SDKPiL (seit 1906 der RSDAP angeschlossen): Paweł Samuś: *Dzieje SDKPiL w Łodzi: 1893-1918*, Łódź 1984, S.69; georgische Sozialdemokraten (seit 1903 der RSDAP angeschlossen): Stephen Jones: *Socialism in Georgian Colors: the European Road to Social Democracy, 1883-1917*, Cambridge/MA 2005, S.209; litauische LSDP: Leonas Sabaliūnas: *Lithuanian Social Democracy in Perspective, 1893-1914*, Durham 1990, S.114; Jüdischer Bund (seit 1901: Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland, 1898-1903 und nach 1906 der RSDAP angeschlossen): Moisej Grigor'ewič Rafes: *Očerki po istorii Bunda*, Moskva 1923, S.161; Sozialdemokratische Partei Finnlands (vor 1903 Finnische Arbeiterpartei): Hannu Soikkanen: *Socialismin Tulo Suomeen: Ensimmäisiin Yksikamarisen Eduskunnan Vaaleihin Asti, Porvoo-Helsinki 1961*, S.338; ukrainische RUP (seit 1905 Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei): Volodimir Golovčenko: *Vid „Samostijnoji Ukraïni“ do Sojuzu vizvolennja Ukraïni*, Charkiv 1996, S.65; Lettische Sozialdemokratische Union (seit 1913 Partei der Lettischen Sozialrevolutionäre): Arveds Švābe: *Latvijas Vēsture, 1800-1914*, Daugava 1962, S.611; Armenische Spezifisten: I. S. Bagirova: *Političeskie partii i organizacii Azerbajdzana v načale XX veka (1900-1917)*, Baku 1997, S.232; Bolschewiki: Anatolij I. Utkin: *K voprosu o čislennosti i sostave RSDRP v 1905-1907 gg.*, in: Avenir P. Korelin (Hrsg.): *Političeskie partii Rossii v period revolucii 1905-1907 gg. Količestvennyj analiz*, Moskva 1987, S.19; Menschewiki (ohne ukrainische Spilka und georgische Sozialdemokraten): ebenda; lettische LSDAP (seit 1906 Lettische Sozialdemokratie; seit 1906 der RSDAP angeschlossen): Vitālijs Salda: *Latvijas sociāldemokrātijas organizatoriskās attīstības dažas tendences 1905. gada revolūcijā*, in: Jānis Bērziņš (Hrsg.): *1905. gads Latvijā: 100. Pētījumi un starptautiskas konferences materiāli*, 2005. gada 11.-12. janvāris, Rīga, Rīga 2006, S.209; muslimische Hummet: meine grobe Schätzung nach Ismail Alovsat ogly Agakišiev: *Vozniknovenie i dejatel'nost' social-demokratičeskoj organizacii „Gummet“ v 1904-1911 godach*, Dissertation, Moskovskij gosudarstvennyj universitet 1991; ukrainische Spilka (seit 1905 der RSDAP angeschlossen): A. Riš: *Očerki po istorii Ukraïnskoj social-demokratičeskoj „Spilki“*, Char'kov 1926, S.25.

das Axiom widerlegt, dass die Bolschewiki konsequente, bahnbrechende Verfechter der nationalen Befreiung gewesen seien. Jede dieser Interpretationen vereinfacht eine viel kompliziertere Realität und lässt damit die Marxisten der Randgebiete unbeachtet.

Tabelle: Die wichtigsten marxistischen Organisationen im Zarenreich (1890-1914)

Organisation	Gründungs- jahr	Höchste Mitgliederzahl
Polnische Sozialistische Partei	1892	55.000
Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens	1893	40.000
Georgische Sozialdemokratie „Mesame Dasi“	1893	20.000
Litauische Sozialdemokratische Partei	1896	3.000
Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland	1897	40.000
Sozialdemokratische Partei Finnlands	1899	107.000
Revolutionäre Ukrainische Partei	1900	3.000
Lettische Sozialdemokratische Union	1903	1.000
Armenische Sozialdemokratische Arbeiterorganisation „Spezifisten“	1903	2.000
Bolschewistische Fraktion der SDAPR	1903	58.000
Menschewistische Fraktion der SDAPR	1903	27.000
Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei	1904	23.800
Muslimische Sozialdemokratische Partei „Hummet“	1904	1.000
Ukrainische Sozialdemokratische Union „Spilka“	1904	10.000

Die ersten Debatten zur nationalen Frage

In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts brachte das Drängen der Plattform um die Zeitschrift „Iskra“, einer grundsätzlich russischen und russifizierten Fraktion der SDAPR, auf dem Gebiet des ganzen Reiches eine zentralisierte revolutionäre Partei aufzubauen, diese auf Kollisionskurs mit den nichtrussischen marxistischen Parteien. Der Organisationsplan der Iskra wird oft irrtümlich als einfache Weiterführung populistischer Traditionen dargestellt. In Wirklichkeit arbeitete der Volkswille (Narodnaja volja) als Partner mit dem polnischen Proletariat, der ersten marxistischen Partei des Zarenreiches, zusammen. Sie lehnte aus folgenden Gründen eine organisatorische Vereinigung aber ausdrücklich ab: „Bei Achtung der Unabhängigkeit und freien Entwicklung jeder Nation erkennt [das Exekutivkomitee des Volkswillens] an, dass die Unterschiede in den sozialen

Bedingungen des russischen und des polnischen Volkes identische Mittel der Vorbereitungsarbeit russischer und polnischer Sozialisten nicht zulassen. Folglich würde eine vollständige Vereinigung [der beiden Parteien] die Tätigkeit der russischen und polnischen Sozialisten möglicherweise hemmen und ihre Freiheit bei der Wahl der geeignetsten Methoden von Organisation und Kampf einschränken.“⁴

Der Präzedenzfall für dieses Vorgehen wurde 1897 weiter verfestigt, als die Sozialdemokratie des österreich-ungarischen Habsburgerreiches eine Föderation von sechs nationalen Parteien bildete. Die meisten Sozialdemokraten in den Randgebieten des Zarenreiches hielten in der Organisationsfrage an dieser Auffassung fest, ebenso die russischen Sozialrevolutionäre (SR).⁵ Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Gründungsparteitag der Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (LSDAP) forderte für das ganze Reich eine föderalistische marxistische Partei und begründete das so: „Da sich das Leben jeder Nation unter verschiedenen ökonomischen Bedingungen herausbildet und historisch entwickelt, da jede Nation ihre eigene Sprache und Kultur besitzt, da sie sich sogar nach den Klassen und Gruppen von anderen unterscheidet, kann auch nur ihre eigene nationale proletarische sozialdemokratische Organisation sie hinsichtlich der proletarischen Klasseninteressen aufklären.“⁶

Iskra verließ diese verbreiteten föderalistischen Vorstellungen, worin sich eine schwerwiegende Unterschätzung der Tatsache zeigte, dass Russland ein Imperium und keinen Nationalstaat darstellte. Das erwies sich als besonders problematisch, da die sozialistischen und Arbeiterbewegungen bis zur Revolution von 1905 in den Randgebieten des Reiches viel stärker waren als im russischen Kernland. So waren im „Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland“, kurz „Bund“ genannt, im Jahr 1903 bereits 30.000 Mitglieder organisiert, während die russischen Sozialdemokraten kaum ein paar Tausend aufweisen konnten.⁷ Während

4 Otvety Ispolnitel'nogo Komiteta partii Narodnoj voli, Narodnaja volja, 10 (1884), in: Literatura social'no-revoljucionnoj partii „Narodnoj voli“, 1905, S.680f.

5 Frühe Aussagen der SR zur nationalen Frage siehe bei V. M. Černov: Nacional'noe poraboščenie i revoljucionnyj socializm, in: Revoljucionnaja Rossija, 18 (1903), und Ders.: „Nacional'nyj vopros i revoljucija, in: Revoljucionnaja Rossija, 35 (1903).

6 Par attiecībām pret cittautu sociāldemokrātiskām organizācijām, (1904), in: Latvijas Komunistiskās partijas kongresu, konferenču un CK plēnumu rezolūcijas un lēmumi, Rīga 1958, S.8.

7 Otvēt o dejatel'nosti Bunda za vremja ot IV do V s'ezda (1901-1903 gg.), (1903) in: K. M. Anderson u. a. (Hrsg.): Bund. Dokumenty i materialy, 1894-1921, Moskva 2010, S.353.

sich die sozialistische Bewegung in Zentralrussland zur Jahrhundertwende schwach und zersplittert darbot, waren viele Sozialdemokraten der Randgebiete bereits über vereinzelt Zirkel hinausgekommen und hatten starke Parteien mit Organisationen in den Regionen aufgebaut. Gegen eine Zentralisierung als solche hatten sie nichts einzuwenden, sondern dagegen, dass diese sich auf das ganze Reich beziehen sollte.

Der Bruch des jüdischen „Bund“ mit der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAPR) im Jahre 1903 offenbarte nicht nur organisatorische Differenzen mit Iskra, sondern auch wichtige politische Meinungsverschiedenheiten. Nach dem Pogrom von Czestochowa im Jahre 1902 wies Lenin die Feststellung des Bund, „der Antisemitismus ‚hat in der Arbeitermasse Wurzeln geschlagen‘“ als kindisch zurück und begründete dies damit, dass der Antisemitismus mit den Interessen der bürgerlichen, nicht aber der proletarischen Schichten verbunden sei.⁸ Lenin, Lev D. Trockij, Julij O. Martov und andere Vertreter der Iskra unterstützten die rechtliche Gleichstellung aller Menschen, lehnten aber den Vorschlag des Bund ab, ausdrücklich auch die Gleichstellung der Sprachen ins Parteiprogramm aufzunehmen.⁹ Zudem argumentierten sie, Assimilation ohne Zwang sei der einzige Weg, um der Unterdrückung der Juden ein Ende zu setzen.¹⁰ Der Chef der LSDAP, Pēteris Stučka, wies darauf hin, dass die Behauptung der Iskra von der „Notwendigkeit, kleine Ethnien zu assimilieren (das heißt, zu russifizieren)“ von russischen Beamten und Liberalen geteilt werde, was ihn zu dem Schluss führte, dass „hinter der Maske des [marxistischen] Antinationalismus der wahre Nationalismus hervortritt“.¹¹

Ähnlich problematisch war auch Lenins grundsätzliche Gegnerschaft zu Autonomie und Föderalismus auf Regierungsebene. Auf dem Parteitag von 1903 wandte er sich gegen eine Resolution zur Unterstützung „re-

8 W. I. Lenin: Braucht das jüdische Proletariat eine „selbständige jüdische Partei“? (1903), in: Ders.: Werke (im Folgenden: LW), Bd. 6, Berlin 1959, S.324-329, hier S.326f.

9 Siehe Brian Pearce (Hrsg.): 1903, Second Ordinary Congress of the RSDLP: Complete Text of the Minutes, London 1978, S.223-229. Auf Druck des Bundes und der georgischen Sozialdemokraten wurde schließlich eine Passage zu den Sprachenrechten in das Parteiprogramm aufgenommen, die Existenz einer „Staatssprache“ aber weiterhin akzeptiert. Siehe ebenda, S.6.

10 Zu Lenins frühen Argumenten für die Assimilation der Juden siehe Die Stellung des „Bund“ in der Partei“ (1903), in: LW, Bd. 7, Berlin 1956, S.82-93.

11 Pēteris Stučka: Proviņču autonomija socialdemokratu partiju programā, in: Nākotne, 4 (Juni 1906), S.51.

gionaler Selbstverwaltung“ mit dem Argument, diese „könnte so interpretiert werden, dass die Sozialdemokraten den ganzen Staat aufsplintern wollen“. ¹² Lenin erklärte: „Der Zerfall Rußlands, den die PPS [...] anstreben will, ist und bleibt ein leeres Wort, solange die wirtschaftliche Entwicklung die verschiedenen Teile eines politischen Ganzen immer enger zusammenschmiedet“. ¹³ Obwohl er diese Haltung mit wiederholten Zitaten von Europas führendem Marxisten Karl Kautsky rechtfertigte, waren Lenins konkrete politische Vorschläge weniger günstig für die Emanzipation der unterdrückten Nationalitäten. Vor allem befürwortete Lenin, anders als Kautsky und Karl Marx, nicht die Unabhängigkeit Polens. ¹⁴ Demgegenüber hatten die Vorgänger der Iskra von der populistischen Bewegung „Land und Freiheit“ argumentiert, dass „es unsere Pflicht ist, die Zerschlagung des gegenwärtigen russischen Reiches zu unterstützen“. ¹⁵

Die Spannung zu erkennen zwischen der aufrichtigen Unterstützung der Iskra für die Gleichheit der Nationalitäten und dem Wunsch, für ein sozialistisches Russland den größtmöglichen territorialen Rahmen zu erhalten, hilft vielleicht, deren vage, unverbindliche Interpretation des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung zu verstehen. Diese Losung war in die marxistische „Orthodoxie“ eingegangen, nachdem sie auf dem Londoner Kongress der Zweiten Internationale 1896 angenommen worden war, aber ihr Inhalt blieb unklar. Wie groß die terminologische Konfusion war, zeigt sich darin, dass in der englischen und französischen Version der Resolution von 1896 der Begriff „Autonomie“ gebraucht wird, während im deutschen Text von „Selbstbestimmungsrecht“ die Rede ist. ¹⁶ Fast alle Sozialisten des Zarenreiches, mit der bemerkenswerten Ausnahme von Rosa Luxemburg und ihren Anhängern, unterstützten die nationale Selbstbestimmung, aber wie (oder ob) diese Konzeption in konkrete Politik umgesetzt werden sollte, war heftig umstritten. Während Lenin und andere Iskra-Vertreter die politische Bekräftigung dieser Losung für ausreichend

12 Pearce, Second Ordinary Congress, S.221.

13 W. I. Lenin: Die nationale Frage in unserem Programm, in: LW, Bd. 6, S.452-461, hier S.459.

14 Zur Unterstützung der Unabhängigkeit Polens durch Marx und Engels siehe Karl Marx/Friedrich Engels: The Russian Menace to Europe: a Collection of Articles, Speeches, Letters, and News Dispatches, hrsg. von Paul Blackstock und Bert Hoselitz, Glencoe 1952.

15 Programma Zemli i voli (1878), in: V. N. Ginev/K. G. Ljaŝenko (Hrsg.): Iz istorii „Zemli i voli“ i „Narodnoj voli“. Spory o taktike. Sbornik dokumentov, Moskva 2012, S.35.

16 Den vollen Wortlaut der Resolution auf Englisch, Französisch und Deutsch siehe in: Histoire de la IIe Internationale, Bd. 10, Genève 1980, S.223, 455, 478.

hielten, argumentierten die meisten Sozialdemokraten der anderen Nationalitäten, dass sie in konkrete Forderungen nach nationaler Autonomie, Föderalismus oder Unabhängigkeit umgesetzt werden müsse.

Letzteres wurde in zahlreichen Streitschriften und Artikeln von Sozialisten der Randgebiete artikuliert, die sowohl theoretisch als auch politisch über die Haltung ihrer russischen Genossen hinausgingen. Eine geradezu bahnbrechende Leistung vollbrachte Kazimierz Kelles-Krauz, der wichtigste marxistische Theoretiker der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der eine Strategie formulierte, die die nationale Befreiung im proletarischen Kampf verwurzelte. Während er sich für die Zusammenarbeit mit den russischen Sozialisten im Kampf für den Sturz des Zaren einsetzte, forderte er, das Reich aufzubrechen, weil nach seiner Meinung selbst ein konstitutionelles Russland die Unterdrückung von Nichtrussen nicht einstellen würde.¹⁷ Anders als die Iskra-Anhänger machte Kelles-Krauz einen Unterschied zwischen dem progressiven „defensiven und unterdrückten“ Nationalismus der Polen und dem „offensiven und unterdrückenden“ Nationalismus der Russen.¹⁸ Weit davon entfernt, der Klassenkollaboration das Wort zu reden, argumentierte er, Unabhängigkeit könne nur durch die Selbstorganisation und Mobilisierung des Proletariats erreicht werden, denn die einheimische Bourgeoisie fürchte die Arbeiter und habe daher aufgehört, für politische Demokratie zu kämpfen.¹⁹ „Ein unabhängiges Polen um des Proletariats willen, nicht das Proletariat um der Unabhängigkeit Polens willen“, war seine Devise.²⁰

Zu einer Zeit, da der Sozialismus für viele Sozialdemokraten noch ein fernes, schemenhaftes Ziel war, verband Kelles-Krauz als erster Marxist des 20. Jahrhunderts den Kampf um nationale Befreiung mit der sozialistischen Revolution als aktuelle Aufgabe. Im Unterschied dazu schwingte sich Trotzki in seiner berühmten Theorie von der permanenten Revolution aus dem Jahre 1906 über die Kämpfe der unterdrückten Völker für Selbstbestimmung aus.²¹ Kelles-Krauz schrieb 1902: „In jeder Stadt, in je-

17 Siehe Elehard Esse [d. i. Kazimierz Kelles-Krauz]: *Socialistes Polonais et Russes*, in: *L'Humanité nouvelle: revue internationale: sciences, lettres et arts* 1, 1899, Nr. 4, S.434-450.

18 Ebenda, S.444.

19 Siehe Kazimierz Kelles-Krauz: *Wybór pism politycznych*, Kraków 1907, S.252, 256-263.

20 Michał Luśnia [d. i. Kazimierz Kelles-Krauz]: *Klasowość naszego programu* (1894), in: *Ders.: Naród i historia: wybór pism*, hrsg. von Stanisław Ciesielski, Warszawa 1989, S.51.

21 Siehe *Ergebnisse und Perspektiven* (1906), in: Leo Trotzki: *Die Permanente Revolution*,

dem Viertel, aus dem die Armee und die Behörden des Zaren vertrieben werden, ist es unsere heilige Pflicht, sofort eine sozialistische Republik auszurufen“, in der alle wichtigen Industrien zum „Eigentum der Nation“ werden. Ob die polnische Revolution bis zur „Diktatur des Proletariats“ voranschreiten wird oder ob die „sozialen Errungenschaften des Aufstandes“ durch die Rückkehr zum Privateigentum an den Produktionsmitteln „teilweise vernichtet werden“, so argumentierte er, „kann nicht vorausgesagt werden“, da dies von der Dynamik des revolutionären Kampfes im Westen „in beträchtlichem Maße abhängt“.²²

Die erste Organisation im ganzen Zarenreich, die in dieser Zeit forderte, dass die russische Revolution sofort den Kapitalismus stürzen müsse, war ebenfalls in bedeutendem Maße ein Produkt der Randgebiete. Es waren die „Sozialrevolutionäre-Maximalisten“, die 1904 gegründet wurden und in der Nähe von Bialystok, einer vorwiegend jüdischen Stadt im Nordwesten des Reiches, beheimatet waren. Sie verlangten die sofortige Gründung einer „Arbeiterrepublik“, das heißt, „die Machtergreifung des arbeitenden Volkes in Stadt und Land“, die Enteignung von Fabriken, Bergwerken und Landgütern „für das öffentliche Wohl“. Eine solche Revolution werde zu einer „globalen Revolte der Arbeit gegen das Kapital“ führen, weshalb „die Arbeiter des Westens“ auf das Proletariat Russlands schauten und die „Weltbourgeoisie“ es fürchte und hasse.²³ In der nationalen Frage setzten sich die Sozialrevolutionäre-Maximalisten für Föderalismus, Dezentralisierung und das Recht zur Lostrennung ein, obwohl sie wie andere Fraktionen der Sozialrevolutionäre den „gesamtrussischen“ Kampf stärker hervorhoben als die nationale Befreiung als solche.²⁴

Die Revolution von 1905 in den Randgebieten

Zwar würde eine detaillierte Analyse der Revolution von 1905 den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, aber auf die besonders brisante Mischung nationaler und sozialer Unzufriedenheit in den Randgebieten soll eingegangen werden. In der Tat ging die Revolution an der Peripherie des Reiches viel weiter als im Zentrum, und auch der Einfluss der Marxisten war

Berlin-Wilmersdorf 1930.

22 Michał Luśnia: *Nasz kryzys*, in: *Przedświt*, 2 (1902), S.55.

23 Sergej P-ovič: *Prjamo k celi* (1906), in: *Sojuz ėserov-maksimalistov. Dokumenty, publicistika, 1906-1924*, Moskva 2002, S.11-14.

24 Siehe Dmitrij Borisovič Pavlov: *Ėsery-maksimalisty v pervoj rossijskoj revoljucii*, Moskva 1989, S.118.

dort weit größer. Das zeigt, wie ernst das Versagen der Bolschewiki war, die es nicht verstanden, über den Kreis der ethnischen Russen hinaus eine eigene Basis aufzubauen.

In Baku führte die „Hummet“, die erste sozialistische Partei eines muslimischen Volkes in der ganzen Welt, aserische und persische Ölarbeiter und Fischer in kämpferische Streiks und spielte eine führende Rolle in der Revolution, die 1909 den Schah von Persien stürzte. Die faszinierende Geschichte der Hummet widerlegt die allgemeine Annahme, muslimische Gebiete seien historisch für sozialistische Ideen unempfänglich gewesen. Sie widerspricht auch dem Argument der Bolschewiki, dass marxistische Parteien besonderer nationaler Gruppen wie die Hummet oder der Bund (im Unterschied zu multiethnischen territorialen Organisationen) à priori Hindernisse für den Kampf um den Zusammenschluss der Arbeiterklasse darstellten. Tatsächlich spielten Mitglieder der Hummet eine Schlüsselrolle bei der Schaffung (einer oft schwächlichen) Einheit muslimischer Arbeiter mit ihren armenischen oder russischen Kollegen. Der kurzlebige Einfluss der Bolschewiki unter muslimischen Arbeitern in den Jahren 1906 bis 1908 fiel in die Zeit, in der sie mit der Hummet zusammenarbeiteten und in ihr wirkten.²⁵

In Finnland führte die Sozialdemokratische Partei im Zusammenwirken mit der „Föderation arbeitender Frauen“ Massendemonstrationen und Streiks an, die die Autonomie Finnlands erfolgreich wiederherstellten und schließlich in die erste Gesellschaft der Welt mit vollem Wahlrecht für Frauen mündeten. Jahrzehnte bevor US-Feministinnen von der Theorie der „Intersektionalität“ redeten, kämpften finnische Sozialistinnen und Sozialisten zugleich für Frauenrechte, für das Ende der nationalen Unterdrückung und für die Beseitigung der Klassenausbeutung. Wie Hilja Pärsinen, eine zentrale Führungsfigur der finnischen Sozialisten und der Bewegung der arbeitenden Frauen, eine enge Mitkämpferin von Clara Zetkin und Aleksandra M. Kollontaj, hervorhob, gelang es den finnischen Frauen das Wahlrecht unter Führung der sozialistischen Bewegung durchzusetzen, weil sie schon in dem bereits 1899 beginnenden nationalen Kampf gegen die Russifizierung und im Generalstreik während der Revolution von 1905 eine Schlüsselrolle gespielt hatten.²⁶

25 Nach dem Niedergang der Hummet in den Jahren 1909-1911 verloren die Bolschewiki diese Basis, was dazu führte, dass die „Kommune von Baku“ 1917/1918 unter Russen und Armeniern nur wenig Unterstützung fand. Zur Hummet siehe Agakišiev, Voznikovenie.

26 Siehe Hilja Pärsinen: Über das Stimmrecht der finnischen Frau, in: Die Gleichheit, 3.10.1906, S.136f. Der Kampf für das allgemeine Wahlrecht in Finnland, der von den So-

Die militanteste Arbeiterbewegung erlebte Polen, was sich in dem Juni-Aufstand von Łódź zeigte.²⁷ Am dramatischsten entwickelten sich die Dinge in Georgien und Lettland, wo Sozialdemokraten Massenerhebungen von Arbeitern, Bauern und Landarbeitern anführten, die zum Jahresende in der Machtergreifung in großen Teilen der ländlichen Gebiete und vielen kleineren Städten ihren Höhepunkt fanden.²⁸

Im Gefolge von 1905 führte der Wunsch nach engerer Zusammenarbeit der Sozialisten zur Vereinigung des Jüdischen Bundes, der polnischen SDKPiL und der Lettischen LSDAP mit der SDAPR. In ihrer Praxis war die neue Partei wesentlich stärker föderalistisch als zentralistisch strukturiert, denn die nationalen Parteien achteten darauf, dass ihre Organisationen, Führungen und ihre Politik intakt blieben. Latente Differenzen zwischen ihnen wurden eher vom Tisch gewischt als gelöst. So wurde auf dem Vereinigungskongress von 1906 das Prinzip der Zentralisierung ebenso bestätigt wie die Aufrechterhaltung einer eigenen Politik und eigener Organisationsstrukturen der Marxisten der Randgebiete sanktioniert, obwohl dies dem Programm der SDAPR als Ganzer widersprach. Zum Beispiel wurde in dem beschlossenen Vereinigungsabkommen mit dem Bund akzeptiert, dass dieser „eine sozialdemokratische Organisation des jüdischen Proletariats“ sei, „dessen Tätigkeit nicht auf einen regionalen Rahmen beschränkt ist“, während zugleich die grundsätzliche Gegnerschaft der SDAPR gegen nicht-territoriale Parteiorganisationen bekräftigt wurde.²⁹

Die Bolschewiki fanden sich mit diesem loserem Rahmen ab, da die nationalen Sozialdemokraten, die meist links von den Menschewiki standen, wichtige Verbündete in den parteiinternen Fraktionskämpfen waren. Dabei blieb die ethnische Zusammensetzung der Bolschewiki eng: 78 Prozent der Delegierten des SDAPR-Parteitages von 1907 waren Russen.³⁰

zialisten angeführt und von den etablierten Frauenorganisationen bis zum letzten Moment attackiert wurde (die sich für Eigentum als Voraussetzung für Teilnahme an Wahlen einsetzten), wurde systematisch marginalisiert, weil die Historiografie den liberalen Feminismus in den Mittelpunkt stellte. Zum Kampf um das Wahlrecht in Finnland und zu den ersten Frauen im Parlament siehe Eeva Ahtisaari u. a.: *Yksi kamari, kaksi sukupuolta. Suomen eduskunnan ensimmäiset naiset*, Helsinki 1997.

27 Siehe Władysław Lech Karwacki: *Łódź w latach rewolucji: 1905-1907, Łódź 1975.*

28 Zu Lettland siehe A. Bīrons/A. Puļķis (Hrsg.): *Latvijas strādnieki un zemnieki 1905.-1907. g. revolūcijā*, Rīga 1986; zu Georgien Grigorij Uratadze: *Vospominanija gruzinskogo social-demokrata*, Stanford 1968.

29 Siehe Četvertyj (ob“edinitel’nyj) s“ezd RSDRP. Aprel’ (aprel’-maj) 1906 goda. Protokoly, Moskva 1959, S.532f.

30 Siehe Pjatyj s“ezd RSDRP. Maj-ijun’ 1907 g. Protokoly, Moskva 1935, S.659.

Ebenso problematisch ist, dass sie es ablehnten, ihr Programm in der Nationalitätenfrage zu aktualisieren und sogar jede Diskussion über dieses Thema auf dem Parteitag von 1907 verweigerten.³¹ Bei all ihrem Anspruch auf „Orthodoxie“ blieben Lenin und seine Genossen hinter Kautsky zurück, der bereits 1905 die Umwandlung Russlands zu „einem föderalen Staat, den Vereinigten Staaten von Rußland“ gefordert hatte.³² Wegen der anhaltenden Ablehnung des Föderalismus durch die Bolschewiki ist es nicht verwunderlich, dass der „Bund“ die erste Partei war, die Kautskys Artikel auf Russisch herausbrachte.³³

Die Vorkriegsdebatten

Erst nach 1912 begannen Lenin und einige seiner Genossen ihre Politik in der nationalen Frage zu überdenken, da die Herausbildung von Fraktionen das Thema wieder in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rückte. Die meisten sozialdemokratischen Parteien der Nationalitäten, besonders ihre Mitglieder, lehnten den Reformismus der menschewistischen Liquidatoren ab und hielten an einem revolutionären Marxismus „ohne Fraktionen“ fest. Jedoch keine dieser Parteien nahm an der Prager Konferenz von Bolschewiki und Partei-Menschewiki im Jahre 1912 teil, wo sich die Partei von den Liquidatoren trennte.³⁴ Auf der von den wichtigsten Marxisten der Randgebiete geleiteten Konferenz des Wiener „Augustblocks“ einige Monate später stellten Trotzki und die Menschewiki klar, dass national-kulturelle Autonomie (die Forderung, autonome kulturelle Institutionen für alle Nationalitäten unabhängig vom Territorium zu schaffen) nicht im Widerspruch zum Parteiprogramm stehe.³⁵

Als Reaktion auf diese Entwicklungen beauftragte Lenin die relativ wenigen Funktionäre der Bolschewiki aus Randgebieten, darunter den Georgier Iosif V. Stalin, als Teil einer politischen Gegenoffensive über die nationale Frage zu schreiben.³⁶ 1913 und 1914 veröffentlichte Lenin sei-

31 Siehe ebenda, S.25f., 57.

32 Karl Kautsky: Die Nationalitätenfrage in Russland, in: Leipziger Volkszeitung, 29.4.1905, S.17.

33 Kautskys Artikel ist abgedruckt in: Vladimir Medem: Social-demokratija i nacional'nyj vopros, Sankt-Peterburg 1906.

34 Siehe Valentin V. Šelochaev u. a. (Hrsg.): Konferencii RSDRP 1912 goda. Dokumenty i materialy, Moskva 2008.

35 Po voprosu o kul'turno-nacional'noj avtonomii (1912), in: ebenda, S.947.

36 Siehe J. W. Stalin: Marxismus und nationale Frage (1913): in Ders.: Werke, Bd. 2, Berlin

ne ersten theoretischen Arbeiten zu diesem Thema, die gegen die Verfechter einer national-kulturellen Autonomie gerichtet waren. Dazu gehörten damals die meisten nationalen Sozialdemokraten und die Luxemburg-Anhänger.³⁷ Lenins Arbeiten aus der Vorkriegszeit stellten in mehrfacher Hinsicht einen wichtigen Fortschritt dar. Nach zwei Jahrzehnten relativer Vernachlässigung war das Hervorheben der Bedeutung der nationalen Frage eine grundlegende Veränderung, ebenso seine neue Unterstützung für Regionalautonomie und Sprachenrechte sowie die Betonung des Kampfes gegen den russischen Chauvinismus. Aber politische Schwäche und die Tatsache, dass Lenins neue Positionen bei Weitem nicht von allen seinen Genossen akzeptiert wurden, untergruben auch weiterhin Versuche der Bolschewiki, ihre Basis zu verbreitern. Dabei treten drei Punkte besonders hervor:

Erstens waren die Schriften der Bolschewiki aus dieser Zeit von der Auffassung geprägt, dass der „entwickelte Kapitalismus“ die Teilung in Nationen systematisch auflösen werde. Stalin zitierte zustimmend aus dem Kommunistischen Manifest: „Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr.“³⁸ Auch Lenin hob hervor: „Es bleibt jene welthistorische Tendenz des Kapitalismus zur Niederreißung der nationalen Schranken, zur Verwischung der nationalen Unterschiede, zur *Assimilation* der Nationen, die mit jedem Jahrzehnt immer mächtiger hervortritt und eine der größten Triebkräfte darstellt, die den Kapitalismus in Sozialismus verwandeln.“³⁹

Davon ausgehend argumentierte Lenin, die vor sich gehende Assimilierung ukrainischer Arbeiter im zaristischen Russland sei „*zweifellos* eine fortschrittliche Tatsache“ des kapitalistischen Wachstums.⁴⁰ Zwar räumte er ein, dass die Gründung eines ukrainischen Staates eine historische Möglichkeit sei, zugleich aber werde „die geschichtliche Fortschrittlichkeit der ‚Assimilation‘ der großrussischen und der ukrainischen Arbeiter ebensowenig einem Zweifel unterliegen wie die Fortschrittlichkeit des Vermahlens der Nationen in Amerika“.⁴¹ Ausgehend von dieser Analy-

1950, S.266-333.

37 Siehe W. I. Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage (1913), in: LW, Bd. 20, Berlin 1961, S.1-37; Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (1914), in: ebenda, S.395-461.

38 Stalin, Marxismus, S.300.

39 Lenin, Bemerkungen, S.13. Hervorhebung im Orig.

40 Ebenda, S.16. Hervorhebung im Orig.

41 Ebenda.

se brandmarkten Lenin und Stalin den Kampf zur Verteidigung nationaler Kulturen beherrschter Völker als eine reaktionäre Erscheinung von bürgerlichem Nationalismus.⁴² Selbst die Verbündeten der Bolschewiki in der lettischen LSDAP, der einzigen Partei aus den Randgebieten, die sich in diesen Jahren endgültig an die Seite der Bolschewiki stellte, strich alle Formulierungen Lenins zur nationalen Frage aus dem Programmentwurf, den er für deren Parteitag von 1914 ausgearbeitet hatte.⁴³

Da die Historiografie der Vorkriegsdebatten zur nationalen Frage zu meist auf Zustimmung oder Gegnerschaft zu den Theorien des Austromarxisten Otto Bauer konzentriert ist, soll hier hervorgehoben werden, dass die wichtigsten Beiträge aus den Randgebieten des Zarenreiches in eine klar ausgeprägte Orientierung mündeten. Anders als Bauer und die Bolschewiki neigten viele Sozialdemokraten aus den Randgebieten zu der Auffassung, dass territoriale und extraterritoriale nationale Lösungen miteinander verbunden werden müssten. Die Behauptung der Bolschewiki, der Kapitalismus löse die Teilung in Nationen auf, wurde allgemein abgelehnt, ebenso Bauers Sicht, die Nationen seien permanente Gebilde, die mit der Errichtung des Sozialismus nur noch weiter zementiert würden.⁴⁴

Der zweite wichtige Schwachpunkt der Bolschewiki aus dieser Sicht war die Rücknahme ihrer Position aus den Jahren nach 1905, als den sozialdemokratischen Organisationen aus den Randgebieten de facto ein föderaler Status zugebilligt worden war. Lenin kehrte zu seiner Verurteilung eines organisatorischen Föderalismus zurück und behauptete einmal sogar, die nichtrussischen Sozialdemokraten seien kein wesentlicher Bestandteil einer russlandweiten Partei: „Ist die Partei berechtigt, sich ohne die Nationalen ‚SDAP **Rußlands**‘ zu nennen? Sie ist berechtigt, denn sie war eine Partei *Rußlands* von 1898 bis 1903 ohne Polen und Letten, von 1903 bis 1906 ohne Polen, Letten und den ‚Bund!!!‘“⁴⁵

Drittens wandte sich Lenin weiterhin gegen einen staatlichen Föderalismus und behauptete, große Staaten seien eine progressive Erscheinung und sollten nur in Ausnahmefällen zerschlagen werden. Er schrieb: „[Die]

42 Siehe ebenda, S.6; Stalin, *Marxismus*, S.324.

43 Siehe Očerki istorii Kommunističeskoj partii Latvii, hrsg. vom Institut istorii partii pri CK KP Latvii, filial Instituta marksizma-leninizma pri CK KPSS, Bd. 1, Rīga 1962, S.262f.

44 Siehe z. B. K. Zalevskij [d.i. Stanislaw Trusiewicz]: Nacional'nyj vopros v Rossii, in: Naša Zarja, 5 (1914), S.15-23, 6 (1914), S.24-29.

45 W. I. Lenin: Bericht des ZK der SDAPR und instruktive Hinweise für die Delegation des ZK zur Brüsseler Konferenz, in: LW, Bd. 20, S.505-548, hier S.546. Hervorhebungen im Orig.

Marxisten [werden] unter keinen Umständen das föderative Prinzip oder die Dezentralisation propagieren. Ein zentralisierter Großstaat ist ein gewaltiger historischer Schritt vorwärts auf dem Wege von der mittelalterlichen Zersplitterung zur künftigen sozialistischen Einheit der ganzen Welt, und einen anderen Weg zum Sozialismus als *über* einen solchen (mit dem Kapitalismus *unlösbar* verknüpften) Staat gibt es nicht und kann es nicht geben.⁴⁶

Diese Haltung, mit der der Unterschied zwischen einem Reich und einem Nationalstaat umgangen wurde, nahm seiner Definition der Selbstbestimmung als des Rechts auf politische Abtrennung viel von ihrer Prägnanz. Der Parteiführer der ukrainischen Sozialdemokraten, Lev Jurkevič, erwiderte, eine generelle Unterstützung für große Staaten und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung seien „einander ausschließende Prinzipien“.⁴⁷ Zur entscheidenden Frage der Unabhängigkeit Polens erklärte Lenin: „Keinem einzigen Marxisten Rußlands ist es je in den Sinn gekommen, den polnischen Sozialdemokraten einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie gegen die Lostrennung Polens sind. Einen Fehler begehen diese Sozialdemokraten nur dann, wenn sie – wie Rosa Luxemburg – zu bestreiten suchen, daß das Programm der Marxisten *Rußlands* die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts enthalten muß.“⁴⁸

Diese Haltung konkretisierte sich in dem fortdauernden Bündnis der Bolschewiki mit den Luxemburg-Anhängern anstatt der „PPS-Linken“ (die sich so nannte, nachdem die PPS-Mehrheit ihren nationalistischen Flügel 1906 ausgeschlossen hatte). Diese führte eine wiedererstehende Massenbewegung der Arbeiter an.⁴⁹ Die Bolschewiki brandmarkten sie jedoch ungerechterweise als „Nationalisten“ und schlossen ein Bündnis mit einem Flügel der SDKPiL (Karl Radek und andere), der sich gegen das Sektierertum und die antidemokratischen Zumutungen der emigrierten Führung unter Rosa Luxemburg und Leo Jogiches wandte, während er deren Sicht auf die nationale Frage weiter unterstützte.⁵⁰ Die Haltung der Bolschewiki

46 Lenin, Bemerkungen, S.31f. Hervorhebungen im Orig.

47 L. Ribalka [d. i. Lev Jurkevič]: Russkie social-demokraty i nacional'nyj vopros, Ženeva 1917, zit. nach: Ivan V. Majstrenko: Lenin i nacional'ne pitanja, in: Sučasnist', 6, 1975, S.62.

48 Lenin, Selbstbestimmungsrecht, S.434. Hervorhebung im Orig.

49 Zur Stärke und zum Radikalismus der PPS-Linken zu dieser Zeit siehe Janina Kasprzakowa: Ideologia i polityka PPS-Lewicy w latach 1907-1914, Warszawa 1965, S.187-246.

50 Rosa Luxemburgs heutige Reputation als die Verkörperung eines demokratischen, „offenen“ Marxismus ist mit ihrer Rolle in der revolutionären Bewegung Polens und mit der da-

zu Polen und zur nationalen Befreiung im Allgemeinen hilft zu verstehen, weshalb ihre Unterstützung in den Randgebieten des Reiches im Wesentlichen auf antipatriotisch eingestellte Sozialdemokraten beschränkt war.

Schlussbemerkungen

Ungeachtet des Wunsches der Bolschewiki, eine Partei aufzubauen, die alle Arbeiterinnen und Arbeiter des Zarenreiches repräsentieren sollte, waren ihre Wurzeln unter den Nichtrussen und ihre Politik ihnen gegenüber am Vorabend von 1917 bemerkenswert schwach. Dies war gewiss nicht der einzige Grund dafür, dass die Revolution außerhalb des russischen Kernlandes eine Niederlage erlitt, aber es kann zumindest als wichtiger Faktor dafür gelten. Die Rückschläge in den Randgebieten, besonders das Scheitern der Revolution in Polen, waren wichtige Wendepunkte der revolutionären Nachkriegswelle.⁵¹ Ende 1923 stand die Sowjetregierung allein in einer feindseligen kapitalistischen Welt.

Die Erfahrung dieser Rückschläge, die Bemühungen, die Sowjetmacht auch unter den nichtrussischen Völkern zu errichten und das Einströmen von Sozialdemokraten und revolutionären Nationalisten aus den Randgebieten in die Kommunistische Partei und die Komintern führten zu einer grundlegenden Revision der Haltung der Bolschewiki zur nationalen Frage. Sie übernahmen viele Positionen, die zunächst nur Sozialdemokraten aus den Randgebieten vertreten hatten, darunter die Unterstützung für staatlichen Föderalismus und/oder unabhängige sozialistische Republiken in den Randgebieten, die Ablehnung von Assimilation, die aktive Förderung nationaler Kultur und nationaler Schulen; die Gründung eigenständiger marxistischer Parteien in den Randgebieten.⁵² Diese neue Politik er-

möglichen Praxis in ihrer Partei unmöglich zu vereinbaren. Die Spaltung der SDKPiL im Jahre 1911 war der Höhepunkt des Widerstandes der Mehrheit der Parteimitglieder gegen die von der Luxemburg-Jogiches-Führung praktizierte Organisation von oben nach unten und deren obsessive Kampagne gegen die PPS. Zur SDKPiL in jener Zeit und zu ihren Beziehungen zu den russischen Sozialdemokraten siehe Walentyna Najdus: SDKPiL a SDPRR 1908-1918, Wrocław 1980.

51 Der Einfluss der Niederlage in Polen auf das Abflauen der revolutionären Welle in der Nachkriegszeit wurde vom III. Kominternkongress anerkannt. Siehe dazu: Theses of the Third World Congress on the International Situation and the Tasks of the Comintern (1921), in: Alan Adler: Theses, resolutions and manifestos of the first four congresses of the Third International, London 1980, S.184.

52 Zur Entwicklung der Haltung der Bolschewiki zur nationalen Frage nach 1917 sowie zu den Spannungen theoretischer und praktischer Natur um diese Frage in der Partei siehe Je-

möglichte eine bemerkenswerte „nationale Renaissance“ der Nichtrussen, die bis zur stalinistischen Konterrevolution der 1930er-Jahre andauerte.⁵³

Kurz gesagt, überwand die Bolschewiki insgesamt ihre Schwächen in der nationalen Frage erst nach anfänglichen Niederlagen der Arbeiterrevolutionen in den Randgebieten des Zarenreiches. Lenin und seine Genossen übernahmen schließlich vieles von den Positionen der nichtrussischen Sozialdemokraten, aber die Verspätung, mit der das geschah, kam die Revolution teuer zu stehen. Hätten die Bolschewiki diese Orientierung eher übernommen, dann wäre die sozialistische Revolution in den nichtrussischen Gebieten möglicherweise erfolgreich gewesen und hätte sich von dort über Europa und Asien ausbreiten können. Aus diesen Erfahrungen, vor allem aus jenen von Marxisten der Peripherie zu lernen, kann von beträchtlichem Wert sein für die sozialistische Praxis in heutigen Kämpfen gegen Unterdrückungsformen nicht nur auf Klassenbasis, sondern auch gegen nationale und patriarchale Diskriminierung.

Aus dem Englischen von Helmut Ettinger

remy Smith: *The Bolsheviks and the National Question, 1917-23*, New York 1999.

53 Zur Politik einer „positiven Diskriminierung“ in der Sowjetunion zu dieser Zeit siehe Terry Martin: *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923-1939*, London 2001.

Gegen den Willen der Betriebsbelegschaften oder mit ihnen? Die Privatisierung von Produktionsbetrieben in Polen und in den neuen Bundesländern des geeinten Deutschlands 1990 bis 1995

Jörg Roesler

1. War die Treuhandprivatisierung in Ostdeutschland ohne Alternative?

Etwas mehr als zwei Jahrzehnte ist es her, da konnte die Privatisierungsagentur Ende 1994 für Ostdeutschland verkünden: „Die Treuhand beendet ihre Arbeit. Privatisierungsaufgabe ist erfüllt“. Die Wirtschaftsentwicklung lasse erkennen, dass der 1990 eingeleitete „Weg der schnellen Privatisierung und entschlossenen Sanierung richtig gewesen“ sei.¹ Manfred Lennings, Vorsitzender des Treuhand-Verwaltungsrates, verwies in diesem Zusammenhang auf das rasche Wirtschaftswachstum in den neuen Bundesländern (wie das Gebiet der früheren DDR nach dem Beitritt zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 meist genannt wurde) seit 1992.² Was er nicht verriet, war, dass das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands nach einem schweren Einbruch in den Jahren 1990/91 sich noch auf dem Wege der Rekonvaleszenz befand und 1994 das Niveau von 1989 gerade erst überschritten hatte. Auch hinsichtlich der weiteren Entwicklung gab sich Lennings optimistisch. Aber ab 1996 ließ das Wachstum des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts deutlich nach. Auch der Anstieg der Arbeitsproduktivität verlangsamte sich, eine Tendenz, die bis heute anhält.³

„Wurden auch Fehler gemacht?“, fragte 2009, als sich auch zwei Jahrzehnte nach Beginn der Transformation noch keine Wende zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in Ostdeutschland abzeichnete, die ostdeutsche Journalistin Karlen Vesper Wolfgang Schäuble, den sie in einem Interview speziell auf die Treuhandprivatisierung ansprach. „Im Kern

1 Siehe Editorial, in: Treuhandanstalt. Informationen, Wirtschaftsnachrichten aus der Treuhandanstalt für die neuen Bundesländer, Ausgabe 1994, Nr. 21, S.1f.

2 Ebenda, S.1.

3 Siehe Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000. Neue Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Köln 2005, S.242; Institut der Deutschen Wirtschaft Köln: Deutschland in Zahlen 2014, Köln 2014, S.133.

nicht“, antwortete der ehemalige Chefunterhändler der deutschen Einheit. „Ich kenne keine ernsthafte Betrachtung, wie man es hätte anders machen können.“⁴

Bei dieser Einschätzung ist es in öffentlichen Verlautbarungen der jeweiligen Bundesregierung bis heute geblieben. Sie dürfte im Juli 2015, wenn sich der Privatisierungsbeginn zum 25. Mal jährt, wiederholt werden, auch wenn seriöse Wirtschaftswissenschaftler, wie Karl-Heinz Paqué, längst zugeben, dass es eine Illusion war anzunehmen, beim unterschiedlichen Wirtschaftsniveau von DDR und BRD habe es sich um einen Abstand gehandelt, „den es nur mit entschlossenen Schritten zu überwinden galt“. Aber auch Paqué beharrt auf der Alternativlosigkeit der 1990 bis 1994 im Eilzug-Tempo vollzogenen Privatisierung ostdeutscher Produktions- und Vertriebsunternehmen durch die Treuhand. „Selbst im Nachhinein“, schrieb er 2009, „fällt es schwer, im schnellen Handeln der Treuhand einen wirtschaftlichen Fehler zu erkennen.“⁵

Eine Minderheit unter den Wirtschaftswissenschaftlern vertritt eine deutlich andere Auffassung. „Eine kritische Aufarbeitung der Fehler und Schwächen der Vereinigungs- und Transformationspolitik wird in den offiziellen Darstellungen so weit wie möglich vermieden“, so Hans Mittelbach in der bisher umfangreichsten Untersuchung zur Entwicklung Ost- und Westdeutschlands nach 1990. „Dabei reichen die Fehler der Politik von der überstürzten und nicht von schützenden Übergangsregelungen begleiteten Währungsunion über die auf schnellstmögliche Privatisierung gerichtete Tätigkeit der Treuhandanstalt bis zum Verlassen auf die Kräfte des Marktes und den Verzicht auf Maßnahmen einer akkommodierend gestaltenden Strukturpolitik.“⁶

Die beiden einander widersprechenden Aussagen der Ökonomen mit den Methoden der Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu hinterfragen, macht sich dieser Beitrag zur Aufgabe. Der Autor bedient sich dabei der Methode des historischen Vergleichs⁷ mit einem ähnlich gelagerten Fall von Massenprivatisierung in einem anderen Land. Für eine Gegenüberstellung wurde die „große Privatisierung“ in der Industrie des polnischen Nachbarn

4 Interview mit Wolfgang Schäuble, in: Neues Deutschland, 7.10.2009, S.6.

5 Karl-Heinz Paqué: Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit, München 2009, S.65.

6 Zit. nach: Ulrich Busch/Wolfgang Kühn/Klaus Steinitz: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit, Hamburg 2009, S.21.

7 Zur benutzten Methode siehe Jürgen Kocka: Comparative Historical Research: German Examples, in: International Review of Social History, 38 (1993), S.369-379.

ausgewählt, die zeitlich fast parallel zur ostdeutschen einsetzte, aber anders verlief.⁸ Dabei soll eine Antwort auf die Frage gefunden werden, ob ein ähnliches Vorgehen wie in Polen auch in der Ex-DDR möglich, ja erstrebenswert gewesen wäre, ob ein alternatives Vorgehen andere Resultate gezeitigt hätte als die ihres volkswirtschaftlichen Ergebnisses wegen umstrittenen Privatisierungsmethoden der Treuhandanstalt der Bundesregierung.

2. Ostdeutschland und Polen: Die Gemeinsamkeiten in Zielstellungen und Rahmenbedingungen der Transformation

Ein Vergleich des Privatisierungsgeschehens in Polen und Ostdeutschland ist entsprechend den Regeln der Komparatistik⁹ nur dann sinnvoll, wenn es zwischen den beiden Ländern im Vergleichszeitraum – der ersten Hälfte der 90er-Jahre – beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft genügend Übereinstimmungen bezüglich der ursprünglichen Zielstellungen, politischen Rahmenbedingungen und der zu bewältigenden wirtschaftlichen Herausforderungen gab.

Ein Blick auf die wirtschaftspolitische Entwicklung in Ostdeutschland und Polen seit 1989/90 lässt erkennen, dass zwischen beiden Ländern in den ersten Jahren der Transformation die Gemeinsamkeiten und nicht die Unterschiede überwogen. Der vom ersten „postkommunistischen“ Ministerpräsidenten Polens Tadeusz Mazowiecki noch 1989 mit der Durchführung einer Wirtschaftsreform beauftragte Warschauer Wirtschaftswissenschaftler Leszek Balcerowicz ging von eindeutig neoliberalen Vorstellungen aus.¹⁰ Die anzustrebende „freie Marktwirtschaft“ würde sich weitgehend von selbst gestalten, sei sie erst von den Fesseln planwirtschaftlicher Vorgaben befreit. Nach der Beseitigung der Staatsunternehmen und der raschen Überwindung der unvermeidlichen Anpassungsprobleme würden wirtschaftliches Wachstum, allgemeine Beschäftigung und wachsender Wohlstand eintreten.¹¹ Balcerowicz, Vizepremier und Finanzminister, konnte sich mit seinen Vorstellungen im polnischen Kabinett durchsetzen, auch gegenüber Mazowiecki, der in der Eigentumsfrage eher ei-

8 Ausgeklammert aus der Darstellung wurden gewerbliche Kleinstbetriebe des Handwerks.

9 Siehe Kocka, *Comparative Historical Research*, S.369.

10 Siehe Leszek Balcerowicz: *The interplay between economic and political transition*, in: Salvatore Zecchini (Hrsg.): *Lessons from the economic transition. Central and Eastern Europe in the 1990s*, Dordrecht 1997, S.153-167, hier S.153f.

11 Siehe James Angresano: *Poland after the shock*, in: *Comparative Economic Studies*, 38, (1996), S.87-111, hier S.89.

ne plurale Lösung bevorzugt hätte.¹² „Die neoliberale Ideologie mit allen ihren Dogmen wurde in Polen die allein gültige“, urteilte 2014 der Warschauer Publizist Krzysztof Pilawski.¹³

Für die DDR wurde 1990 von der Regierung de Maiziére als Transformationsziel inhaltlich akzeptiert, was die Bundesregierung im Vertragsentwurf zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion festgelegt hatte: „Grundlage der Wirtschaftsunion ist die soziale Marktwirtschaft. [...] Sie wird insbesondere bestimmt durch Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen.“¹⁴ In einer der Unterzeichnung des Vertrages vorangegangenen Erklärung betonte Bundeskanzler Helmut Kohl, die Einführung der sozialen Marktwirtschaft würde der DDR „alle Chancen, ja die Gewähr dafür“ bieten, dass im Osten Deutschlands „bald wieder blühende Landschaften“ entstehen werden.¹⁵

Nicht nur hinsichtlich ihrer generellen ordnungspolitischen Zielstellung, auch in ihrer besonderen Betonung der Privatisierung waren demnach Polens und Ostdeutschlands Programme zur Wirtschaftsreform im Kern fast identisch. So war es kein Zufall, dass der bundesdeutsche Finanzminister Theo Waigel in seiner Rede beim Abschluss des Staatsvertrages Balcerowicz ordnungspolitische Vorstellungen ausdrücklich lobte.¹⁶

Der polnische Finanzminister unterstrich allerdings stets, dass die Chancen eines Politikers, das Transformationsprogramm entsprechend seinen Vorstellungen durchzusetzen, nicht nur von seiner Zielstrebigkeit, sondern auch von den Bedingungen, unter denen sie verwirklicht werden, abhängt.¹⁷

12 Mazowiecki erklärte im Dezember 1989, drei Monate nach seinem Regierungsantritt: „Es räumt keiner der in unserem Land bestehenden Eigentumsformen Priorität ein. Dort, wo das Privateigentum den größten Nutzen bringt, soll eine Privatisierung einsetzen. Dort aber, wo staatliche oder genossenschaftliches Eigentum am effektivsten ist, sollen diese Formen bleiben.“ Zit. nach: Gerd Neumanns in vieler Hinsicht bemerkenswerten Arbeit: Vier Jahre Transformation in Polen. Analyse des Verlaufs der polnischen Wirtschaftsreform, [Berlin 1994] (als Manuskript vervielfältigt), S.1.

13 Siehe Krzysztof Pilawski: Polens Weg in den Kapitalismus, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 2014, Nr. 99, S.64-71, hier S.65.

14 Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Artikel 1, in: Der Staatsvertrag. Grundlage der deutschen Einheit, Berlin, Juni 1990, S.12.

15 Ebenda, S.7.

16 Siehe ebenda, S.52.

17 Siehe Balcerowicz, The interplay, S.159-163.

Die Beseitigung der planwirtschaftlichen Strukturen setzte ein, nachdem im Ergebnis der Wahlen vom 4. Juni 1989 bzw. 18. März 1990 die Regierungen von Mazowiecki und von Lothar de Maizière an die Macht gekommen waren. In Polen drängte der IWF in diese Richtung, die letzte DDR-Regierung übernahm weitgehend das unter Waigel vom „Kabinettsausschuss Deutsche Einheit“ entwickelte Transformationsprogramm der Bundesregierung. In beiden Fällen wurde eine schrittweise Einführung der freien Marktwirtschaft verworfen. Beide Regierungen entschieden sich für die ad-hoc-Einführung des neuen Wirtschaftssystems und beurteilten das gesellschaftliche Klima dafür als günstig. Die Schocktherapie (Balcerowicz sprach von einem „kontrollierten Schock“¹⁸) setzte in Polen mit dem 1. Januar 1990 ein, in der DDR mit dem 1. Juli 1990.

Die polnischen Reformen – bald als Balcerowicz-Plan bezeichnet – sollten in ihrer ersten Phase die staatlichen Wirtschaftsplanungsinstitutionen demontieren. An die Stelle des Dirigismus des Staates hatte die Lenkung über den Markt zu treten. Als wichtigste Maßnahme war die Freigabe der Preise vorgesehen.¹⁹ Die DDR-Regierung verpflichtete sich im Staatsvertrag vom Juni 1990, innerhalb kürzester Zeit „die Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Marktkräfte und der Privatinitiative zu schaffen“.²⁰ Denn der staatliche Sektor wurde als Hemmnis beim „Aufbau Ost“, wenn nicht gar als Gift für die ökonomische Rekonvaleszenz eingeschätzt. Der Verkauf so gut wie aller Betriebe an Privatunternehmer würde zwar eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, jedoch innerhalb weniger Jahre abgeschlossen sein. Auch in Polen sollte die Privatisierung so schnell wie möglich vorgenommen werden, auch hier galten Privatbetriebe als Hauptkraft der polnischen „Wiederbelebung“.²¹ Die weitere Wirtschaftsentwicklung wurde in ein direktes Verhältnis zum Tempo der Privatisierung gesetzt. Je rascher privatisiert würde, so glaubten die Regierenden in beiden Ländern, desto eher werde der Aufschwung kommen.

Doch die ehrgeizigen Zeitpläne wurden rasch über den Haufen geworfen. Es gab weder im Warschauer „Ministerium für die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse“ (später schlicht Privatisierungsministerium genannt) und in den 60 dezentralisierten Institutionen zur Kontrolle und

18 Siehe Neumann, Vier Jahre, S.4.

19 Siehe Ryszard Zukowski: From transformational crisis to transformational recovery: The case of Poland's industry, in: Economic Systems, 22 (1998), S.367-397, hier S.373.

20 Vertrag, S.17.

21 Angresano, Poland, S.89f., 100.

Koordinierung des Privatisierungsprozesses²² noch in der Zentrale der Treuhandanstalt (THA) in Berlin und ihren 15 regionalen Niederlassungen die nötigen Fachleute mit ausreichend Privatisierungserfahrung.²³ Auch die aus der Bundesrepublik entsandten erprobten „Sanierer“ von Konzernen, wie Treuhandpräsident Detlev Rohwedder, hatten nie vor einer Aufgabe solchen Ausmaßes wie nunmehr in Ostdeutschland gestanden. „Treuhand – Das Unmögliche wagen“ titelte folgerichtig das erste von Sozialwissenschaftlern erarbeitete Buch über die THA.²⁴ Weitere Verzögerungen in der Privatisierung traten in Ostdeutschland wie in Polen infolge von Bürokratismus, auch von Vetternwirtschaft und Korruption ein.²⁵

Ungünstiger als ursprünglich gedacht, erwiesen sich auch die Rahmenbedingungen, unter denen sich die Privatisierung vollzog. In Polen kam zu der unerwartet starken Schockwirkung, die das Balcerowicz-Programm in der Wirtschaft ausgelöst hatte,²⁶ zu Beginn des Jahres 1991 mit dem Ende der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft RGW ein zweiter Schock hinzu: Der Warenaustausch Polens mit seinen bisherigen Haupthandelspartnern sank im 1. Quartal 1991 gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr auf knapp ein Fünftel.²⁷ Das Bruttoprodukt Polens, das 1990 bereits um elf Prozent gegenüber dem Vorjahr geschrumpft war, verringerte sich 1991 noch einmal um sieben Prozent. Die (registrierte) Arbeitslosigkeit, die im 4. Quartal 1989 nicht nennenswert war, stieg bis Ende 1990 auf sechs und Ende 1991 auf elf Prozent.²⁸

Noch negativer als im polnischen Nachbarland zeigten sich in Ostdeutschland die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der – hier

22 Siehe Neumann, Vier Jahre, S.85.

23 Siehe Andrew Berg: The logistics of privatization in Poland, in: Olivier Jean J. Blanchard/Kenneth A. Froot/Jeffrey D. Sachs: The Transition in Eastern Europe, Bd. 2: Restructuring, Chicago u. a. 1994, S.165-188, hier S.166.

24 Wolfram Fischer/Herbert Hax/Hans Karl Schneider (Hrsg.): Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen, Berlin 1993.

25 Siehe Berg, The logistics, S.166f; Daten und Fakten zur Aufgabenerfüllung der Treuhandanstalt, 30.12.1994, S.10; Dirk Laabs: Der deutsche Goldrausch. Die wahre Geschichte der Treuhand, München 2012.

26 Siehe Karol Modzelewski: Steuerreform – oder die Abkehr vom Staat der sozialen Solidarität?, in: Zehn Jahre Transformation in Polen. Nachrichtenchronik Juni 1989 bis Juni 1999, Szczecin 2009, S.16-20, hier S.19.

27 Siehe Andrew Berg/Olivier Jean Blanchard: Stabilization and Transition: Poland 1990-91, in: Olivier Jean J. Blanchard/Kenneth A. Froot/Jeffrey D. Sachs: The Transition in Eastern Europe, Bd. 1: Country Studies, Chicago 1994, S.51-91, hier S.54f.

28 Siehe ebenda, S.39, 54.

öffentlich niemals als solche bezeichneten – Schocktherapie. Die Industrieproduktion sank zwischen Juni und Juli 1990 als unmittelbare Folge des Inkrafttretens der im Staatsvertrag zwischen BRD und DDR festgeschriebenen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion um 42 Prozent, verringerte sich im 3. und 4. Quartal 1990 weiter und erreichte im Dezember 1990 nur noch 49,6 Prozent des Vorjahreswertes.²⁹ Andere Wirtschaftsbereiche waren vom Absturz weniger betroffen. Jedoch betrug 1991 das Bruttosozialprodukt in den neuen Bundesländern nur noch 76 Prozent des Niveaus von 1989.³⁰ Offene Arbeitslosigkeit hatte es in der DDR bis 1989 nicht gegeben. Doch dann stieg zwischen Juni und Juli 1990 die Zahl der Arbeitslosen von 42.000 auf 272.000. Hinzu kamen 656.000 Kurzarbeiter. Unter ihnen waren, mit „Kurzarbeit Null“ bedacht, viele verdeckte Arbeitslose. Im März 1991 überschritt die Zahl der Kurzarbeiter die Zwei-Millionen-Grenze, die Anzahl der Arbeitslosen erhöhte sich auf 808.000. Die offizielle Arbeitslosenquote stieg vom 3. Vierteljahr 1990 bis zum 1. Vierteljahr 1991 von 3,5 auf 8,6 Prozent.³¹ „Zusammen mit der uneingeschränkten Öffnung (gegenüber Westdeutschland bzw. Westeuropa – J. R.) schlug mit der Währungsumstellung [...] der enorme Aufwertungseffekt voll auf die Unternehmen durch“, hieß es 1994 rückblickend in der Abschlusserklärung der THA in Bewertung der Startbedingungen für die Privatisierung.³²

Unter dem Druck der – in Ausmaß und Dauer – nicht vorhergesagten wirtschaftlichen Misere änderte sich die Haltung eines Großteils der Bevölkerung in Polen und der (Ex-)DDR zu den eingeleiteten Reformen. Zwar wurde der Übergang zu marktwirtschaftlichen Strukturen weiterhin prinzipiell bejaht, nicht aber mehr das Privatisierungstempo und das Ziel einer Privatisierung bis zum letzten Staatsbetrieb.

In Polen schwand zunehmend die Zuversicht, dass die wirtschaftliche „Talsole“ innerhalb weniger Monate durchschritten werden könnte. Im Januar 1992 bezeichnete in einer repräsentativen Umfrage ein Drittel (32 Prozent) der Bevölkerung das Privatisierungstempo als zu schnell.³³ Auf einer zentralen Landeskongress zur Privatisierung, die im Novem-

29 Siehe Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer, Sondergutachten, 13. April 1991, S.32.

30 Siehe Busch/Kühn/Steinitz, Entwicklung, S.174f.

31 Siehe ebenda, S.34.

32 Siehe Daten und Fakten, S.3.

33 Siehe Neumann, Vier Jahre, S.107.

ber 1992 einberufen worden war und zu der Delegationen aus allen polnischen Wojewodschaften anreisten, berichtete eine ganze Reihe von Konferenzteilnehmern über eine zunehmende Abneigung von Belegschaften – insbesondere großer Betriebe – gegen die Privatisierung. Die Delegierten gaben zu bedenken, dass man immer öfter auf die Meinung stoße, in vielen Betrieben funktioniere das staatliche Eigentum unter den nun einmal gegebenen Bedingungen besser und sei sicherer als das private.³⁴

In den neuen Bundesländern gab es bezeichnender Weise eine vergleichbare Dialog-Veranstaltung mit Bundeskanzler Helmut Kohl nie. Doch auch hier ließ die Euphorie über das neue Wirtschaftssystem nach, obwohl die Einwohner diesem die „harte Mark“ verdankten. Der Unwille der Belegschaften gegenüber den konkreten Privatisierungsverfahren, von denen sie in ihrem Betrieb zunächst vor allem durch Entlassungen unmittelbar betroffen waren, nahm zu.

Die Regierungen und die für die Privatisierung verantwortlichen Institutionen in Polen und in Deutschland standen also schon bald vor der Aufgabe, das Kernstück ihres Reformprojektes – das Privatisierungsvorhaben – zu überprüfen und aus den veränderten Realisierungsbedingungen und aus dem Verlust an Wohlwollen der Beschäftigten bzw. der Bevölkerung hinsichtlich dessen Weiterführung ihre Schlussfolgerungen zu ziehen. Sie taten das. Doch hier hören die überwiegenden Gemeinsamkeiten im Privatisierungsprozess auf, werden die Unterschiede dominant.

3. Unterschiede zwischen Polen und den neuen Bundesländern in Umfang, Varianten und Tempo der Privatisierung

Als im Dezember 1991 Jan Olszewski von der Zentrumsallianz den Liberalen Jan Krzysztof Bielecki im Amt des Ministerpräsidenten ablöste, schied auch Balcerowicz als Vizepremier und Finanzminister aus der Regierung aus und verlor seinen dominanten Einfluss auf die polnische Wirtschaftspolitik. Auch die bisherige Privatisierungspolitik wurde einer Prüfung unterzogen.

Man habe zwar viel über ein als optimal angesehenes Privatisierungstempo debattiert, schätzte der Ökonom Andrew Berg vom Internationalen Währungsfonds (IWF) in einer 1992 vorgenommenen Untersuchung der Privatisierung in Polen ein, in der Praxis aber sei es darum gegangen, eine akzeptable Lösung zu finden und dementsprechend das Programm zu än-

34 Siehe ebenda, S.101.

dern. Das Resultat der pragmatischen Herangehensweise der für die Privatisierung in Polen Verantwortlichen beschrieb Berg so: „Mehr als zwei Jahre nach der Einleitung der Schocktherapie befindet sich die überwältigende Mehrheit der staatlichen Unternehmen weiterhin in der Hand des Staates.“³⁵ Nicht nur das ursprüngliche Privatisierungstempo wurde infrage gestellt, sondern auch der Umfang der Entstaatlichung der Wirtschaft. Eine Anzahl polnischer Experten zog die Zweckmäßigkeit der umfassenden Privatisierung und die damit verbundene Eliminierung der Staatsbetriebe generell in Zweifel.³⁶ Diese Experten machten darauf aufmerksam, dass die Staatsbetriebe – wenigstens in der Industrie – nicht viel schlechtere wirtschaftliche Ergebnisse aufwiesen als die bereits privatisierten bzw. die neu gegründeten Privatbetriebe. Einige von ihnen hielten die „direkte Privatisierung der staatseigenen Giganten schlichtweg für unmöglich“.³⁷ Derartige Überlegungen gingen ebenso wie der Stimmungsumschwung in der Bevölkerung an Parlament und Regierung letztlich nicht vorbei. Bogdan Pęk, der Vorsitzende der Sejmkommission für Eigentumsu mwandlung, räumte ein, dass es unklug wäre, „angesichts ungenügender Sachkenntnis auf die Forcierung des Privatisierungstempos zu drängen“. Da die Effekte der Eigentumsu mwandlung zu wenig bekannt seien und die Privatisierungsaktivität unumkehrbaren Charakter trüge, müsse man, sollte der Privatisierungsprozess rational verlaufen, mit einer Dauer von zehn bis 20 Jahren rechnen.³⁸

Waldemar Pawlak von der Bauernpartei, der nach Frühjahr und Sommer 1991 wieder vom Oktober 1993 bis 1995 polnischer Ministerpräsident war, nahm auf die Auffassung vieler Experten und die veränderte Stimmung in der Bevölkerung Rücksicht. Letztere hatte sich in einem Linksruck bei den Parlamentswahlen vom September 1993 niedergeschlagen. Pawlak stand an der Spitze einer Koalition mit dem Bündnis der Demokratischen Linken (SLD), das als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen war und deren Hauptkraft die „postkommunistische“ Sozialdemokratie der Republik Polen bildete. Er verteidigte die Haltung seiner Regierung zu Tempo und Umfang der Privatisierung gegenüber den weiterhin eine schnelle Entstaatlichung fordernden Anhängern Balcerowicz mit den Worten: „Die Privatisierung soll nur Mittel zum Ziel sein, und unser Ziel

35 Berg, *The logistics*, S.166.

36 Siehe Angresano, *Poland*, S.93.

37 Ebenda.

38 Siehe Neumann, *Vier Jahre*, S.109.

ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Aktivität der Unternehmen.³⁹ Unter Verfechtern der neoliberalen Transformation wie Piotr Pysz, Wirtschaftsprofessor an der Hochschule für Finanzen und Management in Bialystok, wird die Pawlaksche Entschleunigung der Privatisierung kritisch beurteilt: „Die Umgestaltung des ordnungspolitischen Rahmens der Volkswirtschaft, also vor allem die gewünschte zügige Überführung von Staatsbetrieben in Privatunternehmen, geriet in Verzug.“⁴⁰

Wie entwickelte sich im Vergleich dazu das Verhältnis von Privatisierungskonzept und Privatisierungspraxis in Ostdeutschland nach dem Inkrafttreten des Vertrages über eine Währungs- und Wirtschaftsunion von 1990? Im Vertragsartikel 1, der die zukünftige Dominanz des Privateigentums bestimmte, war „die gesetzliche Zulassung besonderer Eigentumsformen für die Beteiligung der öffentlichen Hand oder anderer Rechtsträger am Wirtschaftsverkehr nicht ausgeschlossen“ worden.⁴¹ In den folgenden Monaten, während bei der THA um eine geeignete Organisationsform der Privatisierungsbehörde gerungen wurde und nach Aussage von Rohwedder noch „Chaos“ herrschte, unternahm Theo Waigel, der Leiter des über die THA „aufsichtsführenden“ Bundesfinanzministeriums, alles, um solche Ausnahmen von der Privatisierung so gering wie möglich zu halten. Er forderte im September 1990 „staatliche Beteiligungen an Unternehmen auf wenige gut begründete Ausnahmen zu beschränken“.⁴² Im darauf folgenden Monat hatte die THA endlich ihre Anfangsschwierigkeiten überwunden und verfasste erstmals „Leitlinien der Geschäftspolitik“, in denen sie sich verpflichtete, „die unternehmerische Tätigkeit des Staates durch Privatisierung so rasch und so weit wie möglich zurückzuführen“.⁴³ Ein halbes Jahr später, als viele Experten daran zu zweifeln begannen, dass die Mehrzahl der ehemaligen Volkseigenen Betriebe (VEB) so schnell wie erwartet verkauft werden könnte, und deshalb forderten, die THA sollte doch erst einmal die Betriebe mithilfe staatlicher Kredite wettbewerbsfähig machen,⁴⁴ antwortete Treuhandchef Roh-

39 Zit. nach: ebenda, S.106.

40 Piotr Pysz: Wirtschaftssystem und ordnungspolitische Prozesse seit 1990, in: Polen. Informationen zur politischen Bildung, 2/2011, S.29.

41 Vertrag, S.12, 10.

42 Theo Waigel: Ohne Eigentum keine Motivation. Die Rolle der Treuhandanstalt in der DDR, in: Bayernkurier, 29.9.1990, S.1.

43 Leitlinien der Geschäftspolitik (Material der Treuhandanstalt), Oktober 1990, S.1.

44 Ihren prägnantesten Ausdruck fand dieses Plädoyer für ein behutsames Vorgehen bei der Verwirklichung der Transformation in einem Gutachten der fünf „Wirtschaftsweisen“

wedder im „Osterbrief“ an seine Mitarbeiter mit dem Slogan „Privatisierung ist die beste Sanierung“.⁴⁵

Dieser Politik blieb auch Rohwedders Nachfolgerin Birgit Breuel, THA-Präsidentin ab Mai 1991, treu. Im Abschlussbericht der THA verteidigte sie das verfolgte Privatisierungskonzept noch einmal ausdrücklich: „Es bleibt eine durch die Erfahrung der letzten Jahre deutlich gestützte Tatsache, daß die in fast allen Unternehmen dringend erforderliche Sanierung durch einen erfahrenen neuen unternehmerisch aktiven Eigentümer, der Management, Technologie, Markt und Produkte mitbringt, am besten gelingen kann.“⁴⁶

Ende 1994 war tatsächlich – bis auf 65 Betriebe mit knapp 20.000 Beschäftigten – der Privatisierungsplan zum vorgesehenen Termin erfüllt, allerdings ohne dass auf Erfordernisse des Wirtschaftswachstums oder auf die Beschäftigungslage Rücksicht genommen worden war. Das Produktionsniveau des verarbeitenden Gewerbes lag 1994 bei 92 Prozent des DDR-Niveaus von 1989, die Arbeitslosigkeit bei fast 1,3 Millionen, d. h. 14,4 Prozent.⁴⁷ 97,2 Prozent der früheren industriellen VEB waren – gemessen an der Beschäftigtenzahl – privatisiert worden.⁴⁸ In der polnischen Industrie belief sich dagegen der Anteil des staatlichen Sektors 1995 noch auf 55 Prozent.⁴⁹

Die polnischen Regierungen zeigten sich nicht nur hinsichtlich Umfang und Tempo der Privatisierung der Industriebetriebe flexibel. Sie waren auch bereit, die Privatisierungsverfahren bzw. die Proportionen zwischen den angewandten Privatisierungsmethoden zu ändern, wenn sie sich davon mehr Akzeptanz und Effizienz versprachen. Begonnen wurde in Polen mit der Kapitalprivatisierung, die entweder durch Aktienemission und

für die Bundesregierung, in dem es hieß: „Für geraume Zeit kann hingenommen werden oder wegen noch fehlender privater Eigentümer sogar erforderlich sein, daß der Staat in manchen Bereichen unternehmerisch tätig bleibt.“ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten, Sondergutachten, 20. Januar 1990, S.5.

45 Treuhandanstalt. Informationen, Wirtschaftsnachrichten aus der Treuhandanstalt für die neuen Bundesländer, Ausgabe 1991, Nr. 1, S.6.

46 Daten und Fakten, S.10.

47 Siehe Heske, Bruttoinlandsprodukt, S.281; Institut für deutsche Wirtschaft 2014, S.15.

48 Ohne kommunalisierte Unternehmen. (Daten und Fakten, S.3); siehe auch Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1995, Tab. 54.

49 Siehe Gábor Hunya: Large privatisation, restructuring and foreign direct investment, in: Zecchini, Lessons, S.275-300, hier S.277.

deren Handel an der Börse oder durch Aktienverkauf an ausländische Investoren realisiert wurde.⁵⁰ Nachdem mangels Vermögens in Polen selbst und angesichts eines relativ geringen Interesses des ausländischen Kapitals an den polnischen Betrieben diese Privatisierungsvariante sich in ihren Möglichkeiten rasch erschöpft hatte, avancierte die sogenannte Liquidation zur zweiten wichtigen Privatisierungsmethode. Betrieben wurde sie in drei Varianten: Unternehmen wurden kommerzialisiert, d. h. in Aktiengesellschaften (AGs) verwandelt und die Aktien vom zuständigen Ministerium verkauft, oder sie konnten in ein Joint venture mit In- oder Auslandsfirmen eingebracht werden bzw. durch Ankauf seitens der Unternehmensleitung (Management Buy Out; MBO) bzw. durch Verkauf an die Belegschaft (Employee Buy Out; EBO) privatisiert werden. Angesichts der geringen Mittel, die den Betriebsangehörigen für einen Aufkauf zur Verfügung standen, wurden die auf diesem Wege privatisierten Betriebe erst einmal vom Staat vermietet.⁵¹ Zu einem dritten Weg der Privatisierung in Polen entwickelte sich die sogenannte Massenprivatisierung, die polnische Variante der in mehreren osteuropäischen Ländern betriebenen Kuponprivatisierung.⁵² Sie wurde im Herbst 1995 unter Ministerpräsident Józef Oleksy vom SLD (März 1995 bis Februar 1996) zur Hauptprivatisierungsform, nachdem sich die anderen Privatisierungsvarianten offensichtlich erschöpft hatten.

Die einzelnen Privatisierungsverfahren in Polen existierten nach- und zeitweise auch nebeneinander. Von den insgesamt sechs bei der „großen Privatisierung“ in Osteuropa zu beobachtenden Verfahren fanden in Polen also drei Verwendung. So gut wie keine Rolle spielte in Polen (bis einschließlich 1995) die Restitution, d. h. die Rückgabe von Unternehmen an die einstigen privaten Eigentümer. Ebenso kam es selten zur Stilllegung von Industriebetrieben, für die sich keine privaten Interessenten fanden.⁵³

Anders als in Polen spielte Restitution als Privatisierungsmethode in der Ex-DDR eine gewisse Rolle. Von den zunächst 8.500, später durch Aufspaltung zahlenmäßig auf 13.815 angewachsenen Betrieben, über die die Treuhänder bei ihrer Auflösung Ende 1994 Rechenschaft gab, waren 1.588 – ausschließlich kleinere Unternehmen – restituiert worden. Nur 265 Unternehmen wurden über den Weg der Kommunalisierung nicht

50 Siehe Neumann, Vier Jahre, S.87.

51 Siehe ebenda, S.87f.

52 Siehe Hunya, Large privatisation, S.282-284.

53 Siehe Neumann, Vier Jahre, S.181, 183.

privatisiert. Der Stilllegung fielen 4.763 Unternehmen anheim. Es handelte sich um Unternehmen bzw. Unternehmensteile, für die die THA nach eigenen Angaben keine privaten Käufer gefunden hatte. Bis Jahresende 1994 waren 6.545 Unternehmen, alle bis auf 225 vollständig, privatisiert worden, wie überhaupt der Verkauf eines Unternehmens sozusagen am Stück an einen neuen Eigentümer die Regel war. Eine Eigentumsmischung – nur teilweise im Privatbesitz, teilweise (noch) in Staatshand befindlich – repräsentierten nur 3,4 Prozent der verkauften Unternehmen.⁵⁴ Im Unterschied zu Polen fanden weder Auktionen der in AGs umgewandelten VEB an der Börse statt noch konnten die Belegschaften Aktien ihrer Betriebe erwerben (in seltenen Fällen allerdings durften sie den ganzen Kleinbetrieb aufkaufen).

Die wichtigste Verkaufsmethode der deutschen Treuhand war das „discrete bargaining“, d. h. die Aufnahme von Verhandlungen mit potenziellen Käufern, die sich entweder selbst gemeldet hatten oder von der THA direkt angesprochen wurden, wobei in der Regel nur mit einem Bieter gleichzeitig verhandelt wurde. Das „discrete bargaining“ brachte es mit sich, dass gewöhnlich nur mit potenziellen Käufern der gleichen Branche verhandelt wurde. So blieb mancher Interessent außen vor, den die noch amtierenden Leiter des zu verkaufenden Betriebes bzw. deren Belegschaft zwar gern als Käufer gesehen hätten, den die THA aber ablehnte. Das „diskrete“ Privatisierungsgeschehen gestaltete sich für die betroffenen Betriebsbelegschaften, insbesondere für das Management bzw. die gewählten Betriebsvertretungen, bis zum Zeitpunkt des Verkaufs (bzw. der Stilllegung) unübersichtlich⁵⁵ anders als es in der Regel bei den in Polen angewendeten Privatisierungsmethoden der Fall war.

Ein Vergleich der Privatisierungspraktiken im ersten Jahrfünft der Transformation macht eines deutlich: Unterschiedlicher als zwischen Polen und Ostdeutschland konnten die Privatisierungsverfahren wohl kaum ausfallen. Dabei ist daran zu erinnern, dass die anfänglich geäußerten Vorstellungen zu Umfang und Tempo der Privatisierung in beiden Ländern wenig voneinander abwichen, zumal auch die inneren Bedingungen ähnlich waren. Wenn es ungeachtet dessen in der ersten Hälfte der 90er-Jahre zu einem unterschiedlichen Verlauf der Privatisierung kam, dann war das darauf zurückzuführen, dass in Polen von der Mehrheit der Bevölkerung, vor allem von den Betroffenen in den Betrieben im – wie auch immer ge-

54 Siehe Daten und Fakten, S.3.

55 Siehe die Beispiele in: Annette Jensen: Im Osten was Neues. Unterwegs zur sozialen Einheit, Berlin 2010.

stalteten – „Dialog“ (Wahlen, Streiks, Straßenproteste) ein Strategie- bzw. Methodenwechsel durchgesetzt werden konnte.

In den neuen deutschen Bundesländern gab es zwar auch Versuche, einen derartigen „Dialog“ herbeizuführen, jedoch reichte die Einflussnahme der betroffenen Belegschaften auf die THA nicht aus, eine sozialverträglichere Privatisierung zu erzwingen.⁵⁶

4. Historisch begründete, unterschiedliche Voraussetzungen für einen „Dialog“ mit den Belegschaften bei der Privatisierung in Ostdeutschland und Polen

Hintergrund der unterschiedlichen Einflussnahme, die die Belegschaften bzw. Belegschaftsvertretungen auf die Privatisierung der Betriebe nahmen, könnte deren andere Position im realsozialistischen Fabrikssystem beider Länder gewesen sein. Bezieht man sich auf die 70er- und vor allem die 80er-Jahre, so sind die deutlich voneinander abweichenden Möglichkeiten der Fabrikarbeiter in Polen und der DDR, gegenüber „Partei und Regierung“ eigene Interessen vorzutragen und durchzusetzen, signifikant.⁵⁷

Während sich in der DDR im Ergebnis der Kombinatbildung von 1981 die Selbstständigkeit der Industriebetriebe im Vergleich zur Reformzeit der 60er-Jahre weiter verringerte⁵⁸, nahm sie in der polnischen Industrie in den 80er-Jahren zu. Das im Ergebnis der Streiks der Gewerkschaft „Solidarność“⁵⁹ errungene Gesetz über Staatsunternehmen vom Jahre 1981 definierte den Staatsbetrieb als „ein autonomes, sich selbst verwaltes und sich selbst finanzierendes Unternehmen mit juristischer Selbstständigkeit“. In jedem Betrieb waren Arbeiterräte zu bilden. Das Management war ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig. Die Betriebe konnten in beträchtlichem Maße über den Produktionsplan und über die Gewinn-

56 Siehe ebenda, S.91-112; siehe auch Katrin Rohnstock (Hrsg.): Mein letzter Arbeitstag. Abgewickelt nach 89/90. Ostdeutsche Lebensläufe, Berlin 2014.

57 Siehe für die DDR: Peter Hübner: Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR. Zwischen Fordismus und digitaler Revolution, Bonn 2014, S.429-480; für Polen: Christa Hübner: Die polnische Krise 1970/71, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2010/III, S.29-51; Adam Michnik: Die auferstandene Unabhängigkeit und die Dämonen der samtenen Revolution, in: Zehn Jahre Transformation in Polen, S.5-15.; für die Beziehungen zwischen beiden Staaten: Dariusz Wojtaszyn: Erich Honecker und die Solidarność, in: Berliner Debatte Initial, 23 (2012), H. 2, S.36-44, hier S.36f.

58 Siehe Siegfried Wenzel: Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen, St. Katharinen 1998, S.147-150.

59 Siehe Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski: The Polish economy in the twentieth century, London u.a. 1985, S.319.

verwendung bestimmen. Der Staat behielt sich lediglich das Recht vor, Betriebe zu gründen und aufzulösen. Diese Funktion übten die zuständigen Branchenministerien aus.⁶⁰

Es verwundert angesichts dieser Vorgeschichte nicht, dass die polnischen Arbeiterräte sich in der Zeit der Transformation von der Privatisierung „ihrer“ Betriebe nicht von vornherein ausschließen ließen. Schon für den ersten Schritt in das Privatunternehmen, der Kommerzialisierung (Umwandlung der Betriebe in eine bürgerliche Rechtsform), war die Zustimmung des Arbeiterrates, der Betriebsleitung und der Vollversammlung der Beschäftigten notwendig.⁶¹ Für die eigentliche Privatisierung war zwar das Ministerium für Eigentumsumwandlung zuständig. Unabhängig aber davon, welche Privatisierungsform gewählt wurde, mussten den Beschäftigten 20 Prozent des Aktienkapitals zum halben Preis, pro Person maximal soviel wie ein Jahreslohn, angeboten werden.⁶²

Während also in Polen ab 1981 (zunächst eher auf dem Papier und ab Ende der 80er-Jahre auch in der Praxis) echte Wirtschaftsdemokratie⁶³ herrschte, behielt in der DDR das von Günter Mittag geleitete Wirtschaftssekretariat der SED die ökonomische Entwicklung in den Kombinat und Betrieben unter unmittelbarer zentraler Kontrolle. Hauptinstrument der zentralistisch-administrativen Lenkung der Industriezweige und Betriebe waren die zweimal jährlich, im Frühjahr und Herbst, in Leipzig stattfindenden „Kontrollberatungen des ZK der SED mit den Generaldirektoren der Kombinate und den Parteiorganisatoren des ZK“.⁶⁴

Aus der sehr unterschiedlichen Verteilung der Entscheidungsbefugnisse zwischen Zentrale und Betrieben in der DDR und Polen während der 80er-Jahre lässt sich schlussfolgern, dass die unterschiedliche Verwirkli-

60 Siehe Berg, *The logistics*, S.167.

61 Das entsprechende Gesetz sah vor, dass die Regierung bzw. der Ministerpräsident die Entscheidung des Betriebes überstimmen konnte, was allerdings bis 1993 nicht einmal geschah. Siehe ebenda, S.172.

62 Siehe ebenda.

63 Definiert als das Recht der Belegschaftsvertreter auf Mitentscheidung in allen Fragen der Betriebsführung. Siehe Ulla Plener: *Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie*, Berlin 2006, S.9-22; siehe dazu auch: Michael Brie: *Das ungelöste Jahrhundertproblem: Die Demokratisierung der Wirtschaft*, in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2015/I, S.67-85.

64 Siehe Claus Krömke: *Das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ und die Wandlungen des Günter Mittag* (hefte zur DDR-Geschichte, 37), Berlin 1996, S.42-49.

chung der Privatisierungskonzeption – flexibel in Polen und starr in den neuen Bundesländern – eine wesentliche Ursache in der fehlenden Tradition der Selbstverwaltung in der DDR hatte.

In krassem Unterschied zur Entwicklung in Polen verlief die Privatisierung in der (Ex-)DDR ab Juli 1990 ohne Befragung und Beteiligung der Belegschaften. Eine gewisse Ausnahme bildete die Privatisierungsform des Management-Buy-Outs. Diese Privatisierungsvariante war von der THA zunächst überhaupt nicht erwogen worden. Unter dem Druck der Tatsache, dass sich für die aus den Kombinatn ausgegründeten Kleinbetriebe selten westdeutsche Eigentümer fanden, änderte die THA im Frühjahr 1991 ihre Haltung teilweise und verabschiedete ein „Privatisierungskonzept für den Mittelstand“, das Management Buy Out-Lösungen für kleine oder mittlere Betriebe oder für unverkäufliche Betriebsteile vorsah. „Zur Stärkung der Eigenkapitalkraft des Neu-Unternehmens und um Verschuldung und Zinslast im Rahmen zu halten“, erzog die THA eine Reihe „Kaufpreis senkender Maßnahmen“, wie etwa „den Verkauf des Betriebes zunächst ohne Immobilien, die für einen befristeten Zeitraum mit Vorkaufsrecht gepachtet werden können“. Ausdrücklich wurde betont, dass es sich dabei um eine Kann-Bestimmung handele. Ebenso konnten von nun ab ganze Belegschaften am Gesellschaftskapital des zu privatisierenden Unternehmens beteiligt werden.⁶⁵ Derartige Employee-Buy-Outs, in Polen eine weit verbreitete Privatisierungsvariante, sind für Ostdeutschland allerdings kaum bekannt geworden.⁶⁶

5. Unterschiedliche Wirkungen des Widerstands von Betriebsbelegschaften gegen die Privatisierung „von oben“

Polen wurde nach den „halbdemokratischen Wahlen“ vom Juni 1989 zu einer parlamentarischen Demokratie,⁶⁷ die DDR nach den Märzahlen 1990 ebenfalls. In Polen fand die Demokratisierung ihren Ausdruck u. a. darin, dass für Privatisierungsfragen ein Ministerium geschaffen wurde, das dem Parlament rechenschaftspflichtig war. Im Falle der meisten der sieben Regierungswechsel zwischen 1989 und 1996 und im Wahlkampf

65 Der Einstieg in die eigene Firma, in: Treuhandanstalt. Informationen, Wirtschaftsnachrichten aus der Treuhandanstalt für die neuen Bundesländer, Ausgabe 1991, Nr. 1, S.3.

66 Bericht des Vorstandes der Treuhandanstalt über den Abschluss der Arbeiten zum 31.12.1994, in: Treuhandanstalt. Informationen, Wirtschaftsnachrichten aus der Treuhandanstalt für die neuen Bundesländer, Ausgabe 1994, Nr. 21, S.5-9.

67 Siehe Michnik, Unabhängigkeit, S.10-11.

um die Parlamentssitze 1991 und 1993 spielte auch Kritik an der Haltung des Privatisierungsministeriums zu angestrebtem Umfang und Tempo der Privatisierung eine Rolle. Unter den jeweils neuen Privatisierungsministern wurden die kritisierten Praktiken ganz oder teilweise geändert und neue bzw. ergänzende entwickelt.⁶⁸

Ungeachtet der Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie gab es gegen einzelne Maßnahmen der Regierung bzw. gegen das von ihr angestrebte Tempo der Privatisierung in Polen auch außerparlamentarischen Widerstand, meist von den unmittelbar Betroffenen.⁶⁹ So kam es z. B. in der Stadt Nowa Huta zu einem 16 Tage andauernden Hungerstreik von Angehörigen des Eisenhüttenkombinats. Gestreikt wurde unter der Leitung von „Solidarność 80“ für den Erhalt der Stahlschmelzanlage. Die Entscheidung, den Streik zu beenden, fiel nach Gesprächen zwischen dem Vorsitzenden der Gewerkschaft und dem Ministerpräsidenten Olszewski zugunsten der Forderungen der Belegschaft des Eisenhüttenkombinats.⁷⁰ Eine polnische Chronik zählt für die Jahre 1989 bis 1995 immerhin 14 Streiks gegen von der Regierung eingeleitete Privatisierungsschritte in einzelnen Unternehmen oder Industriezweigen auf, darunter einen Streik von 200.000 der 337.000 polnischen Bergarbeiter, mit dem sie ihrer Forderung nach einem Garantiefonds der Regierung zur Rettung des Bergbaus gegen die drohende Stilllegung Nachdruck verliehen.⁷¹

Zu Streiks und Protestaktionen gegen die Privatisierung kam es auch in den neuen Bundesländern in Deutschland. Im Gegensatz zu Polen war Streik für Betroffene in der Regel die einzige Möglichkeit, auf ihre Probleme aufmerksam zu machen bzw. zu versuchen, auf die Privatisierungsverfahren Einfluss zu nehmen. Denn bei der THA, ab 3. Oktober 1990 eine „bundesunmittelbare Anstalt öffentlichen Rechts unter Rechts- und Fachaufsicht der Bundesregierung“, handelte es sich um eine kaum in die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik eingebundene Institution.⁷²

68 Siehe Nachrichtenchronik 1989-1999, in: Zehn Jahre Transformation, S.28-325.

69 Siehe Janusz A. Majcherek: Gewinner und Verlierer. Wie sich die Polen im ersten Jahrzehnt des neuen Systems verändert haben, in: Zehn Jahre Transformation, S.21-26, hier S.23.

70 Siehe Nachrichtenchronik, S.110.

71 Siehe ebenda, S.142.

72 Bericht des Vorstandes der Treuhandanstalt, 31.12.1994, S.9. Siehe auch Jörg Roesler: Die Treuhand und die bundesdeutsche Demokratie. Defizite an demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung im ostdeutschen Privatisierungsprozess, in: Ulla Plener (Hrsg.): Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990-1994), Berlin 2011, S.31-39.

Sich auf ihren „gesetzlichen Auftrag“ beziehend, interpretierte die THA ihre merkwürdige Stellung in der bundesdeutschen Wirtschaftsverwaltung so: „Wir sind eine Anstalt öffentliche Rechts. Das Gesetz gibt uns unseren Auftrag, Niemand kann uns von außen im Einzelfall Weisungen erteilen oder uns zu einer bestimmten Entscheidung zwingen. Wir sind keine Behörde, nicht Teil eines Ministeriums des Bundes und auch keine staatliche Verwaltung.“⁷³ Da in der Treuhandanstalt „fast alle Eigentümeraufgaben für die Wirtschaft der neuen Länder gebündelt“ waren,⁷⁴ hatten weder die ostdeutschen Länderparlamente noch die Länderregierungen Einfluss auf das Privatisierungsgeschehen.

Eine Möglichkeit der Einwirkung des Zentralparlaments, des Bundestages, auf die THA wäre normalerweise das Budgetrecht gewesen. Von den jährlichen Haushaltsfestlegungen war die Treuhandanstalt jedoch durch die generelle Zubilligung eines milliarden schweren Kreditrahmens für 1990/91 und dann für 1992/94 befreit worden. Immerhin wurde beim Haushaltsausschuss des Parlaments ein Unterausschuss eingesetzt, der sich mit der THA befassen sollte. Es dauerte jedoch noch bis zum April 1993, bevor ein eigenständiger parlamentarischer „Ausschuß Treuhand“ seine Arbeit aufnahm, dem nicht nur Haushaltsexperten, sondern auch Abgeordnete mit Kompetenz in Fachbereichen wie Industrie und Landwirtschaft angehörten.⁷⁵ Zu diesem Zeitpunkt aber hatte die THA die Privatisierung überwiegend schon abgeschlossen. Der Verwaltungswissenschaftler Wolfgang Seibel schätzt ein, dass auf diese Weise eine Situation geschaffen worden war, die dem Parlament im Wesentlichen nur noch eine Beobachterfunktion übrig ließ. Daran änderte auch die von der SPD-Fraktion des Bundestages betriebene Einrichtung eines Treuhand-Untersuchungsausschusses im September 1993 nichts mehr.⁷⁶ Den mit der Privatisierungspolitik der THA ihrem Betrieb gegenüber unzufriedenen Belegschaften bzw. der Bevölkerung der von der Schließung bedrohten Industriestandorte fehlte damit der im Sinne parlamentarischer Demokratie für ihre Nöte zuständige Ansprechpartner.

Einen Versuch, die Proteste der Bevölkerung Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre in einigen osteuropäischen Transformationsländern,

73 Treuhandanstalt: Arbeiten für die soziale Marktwirtschaft, Berlin 1991, S.5.

74 Daten und Fakten, S.3.

75 Siehe Roland Czada: Die Treuhandanstalt im Umfeld von Politik und Verbänden, in: Fischer/Hax/Schneider (Hrsg.), Treuhandanstalt, S.148-172, hier S.158f.

76 Siehe ebenda, S.159; Wolfgang Seibel: Die organisatorische Entwicklung der Treuhandanstalt, in: Fischer/Hax/Schneider (Hrsg.), Treuhandanstalt, S.111-147.

die (Ex-)DDR eingeschlossen, zu erfassen, unternahm der Budapester Politologieprofessor Máté Szabó in einer Studie über die Reaktion der Bevölkerung auf die Ereignisse dieser Jahre. Er ermittelte für den Zeitraum 1990 bis 1993 für Ostdeutschland über 1.000 „Vorfälle“ mit einem Höhepunkt 1993 (283 Fälle).⁷⁷ Im Vergleich war der Anteil der von Szabó – anders als innerbetriebliche Auseinandersetzungen und Proteststreiks – als „die öffentliche Ordnung störend“ eingestuften Proteste in den neuen Bundesländern mit 62 Prozent höher als in Polen (55 Prozent) mit seiner weitaus größeren Tradition zivilen Widerstandes. So protestierten die Kumpel des Kalischachtes Bischofferode in Thüringen nicht nur mit Werkbesetzung und Hungerstreik gegen die drohende (und 1993 dann auch vollzogene) Schließung des Schachtes. Sie demonstrierten auch vor der Treuhandzentrale in Berlin, vor dem Veranstaltungsort der Aktionärstagung der Kali + Salz AG in Kassel (die den Schacht übernehmen und schließen lassen wollte) sowie vor den Gebäuden des Bundestages in Bonn und des Thüringer Landtages in Erfurt. Eine weitere Art des Protestes der Kumpel waren zeitweilige Straßenblockaden an Verkehrsknotenpunkten in Berlin und auf thüringischen Bundesstraßen.⁷⁸

Es ist sicher berechtigt, aus der Intensität der ostdeutschen Proteste Schlüsse hinsichtlich einer besonders unnachgiebigen Haltung der nahezu unbegrenzt mächtigen Privatisierungsbehörde und jener Institutionen der Bundesregierung zu ziehen, denen die THA zugeordnet war. Die große Zahl sogenannter „Vorfälle“ könnte aber auch dafür sprechen, dass die Proteste in der Ex-DDR mangels ansprechbarer Institutionen und angesichts der Ein- und Unterordnung der ostdeutschen unter die westdeutschen Gewerkschaften⁷⁹ in stärkerem Maße spontanen Charakter tragen mussten und ihr Ablauf weniger zu lenken war, als das in Polen der Fall war. Tatsächlich waren nach Szabos Angaben in Polen 49,1 Prozent der von ihm aufgelisteten Proteste von den Gewerkschaften, vor allem der *Solidarność* organisiert, in Ostdeutschland dagegen nur 16,5 Prozent.⁸⁰

77 Siehe Máté Szabó: *Some lessons of collective protests in Central European post-communist countries*, Frankfurter Institut für Transformationsstudien 2000, S.5f.

78 Siehe René Heilig/Knut Holm: *Signal Bischofferode*, Berlin 1993, S.81-83.

79 Siehe Szabo, *Some lessons*, S.7; Dieter Scholz: *Die Gewerkschaften und die Treuhand. Das Beispiel IG Metall*, in: *Plener, Treuhand*, S.121-131.

80 Szabo, *Some lessons*, S.7.

6. Unterschiedliche Auswirkungen einer divergierenden Privatisierungspolitik auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beider Länder

Transformationskonzepte mit Vorstellungen über den engen Zusammenhang zwischen dem Tempo der Privatisierung und dem wirtschaftlichen Wachstum – von neoliberalen Ökonomen gebetsmühlenartig wiederholt – prägten in den ersten Jahren das Denken in Polen und in den neuen Bundesländern. Bei zügiger Privatisierung sollte der gesamtwirtschaftliche Aufschwung dank des ungehinderten Wirkens der Marktgesetze quasi automatisch kommen. Umgekehrt musste dieser Auffassung gemäß jede Verzögerung in der Eigentumsumwandlung zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums führen. „Schleppende Privatisierung behindert schnellen Aufschwung“, kritisierte ganz in diesem Sinne die Berliner Fachzeitschrift „Die Wirtschaft“ im Herbst 1991 das vergleichsweise bedächtige Vorgehen des Nachbarn Polen.⁸¹ Der wirtschaftliche Einbruch, der in Polen hauptsächlich zu einer Revision der Privatisierungspraxis geführt hatte, wurde allerdings im „Wirtschafts“-Artikel nicht erwähnt.

Das Bruttoinlandsprodukt Polens war 1991 auf 82 Prozent des Niveaus von 1989 gefallen. Allerdings hatte zu diesem Ergebnis nicht nur die Transformation der Wirtschaftslenkungs- und Eigentumsverhältnisse, sondern auch der Zusammenbruch der polnischen Exportwirtschaft durch die Auflösung des RGW beigetragen.⁸² Seit 1992, nachdem ein langsames Tempo bei der Privatisierung eingeschlagen worden war, entwickelte sich das polnische Bruttoinlandsprodukt wieder positiv. 1995 war ungeachtet der beträchtlichen Strukturveränderungen der Wirtschaftsumfang von 1989 wieder erreicht.⁸³ Die Wirtschaftswissenschaftler Barbara Caciarez und Włodzimierz Pankow stellten im Ergebnis von Einzeluntersuchungen zum Privatisierungsprozess in einer großen Zahl von Betrieben in einer Anfang 1996 im polnischen Journal „*Ekonomista*“ erstveröffentlichten und im selben Jahr auf Deutsch erschienenen Studie fest, „dass die Dynamik der Transformationsprozesse zuallererst innerhalb der Firma ihren Ursprung hat [...] lasse sich praktisch kein Beispiel dafür finden, dass Firmen infolge zentraler Regierungsanordnungen oder

81 Die Wirtschaft, 1991, Nr. 41, S.34.

82 Siehe Andrew Berg/Olivier Jean Blanchard: Stabilization and transition: Poland 1990-91, in: Blanchard/Froot/Sachs, The transition, Bd.1, S. 60-63.

83 Siehe Nicholas Stern: The transition in Eastern Europe and the former Soviet Union. Some strategic lessons from the experience of 25 countries over six years, in: Zecchini, Lessons, S.35-58, hier S.39.

auf Initiativen von außen effizient privatisiert oder umstrukturiert worden wären.“⁸⁴

Im Jahr fünf bis 1996 bis 2000 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Polen um durchschnittlich jährlich 5,5 Prozent und erreichte im Jahre 2000 127 Prozent des Umfangs von 1989.⁸⁵ „Das Land an der Weichsel“, schreibt der Wirtschaftsprofessor Pysz, „wurde in den Medien als Primus unter den postsozialistischen Transformationsländern herausgestellt.“⁸⁶ Die Arbeitslosenquote stabilisierte sich, nachdem sie in den ersten Jahren der Transformation kurzfristig auf 15 Prozent angewachsen war, bei zehn Prozent.⁸⁷ 2013 lag sie bei 10,4 Prozent.⁸⁸

In den neuen deutschen Bundesländern erreichte der Wirtschaftsabschwung (wie in Polen) 1991 mit 76,5 Prozent des Umfangs des Bruttoinlandsproduktes von 1989 seinen Tiefpunkt. 1995 waren 107 Prozent des Niveaus des letzten Jahres vor Beginn der Transformation (1989) erreicht, im Jahre 2000 war der Wert infolge des Rückgangs der jährlichen Zuwachsraten von 7,6 auf 2,1 Prozent mit 117,6 Prozent nicht signifikant höher.⁸⁹ Die (registrierte) Arbeitslosenquote lag in Ostdeutschland 1991 hauptsächlich dank großzügiger Kurzarbeitsregelungen vergleichsweise niedrig bei 7,4 Prozent. Sie stieg in den folgenden Jahren, solange die Treuhandanstalt für zusätzliche soziale Abfederung der Entlassungen etwa durch Beschäftigungsgesellschaften sorgte, nur langsam an und erreichte im letzten Jahr der Existenz der THA (1994) 10,6 Prozent. Zwischen 1995 und 2000 wuchs die Arbeitslosenquote zeitweise auf 19,5 Prozent und lag im Jahre 2000 bei 18,8 Prozent.⁹⁰ 2013 betrug sie mit 10,3 Prozent das 1,7ache verglichen mit einer Arbeitslosenquote von 6,0 Prozent in den alten Bundesländern, wenn sie auch nicht höher war als in Polen.⁹¹

84 Barbara Garaciarz/Włodzimierz Pankow: Unternehmenstransformation in Polen: Soziale und institutionelle Bedingungen, in: Berliner Debatte Initial, 7 (1996), H. 6, S.67-78, hier S.76.

85 Siehe Peter Havlik u. a.: The transition countries in early 2000: Improved outlook for growth, but unemployment is still rising (Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche: Forschungsberichte; 266, Wien 2000, S.2.

86 Pysz, Wirtschaftssystem, S.26.

87 Siehe Brigitte Jäger-Dabek: Polen. Eine Nachbarschaftskunde für Deutsche, Bonn 2006, S.148.

88 Siehe Institut der Deutschen Wirtschaft, Deutschland 2014, S.133.

89 Siehe Heske, Bruttoinlandsprodukt, S.263.

90 Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1996, Tab. 20; Dass.: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Köln 2001, S.15.

91 Siehe ebenda.

Der Vergleich der Entwicklung nach ausgewählten ökonomischen Kennziffern offenbart die Brüchigkeit der auf der neoklassischen Wachstumstheorie beruhenden Prognosen. Nicht mit den allein dem Laissez-faire verpflichteten Vorgaben der Treuhand-Privatisierungspolitik sind die besseren Ergebnisse erzielt worden. Erfolgreicher war die polnische Privatisierungspraxis, die betroffene Belegschaften einbezog und sich damit gegenüber den zunächst vollständig übernommenen neoliberalen Konzepten der Jahre 1990/91 als flexibel erwies. Der wirtschaftliche Absturz war in Polen weniger steil, die wirtschaftliche Erholung verlief deutlich zügiger als in Ostdeutschland. Offensichtlich lohnte sich für Polen das pragmatischere Vorgehen, genau genommen der rechtzeitige Abschied von den ursprünglichen vom Neoliberalismus diktierten Zielsetzungen, zu einem Zeitpunkt, als sich erwies, dass diese nicht hielten, was sie versprachen. „Der Wandel zur Marktwirtschaft ist eine ausgesprochene Erfolgsstory“, konnte im Jahre 2006 in Polen glaubwürdiger konstatiert werden.⁹² Für die neuen Bundesländer dagegen wurde die ideologisch auf dem Neoliberalismus aufbauende Vorstellung, bei strikter Deregulierung und Entstaatlichung innerhalb weniger Jahre „blühende Landschaften“ zu schaffen, nicht korrigiert und somit „zur bitteren Illusion“.⁹³

Der Abschlussbericht der THA von 1994 verzichtete nicht ohne Grund auf Angaben über das unter der Treuhand erreichte Wirtschaftswachstum. Gegen das auch damals schon von Kritikern ausgesprochene Urteil, im Osten Deutschlands habe sich eine massive Deindustrialisierung vollzogen, zog die THA im Abschlussbericht jedoch zu Felde: „Es spricht vieles dafür, daß dies ein Fehlschluß ist. Im Zuge der Neustrukturierung der Wirtschaft ist eine große Zahl von industriellen Unternehmen entstanden. [...] Schon heute verfügen diese Unternehmen über eine der Situation in Hochlohnländern voll angemessene Struktur.“⁹⁴ Die im Dezember 1994 gehegten Hoffnungen auf einen durch eine rasche, fast 100-prozentige Privatisierung gestützten „selbst tragenden Aufschwung“ waren jedoch falsch, wie das mit der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands vertraute Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) anlässlich einer Konferenz im Jahre 2011 feststellen musste.⁹⁵

92 Siehe Jäger-Dabek, Polen, S.145.

93 Paqué, Bilanz, S.3.

94 Daten und Fakten, S.24.

95 Siehe Benjamin Damm/Jutta Günther: Konferenzbericht: Analysen und Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH, in: *Wirtschaft im Wandel*, 17 (2011), 2, S.79-82, hier S.80f.

Das pragmatische Herangehen der polnischen Regierungen an die Transformation wurde dagegen belohnt. Der Verzicht auf Totalprivatisierung zugunsten der Akzeptanz einer, bezogen auf das Firmeneigentum, gemischten Wirtschaft, die Herabsetzung des Privatisierungstempos, der Übergang von zunächst nur *einer* verfolgten Privatisierungsmethode zu einer *Vielfalt* von Privatisierungsverfahren – alles das zahlte sich ebenso aus wie die Bereitschaft, neben dem vollständigen Verkauf von Unternehmen auch anteilig Staatseigentum beizubehalten. Die Entscheidung, die Belegschaften durch EBO/MBO in großem Maßstabe und nicht nur wie in der Ex-DDR am Rande in den Privatisierungsprozess einzubeziehen, erwies sich als effizienter für die sich umstrukturierende Industrie als das starre Festhalten am einmal eingeschlagenen Privatisierungsverfahren des deutschen „discrete bargaining“.

7. Schlussbemerkung

Die eingangs gestellte – und bis heute mehrheitlich mit „Nein“ beantwortete – Frage nach einer Alternative für die rasche und totale Privatisierung, wie sie die Treuhandanstalt im Auftrage der Bundesregierung in der Ex-DDR durchexerzierte, ist mit „Ja“ zu beantworten. Eine Alternative hatte bestanden, wie das polnische Beispiel beweist. Ähnliche produktive, d. h. Variationsmöglichkeiten nutzende und die Belegschaften einbeziehende Vorstellungen, wie sie bei der Privatisierung in Polen verwirklicht werden konnten, sind wahrscheinlich auch in vielen ostdeutschen Betrieben entwickelt worden⁹⁶ allerdings meist ohne die Unterstützung der westdeutsch geprägten Industriegewerkschaften.⁹⁷ Sie konnten jedoch wegen des Treuhand-Diktats nicht realisiert werden. Nur in wenigen Einzelfällen, wie z. B. im Walzwerk Hettstedt im Mansfelder Kupferbergbaurevier setzten Belegschaften und Ingenieure gegen die Treuhandpolitik eine vielversprechende Neuprofilierung durch⁹⁸.

96 Als ein Beispiel sei auf die Pläne des Gaskombinats „Schwarze Pumpe“ für eine Umstellung auf die Gewinnung von Stadtgas auf der Basis von Braunkohle und Erdgas bis 1998 hingewiesen, die von der Treuhandanstalt abgelehnt wurden – mit dem Ergebnis, das infolge von Stilllegungen mehrerer Produktionsstätten des Kombinats die Beschäftigtenzahl sich zwischen Ende 1989 und Ende 1992 mehr als halbierte. (Siehe Horst Trauer u. a.: 50 Jahre Industriestandort Schwarze Pumpe, Cottbus 2005, S.105). Für weitere Beispiele siehe Rohnstock, Mein letzter Arbeitstag; Jensen, Im Osten.

97 Siehe Annette Jensen: Im Osten was Neues. Unterwegs zur sozialen Einheit, Berlin 2010, S.66f.

98 Siehe Neues Deutschland, 28.2./1.3.2015.

Biografisches

Radikal, gemäßigt, vergessen: Alfred Henke (1868-1946) Erster Teil: 1868 bis 1918¹

Gerhard Engel

Am 5. November 2003 setzten Sozialdemokraten der Altmark gemeinsam mit dem ehemaligen sozialdemokratischen Bremer Senatspräsidenten und Bürgermeister Hans Koschnick einen Gedenkstein auf eine Grabstelle des Friedhofs von Wannefeld, heute eingemeindet nach Gardelegen.² Die späte Ehrung nach 57 Jahren galt einem weithin Vergessenen, Alfred Henke, der dort 1946 bestattet worden war. Sein Name wird zwar in vielen Darstellungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung genannt, seine Biografie aber ist nie erforscht worden. Lediglich zwei lexikalische Werke verzeichnen etwas ausführlicher Grunddaten seines Lebenslaufs.³ Wer war dieser Mann, wie verlief sein wechselvolles Leben, wie spiegelt sich in dessen Mikrokosmos der Makrokosmos der deutschen Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts?

Die frühen Jahre

Alfred Henke wurde am 1. März 1868 als Sohn des Altonaer Zigarrenmachers Johann Henke (1844-1893) und seiner Ehefrau Anna, geb. Nagel (1836-1912) geboren. 1876 zog die Familie nach Bremen, wo der geistig rege und lerneifrige Junge bis 1882 seine Volksschulzeit beendete.⁴ Alfred

1 Der zweite Teil erscheint im Jahrbuch-Heft 2015/III.

2 Siehe Altmark-Zeitung, 6. und 7.11.2003.

3 Siehe Hans Hackmack: Alfred Henke, in: Bremische Biographie 1912-1962, bearb. von Wilhelm Lürs, Bremen 1968, S.228f.; Gerhard Engel: Alfred Henke, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin 1970, S.198f. Dürftige Daten enthalten die Reichstagshandbücher ab 1912 sowie das Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Berlin 1914.

4 Alle Personalangaben zur Familie Henke stammen, soweit nicht anders vermerkt, aus Hackmack, Alfred Henke, S.228f., aus der historischen Einwohnermeldekartei im Landesarchiv Berlin (LAB), Auskunft vom 7. März 2014, aus Wilhelm Heinz Schröder: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898-1918. Biographisch-statistisches Handbuch, Düsseldorf 1986, S.127.

Henkes Kindheit war vom kargen Leben in einem proletarischen Haushalt geprägt.

Die Tabakarbeiter Bremens, vor dem großindustriellen Aufschwung der Hansestadt eine starke Gruppe unter den Proletariern, lebten in besonders schwierigen Verhältnissen. Zigarrenarbeiter mussten oft in feuchten Räumen mit nur 2,5 cbm Luft für den Einzelnen produzieren. Viele arbeiteten in ihren Wohnungen, in denen der Arbeitsraum zugleich das Schlaf- und Wohnzimmer der Familie war. Die Proletarierkrankheit Tuberkulose grassierte. Alfred Henkes Vater wurde keine 50 Jahre alt.⁵

In diesem Milieu wuchs Alfred Henke auf und erlernte ab 1882 bei seinem Vater selbst den Beruf des Zigarrenmachers. Sehr bald nahm er seine Zugehörigkeit zu den Schwächsten und Ausgebeuteten in der sozialen Hierarchie bewusst wahr. Er erlebte während der Bismarckschen Sozialistenverfolgung den Widerstand seiner sozialdemokratisch geprägten Berufsgenossen, die im Tabakarbeiterverband gewerkschaftlich organisiert waren und zu denen auch sein Vater gehörte. Die bremische „Mitgliedschaft“ des Allgemeinen Deutschen Tabakarbeiter-Vereins, die größte gewerkschaftliche Ortsgruppe der Stadt, war 1878 aufgelöst worden. Aber an die Stelle der durch das Sozialistengesetz verbotenen Gewerkschaften traten andere, als lediglich sozial tätig firmierende Vereine, welche die bis 1848 zurückreichende gewerkschaftliche Pionierrolle der Bremer Zigarrenarbeiter fortsetzten. Seit 1882 wirkte der Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter mit Sitz in Bremen.⁶ Auch Streikerfahrungen konnte Henke früh sammeln, so als die Bremer Zigarrenarbeiter durch einen Ausstand von Februar bis Juni 1884 eine Lohnerhöhung von einer Mark für jedes Tausend gefertigter Zigarren erkämpften.⁷ Mit 17 Jahren war Henke ein eifriger Sozialdemokrat, der, wie er selbst schrieb, im Betrieb „lustig debattierte, manchem älteren, ‚gereiften‘ Kollegen manchmal den Kopf warm machend“.⁸ Mit den Eindrücken und Erfahrungen

5 Siehe hierzu Ulrich Böttcher: Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bremen von der Revolution 1848 bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890, Bremen 1953, S.135f.

6 Siehe Helmut Gätsch: Die Freien Gewerkschaften in Bremen 1919-1933, Bremen 1969, S.9f.

7 Siehe zur gewerkschaftlichen Organisation der Tabakarbeiter Böttcher, Anfänge, S.89, 126f., 164-166, 171; Alfred Schattanik: Zigarrenmacher machten in Leipzig den Anfang, in: Welt der Arbeit, 22.10.1965.

8 Karl-Ernst Moring: Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890-1914, Hannover 1968, S.74.

seiner Kindheit und Jugend ausgerüstet, arbeitete Alfred Henke 1887 zunächst erst in Achim bei Bremen und zog dann in seine Vaterstadt Altona, wo er bis 1899 seinen Beruf ausübte.

Zwischendurch freilich ereilte ihn das Schicksal aller nur Volksschulbildung besitzenden jungen Männer des Kaiserreichs, die Einberufung zum Militärdienst für drei Jahre. Im Oktober 1888 traf Rekrut Henke in Posen beim 1. Westpreußischen Grenadier-Regiment Nr. 6 ein. „Täglich sah man die Rekrutenabteilungen [...] laufen, springen, kriechen, Ziele ansprechen und ihre Platzpatronen verfeuern“, heißt es in einer Regimentsgeschichte: „Leicht war diese Ausbildungszeit in unseren strengen Posener Wintern nicht.“ Anstrengendes Kompanieexerzieren bei Ostwind und Kälte, stramme Märsche, bei denen Tagesleistungen von 50 bis 60 Kilometern abverlangt wurden, Gefechts- und Schießausbildung sowie die „Sorgfalt des Anzugs“ als Gradmesser der Disziplin bestimmten bis zum Sommer 1891 das Leben Alfred Henkes. Als ihm am Ende die Reservistenmütze aufgesetzt wurde, fühlte sich der Arbeiter Henke aus sozialdemokratischem Elternhaus mit Sicherheit in antimilitaristischen Positionen bestärkt. Jedenfalls findet sich in seinem Leben nichts, was der Behauptung des Regimentsgeschichtsschreibers entsprochen hätte, wonach „jeder deutsche Mann“ „die Anhänglichkeit an das Regiment und die Erinnerung an die Dienstzeit in Ehren“ gehalten habe, „solange er lebte“.⁹

Vielmehr setzte Alfred Henke – wieder daheim in Altona und als Zigarrenmacher tätig – seine bereits früher vom Vater angeregten Studien von Schriften der sozialistischen Vordenker Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle fort. Er besuchte den Altonaer Bildungsverein und nahm Privatunterricht in Geschichte. Er las alle Schriften Karl Kautskys, Wilhelm Liebknechts, August Bebel und Joseph Dietzgens, die er aufreiben konnte.¹⁰ Sehr bald erwies sich Henke als ein im Allgemeinwissen und in seinen historisch-politischen Kenntnissen hoch gebildeter Autodidakt. Wissensdurst und Lerneifer sollten ihm bis zum Tode wesenseigen bleiben. Seine Erfahrung kleidete er 1939 in die Worte: „Lernen, lernen, solange dieses noch möglich ist. Gewinnbringend wird es erst später einmal. Ernstlich und energisch erstrebt, aber auch ziemlich gewiß.“¹¹

9 Siehe von Frankenberg und Ludwigsdorf: Geschichte des Regiments von seiner Gründung bis zum Weltkriege, in: Franz Döring von Gottberg: Das Grenadier-Regiment Graf Kleist von Nollendorf (1. Westpreußisches) Nr. 6 im Weltkriege, Berlin 1935, S.18-20.

10 Siehe Moring, Sozialdemokratische Partei, S.74.

11 Henke an Emmi Hackmack, 18.7.1939, Staatsarchiv Bremen (StAB), 7, 123-12.

Der politische Aufstieg

Alfred Henke betätigte sich in Hamburg nicht nur als Aktivist der Tabakarbeitergewerkschaft, sondern zunehmend in der Sozialdemokratischen Partei. 1895 übernahm er die Leitung eines Distrikts der SPD in Altona, wo er als zweiter Vorsitzender auch dem Vorstand des sozialdemokratischen Ortsvereins angehörte und den Arbeiterbildungsverein leitete. Er war, seit 1896 offiziell bestellt, als Redner und Agitator für die Partei und die Gewerkschaften gefragt und begann sich als Presseberichterstatter über deren Aktivitäten und Standpunkte einen Namen zu machen.¹² Seit 1899 gehörte auch die „Bremer Bürger-Zeitung“ (BBZ) zu den Blättern, in denen er zu Wort kam. Alfred Henkes privates Glück freilich währte nur kurze Zeit. Auguste Timm, die er im Mai 1897 geheiratet hatte, starb drei Jahre später 27-jährig, bald nachdem sie ihre gemeinsame Tochter Eleonore¹³ zur Welt gebracht hatte.¹⁴

Mit ausgeprägtem Selbstbewusstsein bewarb sich Henke im November 1900 um eine Redakteursstelle der BBZ. Chefredakteur Franz Diederich sah in Henke einen Menschen „von guter Intelligenz und von vortrefflichen Anlagen, Menschenkenner zu werden“. Er übertrug ihm die Stelle eines zweiten Lokalredakteurs. Henke wurde für zwei Jahrzehnte in Bremen heimisch. Im August 1902 heiratete er die Bremerin Anna Luers (1880-1959). Vier weitere Kinder – Gertrud (1908), Alfred (1909), Edith (1912) und Erich (1914) – und die bereits 1900 in erster Ehe geborene Eleonore machten ihn zu einem stolzen Familienvater.¹⁵ Die Redaktion der BBZ und seine Familie waren die für ihn gleichermaßen wichtigsten Standbeine seiner Existenz.

Henkes Aufstieg zu einem sozialdemokratischen Parteijournalisten mit überregionaler Ausstrahlung begann, als der Bremer Lehrer Heinrich Schulz, erfahren in marxistischer Bildungs- und Pressearbeit, Ende 1902 als politischer Redakteur die Leitung der BBZ übernahm. Schulz begann, das Blatt zu einer Domäne der linken Sozialdemokraten umzugestalten, die sich dem zunehmenden Einfluss des Revisionismus in der Sozialde-

12 Siehe Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Berlin 1914, S.382; StAB, 7, 123-13.

13 Siehe <http://archiv.spd-berlin.de/geschichte/personen/a-k/henke-alfred.print.html> (Zugriff: 26.5.2013).

14 Ausführlich äußerte sich Henke über Kindheit und Jugend in seinem Bewerbungsschreiben um eine Stelle an der „Bremer Bürger-Zeitung“ vom 14.11.1900, StAB, 7, 123-13, sowie in einem Brief an Wilhelm Kaisen vom 11.12.1945, StAB, 7, 97/3-1.

15 LAB, B Rep. 021, Einwohnermeldekartei, Auskunft vom 7. März 2014.

mokratie mit Verve widersetzte. In Alfred Henke, dem Kenner und Verfechter der Schriften von Marx und Engels, fand Schulz einen kämpferischen Bundesgenossen. Henke setzte dessen Werk nach dem Oktober 1906, als er selbst an die Spitze der Redaktion trat, mit noch größerem Nachdruck fort.¹⁶ Im Juli 1945 bezeichnete Henke in knappen und unvollendeten biografischen Notizen seine Arbeit in der Redaktion der BBZ als „eine Tätigkeit, in der ich mich wohl fühlte wie ein Fisch im Wasser!“¹⁷

Mit einer Ausnahme (1906) war Henke zwischen 1904 und 1913 einer der Delegierten des Sozialdemokratischen Vereins Bremen (SDVB) zu den jährlichen Parteitagen der SPD. 1906 zog er in die Bremer Bürgerschaft, das Landesparlament, ein und hielt diesen Sitz ununterbrochen bis 1922.¹⁸ Polemisch aktiv im Richtungsstreit der deutschen Sozialdemokratie, als reformistische oder revolutionäre Konsequenzen aus veränderten Klassenkampfbedingungen im imperialistischen deutschen Kaiserreich heiß umstritten waren, sah Henke seinen Platz auf dem revolutionären Flügel. Er hoffte, der Parteivorsitzende August Bebel werde auf dem für die Abwehr des Revisionismus so wichtigen Dresdner Parteitag 1903 „den Charakter der revolutionären *Arbeiterpartei* in der Sozialdemokratie wieder deutlich zum Ausdruck bringen“.¹⁹

Eigenständigkeit der Arbeiterbewegung im Kampf um die Emanzipation der Klasse und das Auffinden ihrer Leitlinien im theoretischen Erbe von Marx und Engels sowie in den Schriften von Bebel, Liebknecht, Dietzgen und Kautsky bestimmten Henkes Wirken als Parteijournalist und Bildungsarbeiter in der bremischen Parteiorganisation. Gemeinsam mit Heinrich Schulz setzte er im sogenannten Goethebundstreit 1905 eine von bürgerlich-liberalen Bildungsvereinen losgelöste, selbstständige proletarische Bildungsorganisation durch, weil man nur durch eine eigenständige marxistisch-wissenschaftliche und weltanschauliche Bildung „eine revolutionäre Wirkung“ erzielen könne. Die Gründung des gemeinsamen

16 Zur Entwicklung der bremischen Sozialdemokratie im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. siehe besonders Moring, Sozialdemokratische Partei; zu den theoretisch-politischen Auseinandersetzungen v. a. Hansgeorg Conert: Reformismus und Radikalismus in der bremischen Sozialdemokratie vor 1914. Die Herausbildung der „Bremer Linken“ zwischen 1904 und 1914, Bremen 1985.

17 StAB, 7,123-13.

18 Siehe http://zhsf.gesis.org/ParlamentarierPortal/biosop_db/biosop_db.php (Zugriff: 11.2.2014). Auf eine Würdigung des Wirkens im Landesparlament muss hier verzichtet werden.

19 Bremer Bürger-Zeitung (BBZ), 10.8.1903.

Bildungsausschusses des SDVB und des Gewerkschaftskartells markierte die erreichte ideologische Dominanz der „Radikalen“ in der Bremer Vorkriegssozialdemokratie.²⁰

Henke, ab 1907 im Vorstand des Bildungsausschusses und nach Heinrich Schulz und Wilhelm Pieck dessen Vorsitzender, war selbst einer der vielbeschäftigten Lehrer. Zwischen dem 3. November 1907 und dem 16. März 1908 hielt er z. B. jeden Sonntagvormittag für Fortgeschrittene Vorträge über die Geschichte des Sozialismus.²¹ In sozialdemokratischen Versammlungen referierte er über „Philosophie und Sozialismus“, über „Die materialistische Geschichtsauffassung“ und über den Grundsatzteil des Erfurter Parteiprogramms von 1891.²²

Alfred Henke darf zu Recht als der theoretische Kopf der Radikalen in Bremen bezeichnet werden. Er anerkannte die Marxschen Theorien ohne Einschränkung und verteidigte sie vehement. Indem er sich gezwungen sah, den historischen und dialektischen Materialismus gegen revisionistische Angriffe zu schützen, blieb sein Marxismus orthodox, nicht offen für marxistische Antworten auf neue Entwicklungsprobleme. In Karl Kautsky fand Henke sein Vorbild und erhielt auch dessen Anerkennung. Der autodidaktisch gebildete Arbeiter und Marxist Alfred Henke war überzeugt, dass nur Proletarier wirklich fest auf dem Boden des Marxismus stehen könnten, weil sich Klasse gegen Klasse gegenüberstünden und die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse nur „durch rücksichtslosen Kampf“ möglich sei.²³ Dies begründete auch sein Misstrauen gegen Sozialdemokraten aus bürgerlichem Hause. Dem Theaterkritiker Rudolf Franz, einem akademisch gebildeten Bürgersohn, schrieb er, für seinesgleichen sei es nötig, „mit allem, was Schule, Elternhaus und sonstiges Milieu in ihm an Urteilen und Vorurteilen anhäufte und zum Keimen brachten, tabula rasa zu machen. Das ist schwer, und die Arbeiter haben es viel leichter, den Marxismus in sich aufzunehmen als solche Leute.“²⁴

Worum auch immer in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie gestritten wurde, stets stand Henke dabei auf dem linken Flügel, sei es in den

20 Siehe hierzu Conert, Reformismus, S.47-57; Moring, Sozialdemokratische Partei, S.79-81.

21 Siehe BBZ, 26.10.1907.

22 Siehe BBZ, 19.10.1906, 26.2, 26.5. und 22.8.1908, 4.1. und 3.2.1909.

23 Moring, Sozialdemokratische Partei, S.104.

24 Henke an Franz, 2.8.1910, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NY 4020/9, Bl. 160f. Siehe hierzu Gerhard Engel: Dr. Rudolf Franz 1882-1956. Zwischen allen Stühlen – ein Leben in der Arbeiterbewegung, Berlin 2013, S.24.

Mitgliederversammlungen des SDVB, in der BBZ oder auf den Parteitag der SPD.²⁵ Unter dem Eindruck der russischen Revolution 1905 setzte er sich für den politischen Massenstreik als neues Kampfmittel ein und focht für eine konsequente Arbeitsruhe am 1. Mai. Er unterstützte maßgeblich das Streben bremischer Lehrer für eine an sozialdemokratischen bildungs- und jugendpolitischen Zielen orientierte Schulreform. Wie alle führenden Sozialdemokraten der Hansestadt traf er sich mit den oppositionellen Lehrern in deren Refugium, dem Haus im „Lummland“.²⁶

Geradezu verärgert reagierte Henke auf den zunehmenden gewerkschaftlichen Einfluss auf die Politik der sozialdemokratischen Partei. Bereits 1905 kritisierte er, die Gewerkschaftsbürokratie begrenze die Arbeiterbewegung auf reformistische Aktionen, weil sie den wissenschaftlichen Sozialismus geringschätze. Notwendig sei aber die Einheit von revolutionärer Theorie und politischer Praxis.²⁷ Gebraucht werde eine einheitliche Führung des Klassenkampfes durch Partei und Gewerkschaft, letztere müsste völlig in das revolutionäre Konzept der finalen Machteroberung eingebunden werden. Vom Parteivorstand verlangte Henke, von bloßen Protestversammlungen zu Massendemonstrationen überzugehen. Nötig sei eine neue Kampfaktik, worüber der Parteivorstand die Arbeiter unzureichend aufkläre. So verbreite sich ein Praktizismus, der jeweils nur das kleinere Übel aushandelt, statt an den Grundfesten des Kapitalismus zu rütteln. Vor allem die Wahlrechtskämpfe sollten zu revolutionären Massenaktionen auf der Straße gesteigert werden.

Die reformistische Sicht, es sei möglich, über Parlamentsmehrheiten in den sozialistischen Zukunftsstaat hineinzuwachsen, erklärte Henke zu einer „kindischen Auffassung“. Parlamentarische Arbeit habe zwar agitatorische Wirkung und leiste Erziehungsarbeit, unterstütze also als Teil desselben den Klassenkampf, könne ihn aber nicht zur Entscheidung führen.²⁸

Immer wieder wandte sich Henke gegen die lange vorgetäuschte Einheit der Partei in Grundfragen ihrer Ziele und Wege. So müsse der Staat

25 Siehe zum Folgenden die Protokolle über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1907, S.266f., 298f.; 1908, S.382-384; Moring, Sozialdemokratische Partei, S.83, 86f., 107-113; Conert, Reformismus, S.71-85, 104-132, 147-151, 188-211; Gerhard Engel: Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Berlin 2011, S.54-56, 61-64, 93-99.

26 Siehe Engel, Johann Knief, S.69f. Am 2. Mai 1908 trug er sich dort in das Gästebuch ein, StAB, 7,500-351, Bl. 9.

27 Siehe BBZ, 27.6.1905

28 Siehe BBZ, 23.9.1909.

vom Standpunkt des „nichtrevidierten Marxismus“ beurteilt werden; der Staat sei der „Verwaltungsausschuss der herrschenden Klassen“, die es zu stürzen und nicht durch Budgetbewilligung zu unterstützen gelte.²⁹ Ebenso grundsätzlich, erklärte er auf dem Nürnberger Parteitag 1908, müsse die Parlamentsarbeit der Sozialdemokratie eingeschätzt werden, denn man könne das Endziel nicht durch noch so entschiedene Sozialreform erreichen, da „die letzten Kämpfe um die Eroberung der politischen Macht“ außerhalb des Parlaments entschieden würden.³⁰ Angesichts zunehmenden Einflusses revisionistischer Abgeordneter in der Reichstagsfraktion der SPD plädierte er dafür, der Fraktion weniger Entscheidungsspielraum in Fragen zuzugestehen, die von einem Parteitag geklärt werden müssten.³¹

Diesen dezidiert linkssozialdemokratischen Auffassungen entsprach, dass Henke ständig bemüht war, die Positionen der Linken in Bremen und in der BBZ auszubauen. Das zeigte sich an seinem wesentlichen Einfluss auf die Schaffung einer hauptamtlichen Parteisekretärsstelle und deren Besetzung mit Wilhelm Pieck.³² Als politischer, d. h. Chefredakteur der BBZ verhalf Henke dem Blatt zu einer der „Leipziger Volkszeitung“ (LVZ) ebenbürtigen Stellung als am besten redigierte sozialdemokratische Tageszeitung mit linkem Profil, die ausgezeichnet informierte und mit Analysen, Kommentaren und einem entwickelten Feuilleton politische und kulturelle Arbeiterbildung vermittelte. Das Fehlen großer Namen im Redaktionskollektiv kompensierte Henke durch die Übernahme von Artikeln aus der LVZ und aus Kautskys „Neuer Zeit“, zumeist Arbeiten von Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Karl Kautsky und Rudolf Hilferding, Autoren, die auch Originalbeiträge beisteuerten. Ab 1907 behandelte Julian Marchlewski ökonomische Themen, ab 1908 fungierte Karl Radek als freier Mitarbeiter für die Themen Internationale Politik, Imperialismus und Militarismus.³³

Anton Pannekoek steuerte über seine a.p.-Korrespondenz wesentliche Beiträge bei, bis er Anfang 1910 als besoldete wissenschaftliche Lehrkraft zum bremischen Bildungsausschuss kam und für gut vier Jahre als Lehrer,

29 Siehe BBZ, 19.8.1908.

30 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908, Berlin 1908, S.383.

31 Siehe BBZ, 21.8. und 6.10.1909.

32 Siehe Conert, Reformismus, S.61.

33 Siehe ausführlicher ebenda, S.162-179.

Autor der BBZ und Versammlungsredner bedeutenden Einfluss auf die weitere Entwicklung des SDVB ausübte.³⁴ Pannekoek urteilte über Henke, er sei eine „breite, solide und gebildete Persönlichkeit [...], sehr radikal, mit vielseitigen Interessen“.³⁵

1911 gewann Henke den Volksschullehrer Johann Knief, der in der Bremer Schulreformbewegung besonders vehement linkssozialdemokratische Forderungen erhob, als zweiten politischen Redakteur und damit als seinen Stellvertreter für die Redaktion der BBZ. Mit ihm, Karl Radek, der 1912 nach Bremen übersiedelte, und dem Feuilletonisten Rudolf Franz, der bereits seit Ende 1908 in Bremen für das Feuilleton der BBZ arbeitete, entstand ein Triumvirat an der Seite Henkes, das sich auf das revolutionäre Potenzial des Bremer Proletariats stützte. Bremen hatte sich seit der Jahrhundertwende in besonders rasantem Tempo zu einem industriellen Ballungszentrum entwickelt, in dessen Mittelpunkt die Belegschaften der rasch expandierenden Schiffswerften standen. Tausende Arbeiter zog es dorthin, sozialdemokratisch vorgebildete und gewerkschaftlich erfahrene Facharbeiter der Metallbranche, noch mehr ehemalige Landarbeiter und proletarisierte Kleinbürger. Sie standen einem staatlich unterstützten Unternehmertum gegenüber, das auf rabiante Weise besonders große Profite zu sichern trachtete. Soziale Konflikte zwischen Kapital und Arbeit sowie politische Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterbevölkerung und dem Staatsapparat wurden in Bremen mit besonderer Heftigkeit ausgetragen. Zwischen 1906 und 1914 kam es zu 25 Streiks. Die Unternehmer antworteten besonders häufig mit Massenaussperrungen von Belegschaften, auch in Betrieben, die am Streik nicht beteiligt waren.³⁶

Vor diesem Hintergrund zogen Henke und seine drei Mitstreiter gemeinsam mit Pannekoek aus Imperialismus, Wettrüsten und Kriegsgefahr den Schluss, die Sozialdemokratie müsse im Gegensatz zur evolutionären Orientierung des Parteivorstandes und zur „Ermattungsstrategie“ Karl Kautskys das Proletariat in sich steigernde außerparlamentarische Massenkämpfe und politische Massenstreiks führen, an deren Höhepunkt die proletarische Revolution für eine sozialistische Gesellschaft notwendig und möglich sei.³⁷

34 Siehe Moring, Sozialdemokratische Partei, S.114-117; Engel, Johann Knief, S.108.

35 Zit. nach: Moring, Sozialdemokratische Partei, S.116.

36 Siehe Gottfried Mergner: Johannes Knief und seine Region, T. II, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 2/3, Berlin 1980. S.57-62; Engel, Johann Knief, S.41f.

37 Siehe Engel, Johann Knief, S.117-158; Ders., Dr. Rudolf Franz, S.57-68.

Nach gescheiterten Kandidaturen 1903, 1907 und 1909 im Wahlkreis Hannover 6, der im unmittelbaren Umland Bremens lag, gewann Henke im Januar 1912 mit 53,4 Prozent der Stimmen das Bremer Reichstagsmandat.³⁸ Sehr schnell erwarb der redegewandte neue Abgeordnete einen angesehenen Platz in der Reichstagsfraktion, namentlich in ihrem kleinen linken Flügel. Neben Gustav Noske, aber entschieden abgesetzt von dessen Reden, die den Kolonialismus nicht grundsätzlich angriffen, profilierte sich Henke zum herausragenden sozialdemokratischen Sprecher gegen die imperialistische Kolonialpolitik des Kaiserreichs.³⁹

Henke debütierte im Reichstag am 29. April 1912 mit einer großangelegten Rede zum Thema.⁴⁰ Er behandelte die Kolonialpolitik als mit Aufrüstung und Deutschlands Wettrüsten wesensgleiches Grundelement der deutschen imperialistischen Politik. In ihnen sah er die Ursachen für die weltweite Verschärfung der Konflikte zwischen den Großmächten. Er begründete den Widerstand der Sozialdemokratie mit der zunehmenden Kriegsgefahr, welche die Kolonialpolitik in sich berge. Scharf ging Henke mit der kolonialen „Ausbeutungswut“ der Monopole und Banken ins Gericht, deren Profite der Staat mit einem aufgeblähten Verwaltungsapparat und einer militärischen „Schutztruppe“ garantiere. In seinen stets materialreichen, sorgfältig recherchierten Parlamentsreden geißelte er die demagogische Rechtfertigung der Kolonialpolitik als angeblich zivilisatorische Mission, die „zurückgebliebenen Rassen“ den Weg in die Kultur öffne: „Das ist keine höhere Kultur, wenn man Eingeborene derartig mit Schnaps vergiftet, wenn man sie ausbeutet und ihnen dann zum Trost Christentum, Prügel usw. dazu reicht.“⁴¹ Seine Polemik gegen die rassistische Herabsetzung der „Neger“ und ihre Christianisierung kennzeichnete Henke als bewusste Zerstörung der genuinen Entwicklung afrikanischer Kulturen. Solange Kolonien nicht überhaupt abgeschafft seien, müsse es wenigstens „eine gewisse Sozialreform, eine proletarische Sozialreform innerhalb unserer Kolonien“

38 Siehe Schröder, Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, S.127, 266; zur Kandidatur und Wahl 1912 ausführlich Moring, Sozialdemokratische Partei, S.148-154.

39 Zu den Nominierungen Henkes als Fraktionssprecher siehe Erich Matthias/Eberhard Pikart (Hrsg.): Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1914-1918, Düsseldorf 1966, Erster Teil, S.269f., 282-284, 309, 316.

40 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 284, S.1513-1525. Henkes weitere Reden zur Kolonialpolitik in: Verhandlungen des Reichstags, Bd. 285, S.1593f.; Bd. 288, S.4245-4267; Bd. 294, S.7953-7965.

41 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 284, S.1525.

geben.⁴² Henke forderte das Ende von Besitzraub und Zwangsumsiedlungen, von blutigen Strafexpeditionen gegen revoltierende Stämme und Ortschaften, von unmenschlichen Bestrafungen und Misshandlungen. Er verlangte die Abschaffung von Arbeitszwang, Menschenhandel und Haussklaverei, durchgreifende Arbeiterschutzbestimmungen, den Ausbau der desolaten Gesundheitsfürsorge und die Pflege der afrikanischen Kulturen. So wie gegen Ausbeutung und Entrechtung in den Kolonien focht Henke als sachkundiger Abgeordneter von der Wasserkante für die Rechte der deutschen Seeleute und gegen die durch staatliche Subventionen gestützte anti-gewerkschaftliche Ausbeutungspolitik der Großreedereien.⁴³

Henke nahm seine Abgeordnetentätigkeit sehr genau. „Sie glauben gar nicht“, schrieb er an Konrad Haenisch, „wie einem im Reichstag die Zeit gestohlen wird. Da sitzt man, hört einen Redner nach dem andern, unterhält sich mit Kollegen, ißt und trinkt gelegentlich und wieder ist ein Parlamentstag herum. Muß dann noch für das Blatt⁴⁴ geschrieben werden, dann hat man seine liebe Not, daß man um zehn Uhr aus dem Tempel herauskommt.“⁴⁵ Aber auch an sitzungsfreien Tagen war er selten in Bremen, weil er als Reichstagsabgeordneter zahlreiche Verpflichtungen als Versammlungsredner hatte.⁴⁶

Unter all diesen Belastungen sah sich Henke vor die Aufgabe gestellt, sich bei aller Wahrung seiner linken Positionen taktisch in die nach rechts tendierende Reichstagsfraktion einzupassen, aber zugleich bemüht zu sein, linke sozialdemokratische Politik zu verfechten, um den Rückhalt in seiner Bremer Parteiorganisation nicht zu verlieren. Dies barg erhebliche Konfliktstoffe. Während der häufigen Abwesenheit von Henke steuerten Knief und seine Anhänger, zu denen im Mai 1914 auch Paul Frölich stieß,⁴⁷ seine BBZ in eine zunehmende Konfrontation mit der offiziellen Parteipolitik. Der „Radikale“ Henke, taktischen Rücksichten mehr denn je verpflichtet, geriet schnell in Gegensätze zu seinen Bremer Genossen, die begannen, sich als „Linksradikale“ zu formieren.

42 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 294, S.7957.

43 Siehe z. B. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 286, S.2932, 3107-3110, 3111f.; Bd. 295, S.9084-9053.

44 Henke schrieb während der Reichstagssessionen die Parlamentsberichte für seine BBZ.

45 Bundesarchiv (BArch), N 2104/138, Bl. 14.

46 1913 z. B. trat Henke außer in der heimischen Parteiorganisation in Solingen, in Köln und Umgebung sowie in Thüringen auf; siehe BArch, N 2041/138, Bl. 19, 31.

47 Siehe Paul Frölich: Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890-1921, hrsg. von Reiner Tosstorff, Berlin 2013, S.99.

Die Kontroversen zwischen Henke und ihnen zeigten sich besonders in der sogenannten Radek-Affäre 1912/1913, als die Linksradikalen Bremens vehement für die vom Parteivorstand angefochtene Mitgliedschaft Radeks in der SPD und um seine Wirkungsmöglichkeiten als linker Theoretiker kämpften. Henke setzte einerseits gemeinsam mit Pannekoek die Zustimmung der Mehrheit des SDVB zum Auftreten der linken Parteitagsminderheit 1912 für eine revolutionäre Politik gegen den Imperialismus durch⁴⁸ und verschärfte damit die Frontstellung der Bremer Parteiorganisation gegen die Parteimehrheit. Andererseits knickte er mehrfach in der Verteidigung Radeks ein, ließ sich freilich unter dem Druck der Linksradikalen immer wieder aufrichten.⁴⁹ Noch schärfer traten die Divergenzen in Erscheinung, als es 1913 um die Haltung der Reichstagsfraktion zur Wehr- und Deckungsvorlage und die Forderung der Stuttgarter Parteiorganisation ging, gegen die Rüstungspolitik mit einem Massenstreik zu protestieren. Henke tendierte zum Standpunkt der Fraktionsmehrheit; er bejahte zwar prinzipiell den Massenstreik als notwendiges Kampfmittel, erklärte ihn aber wegen fehlender Voraussetzungen für undurchführbar, sodass er nur „propagandistisch-agitatorisch“ diskutiert werden könne.⁵⁰ Geharnischten Protest der linksradikalen Wortführer und der Bremer Werftarbeiter rief Henkes Haltung während des für die Radikalisierung der Bremer Arbeiterbewegung folgenreichen Streiks der Werftarbeiter 1913 hervor. Er lehnte wie die Gewerkschaftsführung den Streik ab, weil er die Entscheidungskompetenz nicht mehr bei den Massen, sondern bei den Gewerkschaftsführern sah.⁵¹ Anders wieder seine Haltung 1914, als er in der Reichstagsfraktion der mehrheitlichen Zustimmung zum Bahnbau in den Kolonien widersprach. Für das Durchstehen dieser Kontroverse holte er sich die ausdrückliche Zustimmung der Bremer Mitgliederversammlung.⁵²

So schwankte Henke in den letzten Vorkriegsjahren zwischen dem Streben nach Parteiharmonie in der Fraktion und der Abhängigkeit von einer Parteibasis in Bremen, die ihn als Linken tragen sollte. Dadurch wuchs links wie rechts das Misstrauen in Henkes Verlässlichkeit und die Lauterkeit seiner politischen Überzeugungen. Die Diskrepanz zwischen Wortradikalismus und mangelnder Tatbereitschaft brachte Henke unter den

48 Siehe BBZ, 8. und 16.11.1912.

49 Siehe Engel, Johann Knief, S.128-138, 143-151.

50 Siehe Moring, Sozialdemokratische Partei, S.170-172; Engel, Johann Knief, S.138-143.

51 Siehe Moring, Sozialdemokratische Partei, S.172f.

52 Siehe BBZ, 25.4.1914.

Linksradikalen harsche Urteile ein. Besonders empört zeigte sich sein Feuilletonist Rudolf Franz, der Henke in Briefen an Konrad Haenisch als „vom Reichstag völlig verlumpt“, als „abgefeimten Schweinehund“ und „charakterlosen Streber“ abqualifizierte, während andere wie Johann Knief weiter danach strebten, Henke auf linksradikalen Kurs zurückzuführen.⁵³ Zwischen den Rechtssozialisten und den Linksradikalen gab es am Vorabend des Krieges in Bremen eine deutlich erkennbare, zwischen beiden „vermittelnde“ Gruppe, deren Haupt Alfred Henke war, dessen Sympathien sich freilich immer wieder deutlich den revolutionären Linken zuneigten. Das sollte sich auch während des Weltkrieges zeigen.

Henkes Politik im Ersten Weltkrieg

Am 3. August 1914 gehörte Alfred Henke zu den 14 Mitgliedern der Reichstagsfraktion, die sich gegen die Bewilligung der Kriegskredite aussprachen, sich aber am 4. August der Fraktionsdisziplin beugten. In der Redaktion der BBZ versuchte er trotz Pressezensur und gegen den Widerstand der Gruppe „burgfriedlicher“ Redakteure das Blatt auf linkem Kurs zu halten. Franz Mehring zollte ihm dafür hohe Anerkennung. Noch bis in das Jahr 1916 hielt er Henke für einen der Gruppe Internationale Gleichgesinnten.⁵⁴ Als Karl Liebknecht in der Fraktionsminderheit vom 3. August nach Verbündeten suchte, die mit ihm gemeinsam in der Reichstagsitzung am 2. Dezember 1914 offen gegen weitere Kriegskredite stimmen würden, war Henke sein „letzter Mohikaner“. Gemeinsam mit Radek bewog er ihn, in der Fraktion den Antrag zu stellen, ein öffentliches Minderheitenvotum gegen die Kriegskredite im Reichstagsplenum zuzulassen. Liebknecht unterstützte ihn. Als die Fraktionsführung auf einen Parteitagsbeschluss von 1876 verwies, wonach die Fraktion stets geschlossen zu votieren habe, zog Henke seinen Antrag zurück; Liebknecht aber stellte ihn zur Abstimmung. Der Antrag wurde abgelehnt, auch von Henke.⁵⁵ Radek klagte wie Henkes linksradikale Genossen in Bremen: „Sie ha-

53 Franz an Haenisch, 8.2. und 14.2.1913, BArch, N2104/94, Bl. 370f., 374; Engel, Johann Knief, S.135.

54 Siehe die Briefe Mehrings an Henke, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn, Nachlass Alfred Henke, Kasette I/1, Nr. 23-25, 27-29, 32. Siehe auch Diskurs. Leipziger Hefte für Kommunikationsforschung und Journalistik, 1990, H. 1, S.49-52.

55 Siehe Matthias/Pikart (Hrsg.). Reichstagsfraktion. Zweiter Teil, S.7, 11; Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VIII, Berlin 1974, S.61, Bd. IX, Berlin 1974, S.270f.; Karl Radek: Die ersten Kriegstage in Berlin und der Beginn des Kampfes gegen den Krieg,

ben sich nicht entscheiden können, der Masse zur Orientation zu helfen durch die Bekundung Ihrer Gesinnung im Parlament, Sie lassen Karl im Stich.“⁵⁶ Henke hatte seine Haltung Radek gegenüber mit dem Druck erklärt, unter dem er in Bremen durch die Befürworter des Burgfriedens stehe, sowie mit dem Verweis auf seine große Familie, die er nicht gefährden wolle.⁵⁷ Henke, der den Grund gelegt hatte für die linksradikale Mehrheit des SDVB und das revolutionäre Profil der BBZ, geriet ins Schwanken und löste sich immer häufiger von den Geistern, die er gerufen hatte, von Pannekoek, Radek und Knief. Aus der Enttäuschung der Linksradikalen über Henkes Haltung zu Liebknechts Antikriegssignal erwuchs dauerhafte Entfremdung und schließlich der offene politische Gegensatz.

Henke kämpfte in der Folgezeit als gemäßigter linker Sozialdemokrat in den Reihen der wachsenden Parteioption. Er unterschrieb das Protestschreiben oppositioneller Sozialdemokraten vom 9. Juni 1915 gegen die Burgfriedenspolitik.⁵⁸ Am 15. August 1915 forderte er in der gemeinsamen Sitzung der Reichstagfraktion und des Parteiausschusses einen sofortigen Friedensschluss ohne Annexionen.⁵⁹ Angesichts der wachsenden Unsicherheit in der Bevölkerung und der Hungerkrawalle in mehreren Städten erklärte er Ende 1915 in der Fraktion: „Es ist eine Irreführung, wenn gesagt wird, die Aufsayung des Burgfriedens bedeute die Verlängerung des Kriees.“⁶⁰ Am 21. Dezember 1915 verweigerte er gemeinsam mit 19 weiteren Abgeordneten der SPD offen die vom Reichstag geforderten neuerlichen Kriegskredite, im Unterschied zu Liebknechts Losung „Der Hauptfeind steht im eignen Land!“ allerdings verbunden mit einem Appell an die deutsche Regierung, sich in ihrer günstigeren Kriegslage zu einem Frieden ohne Annexionen zu bekennen.⁶¹ Am 12. Januar 1916 stimmte Henke gegen den Ausschluss Liebknechts aus der Frak-

in: Sichel und Hammer 3 (1924), Nr. 10, S.13; Wilhelm Dittmann: *Erinnerungen*, hrsg. von Jürgen Rojahn, Bd. 2, Frankfurt/Main-New York 1995, S.226f., genannt werden; Annelies Laschitza: *Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie*, Berlin 2007, S.257.

56 Radek an Henke 16. Juli 1916, AdsD, NL Alfred Henke, Nr. 109, mit einer prinzipiellen Kritik Radeks an Henkes Schwanken zwischen seinen grundsätzlich revolutionären Auffassungen und seinem Zurückweichen vor praktischen Konsequenzen.

57 Radek, *Kriegstage*, S.13.

58 *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, R. 2, Bd. 1, Berlin 1958, S.169-185, die Unterschrift S.174.

59 Siehe Dieter Dowe (Hrsg.): *Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912-1921*, Bd. 1, Berlin 1980, S.201.

60 Dittmann, *Erinnerungen*, Bd. 2, S.350.

61 Siehe *Dokumente und Materialien*, Bd. 1, S.263f.

tion. Am 24. März wurde er mit den anderen Kreditverweigerern selbst aus der Fraktion ausgeschlossen. Folgerichtig gehörte er an diesem Tag zu den Mitbegründern der oppositionellen „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) im Reichstag.⁶² Liebknecht lehnte die Mitgliedschaft wegen der fehlenden Bereitschaft zu revolutionärer Agitation gegen den Krieg sowie mit der interessanten Bemerkung ab, auch sein „Gesinnungsfreund“ Henke passe nicht in die SAG.⁶³

Henke agierte in der von der SAG vertretenen Parteiopposition auf dem linken Flügel. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf der linksradikalen Mehrheit des SDVB, mit seiner Mitgliedschaft in der SAG seine revolutionären Überzeugungen endgültig aufgegeben zu haben. Als sich Knief und Frölich in der BBZ offen von ihm distanzieren, erwiderte er, er sei viele Jahre selbst ein radikaler Linker gewesen, er sei es aber nicht im Sinne von Knief, der die Spaltung der Sozialdemokratie für unumgänglich halte. Er wolle um die Einheit der Partei auf revolutionärer Grundlage kämpfen. Weil die SAG die einzige Möglichkeit sei, parlamentarisch für die Ziele des Linksradikalismus einzutreten, gehöre er dieser an. Die Linken außerhalb der SAG bezeichnete Henke als „sektiererische Gruppenbildung“. Er sei weder Mitglied der Spartakusgruppe noch der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“. So nannten sich zu jener Zeit die Linksradikalen außerhalb der Spartakusgruppe in ihrem Bekenntnis zur Zimmerwalder Linken und gaben ab Juni 1916 ihre eigene Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ heraus.⁶⁴ Seine Unzufriedenheit mit der SAG äußerte Henke gegenüber seinem Freund Wilhelm Dittmann mit den Worten, er lebe „immer in dem Gefühl, daß die Gemeinschaft nicht entschieden genug auftritt und aufzutreten gewillt ist“.⁶⁵

Als die Mehrheit des SDVB im Dezember 1916 beschloss, dem Parteivorstand die Mitgliedsbeiträge zu sperren und dieser daraufhin die gesamte bremische Parteiorganisation aus der SPD ausschloss und deren Zeitung, die BBZ, in vorstandstreue Hände lancierte, blieb Henke wie die Linksradikalen Mitglied des nun neben der Partei existierenden SDVB. In der Abstimmung über den Vorsitz verlor er jedoch gegen den Kandidaten der Linksradikalen Willy Breitmeyer. Im Januar 1917 wurde Henke aus der Redaktion der BBZ entlassen.⁶⁶

62 Siehe Matthias/Pikart, Reichstagsfraktion, Zweiter Teil, S.155, 176.

63 Siehe Dokumente und Materialien, Bd. 1, S.337.

64 Siehe Engel, Johann Knief, S.270-272.

65 AdsD, Nachlass Wilhelm Dittmann, Mikrofilm Moskau, Fonds 215, Nr. 41.

66 Siehe SAPMO-BArch, Sg Y 30/0110, Bl. 3; Arbeiterpolitik, 1 (1916), Nr. 36, 16.12.1916,

Während der gemeinsamen Konferenz der SAG und der Spartakusgruppe im Januar 1917 plädierte Henke dafür, beide müssten gemeinsam nach einem praktikablen Programm für den Antikriegskampf suchen, „nicht den zerrüttenden Streit“. Den „Wunderglauben an das Parlament“ wolle er zerstören, aber rief er jetzt zu revolutionären Aktionen auf, würde dies Verbot und Zuchthaus bedeuten. Henke bekannte sich zu Käthe Duncikers Devise: Getrennt marschieren und vereint schlagen. In der Frage der Landesverteidigung stehe er Spartakus näher als dem Vorsitzenden des SAG Hugo Haase.⁶⁷ Mit dieser eindeutigen Verortung auf ihrem linken Flügel wurde Henke einer der Mitbegründer der USPD in Gotha im April 1917. Die Rednerliste des Gründungsparteitages enthält seinen Namen nicht, aber Henke wurde – wie auch bei allen folgenden Parteilwahlen bis 1922 – in den Beirat bzw. Parteirat der USPD gewählt.⁶⁸

Mit der ihm eigenen Rastlosigkeit setzte sich Henke für seine neue Partei ein. Als prominenter Vertreter der linken Minderheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatte er seit Kriegsbeginn bis zur Bildung der SAG keine Chance gehabt, im Plenum zu Wort zu kommen. Das änderte sich schlagartig seit April 1916. Die Reichstagsprotokolle bis zum Vorabend der Revolution enthalten mehr als ein Dutzend Parlamentsreden Henkes. Seine Auftritte gegen die Kolonialpolitik nutzte er, um die Lüge von der Vaterlandsverteidigung zu entlarven und den „männermordenden Weltkrieg“ als die „Verteidigung der kapitalistischen Profitinteressen im Namen des Vaterlandes“ anzuprangern.⁶⁹ Das Gesetz über den „vaterländischen Hilfsdienst“ bezeichnete er als „Wechselbalg von Unfreiheit und Arbeitszwang“, das Deutschland in eine einzige große Kaserne verwandeln werde. Dagegen müsse der Kampf um volles Vereins-, Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht geführt werden.⁷⁰ In Debatten über die Steuerpolitik polemisierte er scharf gegen neue indirekte Steuern,

S.202f.; Engel, Johann Knief, S.287-290; Peter Kuckuk: Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919, Bremen 1986, S.33.

67 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha. Mit Anhang: Bericht über die gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe vom 7. Januar 1917 in Berlin, hrsg. von Emil Eichhorn, Berlin 1921, S.111f.

68 Siehe Hartfried Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/Main-Köln 1975, S.300.

69 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 307, S.1395; siehe auch Bd. 209, S.2504; Bd. 309, S.3190-3192; Bd. 312, S.5160.

70 Siehe Verhandlungen des Reichstags, Bd. 308, S.2227-2229, 2309f., 2313f.

mit denen Kriegslasten auf die Besitzlosen abgewälzt werden sollten.⁷¹ Arbeiterinteressen seien auch im Kriege nur durch Klassenkampf gegen das System der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu verteidigen.⁷² Grundtenor und Resümee seiner Reichstagsreden während des Krieges sind wohl am eindeutigsten in Sätzen zusammengefasst, die Henke in der Haushaltsdebatte am 2. März 1917 formulierte: „Der Kommunismus, wie wir ihn erstreben, [...] wird auch ein Ende machen mit der nationalen Verhetzung der Völker [...] Dieser Kommunismus [...] wird auch durch den Krieg nicht gehindert werden, sich zu verwirklichen. Wir werden ihn erreichen [...] Im Zeichen dieses Klassenkampfes führen wir den Kampf gegen die Steuervorlagen, führen wir den Kampf gegen die Regierung, führen wir den Kampf gegen die Kriegführung und führen wir den Kampf der Arbeiter um die Eroberung der politischen Macht weiter.“⁷³

Henke nutzte das Parlament als Rednertribüne, um in die Öffentlichkeit zu tragen, was SAG und USPD in ihren Versammlungen und Zeitungen ohne Repressalien zu riskieren nicht offen aussprechen konnten, was aber den außerparlamentarischen Aktionen Orientierung sein sollte.⁷⁴ Henkes Reden widerspiegeln die wachsende Revolutionierung der Partei und den zunehmenden Einfluss ihres revolutionären Flügels. Was er im Reichstag sagte, versuchte er auch in Versammlungen zur Geltung zu bringen und wurde deshalb regional mit Redeverbote belegt.⁷⁵ In Bremen gründete Henke einen Ortsverein der USPD, in den ihm allerdings nur eine Minderheit des aus der SPD ausgeschlossenen SDVB folgte. Namentlich die von ihm umworbenen linksradikalen Werftarbeiter versagten ihm die Gefolgschaft.⁷⁶ Als führender Kopf der Unabhängigen Sozialdemokraten in Nordwestdeutschland trat er als Sekretär an die Spitze des im Juni gebildeten Parteibezirks Wasserkante der USPD.⁷⁷

71 Siehe hierzu Verhandlungen des Reichstags, Bd. 309, S.2506-2509, 2761-2764, 2812-2815; Bd. 310, S.3655-3662.

72 Siehe Verhandlungen des Reichstags, Bd. 309, S.2505f.

73 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 309, S.2509.

74 Siehe hierzu Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Berlin 1975, S.40.

75 Siehe Dieter Engelmann/Horst Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917-1922, Berlin 1993, S.32f. Siehe auch Wilhelm Deist (Bearb.): Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, Zweiter Teil, Düsseldorf 1970, S.1217.

76 SAPMO-BArch, Sg Y 30/640, Bl. 6f.

77 Siehe zu den Aktivitäten Henkes nach der Gründung der USPD Erhard Lucas: Die Sozialdemokratie in Bremen während des Ersten Weltkrieges, Bremen 1969, S.93f.

Henkes Name taucht immer auf, wenn es 1917/1918 um revolutionäre Vorgänge und Streikaktionen ging. So wurde Henke während der Unruhen in der kaiserlichen Kriegsmarine 1917 in Kiel für 24 Stunden verhaftet. Man fand bei ihm Namen von Mitgliedern der USPD in einer der beteiligten Schiffsbesatzungen, auch den von Max Reichpietsch.⁷⁸ Im Januar 1918 gehörte er zu den vier Mitgliedern der 25-köpfigen Reichstagsfraktion der USPD, die einen offenen Aufruf ihrer Partei zum Generalstreik verlangten.⁷⁹

Aufmerksam verfolgte Henke den Verlauf der russischen Revolution. Als in der USPD vor allem von Karl Kautsky, Heinrich Ströbel und Alexander Stein öffentlich heftige Kritik an der Revolutionspolitik der Bolschewiki geübt und ihnen vorgeworfen wurde, sie missachteten das Prinzip der Einheit von Sozialismus und Demokratie, verfasste Henke einen emotional aufgeladenen Kommentar. Er stelle sich „auf die Seite der Bolschewiki“, schrieb er. „Nicht unbesehen und nicht, indem ich alles gutheiße, was sie taten oder unterließen. Wohl aber, weil ich [...] die Erkenntnis gewann, daß die Tatkraft der Bolschewiki vor der ‚ängstlichen Politik der Menschewiki‘ unter allen Umständen den Vorzug verdient.“ Auch er wolle „zweifellos die vollendetste Demokratie, die den endgültigen Sieg des Proletariats ermöglicht“, aber er frage sich, ob „nicht auch im Kampfe einer demokratischen Partei die Demokratie vorübergehend Einschränkungen zu ungunsten der Todfeinde des Sozialismus verträgt“, solange der endgültige Sieg nicht errungen sei. Man dürfe das Handeln der Bolschewiki bei den Schwierigkeiten ihrer Revolution nicht vorschnell an der richtigen Theorie über das Verhältnis von Demokratie und proletarischer Diktatur messen. Die Bolschewiki kämpften als „die kühnsten und konsequentesten aller Sozialdemokraten“ für die Verwirklichung des Sozialismus. Was sie „inmitten der ökonomisch rückständigen Zustände Rußlands“ zustande und an „neuen Formen der Demokratie“ hervorbringen, lasse sich noch nicht absehen. „Möglich, daß es zunächst nur ein gewaltiges Experiment bleibt, [...] dann wird es aber auch das größte sein, das bisher zum Beweise der Überlegenheit des Kommunismus über den Kapitalismus unternommen werden konnte.“⁸⁰ Diese Stellungnahme zur russischen Revolution, for-

78 Siehe Deist, Militär, S.1027.

79 Siehe David W. Morgan: *The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party 1917-1922*, Ithaka-London 1975, S.88.

80 Alfred Henke: *Für die Bolschewiki!*, in: *Sozialistische Auslandspolitik*, 4 (1918), Nr. 37, S.5-7. Siehe auch Lothar Wieland: *„Wieder wie 1914!“ Heinrich Ströbel (1869-1944). Biografie eines vergessenen Sozialdemokraten*, Bremen 2009, S.141f.

muliert im September 1918, belegt die Wiederannäherung Henkes an Positionen der Linksradikalen in Bremen, die ganz ähnlich über die Situation und Perspektive der russischen Revolution dachten und sie als Beispiel für das in Deutschland Erforderliche ansahen.⁸¹

81 Siehe z. B. *Arbeiterpolitik*, 3 (1918), Nr. 37, S.221-223.

Rosa Luxemburg als Malerin und ihr Verständnis moderner bildender Kunst

Wilma Ruth Albrecht

„Indessen, die neue Zeit wird auch eine neue Kunst gebären, die mit ihr selbst in begeistertem Einklang sein wird, die nicht aus der verblichenen Vergangenheit ihre Symbolik zu borgen braucht und die sogar eine neue Technik, die von der seitherigen verschieden, hervorbringen muß. Bis dahin möge, mit Farben und Klängen, die selbsttrunkene Subjektivität, die weltentzülte Individualität, die gottfreie Persönlichkeit mit all ihrer Lebenslust sich geltend machen, was doch immer ersprießlicher ist als das tote Scheinwesen der alten Kunst.“ (Heinrich Heine 1831)¹

1. Gegen einen ungenannten Parteigenossen

Als Rosa Luxemburg mit ihrem Artikel „Tolstoi als sozialer Denker“, 1908 erschienen in der „Leipziger Volkszeitung“, in die Tolstoi-Diskussion der sozialdemokratischen Partei eingriff, in der es darum ging, die Lehren des großen russischen Schriftstellers als reaktionär ablehnend (Karl Kautsky) oder revolutionär vereinnahmend (Friedrich Stampfer) zu beurteilen,² positionierte sie sich auch streitbar in der Debatte um visuelle Agitation der Sozialdemokraten und moderne Malerei.

Dabei äußerte sie sich in ihrem „Tolstoi-Artikel“ – völlig unvermittelt – abfällig über Max Slevogt (1868-1932) und Ferdinand Hodler (1853-1918). Unter Verweis auf Tolstois Feststellung, dass „die Kunst der höheren Klassen nie die Kunst der ganzen Nation werden“ könne, bemerkte sie: „Der das schrieb, ist in jedem Zoll mehr Sozialist und auch historischer Materialist als jene Parteigenossen, die in der neuerdings aufgekommene Kunstfexerei machend, mit gedankenloser Geschäftigkeit die sozialdemokratische Arbeiterschaft zum Verständnis für die dekadente Kleckerei eines Slevogt oder eines Hodler ‚erziehen‘ wollen.“³

1 Heinrich Heine: Französische Maler, in: Ders.: Sämtliche Werke, hrsg. von Hans Kaufmann, München 1964, Bd. VIII, S.5-64, hier S.49.

2 Siehe Karl Kautsky: Tolstoi und Brentano, in: Die Neue Zeit, 1900/01, H. 27, S.20-28, hier S.20; Friedrich Stampfer: Tolstoi, in: Sozialistische Monatshefte, 1903, H. 12, S.924-927, hier S.926.

3 Rosa Luxemburg: Tolstoi als sozialer Denker. Zuerst erschienen in der Leipziger Volks-

Schon zuvor hatte sie sich verständnislos über die Ausstellung der Berliner Sezession 1908, in der Lovis Corinth, Georg Kolbe, Max Pechstein, Max Beckmann und Max Slevogt ausstellten, geäußert: „Die Sezession ist ein unbeschreiblicher Dreck.“⁴

Max Slevogt und Ferdinand Hodler gehörten beide der Berliner Sezession an; der eine galt als Impressionist, der andere eher als Jugendstilanhänger, bei dem die Linie wieder zum Ausdrucksträger wurde, und beide waren in der neuen bürgerlichen Kunstwelt der Vorkriegszeit anerkannt. Hodler orientierte sich zunächst an Camille Corot und Gustave Courbet, bevor er zu seinem Stil fand. Auf der Weltausstellung in Paris 1900 erhielt er die Goldmedaille für drei seiner dort präsentierten Werke. In der Öffentlichkeit wurde Hodler bekannt durch seine für das Landesmuseum in Zürich gemalten monumentalen Historienbilder mit Schweizer Motiven. 1908 erhielt er von der bürgerlichen „Gesellschaft der Kunstfreunde von Weimar und Jena“, eine Gemeinschaft, die den damaligen neuen Kunstrichtungen des Expressionismus und des Jugendstils positiv gegenüberstand, anlässlich der 350-Jahr-Feier der Jenenser Universität den Auftrag zum Monumentalgemälde „Aufbruch der Jenenser Studenten 1813“, das, weil umstritten, nicht in der Aula, sondern in einem Nebenraum aufgehängt wurde.⁵

Auch Slevogt fand über den Realisten Gustave Courbet zu seinem Stil und entsprach mit seinen großformatigen Künstlerdarstellungen, besonders mit dem sogenannten „Weißen d'Andrade“ (1902), dem Anspruch des wirtschaftlich erstarkten Großbürgertums, sich auch kulturell zu etablieren und Lebensgenuss und individuelle Unabhängigkeit auszudrücken. 1908 malte er seine Seebilder, unter anderem die „Dame am Meer“.⁶

Luxemburgs Polemik gegen Slevogt und Hodler steht in keiner inhaltlichen Beziehung zu dem russischen Schriftsteller. Ihre Werke als „deka-

zeitung am 9. September 1908, abgedr. in: Rosa Luxemburg: Schriften über Kunst und Literatur, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Marlen M. Korallow, Dresden 1972, S.31-38, hier S.38.

4 Brief an Kostja Zetkin vom 11. Mai 1908, zit. nach: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und die Künste (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, 3), Leipzig 2007, S.37.

5 Siehe zur Geschichte des Bildes: „Der Fall Hodler“ Jena 1914-1919. Der Kampf um ein Gemälde. Feierstunde der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1969 anlässlich der 50. Wiederkehr der „Befreiung“ (14.4.1919) des Gemäldes von Ferdinand Hodler „Aufbruch der Jenenser Studenten 1813“. Quellenedition Jenaer Dokumente zum Fall Hodler 1914/1919 (Jenaer Reden und Schriften), Jena 1970.

6 Siehe Wilma Ruth Albrecht: Max Slevogt (1868-1932). Leben, Werk, Landschaft und Wirkung des Malers und Zeichners zwischen gesellschaftlicher Repräsentation und phantastischer Inspiration, Osnabrück 2015.

dente Kleckerei“ zu diffamieren, scheint nicht nur von Unverständnis gegenüber der damals zeitgenössischen Kunst zu zeugen, sondern auch von einer unangebrachten Vereinnahmung dieser Persönlichkeiten für ihre Polemik gegen „jene Parteigenossen“, die geschäftig das Kunstnarrentum propagierten, aber persönlich nicht genannt werden.

Allerdings dürfte in der sozialdemokratischen Intellektuellenszene Berlins klar gewesen sein, dass Luxemburg mit dieser Äußerung auch und gerade auf ihren Parteigenossen Eduard Fuchs zielte. Dieser war mit Slevogt befreundet, schätzte dessen Werk, sammelte seine Bilder und Zeichnungen und versuchte ihn zusammen mit anderen zeitgenössischen Künstlern für sozialdemokratische Publikationen zu gewinnen.⁷ Denn Fuchs war bis 1908 Redakteur der sozialdemokratischen Mai-Zeitungen des „Vorwärts-Verlages“, in denen er Beiträge von Robert Engels (1901), Walter Crane (1901), Max Slevogt (1903), Käthe Kollwitz (1904), Gustav Brandt (1906) und Ilse Schütz-Schur (1907) gedruckt und ausführlich erklärt hatte.⁸

So hatte Fuchs über Max Slevogts Kohlezeichnung „Wir sind die Kraft...“, Schlussbild der „Maizeitung“ 1903, geschrieben: „Wohl keines unserer Bilder bedarf der Erklärung. Aber in Bezug auf das Schlussbild dürfen für manchen vielleicht doch ein paar Worte angebracht sein. Es gibt gemalten Gefühlssozialismus und gemalte Sittenpredigten. Was uns Max Slevogt, einer der genialsten Könner der modernen ‚Rinnsteinkunst‘, in seinem Maigemälde gegeben hat, darf man im gleichen Sinne getrost gemalten Marxismus nennen.“⁹ Außerdem hatte Fuchs versucht, mit seiner „Naturgeschichte der Kunst“, dem Vorwort zur „Geschichte der erotischen Kunst“, die im Sommer 1908 im Selbstverlag herauskam,¹⁰ einen materialistischen Ansatz für seine Sittengeschichte zu begründen. Ein entsprechendes Exemplar mit Widmung ließ er Karl Kautsky zukommen. Doch Kautsky, mit dem und dessen Frau Luise Luxemburg in engem Kontakt stand, reagierte nicht auf Fuchs’ Brief.¹¹ Jedenfalls wurde Fuchs 1908 aus dem Vorwärts-Verlag gedrängt, nachdem schon auf dem Mann-

7 Siehe Ulrich Weitz: *Der Mann im Schatten. Sitten-Fuchs, Sozialist, Konspirateur, Sammler, Mäzen*, Berlin 2014, Abb. S.135.

8 Siehe Heiner Jestrabek: *Eduard Fuchs. Kunstsammler und Zeitkritiker*. Reutlingen-Heidenheim 2012, S.57-63.

9 Ebenda, S.59.

10 Eduard Fuchs: *Geschichte der erotischen Kunst*. Bd. 1: *Das zeitgeschichtliche Problem*, München 1908.

11 Siehe Weitz, *Mann*, S.148f.; diese Nichtreaktion Kautskys könnte Fuchs als Hochmut des Akademikers gegenüber ihm als Nichtakademiker wahrgenommen haben.

heimer Parteitag (23.-29.11.1906) gegen die „illustrative Mißgestaltung der Mai-Festzeitung 1906“¹² gehetzt worden war; er trat auch nicht mehr als Redner auf SPD-Parteitagen auf.

2. Malen und Zeichnen

Luxemburgs Verdikt über die moderne bildende Kunst erstaunt.

Denn sie, der im Abgangszeugnis des Mädchengymnasiums unter anderem auch für Kalligraphie und Zeichnen die Zensur „ausgezeichnet“ erteilt wurde,¹³ hatte sich doch selbst bildnerisch, zeichnerisch und malerisch betätigt und zeichnerische Fähigkeiten und malerisches Potenzial gezeigt. Sie zeichnete 1907 eine Porträtskizze des fünfzehnjährigen Karl Kautsky jr. und 1908 eine Reisegesellschaft im Zug, malte Porträts (z. B. Hans Diefenbach und Hans Kautsky 1908, Kostja Zetkin 1909, Grete Kautsky 1910) und Selbstporträts (1911).¹⁴

Etwa zur gleichen Zeit, als sie diese abfälligen Zeilen über die Maler veröffentlichte, versuchte sie sich selbst in der Freilichtmalerei: Am 4. August 1908 schrieb sie an Konstantin (Kostja) Zetkin, dem zweiten Sohn von Clara Zetkin: „Ich sagte am Sonntag dem H[ans] K[autsky], daß ich Ölfarben haben möchte, nun ist heute von Wertheim alles gebracht worden: Staffelei, Pinsel, Farben. Ich war toll vor Freude und fing sofort an zu malen, ganz allein, ohne jede Unterweisung. Ich habe von 1 Uhr bis jetzt (4 Uhr) immerzu gemalt, und zwar kopiere ich das Bild von Volkmann: Wogendes Kornfeld, das im Schlafzimmer hängt. Ich will vorerst nur ausprobieren, die Farben zu mischen. Und siehe: Es geht! Ich finde

12 Ebenda, S.145.

13 Siehe Helmut Hirsch: Rosa Luxemburg, Reinbek 1995, S.12.

14 Siehe Hexelschneider, Luxemburg, S.40f. Eine Fotografie mit der Abbildung der Zeichnung und zwei Abbildungen von Gemälden Luxemburgs „Selbstporträt“ und „Hans Diefenbach“ finden sich in: Hirsch, Luxemburg, S.67, 92f., eine Zeichnung Luxemburgs von Kostja Zetkin (1885-1980) auf der Internetseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Abbildungen findet man auch unter den Fotos in: Annelies Laschitza: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996. In ihrem Brief an Gertraud Zlottko vom 25.5.1915 verweist Luxemburg selbst auf „mein [...] Porträt von Dr. Diefenbach“, dessen „Kopf am besten getroffen war“ (Rosa Luxemburg: Das Menschliche entscheidet. Briefe an Freunde, München 1958, S.120f., hier S.120). An Leo Jogiches schrieb sie am 6.1.1902, dass sie, nachdem sie sich mit Mehring Bilder von Zundel, Clara Zetkins Mann, angesehen hätte, er bei ihr zuhause in Berlin-Friedenau sich noch eineinhalb Stunden aufgehalten hätte: „Er betrachtete immer wieder entzückt das Porträt seiner Frau, das bei mir über dem Schreibtisch hängt.“ Luxemburg, Schriften über Kunst, S.101.

keine Schwierigkeiten, die Farben herauszukriegen, die ich brauche. Ganz stolz bin auf den blaßgrauen Himmel, den ich genau herausbekommen habe (aus vier Farben zusammen!). Das Bild ist fast fertig und gibt gute Perspektive.“¹⁵

Hans von Volkmann war Mitbegründer der Düsseldorfer und Karlsruher Schule der Landschaftsmalerei. Seine Arbeiten waren subjektive Stimmungsbilder, besaßen einen Hang zur Sozialromantik und zur gefälligen Darstellung, wodurch der Künstler gesellschaftlich erfolgreich wurde.¹⁶

Rosa Luxemburg versuchte sich auch an Motiven am Schlachtensee.¹⁷ Im Brief vom 22. August 1908 an Konstantin Zetkin gab sie kund: „[...] heute ging ich zum ersten Mal die Natur malen. Ich fuhr zum Schlachtensee und brannte vor Ungeduld, aber Gott, welche Schwierigkeiten. Ich konnte ja nur ein Skizzenbuch mitnehmen, also auf dem einfachen Papier und in der Luft malen, denn die Staffelei ging doch nicht mitschleppen! Also in einer Hand das Skizzenbuch und die Palette, in der anderen die Pinsel halten! Dabei mußte ich *sitzen* (auf einer Bank), konnte also nicht immer zurücktreten, um die Wirkung zu prüfen. Auch mußte ich auf einem winzigen Format malen, und ich habe das Bedürfnis, gleich ganz große Bilder zu machen, sonst hat der Pinsel keine Wucht. Und zum Überfluß konnte ich nur eine Stunde knapp malen, dann kamen Leute und trieben mich fort. Also genug, um mich verzweifelt zu machen, da außerdem noch das Wasser alle Augenblicke sich veränderte und der Himmel auch (heute kommt immerzu ein Gewitter). Ich war nahe dem Weinen, wie ich nach Hause fuhr. Aber gelernt habe ich wieder was. Nur habe ich keine Ahnung, wie ich je diese äußeren Schwierigkeiten überwinden werde – wie die Staffelei mitnehmen und eine größere Pappe wenigstens? [...] könnte ich jetzt 2 Jahre nur dem Malen leben, – das würde mich verschlingen! Ich würde bei keinem Maler je in die Lehre gehen, auch nie jemand um etwas fragen, nur selbst beim Malen lernen und Dich fragen! Aber das sind wahnsinnige Träume, ich *darf* ja nicht, denn meine kläglich Malerei braucht kein Hund, meine Artikel aber brauchen die Leut“.¹⁸

Dennoch muss sich Rosa Luxemburg weiterhin malerisch betätigt haben, denn in ihrem Brief vom 18. September 1915 an Luise Kautsky erin-

15 Zit. nach: Laschitza, Lebensrausch, S.305f.

16 Er war der Sohn des in Halle berühmten Chirurgen Richard von Volkmann und begann mit Aquarellen und Illustrationen von Halle. Seine Bilder – auch das „Wogende Kornfeld“ – sollen als Drucke verbreitet gewesen sein.

17 Siehe Hexelschneider, Luxemburg, S.40.

18 Luxemburg, Schriften über Kunst, S.146f.

nernte sie sich daran, dass sie „vor sechs Jahren“, also 1909, das Malen gepackt habe, „wo ich von morgens bis abends nichts machte als vom Malen träumen“.¹⁹ Allerdings während ihres dreiwöchigen Urlaubs 1910 in Aeschi am Thuner See hatte sie keine Malutensilien mitgenommen.²⁰

Rosa Luxemburg hatte grundlegende Kenntnisse über Kunsttechniken, z. B. über das perspektivische Zeichnen. In ihrem Brief aus dem Frauengefängnis Barnimstraße an Gertrud Zlottka, Luxemburgs Haushaltshilfe 1911/12 und 1915 als Zeichnerin in einer Postkartenfabrik tätig, machte sie diese auf einige Mängel in der Raumerfassung ihrer Bilder aufmerksam: „Zwar läuft der Raum, wenn man zurücktritt, mit Galopp in die Tiefe, und da vom Tisch, der ja wohl in der Mitte steht, zum Zuschauer noch einmal so ein Raum geht, so entspricht das Zimmer ungefähr dem Innern der Petrikirche in Rom. Auch müßte die Mimi, um auf solche Distanz vom anderen Ende des Zimmers so groß aussehen, ungefähr wie ein junger Eisbär sein. Aber das macht nichts, Ihr Fehler ist gerade hier eine Tugend; was sonst dem Maler das Schwierigste ist: die Tiefe, das überwinden Sie gleich im Sturm, daß sie wie ein guter Renner über das Ziel schießen, bis Sie auf der Nase liegen. [...] Im Ernst: das Bildchen ist *ausgezeichnet*, hat Tiefe, Licht und, was die Hauptsache: gute, strenge Zeichnung.“²¹ Gleichzeitig ermutigte sie und stellte einige Monate später Fortschritte bei Zlottkas Malerei fest: „Von der Mappe sind drei Bilder (Das blaue Stück Fluß oder Kanal, der flache Strand mit den zwei Landzungen und die Waldpartie mit dem goldleuchtenden Himmel) sehr gut; am besten jedoch gefällt mir eins von den winzigen Bildchen: das graue mit d. Fischerbuben; ich finde es ausgezeichnet.“²²

Insgesamt gesehen, beruhten Rosa Luxemburgs eigenes zeichnerisches und malerisches Schaffen sowie ihr Urteil auf konventionellen akademischen Anschauungen über visuelle menschliche Wahrnehmung, wie sie in der Renaissance ausgebildet wurde.

3. Künstlerreise

Rosa Luxemburg war 1898 bewusst aus Zürich, ihrem Studienort, ins Deutsche Reich und seine Hauptstadt Berlin gekommen – zu einer Zeit, als das Deutsche Kaiserreich seinen Weltmachtanspruch anmeldete und

19 Dies., *Das Menschliche*, S.71-73, hier S.71; Dies., *Schriften über Kunst*, S.178.

20 Siehe Laschitza, *Lebensrausch*, S.353.

21 Brief an Gertrud Zlottka vom 25.5.1915, in: Luxemburg, *Das Menschliche*, S.120f.

22 Brief an Gertrud Zlottka vom 7.8.1915, in: ebenda, S.122.

die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) sich nach der Aufhebung der Sozialistengesetze (1890) zur Massenpartei entwickelte.

Genau in dieser aufsteigenden Partei, die noch keine festen Statuten besaß, wollte sich Rosa Luxemburg engagieren, und zwar sowohl idealistisch als auch karrieristisch. So ließ sie ihren politischen Gesinnungsfreund und Geliebten Leo Jogiches in ihrem Brief vom 1. Mai 1899 wissen: „Ich jedoch bin Idealist und will es bleiben, sowohl in der deutschen als auch in der polnischen Bewegung. Das bedeutet natürlich nicht, daß ich die Rolle eines tugendsamen Esels zu spielen beabsichtige, der für andere arbeitet; sicher, ich will und werde nach einer möglichst einflußreichen Stellung in der Bewegung streben, aber das steht nicht im geringsten dem Idealismus entgegen und braucht mich nicht dahin zu drängen, andere Mittel als meine eigenen ‚Talente‘ einzusetzen, sofern ich welche besitze.“²³

Um dies zu erreichen, hatte sie schon in sozialdemokratischen Organen publiziert, stand mit Joseph Bloch von den „Sozialistischen Monatsheften“ und Karl Kautsky von der „Neuen Zeit“ 1897/98 im Briefwechsel, ging nicht nur im April 1898 in der Schweiz eine „Scheinehe“ mit Gustav Zürich ein, sondern nahm auch nach ihrer Ankunft in Berlin sogleich Kontakt zum Parteivorstand der SPD auf, dem sie sich als Wahlkämpferin im Industrieviertel des ober-schlesischen Regierungsbezirks Oppeln anbot. Der erfolgreiche Abschluss dieser Wahlkampfaktivität eröffnete ihr das Feld publizistischer Tätigkeit für sozialdemokratische Zeitungen und Zeitschriften.²⁴

Auch suchte sie die Nähe einflussreicher Sozialdemokraten (August Bebel, Franz Mehring, Karl Kautsky, Clara Zetkin) und versuchte sich mit der Zeit deren Lebensstil anzupassen. Um 1907/08 gehörten zum persönlichen Freundeskreis von Rosa Luxemburg vor allem die Familien Kautsky, Zetkin, Mehring, Wurm und Rosenbaum.

„Bei Kautskys erstreckte ich die Freundschaft auf Karl und Luise Kautsky, auf Karls Mutter Minna (Granny), auf die Söhne Benedikt, Felix und

23 Zit. nach: Laschitzka, Lebensrausch, S.142.

24 Siehe ebenda, S.73-117. „Für sie persönlich habe die Agitationstour folgendes gebracht: Erstens habe sie Beziehungen zu den beiden Redakteuren Bruhns und Schoenlank geknüpft, die ganz zu ihrer Verfügung ständen; zweitens wäre sie nun schon in einer Ecke Deutschlands in den Ruf eines hervorragenden Redners gekommen, Referentenanforderungen aus Breslau und Leipzig würden sicher nicht ausbleiben; drittens sei sie mit den Verhältnissen in Oberschlesien bekannt geworden und könne mit größerer Sicherheit darüber schreiben; viertens habe sie praktisch Verbindungen zum Parteivorstand erhalten und fünfens die wichtigsten ober-schlesischen Arbeiteragitatoren kennen gelernt.“ Ebenda, S.87.

Karl sowie den Bruder Hans, Hoftheatermaler und Professor in Wien. Nicht selten kam es vor, dass sich die Runde im Hause Kautsky um Eva und Franz Mehring, Julie und August Bebel, Paul Singer, Minna und Georg Ledebour, Mathilde und Emanuel Wurm oder um gelegentliche Besucher wie Otto Bauer, Gustav Eckstein, Rudolf Hilferding, Alexander Parvus, D. B. Rjasanow erweiterte.²⁵

„Auch bei Zetkins im Hause Sillenbuch, Wilhelmshöhe bei Stuttgart, gehörte Rosa Luxemburg zur Familie. Der Maler Friedrich Zundel, Clara Zetkins zweiter Mann, freute sich mit Clara ebenso über Rosa Luxemburgs Besuche wie die Söhne Maxim und Kostja. Hier lernte sie Kostjas Freund Hugo Faisst kennen, einen hervorragenden Interpreten der Lieder von Hugo Wolf, für den er sie begeisterte. Hier begegnete sie auch dem Studenten Hans Diefenbach und sozialdemokratischen Redakteuren wie Friedrich Westmeyer von der ‚Schwäbischen Tagwacht‘ und August Thalheimer, der ab 1909 bei der ‚Göppinger Volkszeitung‘ arbeitete und zu dessen Schwester Berta sie ebenfalls Kontakt hatte.“²⁶

Die Kautskys und Zetkins pflegten den zeittypischen städtischen bildungsbürgerlichen Wohn- und Lebensstil der Jahrhundertwende mit entsprechenden kulturellen Vorlieben: private Lese- und Musikveranstaltungen oder öffentliche Opern-, Theater- und Kunstausstellungsbesuche.

Den wollte auch Rosa Luxemburg, obwohl sie ihn sich eigentlich durch eigene Einkünfte aus Zeitungsartikeln und Kurstätigkeit an der Parteischule (ab 1907) finanziell nicht leisten konnte, doch sie wurde zuerst von Leo Jogiches, dann Hans Diefenbach und Eduard Fuchs großzügig unterstützt. Somit konnte sie sich auch wohnlich recht komfortabel einrichten: 1898/99 mietete sie ein elegant möbliertes Zimmer mit Balkon in der Cuxhavener Straße am Tiergarten. 1901 zog sie in die Cranachstraße um, wo sie mit Jogiches bis zum Sommer 1911 wohnte.²⁷ Danach mietete sie eine 5-Zimmerwohnung in der Lindenstraße in Südende: „Alles fünf Minuten von der Bahn (zehn Minuten Fahrt zum Potsdamer Platz) und von der Elektrischen nach Steglitz und nach Lichterfelde“, teilte sie Kostja Zetkin mit.²⁸ Alle diese Wohnorte befanden sich in den gehobenen Vierteln im Westen der Stadt Berlin, wo sich auch die „Salonsozialisten“ niedergelassen hatten.

Selbst während ihrer Festungshaft in Wronke war sie in einem separaten Häuschen mit „wohnlich eingericht[eten]“ Schlafzimmer und Wohn-

25 Ebenda, S.299.

26 Ebenda, S.299f.

27 Siehe ebenda, S.169.

28 Ebenda, S.375f.

raum recht komfortabel untergebracht, außerdem hatte sie tagsüber Zugang zu einem ummauerten Gärtchen.²⁹

In Rosa Luxemburgs Freundeskreis³⁰ befanden sich auch einige Künstler: Die Mutter des sozialistischen Theoretikers Karl Kautsky, Minna Kautsky, war Schauspielerin und Schriftstellerin und mit dem Landschafts- und Theatermaler Johann Kautsky verheiratet, ihr Sohn Hans Josef Wilhelm Kautsky trat in die Fußstapfen seines Vaters und war königlich-preußischer Hoftheatermaler in Berlin.

Der zweite Ehemann von Clara Zetkin, Georg Friedrich Zundel, war ein in Karlsruhe und Stuttgart ausgebildeter Maler, der lebensgroße realistische Menschen losgelöst von ihrem Milieu darstellte, von italienischen Kunstmäzenen gefördert wurde, was ihm auch ein Landhaus in Sillenbuch ermöglichte, und 1907 Porträts von Paula und Margareta Bosch, den Töchtern des Industriellen Robert Boschs malte. Nach seiner Scheidung von Clara Zetkin heiratete er 1927 Paula Bosch.

Zudem machte Rosa Luxemburg, nachdem sie zur Zeit der russischen Revolution (1905) in Warschau ein halbes Jahr festgenommen worden war, im August 1906 die Bekanntschaft der russischen Malerin Ekaterina Sergejewna Sarudnaja-Kavos, die ihr in Kuokkala (Finnland) Unterkunft bot und Treffen mit russischen Revolutionären (darunter auch mit Lenin, Alexander Bogdanow, Grigorij Sinowjew) ermöglichte.³¹ In Kuokkala wirkte auch der bekannte russische Maler Ilja Jefmowitsch Repin, der mit Historienbildern und Porträts (z. B. Tolstoi) bekannt wurde, als Vertreter des russischen Realismus und als Vorbild des sozialistischen Realismus gilt.

Letztlich passt auch Rosa Luxemburgs Vorstellung von einer gut bürgerlichen Lebensweise ins Bild, sie wünschte, sich von einem anerkannten Maler porträtieren zu lassen. Nicht nur ironisch ist ihre Bitte an Luise Kautsky im Brief vom 26. Januar 1917 gemeint, dass Robert Kautsky, der Sohn des k&k-österreichischen und königlich-preußischen Hoftheatermalers Hans Joseph Wilhelm Kautsky, der später jahrzehntelang als Ausstatter der Wiener Staatsoper wirkte, sie doch porträtieren könnte: „Könnte mir nicht Robert durch das nächste Lebewesen, das mich hier

29 Ebenda, S.541.

30 Er wurde durch die enge Bekanntschaft mit Kautsky und Bebel ab 1899 um Franz Mehring, Arthur Stadthagen, Fritz Zubeil, Hugo Heimann, Eugen Dietzgen, Paul Singer, Georg Ledebour, Johann H. W. Dietz, Natalie Liebknecht, Alice Geiser, Heinrich und Lily Braun sowie Heinrich Cunow erweitert. Siehe ebenda, S.118.

31 Siehe Hexelschneider, Luxemburg, S.37f.; Laschitza, Lebensrausch, S.249.

besucht (wenn der Finger des Herrn von Kessel bezeichnet, ist bei Frl. J. zu erfahren), ein paar seiner letzten Bilder mitschicken? Sie kämen garantiert unversehrt zurück, und ich hätte eine Mohrenfreude! Er könnte ja vielleicht dabei sein Vorhaben ausführen und mich malen, falls ihm drei bis vier Sitzungen genügen. Bei Gott, die Idee macht mir Spaß. Da ich nun einmal sitze³², so könnte ich auch *ihm* sitzen. Auf jeden Fall würde mir schon der Anblick des taufrischen Jungen mit den strahlenden Augen wohl tun. Daß er als Sohn des Hoftheatermalers Erlaubnis kriegt, bin ich sicher, zumal, wenn Graf Hülsen eine Zeile schreibt [...] Das ist natürlich Spaß; Hans Naivus wird eher sterben als dem Grafen seine Freundschaft mit der Petrolöse verraten. Aber Robert kriegt wohl auch ohne Protektion Erlaubnis.³²

Damit knüpfte Rosa Luxemburg an den schon lange zerstoßenen Traum von einem bürgerlichen Leben in sentimentaler Weise an, hatte sie doch am 17. Juli 1900 an Leo Jogiches geschrieben: „Ich träume, z. B., daß wir beide uns in freien Augenblicken dem Studium der Kunst, die mich letzters völlig fesselt, widmen würden. So zu zweit, nach der ersten Arbeit, gemeinsam Kunstgeschichte zu lesen, Galerien zu besichtigen, Opern zu besuchen! Das wäre ein Genuß, nicht wahr?“³³

4. *Geschätzte Künstler*

Rosa Luxemburgs Urteil über Werke der Bildenden Kunst ist geprägt vom herrschenden Kunstgeschmack ihrer Zeit, den Künstlern, die in Kunstausstellungen gezeigt und über Kunstbücher verbreitet wurden, sowie denen, die an Kunstakademien lehrten. Dieser Kunstbetrieb war dominiert in Preußen von Herrschaftsportrait-, Historien- und Schlachtenmalern wie Wilhelm Camphausen, Anton von Werner und Carl Röchling und in Bayern von den sogenannten Malerfürsten, den gefälligen Portraitmalern Friedrich August von Kaulbach sowie Franz von Lenbach. Hinzu kamen Einflüsse von befreundeten Intellektuellen wie Kautsky, Mehring, Liebknecht, Zetkin und Malern des Freundeskreises.

Demnach standen im Kurs die bildenden Künstler der Hochrenaissance Italiens: Sandro Botticelli, Michelangelo Buonarroti, Leonardo da Vinci, Tizian Vecellio, Bartolomeo da Veneziano, auch noch Guido Reni und die des Nordens: Albrecht Dürer, Pieter Bruegel, Rembrandt van Rijn. Rosa

³² Luxemburg, *Das Menschliche*, S.85.

³³ Dies., *Schriften über Kunst*, S.102.

Luxemburg äußerte sich auch über Künstler des spanischen Barocks (Bartolome Estaban-Murillo), des französischen Rokoko im Übergang zum Klassizismus (Elisabeth Vigée-Lebrun), der englischen Romantik (William Turner) und des deutschen Idealismus, wie die Deutschrömer Anselm Feuerbach und Arnold Böcklin. Rosa Luxemburg kannte auch Arbeiten des bedeutenden Porträtmalers Franz von Lenbach, des Landschaftsmalers Hans Thoma, und des Grafikers Otto Greiner, der mit dem Symbolisten Max Klinger befreundet war, sowie die der Franzosen Jean François Gigoux, Jean François Millet und Auguste Rodin.

Ihre – oft nur kurzen – Urteile über Werke dieser Künstler, die hauptsächlich brieflich überliefert sind, zeugen von persönlichen Vorlieben und Geschmack sowie einer freundlichen Verbindlichkeit gegenüber den Personen, die ihr Kunstdrucke zukommen ließen. Darüber hinaus wirkte sich auch die Drucktechnik auf das Urteil aus.

Es lassen sich drei Äußerungsformen unterscheiden: zum einen längere kommentierende zu Künstlern und ihren Werken, zum anderen pauschale Kennzeichnungen („Höllenhund Breughel“) und drittens wertfreie Erwähnungen.

Da Rosa Luxemburg sich nicht systematisch mit Kunst(geschichte) befasst hat, besteht kein Grund, ihre oft beiläufig-kurzen, brieflichen Äußerungen überzubewerten; zumal ihr Urteil oft auch fehlläuft.

Das trifft etwa auf Tizian zu, mit dessen Gemälden sich immer wieder Künstler unterschiedlicher Epochen auseinandersetzen, so Slevogt mit „Danäe“ (1895), das 1899 auf der Ersten Münchener Sezession ausgestellt wurde und einen Skandal verursachte, oder Anthonis van Dyck mit „Karl V. zu Pferd“ (1620). „Ich gestehe, daß Tizian eigentlich nicht mein Freund ist, er ist mir zu gelect und kalt, zu virtuos“, schrieb Luxemburg am 14. Januar 1918 an Sophie Liebknecht.³⁴ Aber sie war bereit ihre Meinung über Tizian zu revidieren, nachdem sie erneut von Sophie Liebknecht, die Kunsthistorikerin war und mit „Die heilige Maria Magdalena in der Kunst des 14./15. Jahrhunderts“ promoviert hatte, eine Sendung von Drucken erhalten hatte. Aus der Gefängniszelle in Breslau schrieb sie am 24. März 1918: „Wie schön sind die Bilder, die Sie mir schickten! Von Rembrandt braucht man ja kein Wort zu sagen. Bei Tizian war ich von dem Pferd noch mehr überwältigt als von dem Reiter, so viel wahrhaft königliche Macht und Vornehmheit in einem Tier ausgedrückt, hätte ich nicht für möglich gehalten. Aber das aller-, allerschönste ist das Frau-

34 Ebenda, S.196.

enbildnis von Bartolomeo da Venezia (den ich übrigens gar nicht kannte). Welcher Rausch in den Farben, welche Feinheit der Zeichnung, welcher geheimnisvoller Zauber des Ausdrucks! Sie erinnert mich darin in irgendeiner unbestimmten Weise an Mona Lisa. Sie haben mir mit diesen Bildern eine Fülle der Freude und des Lichts in die Zelle gebracht“.³⁵

Sie schätzte auch Guido Reni, dessen Reproduktion von „Maria“ in ihrer Wohnung hing, dagegen mochte sie Botticelli und den volkstümlichen Spanier Murillo nicht.³⁶

Auch die Rokokomalerei fand nicht ihr Gefallen. So schrieb sie aus Berlin einer „unbekannten Adressatin“ im April 1915, dass sie die „Ausstellung der Franzosen des achtzehnten Jahrhunderts“ besucht habe und dort ein Bild der Lady Hamilton gesehen habe, der Name des Malers sei ihr entfallen und das Bild selbst „eine kräftige [...] und grelle [...] Mache“ habe sie „kalt“ gelassen: „Mein Geschmack sind etwas feinere Frauentypen. Ich sehe noch lebhaft in derselben Ausstellung das Bild der Madame Levallière, von der Lebrun gemalt, in silbergrauem Ton, was zu dem durchsichtigen Gesicht, den blauen Augen und dem hellen Kleid wunderbar stand. Ich konnte mich kaum trennen von dem Bilde, in dem das ganze Raffinement des vorrevolutionären Frankreichs, eine echte aristokratische Kultur mit einem leichten Anflug von Verwesung verkörpert war“.³⁷

Marie Elisabeth Vigée-Lebrun gilt als Vertreterin des Rokoko im Übergang zum Klassizismus, und sie vertrat die empfindsame Seite dieser Stilrichtung,³⁸ deren Hauptvertreter Jaques-Louis David war. Sie war Porträtistin repräsentativer Damen der Gesellschaft, darunter befand sich auch die Preußenkönigin Luise, die sie 1802 malte.

Bei den Romantikern war es William Turner, den Luxemburg überschwänglich lobte: In ihrem Brief vom 6. April 1915 an Marta Rosenbaum vermerkte sie, dass sie in ihrer Wohnung in Südende (Berlin) Studio-Mappen³⁹ von William Turner besitze. Er sei für sie „der größte, der

35 Ebenda, S.196f.; gemeint ist Tizians „Kaiser Karl V. nach der Schlacht bei Mühlberg“ 1546, wahrscheinlich aber eher von Dycks Gemälde „Karl V. zu Pferde“ (1620), das oft mit Tizians Bild verwechselt worden war; außerdem steht in Tizians Gemälde das Pferd nicht so zentral majestätisch im Mittelpunkt. Bei dem Frauenbildnis von Veneziano handelt es sich entweder um das Bildnis von Lucrezia Borgia (1525) oder um Flora.

36 Siehe Hexelschneider, Luxemburg, S.35.

37 Luxemburg, Schriften über Kunst, S.180.

38 Siehe Heinz Braun: Formen der Kunst. Eine Einführung in die Kunstgeschichte. Textbd., München 1966, S.161.

39 „The Studio“ war eine englische Kunstzeitschrift, die auch Mappen von William Tur-

einzig Landschaftsmaler in Aquarell“. Und weiter führte sie aus: „[...] die göttliche Schönheit dieser Bilder ergriff mich tief wie jedes Mal. Es ist für mich fast unfassbar, wie eine solche Schöpfung möglich ist, als wenn ich vor Tolstois Werken stehe.“⁴⁰

Wahrscheinlich handelte es sich um frühe Arbeiten Turners, z. B. Alpen- und Venedigbilder, denn sein Spätwerk ist geprägt von Ölbildern, in denen die Wirklichkeit über lichtdurchflutete Atmosphäre aufgelöst und poetisiert wird. „Seine Bilder erschließen sich nicht in erster Linie über ihren Gegenstand, sondern sie wirken zunächst als heftig bearbeitete Farbmaterie, als Farbwirbel.“⁴¹ Dahinter steht die damals moderne naturwissenschaftliche Vorstellung, dass die Natur von sich aus dynamisch ist, permanent ihren Zustand wechselt und deshalb in andere Materie- und Aggregatzustände überführt werden kann.⁴²

Von den bildenden Künstlern des 19. Jahrhunderts schätzte Rosa Luxemburg die im Kunstbetrieb anerkannten akademischen Maler wie die sogenannten „Römer“ Anselm Feuerbach und den Schweizer Arnold Böcklin, den volkstümlichen Landschaftsmaler Hans Thoma und den vielfach mit Preisen ausgezeichneten Franz von Lenbach sowie den Symbolisten Max Klinger.

Kurz vor Weihnachten 1898 teilte sie Jogiches mit, sie beabsichtige, Schönlanks⁴³ „etwas Anständiges“ zu schenken, und fragte ihn eher rhetorisch („einige Reproduktionen von Böcklin?“)⁴⁴

Der Maler, Zeichner, Grafiker und Bildhauer Arnold Böcklin idealisierte die antike Welt und stattete die Natur mit Fabelwesen aus; er galt als einer der bedeutendsten Künstler des 19. Jahrhunderts.

Im Oktober 1905 hatte Luxemburg von Jogiches ein Exemplar von „Die Kunst. Monatszeitschrift für freie und angewandte Kunst“ zugesandt bekommen;⁴⁵ dort gab es Abbildungen von Werken Lenbachs und Kolbs. Einen Tag später schrieb sie an Jogiches: „Hast Du bemerkt, in

ner herausgab.

40 Luxemburg, Schriften über Kunst, S.17; Dies., Das Menschliche, S.103f., hier S.104.

41 Monika Wagner: Wirklichkeitserfahrung und Bilderfindung. William Turner, in: Dies. (Hrsg.): Moderne Kunst 1. Das Funkkolleg zum Verständnis der Gegenwartskunst, Reinbek 1992, S.115 -134, hier S.115.

42 Siehe ebenda, S.131.

43 Bruno Schönlank (1859-1901), Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ und Reichstagsabgeordneter der SPD (jeweils 1894-1901).

44 Brief vom 22.12.1898, in: Luxemburg, Schriften über Kunst, S.98f., hier S.99.

45 Brief an Jogiches vom 13.10. 1905, in: ebenda, S.107f.

der ‚Kunst‘ folgen den wunderschönen Arbeiten von Lenbach ‚moderne‘ Scheusale von Kolb aus Magdeburg? Gestern ging ich gegen 9 Uhr abends für ein Stündchen zu Kautskys. Wir haben zusammen diese Wunderlinge betrachtet und uns kaputt gelacht. Besonders Karl machte zu allem sehr amüsante Randglossen“.⁴⁶

Franz von Lenbach galt um die Jahrhundertwende als Münchener Malerfürst, der, nach einer zeitweisen Annäherung an den Impressionismus, sich am Stil von Rubens und Tizian orientierend, zum glatten Porträtmaler von Bismarck, Wilhelm I. und II., Kaiser Franz Joseph, Papst Leo XIII. u. a. entwickelte.

Alois Kolb leitete von 1905 bis 1907 die Magdeburger Kunstschule als Lehrer für Akt- und figürliches Zeichnen, wirkte als Illustrator der „Jugend“ und prägte den Jugendstil mit. Er war auch Mitglied der Berliner Sezession. Für diese Richtung der bildenden Kunst, der auch zunächst Friedrich Zundel zuneigte, – er stellte im Januar 1902 in Berlin zwei Bilder aus,⁴⁷ – zeigte Rosa Luxemburg wenig Verständnis.

Als sie sich anlässlich des Parteitages der Sozialdemokratie Russlands (13. Mai-1. Juni 1907) in London aufhielt, teilte sie Kostja Zetkin ihre Eindrücke über die Metropole mit: „In schrecklicher Stimmung fuhr ich die unendlichen Stationen der dunklen Metro durch und stieg gedrückt und verloren in dem wildfremden Stadtteil [Whitechapel] aus. Dunkel und schmutzig ist es hier, [...] Banden von Betrunknen torkeln mit wildem Lärmen und Schreien mitten durch die Straßen, Zeitungsboys brüllen, Blumenmädchen von fürchterlicher, lasterhafter Häßlichkeit, wie wenn sie Pascin gezeichnet hätte, kreischen an den Ecken, unzählige Omnibusse knarren und [Kutscher] knallen mit den Peitschen.“⁴⁸

Jules Pascin war ein bulgarischer Maler des Expressionismus, der für den „Simplicissimus“ arbeitete und mit Hans Purrmann, Paul Klee, Hermann Haller und Max Slevogt befreundet war.

Jahre zuvor hatte Luxemburg noch den Realitätsgehalt der Abbildungen des modernen städtischen Lebens geschätzt: In ihrem Brief an Leo Jogiches vom 17. Mai 1898 stellte sie fest: „Übrigends stell Dir vor, die Zeichnungen von Thöny sind keine Karikaturen, sondern echtste Abbil-

46 Ebenda, S.108.

47 Mit Mehring besuchte sie am 6.1.1902 die Ausstellung, gab über Zundel jedoch weder ihr noch Mehrings Urteil an Jogiches weiter. Stattdessen verwies sie auf ein von ihr gemaltes Bild von Mehrings Frau, dass Mehring „immer wieder entzückt“ betrachtet habe. Luxemburg, Schriften über Kunst, S.102.

48 Brief an Kostja Zetkin am 13.5.1907, zit. nach: Laschitzka, Lebensrausch, S.270f.

der der Wirklichkeit, Fotos nach der Natur – in den Straßen sieht man eine Million solcher Gestalten“.⁴⁹

Dennoch blieb ihre Vorliebe bei den Traditionalisten wie dem Maler und Grafiker Otto Greiner, der mit Max Klinger befreundet war, dessen Atelier in Rom nutzte und dort großformatige Monumentalgemälde mit mythologischer Thematik anfertigte. In ihrem ausführlichen Brief vom 26. Januar 1917 aus der Festung Wronke schrieb Rosa Luxemburg an Luise Kautsky zurück: „Die Greiner-Mappe von Euch erfreut mich immer mehr, ich blättere sie oft durch und kriege dabei immer mehr Hunger nach anderem.“⁵⁰

Bei den französischen Künstlern erwähnte sie positiv die ebenfalls akademischen naturalistischen Maler Jean François Gigoux und Jean François Millet sowie Auguste Rodin.

Nach der Überführung ins Breslauer Gefängnis teilte sie am 2. August 1917 Sophie Liebknecht ihre Empfindungen bei der Betrachtung ihrer gedemütigten Mitgefangenen beim Hofgang mit. Die meisten hätten ihre Individualität verloren: „Freilich es gibt auch überall einzelne Gestalten, denen sogar die Gefängniskleidung nichts anhaben kann und die ein Malerauge erfreuen würden. So entdeckte ich schon hier eine junge Arbeiterin im Hofe, deren schlanke, knappe Formen wie der tuchumwundene Kopf mit dem strengen Profil direkt eine Millet-Gestalt abgäbe; es ist ein Genuß zu sehen, mit welchem Adel der Bewegungen sie Lasten schleppt, und das magere Gesicht mit der straff anliegenden Haut und dem gleichmäßig kreideweißen Teint erinnert an eine tragische Pierrotmaske. Aber gewitzigt durch traurige Erfahrungen, such ich solchen viel versprechenden Erscheinungen weit aus dem Wege zu gehen. In der Barnimstraße hatte ich nämlich auch eine Gefangene entdeckt von wahrhaft königlicher Gestalt und Haltung und dachte mir ein entsprechendes ‚Interieur‘ dazu. Dann kam sie als Kalfaktrice auf meine Station, und es zeigte sich nach zwei Tagen, daß unter dieser schönen Maske ein solches Maß von Dummheit und niedriger Gesinnung steckte, daß ich fortan die Blicke immer abwendete, wenn sie mir in den Weg lief. Ich dachte mir damals, daß die Venus von Milo am Ende nur deshalb ihre Reputation als schönste der Frauen durch Jahrhunderte hat bewahren können, weil sie schweigt.“⁵¹

Die Kennzeichnung der jungen Gefangenen als „Millet-Gestalt“ zeigt, dass Rosa Luxemburg die Arbeiten von Jean François Millet (1814-1875)

49 Luxemburg, Schriften über Kunst, S.94. Eduard Thöny (1866-1950) war ein österreichischer Zeichner, Karikaturist und Mitarbeiter des „Simplizissimus“.

50 Luxemburg, Das Menschliche, S.81-85, hier S.85.

51 Dies., Schriften über Kunst, S.193.

kannte. Millet malte zunächst realistische Sujets des Bauernmilieus, zählt zur Schule Barbizon und verfertigte später impressionistische Pastellzeichnungen und Landschaftsbilder.

Über den ihr von Sophie Liebknecht zu Weihnachten 1917 zugesandten Band von Auguste Rodin „Die Kathedralen“ hatte Rosa Luxemburg sich „mächtig gefreut“: „Was mich besonders angenehm berührt hat, ist der Natursinn Rodins, seine Ehrfurcht vor jedem Gräslein im Felde. Das muß ein Prachtmensch gewesen sein: offen, natürlich, überströmend von innerer Wärme und Intelligenz; er erinnert mich entschieden an Jaurès.“⁵²

Dagegen hielt sie sich mit einem Urteil über Daumier zurück, als sie am 9. Januar 1918 an Clara Zetkin schrieb, dass sie „von Onkel Eduard den Daumier bekommen habe“.⁵³ Gemeint ist das 1917 erschienene Werk von Eduard Fuchs „Honoré Daumier. Holzschnitte 1833-1870“. In seiner Einleitung betonte er die Wechselwirkung von künstlerischem Individuum und politisch-ökonomischen Verhältnissen: „Jede Kunst ist untrennbar von den spezifischen Lebensinteressen ihrer Zeit, also von deren sozialen und politischen Konstellationen und Bedürfnissen. In diesen wurzelt sie und diese spiegeln sich in ihr.“⁵⁴ Die Größe Daumiers nun läge darin, dass er „einer der bewußtesten Vertreter der bürgerlichen Ideologie war“, namentlich der Ideale der Großen Französischen Revolution von 1789.

Verwunderlich ist, dass Luxemburg keinen der Maler, die Heinrich Heine in seiner Artikelreihe über „Französische Maler“ (1831)⁵⁵ – darunter auch Delacroix – besprach bzw. überhaupt erwähnte, obwohl sie als Heine-Liebhaberin gilt. Ähnliches betrifft Luxemburgs Rezeptionsignoranz gegenüber dem (von Eduard Fuchs breit publizierten) Werk Daumiers.

Für moderne Strömungen in der Kunst hatte Rosa Luxemburg kein Verständnis: Impressionistische Malerei lehnte sie ab, Expressionismus, Kubismus und Avantgarde-Kunst gelangten nicht einmal in ihren Aufmerksamkeitsbereich.

5. Ignoranz künstlerischer Moderne

Insgesamt gesehen pflegte Rosa Luxemburg ein vormodernes Verständnis der bildenden Kunst. Ihr Ideal legte sie in einem Brief an Hans Diefen-

52 Brief an Sophie Liebknecht vom 14.1.1918 aus Breslau, in: Luxemburg, Schriften über Kunst, S.195 [Auguste Rodin].

53 Ebenda, S.184.

54 Jestrabek, Eduard Fuchs, S.89.

55 Siehe Fußnote 1.

bach 1917 offen. Demnach sollte „die Form zur höchsten Einfachheit gebracht, ohne jedes Beiwerk, ohne jede Koketterei und Blendwerk, schlicht, nur auf die großen Linien reduziert, ich möchte sagen nackt, wie ein Marmorblock“ sein. „Dies ist jetzt überhaupt meine Geschmacksrichtung, die in der wissenschaftlichen Arbeit wie in der Kunst nur das Einfache, Ruhige und Großzügige schätzt“.⁵⁶ Sie knüpfte dabei an Johann Joachim Winckelmann an, der den Künstlern seiner Zeit das „Studium der schönen Natur, des Konturs, der Draperie und der edlen Einfalt und stillen Größe in den Werken griechischer Meister“⁵⁷ zur Nachahmung empfahl.

Mit der Industrialisierung nun gelangte die Bourgeoisie an die Macht, die zunehmend nicht nur alle Güter in Marktwaren verwandelte, sondern auch neue naturwissenschaftliche Erkenntnisse anregte, förderte und vereinnahmte. Diese Erkenntnisse wirkten auf die Wahrnehmungstheorie, was die bildenden Künstler, die sogenannten Impressionisten, – zumeist unbewusst – antizipierten, indem sie klare Konturen und feste Formen der gegenständlichen Welt aufgelösten: „Was blieb, war der flimmernde Widerschein des Gegenständlichen im farbigen Licht der Atmosphäre.“⁵⁸ Dies bedeutete eine neue Weltansicht aus der individuellen und persönlich erlebten Wahrnehmung des Künstlers.

Außerdem bildete sich entsprechend der ökonomischen Verfassung des Gesellschaftssystems auch ein Kunstmarkt aus, auf und über den die Künstler ihre aus persönlicher Motivation geschaffenen Werke dem Publikum anboten. Diese Werke konnten zudem angesichts verbesserter Techniken in großem Umfang reproduziert werden.⁵⁹ Die Aura der hehren Kunst und des genialen Künstlers verflüchtete sich, Kunst schien nivelliert und demokratisiert zu werden.

Auf beide Entwicklungen reagierten zuerst französische Maler wie die Impressionisten, die damit in Gegensatz zu den Akademikern traten, die ein reaktionäres Herrschaftssystem ästhetisierten. Ähnliche Vorstellungen verfolgten auch – entsprechend der ökonomischen Entwicklung zeitlich verzögert – die deutschen Impressionisten, vor allem Max Liebermann

56 Brief aus Wronke vom 8. März 1917, in: Luxemburg, Schriften über Kunst, S.160.

57 Johann Joachim Winckelmann: Gedanken über die Nachahmung der griechischen Werke in der Malerei und Bildhauerkunst, in: Winckelmanns Werke in einem Bd., Berlin-Weimar 1976, S.1-37, hier S.23.

58 Braun, Formen, S.175.

59 Später systematisch ausgearbeitet von Walter Benjamin: Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Drei Essays zur Kunstsoziologie, Frankfurt/Main 1963, S.9-63 [zuerst 1936].

und Max Slevogt mit ihren Landschaftsbildern. Im Gegensatz etwa zu Eduard Fuchs lehnte Rosa Luxemburg diese Künstler ab; dem ersten fehlte „das Genie“, der zweite gebe lediglich „dekadente Kleckerei“.⁶⁰

Diese persönliche Meinung konnte Luxemburg durchaus privat vertreten, doch da sie sie in der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“, zu deren Redaktionsleitung sie 1901 kurzfristig gehörte, öffentlich machte, beeinflusste sie auch das Urteil von Sozialisten über moderne Kunst und versperrte ihnen den Zugang hierzu.

Wie andere sozialistische Intellektuelle und marxistische Theoretiker verkannte sie, dass mit dem Impressionismus ein Prozess der „fortschreitenden Auflösung der Gegenständlichkeit des Bildmotivs unter der Eigenmacht des Pinselzugs“⁶¹ erfolgte. Er leitete damit einen Prozess ein, der im 20. Jahrhundert zum Expressionismus, Kubismus, Futurismus und schließlich zur absoluten Malerei führte.

Angesichts des Verlustes des Objektes der Bildenden Kunst in ihrer Darstellung und der Grundkonstanten der Anschauung durch neue Techniken und naturwissenschaftliche Theorien begaben sich die Künstler schon früh auf visuelle Such- und Experimentierfelder, die sich später – wie die Arbeiten der russischen Avantgarde – durchaus realitätstauglich erweisen konnten. Dies gilt besonders für die Architektur, die Typografie oder die Raumfahrt.⁶²

Noch problematischer ist jedoch, dass Rosa Luxemburg Feuerbach, Böcklin, Thoma und Greiner lobte und schätzte, denn deren mythologische bzw. naturalistische Arbeiten als Gegenpol zum naturwissenschaftlichen Blick der Zergliederung orientierte auf eine Scheinwelt, „ein Gefilde von Seeligen, wo im Spiel der Wellen Tritonen mit Nereiden schwärmen, schweigende Toteninseln, Katafalke in heiligen Hainen [stehen]. Die Allegorie wird Wirklichkeit, ein Seher aus dem Künstler, das Publikum zur Gemeinde.“⁶³

60 Hexelschneider, Luxemburg, S.37.

61 Eberhard Roters: Malerei des 19. Jahrhunderts. Themen und Motive, Köln 1998, S.8.

62 Dies gilt besonders für El Lissitzkys Arbeiten und Entwürfe, etwa „Wolkenhügel“, die als Kranbauten im Kölner Rheinhafen realisiert wurden, Rednerbühne für Lenin, die als Fahngestänge im Willy-Brandt-Haus in Berlins steht, oder die Proun-Entwürfe, die als Weltraumstationen später baulich realisiert wurden. Siehe Wilma Ruth Albrecht: El – wie Lissitzky; in: *liberal*, 35. Jg., 1993, H. 4 (November), S.50-60.

63 Julius Meier-Graefe: Der Fall Böcklin und die Lehre von den Einheiten, Stuttgart 1905, S.227, zit. nach: Peter Ulrich Hein: Die Brücke ins Geisterreich. Künstlerische Avantgarde zwischen Kulturkritik und Faschismus, Reinbek 1992, S.45.

Diese synthetisierte malerische Scheinwelt präsentiert sich im Gewand der klassischen Antike als realistisch und war und ist deshalb auch ideologisch für erhabene herrschaftliche Legitimierung von Diktaturen nutzbar.

Die Diskussion um eine vorschnelle und undialektische Verurteilung der modernen Strömungen der Kunst als Ausdruck der Dekadenz, die mit dem angeblichen Niedergang der Bourgeoisie im imperialistischen Zeitalter des Kapitalismus korrespondiere, begann erst in den Dreißigerjahren mit der Expressionismusdebatte zwischen Georg Lukacs und Ernst Bloch, sekundiert von Hanns Eisler, Bertolt Brecht und Anna Seghers. Doch da hatte sich schon „ein dreifach epigonaler Klassizismus, der sich auch noch ‚sozialistischer Realismus‘ nennt und so administriert wird“,⁶⁴ durchgesetzt.

Insofern ist Rosa Luxemburgs „gestörtes Verhältnis zu den modernen Strömungen der Gegenwartskunst“ und ihre „Nichtbereitschaft, sich mit neuartigen künstlerischen Sichten auf die Wirklichkeit intensiver auseinander zu setzen“⁶⁵ symptomatisch auch für die sozialistischen Dogmatiker und Vertreter der „sozialistischen Realismus“, speziell in der Malerei. Denn es wurde nicht analysiert, in welcher Form und welchem Ausmaß „Malerei abhängig vom Stand der gegenständlichen Produktivkräfte, der Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse und den damit zusammenhängenden Wahrnehmungsvermögen in Form sozialer Perzeptionsprozesse ist“.⁶⁶ Auch wurde nicht erkannt, dass Künstler im kapitalistischen Überbau antizipierende Funktion entwickeln können. Und mit Recht verweisen Bloch und Eisler darauf, dass „die großen französischen Impressionisten, Meister, die ihresgleichen an Bedeutung nur in der Renaissance finden – buchstäblich auf den Gräbern der Kommune gemalt haben“.⁶⁷

64 Ernst Bloch: Diskussion über Expressionismus (1938). in: Fritz J. Raddatz (Hrsg.): Marxismus und Literatur. Eine Dokumentation in drei Bden., Bd. II, Reinbek 1969, S.51-59, hier S.58.

65 Hexelschneider, Luxemburg, S.37.

66 Siehe Wilma Ruth Albrecht: Soziologie der Künste, in: soziologie heute, 3. Jg., 2010, H. 14 (Dezember), S.18-23, hier S.23; erweiterte Netzfassung <http://soziologisch.wordpress.com/2013/12/21/illustrierte-these-zur-malerei/>.

67 Ernst Bloch/Hanns Eisler: Die Kunst zu erben (1938), in: Raddatz (Hrsg.), Marxismus, Bd. II, S.105-109, hier S.107.

6. Ausblick

Rosa Luxemburgs Kunstverständnis erwies sich im Besonderen als *doppelt verengt*: weder konnten die in jede Kunst grundlegend eingelagerten visionär-utopischen Aspekte, Dimensionen und Perspektiven, die immer über bloße Abbildfunktionen von Kunstwerken hinausgehen, erkannt werden; noch konnte das ästhetische Novum in politische Handlungsfelder und -formen übertragen werden.

Was historisch Allgemeines zur Vorkriegs-SPD zwischen 1890 und 1914 betrifft, so habe ich darauf verzichtet, seit mehr als hundert Jahren rezipierte Hinweise zu diskutieren; etwa das wichtige empirische Material, das Robert(o) Michels 1911 veröffentlichte (und problematisch als eheres organisationssoziologisches *Gesetz der Oligarchie* verallgemeinerte; wobei Michels Rolle und Funktion Rosa Luxemburgs in der SPD kannte und sie jener, alle politischen Flügel gleichermaßen umspannenden, Gruppe akademisierter Intellektueller zuordnete⁶⁸).

Noch einmal gut fünfzig Jahre später erschien Guenther Roths gesellschaftstheoretisch ambitionierte, kontrapunktische Studie über die Dialektik von allgemeiner nationaler Integration und arbeiterspezifischer Sozialisation in der bürgerlichen wilhelminischen Gesellschaft mit dem Leitkonzept *negative Integration*. Ein nicht zu unterschätzender Aspekt dieses Prozesses war das konservativ-traditionelle Verständnis führender SPD-Funktionäre in kulturellen Fragen.⁶⁹ Unabhängig von unverkennbaren Verbürgerlichungs- und Bürokratisierungsprozessen (in) der Vorkriegs-SPD dominierten sowohl beim Führungspersonal als auch in der Mitgliedschaft kleinbürgerliche Auffassungen von Kunst und ein instrumentales Verständnis von Kultur als Zuarbeiterin zur Politik.⁷⁰

68 Siehe Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (Philosophisch-soziologische Bücherei, XXI), Leipzig 1911, S.319f.

69 Siehe Guenther Roth: The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working Class Isolation and National Integration; preface Reinhard Bendix, Totawa/N.J. 1963, hier S.226.

70 Siehe ebenda, S.310.

„Unter schweren Bedingungen“. Biografische Notizen zu Rita Sprengel und Doris Maase, zwei deutschen Kommunistinnen im 20. Jahrhundert

Henning Fischer¹

„Auch sie suchte [...] eine neue, nie dagewesene, nie dargestellte, nicht realisierbare Form der Demokratie, der ‚Freiheit‘, die sich von der ‚Einsicht in die Notwendigkeit‘ entfernt.“²

Mit diesen Worten beschrieb Rita Sprengel – Kommunistin, Überlebende des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück, Ökonomin in der DDR – im November 1968 die Haltung einer Freundin in der ČSSR zur antistalinistischen Orientierung des ‚Prager Frühling‘. Gleichzeitig formulierte sie damit eine grundlegende Erfahrung ihres Lebens: den Konflikt zwischen ihrer individuellen politischen Überzeugung und der Notwendigkeit, sich im Angesicht der großen politischen Konstellationen ihres Jahrhunderts parteilich verhalten zu müssen.

In dem historischen Moment, in dem Rita Sprengel kritisch über die „undemokratischen Übergriffe“³ des Stalinismus in der ČSSR reflektierte, hatte sie bereits zwei der großen Zäsuren des „kurzen zwanzigsten Jahrhunderts“⁴ erlebt und überlebt. Für sie wie für die Ärztin Doris Maase, die sich zu dieser Zeit politisch in der VVN und der DKP betätigte, waren die historischen Brüche der Jahre 1933 und 1945 auch persönlich lebensbedrohlich gewesen.

Mit den Lebenserfahrungen von Rita Sprengel und Doris Maase werden im Folgenden zwei Biografien skizziert, die viele Gemeinsamkeiten aufweisen: Beide Frauen bildeten in der Weimarer Republik ihre politi-

1 Henning Fischer ist ein Teil des AutorInnenkollektivs Loukanikos. Zuletzt erschienen: AK Loukanikos (Hrsg.): *History is unwritten – Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft*. Ein Lesebuch, edition assemblage, Münster 2015.

2 Schreiben von Rita Sprengel an Yvonne Useldinger vom 12. November 1968, Archiv Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück (im Folgenden: MGR), NL 1/4-19, o. Bl.

3 Schreiben von Rita Sprengel an Yvonne Useldinger vom 12. Mai 1968, MGR, NL 1/4-19, o. Bl.

4 Eric Hobsbawm: *Age of Extremes. The Short Twentieth Century, 1914-1991*, London 1994 (dt. *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1998).

sche Identität als Kommunistinnen aus, nahmen am Widerstand gegen den Nationalsozialismus teil, waren in dessen Gefängnissen und im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück inhaftiert und führten nach der Befreiung und dem Ende des Nationalsozialismus ihre politische Aktivität unmittelbar fort. Gemeinsam ist ihnen auch ihre relativ starke Rolle als Frauen im Widerstand: Sie standen nicht „im Schatten“⁵ ihrer Ehemänner, sondern arbeiteten gleichberechtigt, auf eigene Faust oder waren sogar die politisch Aktiveren.⁶

Nach 1949 taten sie dies allerdings unter den grundsätzlich verschiedenen Bedingungen des „real existierenden“ Sozialismus in der DDR (Rita Sprengel) und der BRD in Westanbindung (Doris Maase). Die gesellschaftlichen Räume, in denen sie sich bewegten – Familie, Beruf, Bewegung, Partei, Staat und Gesellschaft – stellten ihr politisches Wirken, das nach 1945 auch stets Verarbeitung der Erfahrung des Konzentrationslagers war, immer wieder vor Hürden, die sie zu überwinden versuchten. Nicht immer gelang dies. Die folgenden biografischen Notizen sollen in diesem Sinne die *Eigenbewegung* von Rita Sprengel und Doris Maase nachzeichnen – ihr politisch eigenständiges Wirken als Tätigkeit historischer Subjekte zwischen ermöglichenden und begrenzenden gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen.⁷ Diese historischen Prozesse stellten Ri-

5 Siehe Barbara Distel: Im Schatten der Helden. Kampf und Überleben von Centa Herker-Beimler und Lina Haag, in: Wolfgang Benz/Dies.: Frauen. Verfolgung und Widerstand (Dachauer Hefte, 3), München 1993, S.21-57.

6 Siehe Christl Wickert/Barbara Köster: „... diese Jahre haben uns geformt, daß wir wohl für immer unserer bürgerlichen Umwelt entfremdet sein werden.“ Verfolgung im Nationalsozialismus – Ausgrenzung in der Bundesrepublik, in: Friedhelm Boll (Hrsg.): Verfolgung und Lebensgeschichte. Diktaturerfahrungen unter nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft in Deutschland, Berlin 1996, S.103-128, hier S.107.

7 *Eigenbewegung* verstehe ich als eine vielschichtige, mal kontinuierliche, mal gebrochene biografische Verlaufsstruktur des Eigensinns der historischen AkteurInnen. *Eigenbewegung* beschreibt zunächst die von der Perspektive der AkteurInnen aus gesehene, auf gesellschaftlichen Prägnungen und individuellen Erfahrungen fußende Bedeutungszuschreibung an Ereignisse. Weiter nimmt *Eigenbewegung* das in der Lebensgeschichte folgende, auf Selbstbehauptung zielende Handeln (ob erfolgreich oder nicht) in den Blick, das gesellschaftlich und historisch wirksam wird, Diskurse und politische Materialität aktiv beeinflusst und wiederum auf neue Ereignisse und Veränderungen innerhalb von Deutungsstrukturen und politischen Institutionen trifft. Dass diese Überlegungen an den Begriff des Eigen-Sinns nach Alf Lüdtke anschließen, dürfte offensichtlich sein. Siehe u. a. Alf Lüdtke: Wo blieb die ‚rote Glut‘? Arbeitererfahrungen und deutscher Faschismus, in: Ders. (Hrsg.): Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt/Main-New York 1989, S.224-282; zur aktuellen Bedeutung des Begriffs: Be-

ta Sprengel und Doris Maase mehrmals in ihrem Leben vor persönliche Situationen von radikalem Bruch und Ungewissheit: die Niederlage der ArbeiterInnenbewegung und ihrer Parteien 1933, die eigene Verhaftung und Inhaftierung in Gefängnissen und Konzentrationslagern, die Befreiung 1945 und die Enttäuschung der antifaschistisch-sozialistischen Hoffnungen durch die Eskalation des ‚Kalten Krieges‘. Später erfuhr Maase in der BRD politische Isolation, Sprengel nahm in der DDR eine zwiespältige Position zwischen Privileg und Instrumentalisierung ein.⁸ So entstanden immer wieder Erfahrungsräume, die auf das Selbstbild einwirkten, als Kommunistinnen Teil einer kontinuierlichen „wirklichen Bewegung“⁹ zu sein und die das gesellschaftliche Wirken – ihre Eigenbewegung – beeinflussten. Zwei Motive waren vor allem wirksam: Erstens – und biografisch am Anfang stehend – angesichts der politischen Verhältnisse der Ungerechtigkeit einer kapitalistischen Gesellschaft und später des Terrors des Nationalsozialismus keine andere Wahl zu sehen als sich widerständig zu verhalten. Zweitens der Wille, das politische Handeln auch gegen eine Wiederkehr des Nationalsozialismus zu richten. Dieser Wille bildete sich unmittelbar nach dem Mai 1945 heraus und fand seine Fortsetzung unter anderem in ihrem Wirken in den Verfolgtenorganisationen der Lagergemeinschaften Ravensbrück in BRD und DDR.¹⁰ Die Leben von Doris Maase und Rita Sprengel waren bestimmt von der paradoxen Entschei-

linda Davis/Thomas Lindenberger/Michael Wildt (Hrsg.): *Alltag, Erfahrung, Eigensinn. Historisch-anthropologische Erkundungen*, Frankfurt/Main 2008.

8 Weil an dieser Stelle im Rahmen eines Aufsatzes zwei Lebensläufe unter einem bestimmten Gesichtspunkt nachgezeichnet werden, kann sich leider keiner der beiden Porträtiereten in der angemessenen Tiefe und Vollständigkeit gewidmet werden. Das muss an anderer Stelle nachgeholt werden. Siehe aber Rita Sprengel: *Der rote Faden. Lebenserinnerungen: Ostpreussen, Weimarer Republik, Ravensbrück, DDR, Die Wende*, hrsg. von Sigrid Jacobeit, Berlin 1994, und Wickert/Köster, *Verfolgung*, S.103-128.

9 „Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.“ Karl Marx/Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie*, in: *Dies.: Werke (MEW)*, Bd. 3, Berlin 1969, S.9-530, hier S.35.

10 Mit der Geschichte der Lagergemeinschaften Ravensbrück beschäftige ich mich zurzeit im Rahmen meines Dissertationsprojekts „Opfer‘ als Akteurinnen. Politisches Wirken und gesellschaftliche Orte der Lagergemeinschaften Ravensbrück in DDR und BRD, 1945 bis 1993“. Siehe <http://www.geschichte.hu-berlin.de/bereiche-und-lehrstuehle/dtge-20jhd/dokumente/doktoranden/kurzvorstellung-henning-fischer> (ges. am 9. Oktober 2014). Zuletzt: Henning Fischer: ‚Opfer‘ als Akteurinnen. Emmy Handke und die Ursprünge der Lagergemeinschaft Ravensbrück, 1945 bis 1949, in: Marcus Hawel & Herausgeber_innenkollektiv (Hrsg.): *Work in Progress – Work on Progress. Beiträge kritischer Wissenschaft. Doktorand_innen-Jahrbuch 2014 der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Hamburg 2014.

dung für das ohnehin Notwendige, zu dem es keine vertretbare Alternative gab: sich aktiv zum Leid und zur Ungerechtigkeit in der Welt verhalten zu *müssen*.¹¹

1. *Kommunistinnen im Widerstand und im Konzentrationslager*

„Es gibt allerdings Tage, an denen man so verzweifelt ist, dass man die beste Kameradin nicht rechtschaffen angucken kann, dass man sich auch von ihr nicht mehr verstanden, sondern verraten fühlt, dass man sie für eine feige, schlappe Kriecherin hält, weil sie vielleicht gerade an diesem Tag durch einen Brief von zu Hause oder überhaupt in einer besseren Verfassung ist, nicht randvoll mit Hass gefüllt wie man selbst.“¹²

Doris Franck, spätere Maase, wurde im März 1911 im brandenburgischen Briesen in der Nähe Berlins geboren und wuchs als Tochter von „fortschrittlichen Menschen“¹³ in einer politischen Atmosphäre von Freidenkertum und Frauenbewegung auf.¹⁴ Sie begann 1929 ein Medizinstudium, das sie ab dem Wintersemester 1931 an die Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin führte.¹⁵ Dort war sie als aktives Mitglied der KPD-nahen Roten Studentengruppe eine von über 100 StudentInnen, die im Sommer und Herbst 1933 von der Universität ausgeschlossen wurden.¹⁶ Als

11 Im Folgenden werde ich auch Quellen verwenden, die von den historischen Akteurinnen selbst verfasst wurden, darunter autobiografische und Erinnerungsberichte. Es liegen allerdings zahlreiche Dokumente vor, die in diesem Artikel zum Tragen kommen, die ohne autobiografischen Einfluss entstanden sind (Berichte von ZeitgenossInnen, formale und staatliche Quellen), die insgesamt eine kritische Würdigung der Ego-Dokumente und der Lebensgeschichten von Rita Sprengel und Doris Maase erlauben.

12 Lina Haag: *Eine Hand voll Staub. Widerstand einer Frau 1933 bis 1945*, Tübingen 2004 [1947], S.170. Haag beschreibt hier ihr enges Verhältnis zu Doris Maase im Frauen-Konzentrationslager Lichtenburg.

13 So Maases eigene Formulierung Ende der Siebzigerjahre. Doris Maase: *Über die Entwicklung zum politischen Menschen*, in: Marion Lehmicke: *Rührt euch für den Frieden. Für Doris Maase*, hrsg. vom Landesverband Bayern der VVN-BdA, München 1981, o.S.

14 Nach Angaben ihres späteren Ehemannes Klaus Maase hatte der Vater Adolf Franck, ein jüdischer Landarzt, den ‚Bund deutscher Monisten‘ mitgegründet, die Mutter Franziska Franck sich „schon früh für die Frauenrechte eingesetzt“. *Lebenslauf Doris Maase vom Oktober 1993*, MGR, NL 14/8-2, o. Bl.

15 *Lebenslauf Doris Maase vom Juni 1934*, Staatsarchiv Basel-Stadt (im Folgenden: StA Basel-Stadt), X 4.5, o. Bl., siehe auch Wickert/Köster, *Verfolgung*, S.105.

16 Siehe den autobiografischen Bericht von Doris Maase in: *Demokratische Fraueninitiative* (Hrsg.): *Trotz alledem. Frauen im Düsseldorfer Widerstand*, Düsseldorf 1979, S.20-22, hier S.20.

Grund kann ihre kommunistische Aktivität gelten, zudem galt ihr Vater nach den ‚Nürnberger Gesetzen‘ als Jude.¹⁷ Sie verließ daraufhin Berlin in Richtung Schweiz und promovierte im Dezember 1934 an der Universität Basel.¹⁸ Auch dort war sie politisch aktiv, wohl im Umfeld der Antifaschistischen Studentengruppe, die zur Zeit von Maases Studienabschluss eine öffentliche Veranstaltung mit dem Titel „Die wirtschaftliche und geistige Entrechtung der arbeitenden und studierenden Jugend“ veranstaltete und dort insbesondere die „profaschistische“ Schweizer Politik gegenüber Nazi-Deutschland kritisierte.¹⁹

Nur wenig später heiratete Doris Franck den Ingenieur Klaus Maase und zog mit ihm nach Düsseldorf. Schon nach wenigen Monaten wurde sie bei dem ersten Versuch, mit dem Widerstandsnetz der KPD in Kontakt zu kommen, bei einem konspirativen Treffen verhaftet.²⁰ Die Beteiligung am Widerstand war für sie nach eigener Aussage keine Entscheidung für oder gegen etwas, sondern eine Selbstverständlichkeit – eine Notwendigkeit – gewesen.²¹ Die folgende Anklage wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ warf Doris Maase und ihrem ebenfalls verhafteten Mann Wirtschaftsspionage in Rüstungsbetrieben vor und klassifizierte die 24-Jährige als eine „unverbesserliche marxistische Klassenkämpferin“. Ihre Strategie, sich als unwissende Ehefrau ihres Mannes zu geben, traf auf die misogynen, antisemitischen und antikommunistischen Zuschreibungen der

17 Maase selbst zitiert aus einem ungenannt bleibenden Dokument die Begründung: „weil sie sich im kommunistischen Sinne betätigt hat“. Maase, *Entwicklung*.

18 Die Promotionsurkunde wurde am 14. Mai 1935 ausgestellt. Schriftliche Auskunft Hermann Wichers, Staatsarchiv Basel, 10. Januar 2014.

19 Die Universitätsleitung konfiszierte am 17. Dezember 1934 einen Aufruf der Studentengruppe zu ihrer Veranstaltung. Antifaschistische Studentengruppe Basel: Einladung zur Öffentlichen Versammlung „Die wirtschaftliche und geistige Entrechtung der arbeitenden und studierenden Jugend“, StA Basel-Stadt, Universitätsarchiv V30a.3.

20 Die Kontaktperson Maases wurde bereits von der Gestapo beschattet, auch das Treffen selbst war von der Unerfahrenheit der Beteiligten geprägt. Siehe den Bericht Maases, *Fraueninitiative*, S.20f. Die Verhaftung geschah im Rahmen der Aufdeckung und Verhaftung der illegalen Bezirksleitung Ruhr durch die Gestapo. Siehe Christl Wickert: *Frauen im Hintergrund – das Beispiel von Kommunistinnen und Bibelforscherinnen*, in: Helga Grebing/Dies. (Hrsg.): *Das „andere Deutschland“ im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Beiträge zur politischen Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur im Exil und im Dritten Reich*, Essen 1994, S.200-225, hier S.210.

21 Auf die Frage der Schriftstellerin Erika Runge, ob es überhaupt eine Frage gewesen wäre, sich für oder gegen den Widerstand zu entscheiden, antwortete Maase: „Nein, das war selbstverständlich.“ Siehe Interviewtranskript vom April 1975, S.6. Ich bedanke mich für das Überlassen des Transkripts herzlich bei Kaspar Maase, Tübingen.

vernehmenden Gestapo-Beamten. Diese wollten gerade in der von Maase als Schutzbehauptung vorgebrachten Darstellung eines unpolitischen und spontanen Treffens mit einem Unbekannten ihre sexuell freizügige „Mentalität als halb-jüdische Marxistin“²² erkannt haben. Doris Maase, die im Verhältnis mit ihrem Ehemann ein ungewöhnliches hohes Maß an gleichberechtigtem Miteinander praktizieren konnte,²³ bewegte sich in ihrer politischen und sozialen Praxis also zwischen dem bewussten Überschreiten geschlechterspezifisch vorhandener Grenzen und dem strategischen Umgang mit patriarchalen Zuschreibungen.

Am Ende der Haftstrafe, die Doris Maase größtenteils in Einzelhaft verbrachte, stand nicht ihre Freilassung, sondern im Sommer 1938²⁴ die Überweisung in die Frauen-Konzentrationslager Lichtenburg und – nach dessen Auflösung im Mai 1939 – Ravensbrück.²⁵ Nach der familiären Prägung, der politischen Sozialisation und der Erfahrung des antifaschistischen Widerstands forcierte die folgende Repression bei Doris Maase eine Entwicklung, die ihr weiteres Leben bestimmen sollte. Ihr Mann schrieb ihr im Dezember 1944 aus dem Konzentrationslager Buchenwald: „[...] diese Jahre haben uns geformt, daß wir wohl für immer unserer bürgerlichen Umwelt entfremdet sein werden“.²⁶ Diese *Entfremdung* vom Ort der Sozialisation – *der bürgerlichen Umwelt* – war bei Doris Maase die Kehrseite der Eigenbewegung, nämlich das Ergebnis der bewussten Annahme der grundlegenden affektiven Weltanschauung vieler KommunistInnen: der Identität als Arbeiterinnen und Arbeiter, aus der proletarische Kultur, Moral und Haltung erwachsen.

Ebenso wie Doris Maase wuchs Rita Bolck, spätere Sprengel, die im Januar 1907 im ostpreußischen Tilsit (heute: Sovetsk) geboren wurde, in ei-

22 Alle Zitate aus dem Vernehmungsprotokoll der Gestapo, zit. nach: Wir Frauen u. a. (Hrsg.): Frauen im Widerstand. 1933-1945, Düsseldorf-Köln 2012, S.56f. Siehe auch Wickert/Köster, Verfolgung, S.110. Gegenüber Erika Runge gab Maase an, dass sie von einer Unzufriedenheit in ihrer Ehe gesprochen habe, um den politischen Charakter des Treffens zu verbergen. Siehe Interviewtranskript vom April 1975, S.1. Für eine detaillierte Darstellung im Kontext der Verfolgung der KPD-Strukturen durch die Gestapo siehe Siegfried Grundmann: Der Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo. Das BB-Ressort-Funktionäre, Beamte, Spitzel & Spione, Berlin 2008, S.228-249.

23 Siehe Wickert/Köster, Verfolgung, S.107.

24 Schreiben von Maase an Claus Rummert, Gedenkstätte Lichtenburg, vom 30. Januar 1978, Archiv Studienkreis Deutscher Widerstand (im Folgenden: SDW), AN 5486, o. Bl.

25 Siehe Wir Frauen u. a. (Hrsg.), Widerstand, S.57.

26 Zit. nach: Wickert/Köster, Verfolgung, S.103.

nem politisch geprägten Umfeld auf.²⁷ Sie erlebte, wie ihr Vater, ein Anwalt, der sich einen Sohn statt einer Tochter gewünscht hatte,²⁸ als Invalide aus dem Ersten Weltkrieg zurückkehrte. Durch seine politische Karriere in der SPD – er wurde 1923 kommissarischer Regierungspräsident des Bezirks Königsberg – nahm sie früh Anteil an den Auseinandersetzungen der Weimarer Republik, setzte sich aber während ihres Jura-Studiums durch ihre Wendung zu kommunistischen Gruppen von ihm ab. Im August 1928 – nach der Zustimmung der SPD für den geplanten Panzerkreuzerbau²⁹ – trat Rita Bolck in Breslau in die KPD ein, kam also von ‚außen‘ selbst auf die Partei zu und wuchs nicht über ihr sozial-politisches Milieu direkt in sie hinein.³⁰ Neben der Aktivität in der Roten Studentengruppe war sie in die politische Alltagsarbeit der KPD eingebunden: Öffentlichkeitsarbeit, Bildungsveranstaltungen, Agitation. Dabei übernahm sie, im Gegensatz zu anderen weiblichen Mitgliedern ihrer Gruppe, nicht nur Zuarbeiten wie die Vervielfältigung von Propaganda-Materialien, sondern trat auch öffentlich als Rednerin auf.³¹ Ihre Tätigkeit innerhalb der KPD – als bürgerliche Frau aus einer sozialdemokratischen Familie – war von einer Eigensinnigkeit geprägt, die für das reale innere Parteileben einer im Anspruch autoritären Kaderpartei von einiger Bedeutung war. Das Fehlen von politischer Expertise durch die Parteistrukturen glied sie durch eigenständiges Agieren und Selbstbildung aus. „Nachdem einmal ein uns von der Partei geschickter Referent durch ein Feld-Wald-

27 Siehe zu den folgenden biografischen Angaben, so nicht anders vermerkt, Sprengel, Faden, und Sigrid Jacobeit: Ein Gutsschmied stellte die Weichen fürs Leben. Dr. sc. Rita Sprengel, in: Dies./Lieselotte Thoms-Heinrich: Kreuzweg Ravensbrück. Lebensbilder antifaschistischer Widerstandskämpferinnen, Leipzig 1987, S.169-184.

28 Siehe Jacobeit, Gutsschmied, S.169.

29 Mit dem Panzerkreuzerbau verbindet sich nicht nur ein gebrochenes Wahlversprechen der SPD, deren Wahlspruch gelaute hatte: „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“. Da das in der Folge von der KPD angestrebte Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau verloren wurde, handelt es sich hier auch um eine größere politische Niederlage der KPD, zu deren Zeitpunkt Rita Sprengel ihr Mitglied wurde.

30 Siehe Sprengel, Faden, S.93. Ob der Panzerkreuzerbau für die Entscheidung Sprengels zum Eintritt in die KPD tatsächlich so entscheidend war, wie von ihr im Rückblick erzählt, lässt sich letztlich nicht entscheiden. Es bleibt hier nur der Hinweis darauf, dass die lebensgeschichtliche Zäsur des Eintritts in die Partei von Sprengel selbst an ein symbolisch wichtiges politisches Ereignis gebunden wurde, nicht an – ebenso gut mögliche – persönliche oder lebensweltliche Verbindungen.

31 Siehe ebenda, S.99f., 112f.

und Wiesenreferat enttäuschte, hielten wir dann – nach Rücksprache mit dem Polleiter der Gruppe – die Referate selbst.“³²

Nach dem Abschluss des Staatsexamens ging Rita Bolck nach Berlin, heiratete dort im April 1930 den Genossen Horst Sprengel und arbeitete neben dem juristischen Referendariat in der Kanzlei der späteren Justizministerin der DDR Hilde Benjamin. Dabei konnte ihr als junger Anwältin auch von den eigenen Mandanten Respektlosigkeit entgegenschlagen, wie bei einem Prozess vor dem Landesarbeitsgericht Berlin: „Ich spürte geradezu das Entsetzen, mit dem die Männer, die ich vertreten sollte, mich anstarrten.“³³

Die rasche Zerschlagung der KPD 1933 bekam Rita Sprengel unmittelbar zu spüren. Als aktives KPD-Mitglied, das zudem in der Wohnung des bekannten kommunistischen Arztes Georg Benjamin – Bruder des Philosophen Walter Benjamin – wohnte, wurde sie bereits im Mai in ihrer Wohnung verhaftet und war von November 1933 bis April 1934 im Frauen-Konzentrationslager Moringen inhaftiert.³⁴ Nach der Entlassung arbeitete Rita Sprengel weiter im illegalen Widerstand, was zu heftigen Auseinandersetzungen mit ihrem Ehemann führte, der sich politisch zurückgezogen hatte.³⁵ Der Versuch, zwei jüdischen Genossen zur Flucht in die Schweiz zu verhelfen, endete durch Verrat im Dezember 1941 in der zweiten Verhaftung. Ab August 1942 war sie im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück inhaftiert.

Mit der Ärztin Doris Maase und der Anwältin Rita Sprengel sind hier zwei Frauen porträtiert, die in den Konzentrationslagern ungleich bessere Chancen auf ein Überleben hatten als der Großteil der mit ihnen Inhaftierten. Sie waren als Deutsche, als nicht-jüdisch Klassifizierte³⁶ und als

32 Brief von Rita Sprengel an eine „Genossin“ vom 10. Januar 1982, MGR, NL 1/2-19, o. Bl. „Nach Rücksprache mit dem Polleiter“ – bemerkenswert ist hier, dass Sprengel nicht von ihrer Eigeninitiative berichtet, ohne ausdrücklich zu betonen, dass sie dabei die Verfahrensvorgaben der Parteidisziplin befolgte.

33 Sprengel, Faden, S.135.

34 Die Verhaftung war vermutlich aufgrund der Informationen eines Gestapo-Spitzels in Sprengels Betriebszelle erfolgt. Siehe ebenda, S.149f.

35 „Eines Abends ließ mein Mann mich nicht aus dem Hause. Er verschloß die Tür, packte mich an den Haaren und schlug mich: ‚Du bleibst hier!‘“ Rita Sprengel: Im Schatten der eisernen Ferse. Aus dem Leben einer Sozialistin, Berlin 1949, S.8.

36 Doris Maase war es anscheinend gelungen, ihre anfängliche Einordnung als Jüdin in die einer ‚Politischen‘ umzuwandeln. Siehe Wickert/Köster, Verfolgung, S.114. Maase selbst erwähnt rückblickend die Verlegung vom ‚Judenblock‘ auf den ‚politischen Block‘ des Konzentrationslagers Lichtenburg. Schreiben von Maase an Claus Rummert vom 30. Janu-

akademisch Gebildete, die außerdem auf die ihren Überlebenswillen stärkende politische Weltanschauung einer kommunistischen Kader-Partei und auf die Netzwerke der ‚Politischen‘ zurückgreifen konnten, der Gewalt von SS und Aufseherinnen weniger ausgeliefert als Häftlinge, die nicht in der Lage waren, aus solchen Ressourcen des Überlebens zu schöpfen.³⁷ Zudem gehörten Rita Sprengel als Bürokräftin im Siemens-Lager und Doris Maase als Häftlingsschwester im ‚Krankenbau‘ Ravensbrücks zu den sogenannten Funktionshäftlingen. Diese Stellung entzog sie zwar keineswegs der ständigen Bedrohung durch Willkürmaßnahmen und Brutalität der SS, bedeutete aber trotzdem eine privilegierte Position innerhalb der „Häftlingsgesellschaft“³⁸ des Konzentrationslagers.

Das Hauptmotiv in den späteren Erzählungen der beiden Kommunistinnen über ihre Zeit in Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück ist das solidarische Handeln der Häftlinge gegenüber dem Terror von SS und Aufseherinnen. Dies ist nicht überraschend, war das kollektive antifaschistische Handeln doch der tatsächliche Verhaftungsgrund und der kommunistische Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime die Interpretationsgrundlage auch für das Geschehen im Konzentrationslager. In ihren Erzählungen von gegenseitiger Zuwendung und Hilfe werden auch Umrisszeichnungen spezifischer Überlebensstrategien von Frauen in Konzentrationslagern sichtbar. Rita Sprengels unmittelbare erste Begegnung mit dem „Höllenkonzert“ des Konzentrationslagers Ravensbrück war eine geschlechtsspezifische Erfahrung des Terrors der SS: „Mein erster unvergeßlicher Eindruck war die Selektion im Bad: Nackt mußten wir einzeln vor zwei sitzende Offiziere in SS-Uniform treten. Mit zynischen ‚Kennerblicken‘ betrachteten sie uns von oben nach unten und von unten nach oben. Dabei ‚vernahmen‘ sie uns. Frauen, die wegen verbotener Liebesbeziehungen inhaftiert waren, sollten schildern, ‚wie sie’s gemacht hätten‘, denn ‚Polenschweine seien ja raffiniert.“³⁹

ar 1978, SDW, AN 5486, o. Bl.

37 Maase konnte zudem während der zehn Jahre der Trennung mit ihrem Ehemann Briefkontakt halten. Klaus Maase war ebenfalls inhaftiert worden und erlebte die Befreiung im Konzentrationslager Buchenwald. Siehe Wickert/Köster, *Verfolgung*, S.109.

38 Zu soziologischen Überlegungen zu diesem umstrittenen Begriff siehe Maja Suderland: *Ein Extremfall des Sozialen. Die Häftlingsgesellschaft in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern*, Frankfurt/Main-New York 2009.

39 Rita Sprengel: *Erinnerungsbericht über das „FKL Moringen“*, Privatarchiv Bärbel Schindler-Saefkow (im Folgenden: PArch Schindler-Saefkow), o. Sign.

Widerstand konnte in dieser Situation schon die gegenseitige Aufforderung bedeuten, Haltung und Würde zu bewahren: „Wir haben versucht, die Frauen, die resignierten, aufzurichten, haben gesagt: ‚Komm, Du mußt Dir das Haar anständig kämmen. Halt den Kopf hoch.‘“⁴⁰ Auch der Versuch, die eigene Persönlichkeit zu bewahren, war ein Akt des Widerstands – verstanden als Handlung, die schon beim kleinsten Moment der „Selbsterhaltung“⁴¹ im Angesicht der von der SS beabsichtigten Erniedrigung beginnt. Da die Identität und Persönlichkeit von inhaftierten Frauen wie Doris Maase und Rita Sprengel durch die Selbstpositionierung in den gesellschaftlichen Deutungsmustern und geschlechtsbezogenen Rollen entstanden war, bedeutete auch das Beharren auf der ‚richtigen‘, einer ‚ansehnlichen‘ Weiblichkeit Widerstand gegen die Entmenschlichung durch die Konzentrationslager.⁴²

Innerhalb der Häftlingsgesellschaft des Konzentrationslagers musste die Übernahme von Funktionen, die zu Hilfe und Solidarität befähigten, mit einer gefährlichen Nähe zur SS bezahlt werden. Zwar konnte Doris Maase als Revierarbeiterin trotz Verbots Medikamente an kranke Häftlinge weitergeben und damit die Gesundheit und den Überlebenswillen ihrer Mitgefangenen stärken. Sie war aber durch ihre Position in der Häftlingsverwaltung auch in der ständigen Gefahr, zur Komplizzinnenschaft mit der SS gezwungen zu werden. Laut ihrer Freundin Lina Haag scheint Doris Maase diese Balance zwischen Widerstand und Arrangement bemerkenswert gut gelungen zu sein: Haag bescheinigt ihr eine „geniale Diplomatie“ und großen Einsatz für die Mitgefangenen.⁴³ Sehr viel ambivalenter war die Situation Rita Sprengels, als sie sich am riskanten Vorhaben der klandestinen Streichung von Genossinnen von Transportlisten der SS bemühte. Äußerst selbstkritisch beschrieb sie 1949 diese Listenmanipulation, die

40 Siehe Maase, Entwicklung. Zu Überlebensstrategien siehe in diesem Fall Wickert/Köster, Verfolgung, S.116.

41 Siehe die Definition durch die österreichische Überlebende Gerti Schindel: „Der Anfang von Widerstand ist aber, dich selbst zu erhalten.“ Zit. nach: Bernhard Strelbel: Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes, Paderborn 2003, S.530.

42 Lina Haag, Mitgefangene von Doris Maase, beschreibt in diesem Sinne das kameradschaftliche Verhältnis mit einer Zeugin Jehovas und zwei „Dirnen“ auf dem Transport nach Lichtenburg: „Wir striegeln uns ordentlich und spüren mit großem Behagen, dass unsere Haare nicht mehr so filzig und verdreckt sind wie zuvor.“ Haag, Hand voll Staub, S.151.

43 Als Ärztin kümmerte sie sich um die kranken Häftlinge, durchwachte auch Nächte bei Sterbenden: „Als wir in der Frühe aufwachen, liegt die Tote zwischen uns. Das Gesicht der Doris ist weiß und elend, ihre Maase, wie Lina Haag berichtet Schürze wie in Blut getaucht.“ Ebenda, S.165.

nicht nur Häftlinge vor akuter Bedrohung durch die SS retten, sondern auch zur Folge haben konnte, für eine gestrichene Genossin eine andere Gefangene auf die Liste setzen zu müssen, als „teuflisches Geschäft“⁴⁴.

Die Erinnerungsberichte bewegen sich entsprechend zwischen den Motiven des Kollektivs und der Einzelnen, zwischen Hilfe und Härte – in diesem konfliktreichen Übereinandergehen liegt eine Besonderheit der kommunistischen Erfahrung der Konzentrationslager. Erzählt wird unter anderem von marxistischen Bildungskreisen als kollektiven Widerstandshandlungen 1933/34 in Moringen,⁴⁵ von den Erfahrungen der jahrelangen Einzelhaft, von kollektiver Sabotage im Siemens-Lager, von eigenmächtig ausgestellten Bescheinigungen im Krankenrevier von Ravensbrück.⁴⁶ Rita Sprengels individuelle Gefährdung nach dem Bekanntwerden der Sabotagehandlungen im Siemens-Lager konnte durch das Netzwerk der ‚Politischen‘ abgewendet werden.⁴⁷ Dagegen wurde Doris Maases Absicht, sich aus dem Krankenrevier zur Außenarbeit zu melden, von einer Kommunistin mit höherem Ansehen brüsk zurückgewiesen: „Du bleibst so lange, wie wir meinen, daß es so richtig ist.“⁴⁸ Kollektive Ausschlußhandlungen gegen Einzelne scheinen eine logische – notwendige? – Kehrseite der exakt bemessenen Solidarität nach innen gewesen zu sein.⁴⁹ Nach der Entscheidung, Widerstand zu leisten, weil er geboten war, sahen sich Frauen wie Doris Maase und Rita Sprengel in den Konzentrationslagern nun mit einer anderen Notwendigkeit konfrontiert. Das persönliche Überleben musste als Teil einer widersprüchlichen und brüchigen Gruppe der ‚Politischen‘ organisiert werden – inmitten des Terrors eines Machtsystems, das auf Vereinzelung und Konkurrenz unter den Häftlingen setzte.

Die Befreiung aus dem Konzentrationslager und das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft erlebten die beiden Frauen auf sehr unter-

44 Sprengel, Schatten, S.69.

45 Siehe Dies.: Faden, S.152.

46 Siehe Maase, Entwicklung, sowie den Bericht von Maria Zeh in: Hanna Elling: Frauen im deutschen Widerstand. 1933-45, Frankfurt/Main 1978, S.170.

47 Durch die Kontakte zum Büro des Arbeitseinsatzes konnte Rita Sprengel im Oktober 1944 im Außenlager Florastraße in Dresden untergebracht und damit aus dem Gefahrenbereich des Ravensbrücker Lagers gebracht werden. Siehe Sprengel, Faden, S.234-236.

48 Maase, Entwicklung.

49 Anfang der Achtzigerjahre notierte Rita Sprengel als „abscheulich“ die „sektiererische Haltung“, die fehlende „Solidarität“ von KPD-Funktionärinnen gegenüber Frauen der KP-Opposition, der SPD und solchen, die lediglich „die ‚Rote Hilfe‘ unterstützt hatten (und dafür zum Teil sehr, sehr große Opfer bringen mußten)“. Brief von Rita Sprengel an eine „Genossin“ vom 10. Januar 1982, MGR, NL 1/2-19, o. Bl.

schiedliche Weise. Während Doris Maase im Juli 1941 entlassen wurde, bis zum Mai 1945 in Bayern als Arzthelferin arbeitete und den Zusammenbruch des Nationalsozialismus eher passiv durch das Eintreffen der US-Army erlebte, befand sich Rita Sprengel als Zwangsarbeiterin und Häftling des Außenlagers Florastraße in Dresden durch die massiven alliierten Luftangriffe vom 13. Februar 1945 in doppelter Lebensgefahr. Diese Gefahr bedeutete gleichzeitig aber auch eine Chance: Weil die Bomben das Fabrikgebäude zerstörten, konnte sie mit anderen Häftlingen fliehen und hatte ihre Befreiung so zu einem guten Teil aus eigener Kraft erzielt.⁵⁰

Die unmittelbare Nachkriegszeit war für Doris Maase und Rita Sprengel wie für viele Überlebende der ArbeiterInnenbewegung vom Motiv des Aufbaus auf vielen Ebenen bestimmt: Der Weg zurück ins Berufsleben musste gefunden werden, die politischen und freundschaftlichen Netze wurden neu geknüpft, in ‚Antifa-‘ und ‚Frauen-Ausschüssen‘ die kommunale Versorgung organisiert, auch der lange Jahre zurückgestellte Wunsch nach Familie wurde erfüllt. 1946 und 1948 kamen Sohn und Tochter von Doris Maase zur Welt, um die sie sich in klassischer Rollenverteilung mehr kümmerte als ihr Mann; Rita Sprengel adoptierte in den frühen Fünfzigerjahren zwei Jungen und zog diese alleine groß.⁵¹

Das Ende des Nationalsozialismus schien neue Möglichkeiten für die eigene politische Vision zu bieten, gleichzeitig bedeutete das Überleben aber nicht nur Leben, sondern auch Trauma und Depression. Die Erfahrung des Konzentrationslagers hatte ein physisches und psychisches Nachleben, Alltagssituationen konnten zu Momenten des Schreckens werden: Das freundschaftliche Unterhaken bei einem Spaziergang erinnerte Doris Maase schockartig an das entsprechende Verbot im Lager.⁵² Rita Sprengel schrieb 1946 an eine Freundin: „Einstweilen tragen wir ein Stück Leblosigkeit mit uns herum.“⁵³

50 Erinnerungsbericht „Eine Nacht. 13. Februar 1945“, MGR, NL 1/2-4, o. Bl.

51 Rita Sprengels Entscheidung zur Adoption war 1937 ein Schwangerschaftsabbruch vorgegangen, den sie in diesem Moment als geboten empfand und den sie später bedauerte. Der Titel ihres Gedichts „Schuldpruch“ aus den späten Siebzigerjahren verweist allerdings nicht auf eine Selbstverdammung, sondern wiederum auf den Zwang der historischen Situation: „Galt es da nicht / seine ganze, ungeteilte Kraft / im Kampf gegen Faschismus und Krieg einzusetzen? / Erforderte das nicht, / auf eigene Kinder zu verzichten, / ihnen – im Namen des Lebens – / das Leben zu verweigern? / Fluch denen, / die Frauen vor solche Wahl stellten und stellen. / Für ihre Schuld gibt es keine / Sühne und keine Verjährung.“

Rita Sprengel: Gedicht „Schuldpruch“, MGR, NL 1/2-29, o. Bl., und Dies., Faden, S.326.

52 Interviewtranskript Erika Runge vom April 1975, S.22.

53 Schreiben Rita Sprengel an Yvonne Useldinger vom 15. Juli 1946, in: MGR, NL 1/4-

Die beiden Frauen hatten als Kommunistinnen und in der historischen Sinnfigur der ArbeiterInnenbewegung allerdings einen Raum, innerhalb dessen sie diese traumatisierenden Erfahrungen artikulieren und verarbeiten konnten. Erfahrung, die Artikulation und ein soziales Feld braucht, um wirksam werden zu können, konnte hier in den bestärkenden und identitätsstiftenden Zusammenhang der politischen Arena übersetzt werden. Politische Aktivität war ab jetzt immer auch die biografisch durchdrungene Tätigkeit gegen die Wiederkehr Ravensbrücks.

2. Doris Maase – Überlebende und Kommunistin in der BRD

„Ebenfalls als Zeugin war der ehemalige Häftlingsarzt Dr. Doris Maase vertreten, der Schutzengel des Lagers, ohne deren Hilfe wahrscheinlich heute viele nicht mehr am Leben sein würden. Da sie selbst Arzt ist, versetzte sie die Richter durch ihre fachlichen Kenntnisse in Verblüffung und war natürlich ihre Aussage von besonderer Bedeutung.“⁵⁴

Doris Maase befand sich in den westlichen Besatzungszonen und der frühen Bundesrepublik in der äußerst schwierigen Situation, Überlebende der nationalsozialistischen Konzentrationslager und Kommunistin zugleich zu sein. Sie hatte sich in Ravensbrück die Anerkennung der Funktionärebene der KPD erworben⁵⁵ und vertrat die Partei ab 1948 im Düsseldorf Stadtrat. Dort beteiligte sie sich häufig an kommunalpolitischen Auseinandersetzungen, die auch heftigere Formen annahmen, wenn sie sich gegen Maase als kommunistische „Befehlsempfängerin“⁵⁶ richteten. Sie wusste sich allerdings zu verteidigen. Im Herbst 1952 wurde im Stadtrat die Frage diskutiert, ob die Eintrittspreise für die städtischen Badeanstalten angehoben werden sollten. Doris Maase sprach sich dagegen aus und plädierte stattdessen dafür, dass „alle Bewohner von Notunterkünften kostenlos bei der Stadt baden [können], damit wir unsere Stadt von Epidemien freihalten“. Das brachte ihr den Zwischenruf eines Stadtverordneten der SPD ein: „Ist das in Moskau auch so?“ Sie reagierte mit dem

19, o. Bl.

54 Bericht Rosa Jochmann über den Hamburger Ravensbrück-Prozess vom 13. Juni 1948, MGR, NMG 10/34, Bl. 51-56, hier Bl. 52.

55 Leumundszeugnis Maria Wiedmaier ohne Datum, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch), RY 1-I 2/3 157, Bl. 171.

56 Siehe Wickert/Köster, Verfolgung, S.124, Anm. 65.

Hinweis darauf, dass es in Moskau für „kommunale Angelegenheiten“ keine Gebühren gäbe und schloss mit einem provokanten Satz, der laut Sitzungsprotokoll für „Heiterkeit“ im Plenum sorgte: „Aber leider handelt es sich hier um Düsseldorf und nicht um Moskau.“⁵⁷

Als Mitglied der VVN und Teil der noch informellen Netzwerke der Ravensbrücker „Kameradinnen“ war Doris Maase auf dreierlei Ebenen mit dem „Nachleben des Nationalsozialismus“⁵⁸ konfrontiert: in der Selbsthilfe der Überlebenden,⁵⁹ dem politischen Kampf gegen personelle und politische Kontinuitäten des Nationalsozialismus und in der Verfolgung von TäterInnen. Wie andere Ravensbrücker Überlebende nahm sie die Möglichkeit wahr, durch ihre Aussage im Rahmen der ‚Ravensbrück-Prozesse‘ der britischen Besatzungsbehörden in Hamburg von 1946 bis 1948 zur strafrechtlichen Verfolgung der TäterInnen beizutragen.⁶⁰ Sie war zudem frauen- und sozialpolitisch überregional aktiv.

Nachdem ihr Ehemann bereits 1950 aufgrund eines politischen Berufsverbots seine Stelle beim Ordnungsamt aufgeben musste, verlor Doris Maase nach dem Verbot der KPD im August 1956 ihren Sitz im Düsseldorfer Stadtrat.⁶¹ In der Folge wurde ihr die weitere parlamentarische Aktivität – sie kandidierte 1958 als Unabhängige für den Landtag Nordrhein-Westfalens – als verfassungsfeindliche Weiterbetätigung für die il-

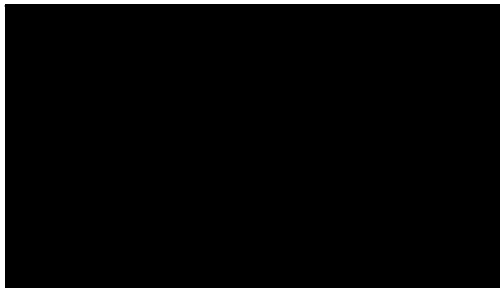
57 Alle Zitate: Magistrat der Stadt Düsseldorf, Protokoll der Stadtratssitzung vom 4. Oktober 1952, S.11, Privatarchiv Klara Tuchscherer (im Folgenden: PArch Tuchscherer), Düsseldorf.

58 Theodor W. Adorno: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 10.2, hrsg. von Rolf Tiedemann, Darmstadt 1997, S.555-572, hier S.555.

59 So nutzte Maase ihre Expertise als Ärztin, um für andere Überlebende medizinische Gutachten auszustellen, die für die Gewährung der Entschädigungszahlungen dringend notwendig waren. Korrespondenz Karl Schabrod vom August-Dezember 1961, PArch Tuchscherer, o. Sign, o. Bl. Später unterstützte sie Überlebende bei Aussagen in Ermittlungsverfahren, die psychisch sehr belastend sein konnten. Siehe Barbara Degen: „Das Herz schlägt in Ravensbrück“. Die Gedenkkultur der Frauen, Leverkusen 2010, S.171.

60 In ihrer Aussage, die am 4. September 1947 aufgenommen wurde, konnte sie wegen ihrer Tätigkeit als Häftlingsärztin den SS-Hauptsturmführer Dr. Walter Sonntag, den Schutzhaftlagerführer Theodor Meyer und die kurzzeitige Oberaufseherin Emma Zimmer belasten. Deposition of Dr. Doris Maase, vom 4. September 1947, MGR, NL 14/00-5, o. Bl. Siehe auch Jutta von Freyberg/Ursula Krause-Schmitt (Hrsg.): Moringen, Lichtenburg, Ravensbrück. Frauen in Konzentrationslagern 1933-1945. Frankfurt/Main 1997, S.170f.

61 Dort war Maase in diversen Fachausschüssen vertreten, darunter die längste Zeit im Finanz- und im Ausschuss für Erwachsenenbildung. Ratsmitglieder 1947-1990, Stadtarchiv Landeshauptstadt Düsseldorf, <http://www.duesseldorf.de/stadtarchiv/fortgeschrittene/findmittel/themat/ratsmitglieder1947x1990.pdf> (ges. am 3.1.2014).



Doris Maase bei einer DFD-Tagung in Berlin 1949

Foto: Kaspar Maase

FreundInnen und GenossInnen konnte sie diese sozialen und persönlichen Härten zwar durchaus ironisch kommentieren. An den Düsseldorfer Freund Karl Schabrod, langjähriger KPD-Abgeordneter und ebenfalls wegen illegaler Aktivität für die KPD verurteilt, schrieb sie im August 1961: „Lieber Karl, es trug wirklich nicht zur Steigerung der Urlaubsstimmung bei, als wir in der nachgeschickten Zeitung lasen, dass Du wieder einmal in der Gefängniszelle sitzt.“⁶² In einem Schreiben an den „Spiegel“ brachte Maase allerdings die demütigende Kontinuitätserfahrung der Verfolgung deutlich zur Sprache: „In dem Fall also eine Rechtspraxis, wie ich sie nur aus der Nazizeit gewohnt war: Bestrafung der Gesinnung.“⁶⁴

Gleichzeitig blieb das Bemühen um den Zusammenhalt der Überlebenden und die Bewahrung der Erinnerung an die Toten von Ravensbrück ein Teil des Lebens von Doris Maase. Als eine von wenigen Überlebenden in den westlichen Besatzungszonen und später der BRD bemühte sie sich trotz ihrer familiären und beruflichen Eingebundenheit darum, die Verbindung zwischen den „Kameradinnen“ aufrecht zu erhalten und reiste zu Konferenzen und Gedenkveranstaltungen.⁶⁵

62 Nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) von 1956 waren Personen von Entschädigungsleistungen ausgeschlossen, die „die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpft“ hatten. Von Doris Maase wurde anfangs die Rückzahlung aller Leistungen seit 1946 verlangt, es konnte in der Folge juristisch nur noch die Verkürzung auf die Zeit ab 1958 erreicht werden. Lebenslauf Doris Maase vom Oktober 1993, MGR, NL 14/8-2, o. Bl.

63 Schreiben Doris Maase an Karl Schabrod vom 20. August 1961, PArch Tuchscherer, o. Bl.

64 Zit. nach: Florence Hervé/Ingeborg Nödinger: *Bewegte Jahre*. Düsseldorf Frauen, Düsseldorf 1994, S.130.

65 Sie nahm als Vertreterin der westlichen Besatzungszonen am bereits erwähnten Treffen

In den Fünfzigerjahren bedeutete das Bemühen um eine strafrechtliche Verurteilung der TäterInnen auch die unmittelbare Konfrontation mit ihnen. Dies konnte ein zufälliges Aufeinandertreffen sein⁶⁶ oder die Bitte einer Angeklagten um eine Entlastungsaussage.⁶⁷ 1956 beteiligte sich Doris Maase aktiv an der Suche nach Herta Oberheuser, die in Ravensbrück als Ärztin an mörderischen Experimenten beteiligt gewesen war, trotz einer Verurteilung im Nürnberger ‚Ärzteprozess‘ 1947 bereits 1952 entlassen worden war und wieder als Ärztin praktizierte.⁶⁸

In Zeiten des ‚Kalten Krieges‘ und des antikommunistischen Konsenses der BRD bedeutete der Versuch, sich eine gesellschaftliche Legitimation für die eigene Biografie als Verfolgte des Nationalsozialismus und politische Linke zu erstreiten, für die Ravensbrückerinnen eine heftige Frustrations- und Ohnmachtserfahrung.⁶⁹ Die Einrichtung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück durch die DDR im September 1959 musste vor diesem Hintergrund deren Anspruch, dem Antifaschismus Wirklichkeit verliehen und damit das ‚Vermächtnis‘ der Ravensbrückerinnen erfüllt zu haben, plausibel erscheinen lassen.⁷⁰

der Ravensbrückerinnen im April 1948 teil, außerdem an der Befreiungsfeier Ende April 1950 in Berlin. Schreiben von Marga Schumacher für die Lagerarbeitsgemeinschaft Ravensbrück (LAG) an Doris Maase vom 2. Mai 1950, SAPMO-BArch, DY 55/56 4/1278, Bl. 9. 66 So traf Doris Maase in den frühen Sechzigerjahren bei einem Ausflug zufällig auf den ehemaligen Gestapo-Offizier, der sie 1935 verhört hatte. Angabe im persönlichen Gespräch mit Kaspar Maase und Gerlinde Maase-Schleichert, 22. Juli 2012.

67 Gerda Ganzer, in Ravensbrück als Häftlingsschwester eingesetzt und an den ‚medizinischen‘ Experimenten der SS-Ärzte beteiligt, schrieb in diesem Sinne im Januar 1950 an Doris Maase. Schreiben Gerda Ganzer an Doris Maase vom 26. Januar 1950, SAPMO-BArch, DY 55/56 4/1278, Bl. 7f.

68 Ein Rundschreiben der österreichischen Überlebenden Rosa Jochmann, vermutlich aus dem Jahre 1956, legt nahe, dass Doris Maase in Bad Kreuznach an der Enttarnung der unter anderem Namen lebenden Herta Oberheuser beteiligt war. Rundschreiben Rosa Jochmann, ohne Datum, Archiv Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, AIM 4735/89 Bd. 3, Bl. 93f.

69 Es kann hier nur kurz angemerkt werden, dass der Begriff ‚Ravensbrückerinnen‘ einerseits empathisch die auf der geteilten Leidenszeit basierende Zusammengehörigkeit der meist linkspolitischen ‚Kameradinnen‘ bezeichnete, damit aber andere Überlebende implizit ausgeschlossen waren. Korrespondenz Katharina Jacob und Käthe Jonas zur Gründung der LGR ab 1965, Privatarchiv Ursel Ertel-Hochmuth, o. Sign.

70 Doris Maase war vom federführenden ‚Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer‘ (KAW) zur feierlichen Eröffnung der Gedenkstätte eingeladen, musste ihre Zusage aber aus privaten Gründen wieder zurückziehen. Telegramm Doris Maase vom 11. September 1959, MGR, NMG 13/3a, Bl. 407.

Mit dem Ende der parlamentarischen Arbeit durch die verstärkte politische Repression ab Mitte der Fünfzigerjahre und dem Umzug ins bayerische Dorfen 1965 verlagerten sich die politischen Aktivitäten von Doris Maase. Sie beteiligte sich nach deren Gründung 1966 an der ‚Lagergemeinschaft Ravensbrück‘ (LGR), trat als deren Sprecherin in Erscheinung,⁷¹ organisierte die gemeinsame Kommunikation über Rundbriefe und ab 1975 in Form eines Mitteilungsblatts und war bis Ende der Siebzigerjahre eine der Hauptakteurinnen. Doris Maase, die sich der 1968 gegründeten DKP anschloss, blieb auch außerhalb der LGR politisch aktiv – in einem gesellschaftlichen Umfeld, das ab Ende der Sechzigerjahre mehr Möglichkeiten dazu bot. Ausdruck dieser Veränderung ist, dass im April 1971 zur Eröffnung der Ausstellung „Antifaschistischer Widerstand 1933-1945“ in München nicht nur Doris Maase, sondern auch der Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel sprach. Maase nutzte die Veranstaltung zur Kritik des männlich und bürgerlich dominierten Geschichtsbilds: „Sophie Scholl wird meist – sentimental verkitscht – als einzige Frau dargestellt, darüber hinaus finden Widerstandskämpfer, geschweige denn Frauen, kaum Erwähnung.“⁷²

Für Doris Maase waren die Siebzigerjahre geprägt vom Weiterführen ihrer Arztpraxis (bis 1975), von der aktiven Mitgliedschaft in VVN und DKP und ihren Funktionen in der LGR und im Internationalen Ravensbrück-Komitee (IRK). Von dessen Treffen unmittelbar nach dem Putsch gegen die sozialistische Regierung Allende in Chile 1973 berichtete sie im Rundbrief an die Lagergemeinschaft: „[W]ir [haben] die Vorgänge in Chile scharf verurteilt und darauf aufmerksam gemacht, wie akut die Gefahr des Faschismus noch ist.“⁷³ Auch die Verbindung zur DDR riss nicht ab, auch wenn dies nicht ohne Irritationen abging, wie etwa anlässlich der in ihren Augen sehr hierarchisch durchgeführten Befreiungsfeier im April 1975: „Statt einer Aktivierung der Kameradinnen ist Verbitterung eingetreten, weil man sozusagen ‚Fussvolk‘ und ‚Leitung‘ besonders behandelt hat.“⁷⁴

71 Siehe Lagergemeinschaft Ravensbrück gegründet, in: Die Tat, Nr. 45, 5.11.1966.

72 Zit. nach: Demokratische Aktion: Widerstand und Vermächtnis. Ansprachen anlässlich der Eröffnung der „Ausstellung antifaschistischer Widerstand 1933-1945“ am 14. April 1971, München 1971, S.7. Zur umfangreichen und vielfältigen dokumentarischen und geschichtspolitischen Tätigkeit der Ravensbrücker Überlebenden siehe überblicksartig: Henning Fischer: Chronistinnen ihrer eigenen Sache. Ravensbrückerinnen, ihre Geschichte und ihre Geschichtspolitik, in: informationen. Wissenschaftliche Zeitschrift des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933-1945, Nr. 78 (2013), S.13-19.

73 Rundschreiben Doris Maase für LGR vom Dezember 1973, MGR, NL2/5-1, Bl. 44.

74 Schreiben Doris Maase an Erna Lugebiel vom 27. Mai 1975, MGR, NL 14/6a, o. Bl.

Im Januar 1978 schrieb Doris Maase an den Leiter der Mahn- und Gedenkstätte Lichtenburg: „Außerdem will ich gern meine Erinnerungen – soweit präzise vorhanden – niederschreiben.“⁷⁵ Durch ihren Tod am 20. September 1979 wurde ihr das unmöglich gemacht. Die Lagergemeinschaft schloss ihre Todesanzeige mit den Worten: „Ihr Tod ist uns Verpflichtung.“⁷⁶ Doris Maase hatte ihrerseits selbst verfasst, was an ihrem Grab zu verlesen sei und schloss diese letzten Worte über sich selbst mit einer letzten politischen, dabei sehr persönlichen Aufforderung: „[...] also rührt euch für den Frieden und habt mich noch ein Weilchen in guter Erinnerung“.⁷⁷

3. Rita Sprengel – Überlebende und (eigensinnige) Sozialistin in der DDR

„Der Befehl Nr. 235 der SMA, der eine alte gewerkschaftliche Forderung erfüllt, gibt die Möglichkeit, die Frauenlöhne und die Löhne der Jugendlichen den Männerlöhnen anzugleichen. Diese Möglichkeit muß ausgenutzt werden.“⁷⁸

Für Rita Sprengel begann in der Nachkriegszeit eine vielversprechende akademische Laufbahn. 1949 nahm sie an einem Hochschulkader-Lehrgang der SED teil, der von Fred Oelßner geleitet wurde, dem späteren Chefökonom der Partei. 1950 wurde sie Dozentin für Arbeitsökonomik an der Humboldt-Universität in Berlin, blieb politisch aktiv,⁷⁹ und veröffentlichte zu Fragen von Ökonomie und Arbeitswelt.⁸⁰

Mit Fred Oelßner war sie allerdings schon 1947 in einen theoretischen Konflikt geraten, in dem die Geringschätzung Oelßners für Sprengel

75 Schreiben Doris Maase an Claus Rummert vom 30. Januar 1978, SDW, AN 5486, o. Bl.

76 Todesanzeigen Doris Maase, MGR, NL2/5-1, o. Bl.

77 Doris Maase: Statt der üblichen Rede an meinem Grab zu verlesen, in: Lehmicke, Rührt euch.

78 Rita Sprengel: Grundfragen der Lohnpolitik. Die Lage 1929-1945, in: Die Arbeit. Theoretische Zeitschrift des FDGB, 1 (1947) 1/2, S.22-24, hier S.24. SMA steht für „Sowjetische Militäradministration in Deutschland“, die oberste Behörde in der sowjetisch besetzten Zone.

79 Im Juli 1950 wurde sie, wahrscheinlich im Rahmen einer Protestkundgebung, in West-Berlin mit anderen DozentInnen und ProfessorInnen der Humboldt-Universität festgenommen. Siehe Neues Deutschland, Nr. 167, 21.7.1950, S.11.

80 Darunter „Die Krise der Arbeitsmoral“ (Die Arbeit, 1 [1947] 5, S.120-122) und „Tarifrecht und Tarifpartner“ (ebenda, 1 [1947] 7, S.180-182), aber auch Kritik an antikommunistischen Ravensbrück-Erinnerungen. Leserinnenbrief an den „Telegraph“ zu Isa Vermehrens Erinnerungen vom 14. Juni 1946, MGR, NMG 10/34, Bl. 8-13.

gel mehr als deutlich wurde. Sprengel hatte in der theoretischen Partei-zeitschrift „Einheit“ Überlegungen zu planwirtschaftlichen Elementen im ‚New Deal‘ angestellt,⁸¹ Oelßner verteidigte dagegen den rein sozialistischen Anspruch auf den Begriff ‚Planwirtschaft‘, polemisierte heftig gegen Sprengels Aufsatz als „Entgleisung“ und warf ihr Nähe zum Austro-Marxismus vor.⁸²

Dieser theoretische Dissens trug wohl zu Sprengels Ausschluss aus der SED 1950 bei, der sie völlig überraschte und ihr als ein Versinken „in einen Schacht ohne Licht und Ausgang“⁸³ erschien. In der frühen DDR machte Rita Sprengel die Erfahrung, dass Aufstieg und Selbstverwirklichung von den politischen Zielen der SED begrenzt wurden: Auf die Zeit als Autorin und Hochschulkader folgte der Parteiausschluss, der erst 1957 aufgehoben wurde – nach dem XX. Parteitag der KPdSU und der zeitweisen Lockerung des parteiamtlichen Dogmatismus. In den nächsten Jahrzehnten forschte Sprengel trotz des erlittenen Rückschlags zu Fragen der „sozialistischen Arbeitswissenschaft“⁸⁴, unter anderem im Dresdner „Institut für Arbeitsökonomik“.⁸⁵ 1971 promovierte sie das zweite Mal, mit einer Arbeit zur „leistungsabhängigen Gestaltung der Lohnplanung in der sozialistischen Industrie der DDR“.⁸⁶

Ihre wissenschaftliche Fokussierung konnte Rita Sprengel auch in Konflikt mit anderen Überlebenden und Freundinnen bringen, gegenüber denen sich die Akademikerin immer wieder neu als Proletarierin beweisen musste.⁸⁷ Auch ihre anfängliche Weigerung, einen der obligatorischen

81 Siehe Rita Sprengel: Probleme moderner Planwirtschaft, in: Einheit. Theoretische Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 (1947) 6, S.533-540.

82 Siehe Fred Oelßner: Wirtschaftsplanung und Planwirtschaft. Einige kritische Bemerkungen zu dem Artikel von Rita Sprengel, in: ebenda, 2 (1947) 8, S.751-765.

83 Sprengel, Faden, S.267. Zur ausführlicheren Reflexion der Gründe ihres Ausschlusses – der später wieder zurückgenommen werden sollte – durch Sprengel siehe ebenda, S.267-271, und das Nachwort von Wolfgang Jacobeit, in: ebenda, S.303-322, hier Endnote 4, S.321.

84 Sprengel, Faden, S.264.

85 Siehe Autorenkollektiv: Ökonomik der Arbeit in der DDR. Unter Mitarbeit von H[ermann] Wagener, E[kkehard] Sachse, H[einz] Freyer, R[ita] Sprengel und H[orst] Bley, Berlin 1962, dort insbesondere S.13-73.

86 Dissertation Rita Sprengel, MGR, NL 1/1-4, o. Bl. Bereits 1949 war sie in Leipzig zum „Doktor der Gesellschaftswissenschaften“ promoviert worden. Siehe Sprengel, Faden, S.265, 269.

87 In dem bereits erwähnten, aus den frühen Achtzigerjahren rückblickenden Brief beschreibt sich Sprengel als eine Intellektuelle, die immer wieder beweisen musste, nicht „dis-

„Bausteine“ zur Finanzierung der „Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück“ zu kaufen, war ein Affront, richtete er sich doch gegen den politisch und biografisch höchst aufgeladenen Gedenkort für die Toten von Ravensbrück. Sie begründete ihre Ablehnung damit, dass die Geldmittel im unterfinanzierten Wohnungsbau in der DDR besser aufgehoben wären.⁸⁸

In Briefen Sprengels, die während des ‚Prager Frühling‘ entstanden, wird deutlich, wie sehr trotz aller Sympathie für die Bemühungen um Demokratisierung letztlich ihre „Einsicht in die Notwendigkeit“ bestimmend war, das ‚sozialistische Lager‘ an sich verteidigen zu müssen. Sie kritisierte im Verlauf des Jahres 1968 in mehreren Schreiben die Politik der tschechoslowakischen KP als undemokratisch und begrüßte die antistalinistische Entwicklung: „Wo Starrheit war, herrscht jetzt Bewegung.“⁸⁹ Diese Bewegung hatte für sie aber ihre klare Grenze dort, wo die Kritik des „Dogmatismus“ in „Liberalismus“ umschlage.⁹⁰ Die Zweifel an der Entwicklung des ‚sozialistischen Versuchs‘ mussten bei Rita Sprengel, obwohl sie sich nach eigener Aussage nicht zur sozialistischen „Befehlsempfängerin“⁹¹ eignete, aber hinter der grundlegenden Parteinahme für diesen Versuch zurückstehen: „Es ist eine unendlich schwere Aufgabe, vor der wir stehen, die gelöst werden muss.“⁹² Eine Freundin Rita Sprengels berichtete in einem Brief 1959, dass sie trotz starker Kritik in der Partei geblieben sei, bis sie von dieser ausgeschlossen wurde, „mit einem blutenden Herze und einen Fluch auf den Lippen“.⁹³ Rita Sprengel wird sich in diesen Worten wiedergefunden haben.

Ab Mitte der Siebzigerjahre verlagerten sich Rita Sprengels Tätigkeiten zur Dresdner Ortsgruppe der LAG, in deren Leitung sie wirkte. In Ko-

ziplinlos“ zu sein. Schreiben von Rita Sprengel an eine „Genossin“ vom 10. Januar 1982, MGR, NL 1/2-19, o. Bl.

88 Sie konnte allerdings von anderen Überlebenden auf Linie gebracht werden. Siehe Schreiben von Elsa Eisold an Marga Jung vom 21. Januar 1957, MGR, P-NMG/50, o. Bl. Die Gedenkstätte wurde 1959 eingeweiht. Siehe Erika Schwarz/Simone Steppan: Die Entstehung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, 1945-1959, in: Insa Eschebach (Hrsg.): Die Sprache des Gedenkens. Zur Geschichte der Gedenkstätte Ravensbrück 1945-1995, Berlin 1999, S.218-239.

89 Schreiben Rita Sprengel an Yvonne Useldinger vom 12. Mai 1968.

90 Alle Zitate Schreiben Rita Sprengel an Yvonne Useldinger vom 23. Mai 1968, MGR NL 1/4-19, o. Bl.

91 Sprengel, Faden, S.265.

92 Schreiben Sprengel an Useldinger vom 12. Mai 1968.

93 Schreiben N. B. an Yvonne Useldinger vom 17. August 1959, MGR, NL 1/5-2, o. Bl.

operation der LAG mit Betrieben, Ausbildungsstätten und Verbänden der DDR, oft im Rahmen der „Namensträgerkollektive“,⁹⁴ gab sie ihre Lebenserfahrungen als Widerstandskämpferin und Häftling der Konzentrationslager weiter. Sie pflegte aber auch weiter Kontakte zu Überlebenden in anderen europäischen Ländern und zu politisch nahestehenden Kreisen in der BRD. 1982 berichtete sie im Organ der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) nicht nur als Überlebende von Widerstand und Sabotage im Siemens-Lager von Ravensbrück, sondern rechnete als Ökonomin vor, dass der Siemens-Konzern dort durch die Arbeit von Häftlingen „Mehrwerttraten um 2000 Prozent“⁹⁵ erzielt habe.

Im Gegensatz zu Doris Maase erlebte Rita Sprengel noch wenige Jahre der Zeit nach der ‚Wende‘ 1989. Sie starb am 20. Dezember 1993 in Berlin. Ihr Leben endete, kurz nachdem auch das „Ende der Geschichte“ ausgerufen worden war, also die Ruhigstellung der historischen Bewegung in genau dem kapitalistischen Modus, gegen den sie zeitlebens ihr Wirken gerichtet hatte.

Ein spätes Dokument aus dem Nachlass Rita Sprengels reflektiert ihren Blick zurück auf die DDR, den Staat, den sie trotz aller Kritik als den ihren gesehen hatte. Im selbstkritischen Papier „Aus dem Inneren der Festung“ des langjährigen DKP-Politikers Steffen Lehndorff, das im Untertitel den KommunistInnen des 20. Jahrhunderts die große Frage stellt: „Was haben wir falsch gemacht?“⁹⁶, finden sich zahlreiche zustimmende Anstreichungen Sprengels. Kritisiert wird an diesen Stellen „Festungsmentalität“ und „quasi-militärischer Parteaufbau“, „Beschlussdisziplin“, „Frauen-Unterdrückung“ und die Sackgasse der „Blocklogik“. Es kommt zur bitteren Inventur: „Wir wollten KommunistInnen sein, die zu dem unvollkommenen ersten historischen Versuch der Realisierung unserer Ideale und Theorie stehen, und konnten es nur sein in dieser unseligen Begrenzung.“ Im letzten Absatz des Texts ist die Enttäuschung über das Scheitern des ‚historischen Versuchs‘ markiert – und daneben die Hoffnung, dass es nicht bei diesem Versuch bleiben würde. Doch solch ein Versuch wäre nur möglich „mit den Individuen, nicht über ihre Köpfe hinweg“.⁹⁷

94 Siehe unter anderem Notizen über die Beratung der Leitungssitzung Widerstandskämpferinnen (Ravensbrück) vom 20. September 1979, PArch Schindler-Saefkow, o. Sign.

95 Rita Sprengel: Wie Siemens an Häftlingen verdiente. Autobiografischer Bericht, in: Konsequenz, hrsg. vom Parteivorstand der SEW, 4 (1982), S.55-61, hier S.55.

96 Steffen Lehndorff: Aus dem Inneren der Festung, MGR, NL 1/5-9, o. Bl.

97 Alle Zitate ebenda. Das Binnen-I in „KommunistInnen“ findet sich bereits dort.

Fazit

Rita Sprengel sah sich als selbstständig denkende Kommunistin und war genauso wenig eine „Befehlsempfängerin“ wie Doris Maase, die im Düsseldorfer Kommunalparlament als solche beschimpft worden war. Die historischen Verläufe und die persönliche Entscheidung, sich diszipliniert an der kollektiv-abstract gebotenen „Einsicht in die Notwendigkeit“⁹⁸ orientieren zu müssen, setzten dieser Unabhängigkeit jedoch enge Grenzen.⁹⁹ Diese ‚unseligen Begrenzungen‘ galten auch für die Handlungsoptionen, die sich aus den Erfahrungen ihres Lebens entwickelten: Sie waren stets geleitet von überindividuell wirkenden Faktoren – Geschlechterverhältnisse in Gesellschaft und kommunistischer Bewegung, Machtübernahme der NationalsozialistInnen, Lagerbildung im ‚Kalten Krieg‘ – gegenüber denen eine individuelle Entscheidung manches Mal nur wenig und in vielen Momenten nichts bewirken konnte. Dies gilt in stärkerem Maße für Rita Sprengel, die sich entschieden hatte in der DDR zu bleiben und deren soziales Leben damit engstens mit dem Verhältnis zur SED verbunden war, und weniger für Doris Maase, der in der BRD der Siebzigerjahre mehr politischer Spielraum zur Verfügung stand.

Doris Maase und Rita Sprengel waren frei in ihren Entscheidungen und Handlungen, mit denen sie geschichtlich tätig wurden. Sie taten dies aber stets im begrenzenden Kontakt mit den Umständen, die sie nicht selbst gewählt hatten, sondern vorfanden. Gerade ihre politische Tätigkeit, die anderen nur als Einschränkung oder Last erschien, da sie dramatische persönliche Folgen haben konnte, bedeutete für sie auch die notwendige Eigenbewegung in der Auseinandersetzung mit der Kollektivität von Gesellschaft und Geschichte. „*Wir* aber tun etwas *Neues*, noch nie Getanes“, versicherte sich Rita Sprengel im Mai 1968, wenige Wochen vor der Niederschlagung des ‚Prager Frühling‘. Sie setzte hinzu: „Unter schweren Bedingungen“,¹⁰⁰ und beschrieb damit nicht nur das letztendliche Scheitern der großen politischen Hoffnungen ihrer Generation, sondern auch ihre persönliche Erfahrung des 20. Jahrhunderts: als politisch aktive Frau, die das Neue wollte; als Beteiligte des antifaschistischen Widerstands und Überlebende der nationalsozialistischen Konzentrationslager; als Kommunistin, die sich stets auf das *Wir* ihrer Partei und ihres Staates bezog, die es ihr beide nur wenig dankten.

98 Siehe das bereits erwähnte Schreiben Sprengel an Useldinger vom 12. Mai 1968.

99 1993 bemerkte sie biografisch abschließend: „Ich habe an manchen Stellen oftmals geschwiegen – gegen meine Überzeugung. Mir ist erst spät nach der Wende klar geworden, daß das mein Grundfehler war.“ Sprengel, Faden, S.319.

100 Beide Zitate Schreiben Sprengel an Useldinger vom 12. Mai 1968.

Regionales

Adam Frasunkiewicz und die Spaltung der Hemelinger Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg

Ulrich Schröder

1. Die preußische Industriegemeinde Hemelingen und die örtliche Sozialdemokratie vor Ausbruch des Krieges

Im Jahre 1897 war Hemelingen mit ca. 5.600 Einwohnern das größte Dorf in der preußischen Provinz Hannover.¹ Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hatten sich dort zahlreiche Fabriken angesiedelt. Rechts der Weser stromaufwärts gelegen und direkt an das bremische Staatsgebiet angrenzend, war es aus der Sicht hansestädtischer Unternehmer sehr günstig gelegen, denn es gehörte zum Zollverein und verfügte über Anschluss an die Bahnlinien Bremen-Hannover und Bremen-Osnabrück.² Durch Zuwanderung stieg die Wohnbevölkerung bis 1905 auf 7.214 und bis 1913 auf 8.810 Personen an.³ Im Jahre 1910 bestand deren erwerbstätiger Teil zu etwa 60 Prozent aus Arbeitern und unselbstständigen Handwerkern, 31 Fabriken hatten sich mittlerweile angesiedelt.⁴

Seit 1871 galt bei Gemeindewahlen das Sechsklassenwahlrecht. Jedes Jahr wurde je einer von insgesamt drei Vertretern der sechs Steuerklassen neu gewählt bzw. bestimmt. Dieses ungleiche Wahlrecht, das bis zum Ende des Ersten Weltkrieges in Kraft war, hatte zur Folge, dass höchstens drei Arbeiter als Angehörige der 6. Wählerklasse in den Gemeindeausschuss entsendet werden konnten. Laut Klaus Düwel gelangten spätestens seit 1896 nur Sozialdemokraten als mit großer Mehrheit gewählte Vertreter

1 Siehe Klaus Düwel: Die industrielle und kommunale Entwicklung des Fabrikortes Hemelingen. Ein Kapitel der Industrialisierung des Bremischen Randgebietes, Phil. Diss., Göttingen 1958, unveränderter Nachdruck Bremen 1990, S.43.

2 Siehe ebenda, S.9-19, 27-34.

3 Siehe Friedrich Rauer: Hemelingen. Notizen zur Vergangenheit, hrsg. von der Sparkasse in Bremen, o. O. [Bremen] 1987, S.66.

4 Siehe Düwel, Entwicklung, Anhang III. Da das Adressbuch für Hemelingen und den Kreis Achim 1911 die Quelle war, die Düwel auswerten konnte, sind natürlich nur die darin aufgeführten, überwiegend männlichen Personen berücksichtigt.

der größten Wählergruppe in das Gremium.⁵ Bei der Reichstagswahl vom 12. Januar 1912 entfielen 62,9 Prozent der abgegebenen Stimmen auf den Kandidaten der SPD.⁶

Die Geschichte der Hemelinger Arbeiterbewegung in der wilhelminischen Vorkriegsepoche ist bislang nicht untersucht worden. Düwels wenige und überwiegend allgemein gehaltene Bemerkungen stützen sich weitgehend auf mündlich mitgeteilte Erinnerungen des ehemaligen Parteifunktionärs Karl Moewes.⁷ Demnach wurde der Ortsverein Hemelingen der SPD im Oktober 1891 von zugezogenen Arbeitern gegründet. Zuvor hatten sich die Hemelinger Sozialdemokraten nach Hastedt, der benachbarten bremischen Arbeitergemeinde, orientiert.⁸ Allein aus der Tatsache, dass im Jahre 1909 der örtliche Parteiverein 462 Mitglieder zählte und ihre Anzahl bis zum 1. April 1914 auf 869, darunter 228 Frauen, steigern konnte,⁹ lässt sich schließen, dass Hemelingen bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine Hochburg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gewesen sein muss. Dafür spricht auch der politische Werdegang des 1. Vorsitzenden des Parteivereins, Adam Frasukiewicz, der am 6. November 1918 vom Söller des Bremer Rathauses die Bildung des Arbeiter-

5 Siehe ebenda, S.82 und Anhang IV; die Wahlliste 1905 enthielt beispielsweise für die Klassen 1-3 nur wenige Firmen bzw. deren Inhaber, für die 4. Klasse 45 wahlberechtigte Personen und Firmen, für die 5. Klasse 167 und für die 6. Klasse 1.068 Personen, siehe Helga Hoffmann: Hemelingen: Von Nachbarn, Bekannten und Unbekannten. 100 Jahre im Zeitraffer, T. 1, Hrsg. Kultur- und Freizeitgemeinschaft Hemelingen e.V., o. O. [Bremen] 2013, S.488.

6 Berechnet nach den Angaben in der Bremer Bürger-Zeitung (BBZ), 16.1.1912.

7 Siehe Düwel, Entwicklung, S.82, Anm. 54. Karl Moewes, gelernter Böttcher, der seinen ursprünglichen Familiennamen Moses ändern ließ, trat der SPD wahrscheinlich bereits vor dem Ersten Weltkrieg bei, als Maat der Kriegsmarine schickte er seinen Parteigenossen Ende 1916 Neujahrsgrüße. Am 26.3.1919 zum 2. Vorsitzenden des Ortsvereins Hemelingen der USPD gewählt, bekleidete er fortan Parteiämter in der USPD und gehörte seit April 1921 dem Hemelinger Gemeindefachausschuss als Mitglied der USPD- bzw. SPD-Fraktion an. Ab Juli 1929 fungierte er als besoldeter Beigeordneter, und er hatte den Vorsitz der Arbeiterwohlfahrt inne. Ende März 1933 inhaftierte man ihn wegen Untreue zum Nachteil der Gemeinde Hemelingen, er wurde aber freigesprochen, siehe BBZ, 30.12.1916; Bremer Arbeiterzeitung (BAZ), 28.3.1919, 28.3. und 4.10.1920; Dierk Wolters: Hemelingen: Vom Bauerndorf zur Industriegemeinde, Bremen o. J. [1975], S.124, Hoffmann, Hemelingen, S.510, 514, und Arbeitskreis Geschichte der KuFAG (Margot Müller): Auch Hemelingen hatte einen Adolf-Hitler-Platz. Eindrücke aus Hemelingen 1933-1945, o. O. u. J., S.10, 16.

8 Siehe Düwel, Entwicklung, S.80f.

9 Siehe Bericht von der Generalversammlung am 17.4.1914, in: BBZ, 17.4.1914; die Anzahl der Abonnenten der Bremer Bürger-Zeitung – 880 am 1.4.1914 – lag sogar noch höher.

und Soldatenrats der Hansestadt verkündete.¹⁰ 1879 in Bromberg, Provinz Posen, geboren, absolvierte er eine Schuhmacherlehre, ging auf Wanderschaft und trat 1897 der SPD bei.¹¹

Seit wann er den Hemelinger Parteivorsitz innehatte, ließ sich nicht ermitteln,¹² jedoch wählte ihn die Generalversammlung des Bremer Parteivereins bereits im Februar 1906 als Vertreter des radikalen Parteiflügels in die einflussreiche Presskommission, die die politische Linie des Parteiorgans „Bremer Bürger-Zeitung“ (BBZ) und die Zusammensetzung der Redaktion bestimmte.¹³ In dieser Funktion war er mit Unterbrechungen mehrere Jahre lang tätig.¹⁴ Im Oktober 1909 gewann er mit 253 von 259 abgegebenen Stimmen die Wahl in den Hemelinger Gemeindeausschuss.¹⁵ Als Berufsbezeichnung hatte er bereits damals „Expedient“ angegeben, obwohl er die Leitung der Hemelinger Filialexpedition der „Bremer Bürger-Zeitung“ erst 1911 offiziell übernahm. 1913/1914 absolvierte er die zentrale Parteischule der SPD in Berlin und leitete ab April 1914 den örtlichen Bildungsausschuss.¹⁶ Frasunkiewicz übte also bereits als junger Mann nicht nur in der Hemelinger, sondern auch in der Bremer SPD politischen Einfluss aus und dürfte entsprechend bekannt gewesen sein.¹⁷

10 Siehe unten.

11 Siehe Sabine Roß (Bearb.): Biographisches Handbuch der Reichsrätekongresse 1918/19, Düsseldorf 2000, S.127f.

12 Im April 1906 wurde H. Klenkens zum 1. Vorsitzenden gewählt, siehe BBZ, 4.4.1906. Zu den Generalversammlungen der folgenden Jahre liegen keine bzw. unvollständige Berichte vor oder sie konnten nicht aufgefunden werden.

13 Siehe Karl-Ernst Moring: Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890-1914. Reformismus und Radikalismus in der Sozialdemokratischen Partei Bremens, Hannover 1968, S.90; zur Bedeutung und Funktion der Presskommission siehe ebenda, S.88-91.

14 Siehe Erhard Lucas: Die Sozialdemokratie in Bremen während des Ersten Weltkrieges, Bremen 1969, S.35.

15 Sitzungsprotokolle Gemeindeausschuss Hemelingen, Laufzeit 31.10.1905-9.9.1910, Wahlversammlung am 21.10.1909 (im Folgenden: Prot. GA Hem.), Staatsarchiv Bremen (im Folgenden: StAB) 6,6/1 Akz.2-Bd.5, S.421. Die Angabe Hoffmanns (Hemelingen, S.503), er sei bereits 1904 in den Gemeindeausschuss gewählt worden, ist falsch, gewählt wurde der Schlosser Emil Ehrlich.

16 Siehe Roß, Handbuch, S.127f.; BBZ, 18.4.1914.

17 Er war kleinwüchsig und litt unter einer Rückgratverkrümmung, siehe Wilhelm Eildermann: Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972, S.292, 333. Wahrscheinlich deshalb konnte er nicht zum Militär eingezogen werden. Auf seine körperlichen Eigenschaften spielten vor allem seine politischen Gegner immer wieder an, und nach der Niederschlagung der Bremer Räterepublik wurde nach Buckligen gefahndet.

2. Kriegsgegnerschaft und Proteste der „Kriegerfrauen“ gegen die Verschlechterung ihrer materiellen Lage

Als der Ausbruch des Ersten Weltkrieges immer wahrscheinlicher wurde, rief der Parteivorstand der SPD am 25. Juli 1914 zu Antikriegskundgebungen auf. Daran nahmen im Zeitraum vom 25. bis 31. des Monats etwa 500.000 Menschen in allen Teilen des Reichs teil.¹⁸ Allein in Bremen fanden am 28. Juli sieben Saalveranstaltungen statt, denn Kundgebungen im Freien waren untersagt. Ort der Hemelinger öffentlichen Versammlung am 29. Juli war das „Lüers Tivoli“, das mit ca. 1.000 Besuchern bis auf den letzten Platz gefüllt war.¹⁹ Der linksradikale BBZ-Redakteur Paul Frölich prangerte die Kriegsbereitschaft Österreich-Ungarns an und betonte die große Verantwortung der deutschen Sozialdemokratie für den Erhalt des Friedens. In der Diskussion geißelte Fritz Wolffheim aus Hamburg unter stürmischem Beifall „die ungeheure Zumutung, daß das deutsche Proletariat, das verfolgte, entrechtete, gebüttelte [...] sich auf dem Schlachtfeld für den Kapitalismus opfern solle“.²⁰ Einstimmig verabschiedeten die Versammelten wie ihre Genossen in der gesamten Region eine scharfe Resolution, in der sie ihre Bereitschaft gelobten, „opferfreudig ihre ganze wirtschaftliche Macht zur Aufrechterhaltung des Friedens einsetzen zu wollen“.²¹ Bekanntlich befürwortete die SPD-Reichstagsfraktion am 4. August ebenso einstimmig die Kriegskredite und ließ sich auf den sogenannten Burgfrieden ein. Als in Hemelingen drei Tage darauf die erste Gemeindeausschuss-Sitzung im Krieg stattfand, verspäteten sich die drei sozialdemokratischen Mitglieder Frasunkiewicz, Johann Meier und Franz Höpfner demonstrativ. Sie betraten den Sitzungssaal erst, nachdem die bürgerliche Mehrheit das Kaiserhoch ausgebracht hatte, um sich danach an der Aussprache über die Unterstützung der Familien von zum Krieg Eingezogenen beteiligen zu können.²²

18 Siehe Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, Berlin 1968, S.263-265; siehe zu den Protesten auch Jörn Wegner: Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Weltkrieges und ihre Entwaffnung durch die SPD-Führung, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2014/II, S.39-52.

19 Die Aufrufe zu den Kundgebungen in der Region und Berichte darüber finden sich in den BBZ-Ausgaben vom 27.7.-31.7.1914.

20 BBZ, 31.7.1914. Zu Frölich siehe Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S.223-225, und zu Wolffheim ebenda, S.882f.

21 Resolutionstext abgedruckt in: BBZ, 29.7.1914.

22 Prot. GA Hem., Laufzeit 30.9.1910-3.10.1916, StAB 6,6/1 Akz.2 – Bd.6, S.368-370.

Darüber, wie die Parteibasis vor Ort dachte, nachdem der Krieg begonnen worden war, berichten keine Quellen. Es spricht aber viel für die Annahme, dass die meisten Genossinnen und Genossen bei ihrer ablehnenden Haltung blieben, zumal die BBZ, die nach wie vor viel gelesen wurde, trotz militärischer Vorzensur an ihrem kritischen Kurs festhielt.²³ Mitglieder des Hemelinger SPD-Ortsvorstandes bekannten sich schon frühzeitig zur Opposition. Den von Karl Liebknecht entworfenen und am 9. Juni 1915 von führenden Parteilinken redigierten „offenen Brief“ an den Parteivorstand und den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unterschrieben zwölf Hemelinger SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre, darunter außer Frasunkiewicz auch sein Stellvertreter Georg Deilecke, der Kassierer Wilhelm Svenson und zwei Frauen. Mit ihrer Unterschrift bekundeten sie ihren Zorn über die „immer schroffere Abkehr“ der führenden Genossen von den „bisherigen Grundsätzen“ der Sozialdemokratie und deren Anpassung an die Politik des annektonistischen Bürgertums. Gleichzeitig unterstützten sie die Forderung, den Burgfrieden aufzukündigen und zum Klassenkampf zurückzukehren.²⁴

Wie überall im Reich, wo die Arbeiterschaft einen hohen Anteil an der Wohnbevölkerung stellte, begannen die Arbeiterhaushalte in Hemelingen zunehmend unter der Verknappung und Verteuerung von Lebensmitteln und Bekleidungsartikeln sowie dem Sinken der Reallöhne zu leiden.²⁵ Be-

23 Es gab zwar auch Redakteure, die sich mit der Politik der Kriegskreditbewilligung einverstanden erklärten, jedoch stachen die kritischen Beiträge, für die insbesondere der Reichstagsabgeordnete Alfred Henke verantwortlich zeichnete, stärker hervor, siehe Lucas, Sozialdemokratie, S.25-27. Einen guten Überblick über die Berichterstattung der BBZ bietet Holger Böning: *Kriegsalltag in der Bremer Presse – einige Schlaglichter und Beobachtungen*, in: Lars U. Scholl (Hrsg.): *Bremen und der Erste Weltkrieg, Kriegsalltag in der Hansestadt*, Bremen 2014, S.50-98, *passim*.

24 Abgedruckt in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe II, Bd. 1: Juli 1914-Oktober 1917, Berlin 1958, S.169-173 (Protestschreiben), und 175, 177f. sowie 185 (Unterschriften aus Hemelingen). Zum Vergleich: Unter den etwa 1.000 Unterzeichnern befanden sich nur drei Bremer, Alfred Henke, Johann Knief und Karl Klawitter, in Hamburg und Altona unterschrieben insgesamt elf Genossen, siehe dazu Gerhard Engel: *Johann Knief – ein unvollendetes Leben*, Berlin 2011, S.225, und Volker Ullrich: *Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Sozialgeschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg 1914-1918*, Bremen 1999, S.37.

25 Zur Ernährungslage und der wachsenden Unzufriedenheit gibt es eine umfangreiche Literatur, siehe z. B. Volker Ullrich: *Kriegsalltag. Zur inneren Revolutionierung der wilhelminischen Gesellschaft*, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München-Zürich 1994, S.603-671, und Nico Wiethof: „Gebt mir für meine Kinder Brot. Die Fensterscheiben sollte man einhauen.“ *Die Lebensmittelver-*

sonders viel Unmut erregte die Handhabung der Kriegsunterstützung für die Ehefrauen und Kinder der zum Kriegsdienst eingezogenen Männer. Sie speiste sich aus staatlichen Mitteln, ergänzt durch kommunale Zuschüsse, setzte eine Bedürftigkeitsprüfung voraus und war von vornherein zu gering bemessen.²⁶ Bei der Auszahlung am 1. Juni 1915 wurde den Hemelinger „Kriegerfrauen“ 1,50 Mark abgezogen. „Warum, wurde ihnen nicht gesagt.“ Der Berichterstatter, vermutlich Frasunkiewicz, hoffte, dass der Kriegsausschuss bei der Auszahlung der zweiten Monatsrate „nicht weitere Abzüge macht“.²⁷ In der Gemeindeausschuss-Sitzung am 23. Juli 1915 forderte er eine Erhöhung der Unterstützung „mit Rücksicht auf die Lebensmittelkürzung“. Gemeindevorsteher Alfred Christern vertröstete ihn mit dem Hinweis, er habe ein „dringliches Gesuch der Frauen schon befürwortend an den Vorsitzenden der Kreiskommission weitergegeben“.²⁸ „Große Mißstimmung“ herrschte erneut Anfang September, weil Brotzusatzkarten, mit denen die Empfänger gerechnet hatten, nicht ausgegeben wurden.²⁹ Als dann zwei Monate später die Kriegerfrauen ihre Unterstützung vom Rathaus abholen wollten, gingen sie davon aus, „daß die fünfundzwanzigprozentige Erhöhung der Reichsunterstützung für sie in Kraft trete“. Sie sahen sich getäuscht, weil der zuständige Kreisausschuss für Kriegshilfe des Kreises Achim, „dem wohl aus jedem Ort ein Pastor, aber leider kein Arbeiter angehört“, es versäumt hatte, die entsprechende Ministerialverfügung umzusetzen.³⁰ Für die folgende Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins am 17. November wünschte sich der Vorstand insbesondere den Besuch von Frauen.³¹ Was dort besprochen wurde, ist nicht überliefert. Jedoch versammelten sich zwei Tage später, als der Gemeindeausschuss tagte, etwa 700 Kriegerfrauen vor dem Rathaus, denn auch am 16. des Monats war ihnen der erhöhte Un-

sorgung in Bremen während der Kriegsjahre, in: Eva Schöck-Quinteros u. a. (Hrsg.): Eine Stadt im Krieg, Bremen 1914-1918, Bremen 2013, S.291-318. Ausführliche, allerdings unübersichtlich dargebotene Informationen zu diversen Aspekten des Kriegsalltags finden sich bei Hoffmann, Hemeligen, S.215-241. In der BBZ erschienen zahlreiche Hinweise zur Ausgabe von Lebensmitteln und zu deren Regulierung (z. B. durch Brotkarten) sowie Berichte über lange Wartezeiten, Preistreiberei usw.

26 Siehe Karl-Heinz Grotjahn (Hrsg.): Stahl und Steckrüben. Beiträge und Quellen zur Geschichte Niedersachsens im Ersten Weltkrieg (1914-1918), Bd. 2, Hameln 1993, S.87f.

27 BBZ, 7.6.1915.

28 Prot. GA Hem., Sitzung vom 23.7.1915, StAB 6,6/1 Akz.-Bd.6, S.431.

29 BBZ, 4.9.1915.

30 BBZ, 6.11.1915.

31 Siehe BBZ, 11.11.1915.

terstützungssatz nicht ausgezahlt worden. In einer Zuschrift an die BBZ schilderte eine Genossin die Stimmung: „Daß man uns [...] nicht mehr gab, machte böses Blut bei uns Frauen, wo man uns doch das Liebste, was wir haben, unsere lieben Männer, genommen hat.“ Der Gedanke, „dem Bürgermeister unsere Not zu klagen“, habe sich wie ein „Lauffeuer“ verbreitet. Zu ihrer Überraschung hätten sich überwiegend nicht organisierte Frauen an der Aktion beteiligt, „was ich daraus schließe, daß sie größtenteils ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ und den letzten Vers von ‚Heil dir im Siegerkranz‘ sangen“.³² Vielleicht war das geschickt eingefädelt, damit die Gendarmerie sich nicht einzugreifen traute. Jedenfalls stellte die „Berner Tagwacht“, das international beachtete Organ der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern, die Kundgebung in eine Reihe mit Demonstrationen, die in Berlin, Dresden und Leipzig stattgefunden hatten: „Noch steckt die rein ökonomische Protestbewegung in ihren Anfängen, noch sind die in ihr enthaltenen Kräfte nicht entfaltet, und schon schwingt sich die Bewegung auf eine höhere Stufe.“³³

Am 11. Dezember ließ Johann Knief, der führende Kopf der Bremer Linksradikalen, in der wöchentlichen Sitzung des „Indianerklubs“, einer Diskussionsrunde linker Bremer Sozialdemokraten, einige Ausgaben des Schweizer Parteiblatts herumgehen.³⁴ Frasunkiewicz, der dem Zirkel ansonsten nicht angehörte, war anwesend und äußerte sich pessimistisch: „Es bedürfte eines Heldenmutes, um etwas zu tun. [...] Der Militarismus hat seine Krallen so tief ins Volk geschlagen, daß keiner sich losmachen kann, ohne daß Fleisch sitzen bleibt. Es liegt nicht nur am Nichtwollen, sondern auch am Nichtkönnen.“ Sein Nachredner Martin Boldt führte jedoch die Hemelinger Aktion ausdrücklich als ermutigendes Vorbild an: „Wir müssen die Frauen vorschicken, die man nicht in den Schützengräben bringen kann. [...] Wenn die Munitionsarbeiter streiken, ist der Krieg beendet.“ Der junge Wilhelm Eildermann, dem wir die Überlieferung dieser internen Diskussion verdanken, notierte ergänzend in sein Tagebuch, „der kleine Frasunkiewicz“ habe die Demonstration „organisiert“.³⁵

32 BBZ, 20.11.1915. Die anonyme Verfasserin könnte Anna Meerkötter gewesen sein, die wenige Monate zuvor den „offenen Brief“ unterzeichnet hatte und gemeinsam mit Frasunkiewicz sogenannte Strickabende organisierte (siehe unten).

33 Berner Tagwacht, 8.12.1915.

34 Zu Knief siehe Engel, Johann Knief, *passim*; zum „Indianerklub“ siehe ebenda, S.237-245, und Lucas, Sozialdemokratie, S.31-34.

35 Zit. nach: Eildermann, Jugend, S.291f. Holger Böning, der die Quelle ausgewertet hat, erwähnt die Hemelinger Demonstration zwar, datiert sie aber falsch (Dezember 1915) und

Das bestritt dieser energisch, als der Ortsvorsteher und bürgerliche Gemeindevertreter ihm in der Dezember-Sitzung des Gemeindeausschusses vorwarfen, „er habe die Kriegerfrauen aufgehetzt und den Burgfrieden gebrochen“.³⁶ Der Protest der Frauen war erfolgreich, denn ab Dezember 1915 wurde ihnen der erhöhte Unterstützungssatz ausgezahlt.³⁷ Nach dieser Aktion organisierten die Sozialdemokraten „Flick- und Strickabende“ für Kriegerfrauen, die regelmäßig sonntags abends im geheizten oberen Saal des Lokals „Lüers Tivoli“ stattfanden. Zwecks Unterhaltung wurde dabei aus Werken Goethes, Schillers und Reuters vorgelesen, und man sang gemeinsam.³⁸

3. Der Weg zur Parteispaltung vor Ort seit Ende 1915

Nachdem 20 Mitglieder der SPD-Reichstagsfraktion, darunter der Bremer Alfred Henke, am 21. Dezember 1915 gegen die fünfte Kriegskreditvorlage gestimmt hatten, spitzten sich die Gegensätze zwischen den den Burgfrieden befürwortenden „Parteimehrheit“ und der Opposition zu. Deren Vertreter waren sich trotz divergierender politischer Auffassungen in einem Punkt einig: Der Krieg sollte so schnell wie möglich und ohne Annexionen beendet werden. In Bremen, wo die Parteimehrheit sich in der Minderheit befand, „platzte“ am 9. Januar 1916 „ein Ereignis, dessen psychologische Auswirkungen sich kaum überschätzen lassen“, so Erhard Lucas.³⁹ Unangekündigt erschien die „Bremische Correspondenz“, mit der örtliche Parteirechte der „Bremer Bürger-Zeitung“ Konkurrenz machen wollten, weil diese den Standpunkt der Opposition unterstützte. Dies löste in der Mitgliedschaft große Empörung aus. Die Presskommission wählte am 27. Januar ihren bisherigen Vorsitzenden Karl Deichmann ab, der als Reichstagsabgeordneter zur Fraktionsmehrheit gehörte, und ersetzte ihn durch Frasunkiewicz.⁴⁰ „Parteispaltung“ hieß das Thema, zu dem am 3. März Johann Knief in der Mitgliederversammlung der Heme-

meint, sie habe vor dem Bremer Rathaus stattgefunden. Siehe Böning, Kriegsalltag, S.71. 36 BBZ, 13.12.1915.

37 Siehe ebenda.

38 Ankündigungen und Kurzberichte u. a. in: BBZ, 25.11., 30.11., 24.12.1915, 16.1. wöchentlich bis 18.3.1916. In der wärmeren Jahreszeit sollten die Termine ausfallen.

39 Siehe Lucas, Sozialdemokratie, S.43, daraus auch zum Folgenden.

40 Siehe ebenda, S.46, und Engel, Johann Knief, S.259. Als Ludwig Waigand, der Sekretär des Parteibezirks Nordwest, sich mit Deichmann solidarisch erklärte, verlor er auch sein Amt als zweiter Vorsitzender und Schriftführer der Presskommission.

linger SPD referierte. „Wohl der größte Teil der Anwesenden war mit der Tendenz des Vortrages einverstanden“, meldete die BBZ acht Tage später. In Versammlungen forderte Knief zu der Zeit dazu auf, die Rechten aus der Partei zu verdrängen und diese von innen für die Politik der Linksradi-kalen zu erobern.⁴¹

Am 12. März vertraten Frasunkiewicz und Svenson in Bremen die Hemelinger Genossen auf der Generalversammlung des südlich und südöstlich der Hansestadt gelegenen 6. hannoverschen Wahlkreises, die nur noch von wenigen Ortsvereinen beschildet war. Zwar gelang es ihnen mit äußerst knapper Mehrheit eine Resolution gegen die Herausgeber der „Bremischen Correspondenz“ durchzusetzen, doch sahen sie sich ausgebootet, indem Frasunkiewicz sein Amt als Mitglied der Zeitungskommission an einen Verdener abgeben musste. „Der Hauptzweck“ der Versammlung, kommentierte Frasunkiewicz, sei „ja erreicht. Man hat den ‚radikalen‘ Berserker, welches Wort auch in der Generalversammlung fiel, abgesägt.“⁴² Zwei von der Hemelinger SPD angekündigte öffentliche Versammlungen am 27. März und am 20. August 1916 – Letztere mit Alfred Henke zum Thema „Krieg und Frieden“ – wurden verboten.⁴³ Ohnehin litt das Parteileben durch Einberufung zahlreicher Mitglieder, von denen bereits viele gefallen waren, unter Auszehrung.⁴⁴ Am 3. Oktober stimmte Frasunkiewicz im Gemeindefachausschuss gemeinsam mit dem Bürgerlichen Albert Ahlers, Direktor der Jute-Spinnerei, gegen eine Anleihe von 20.000 Mark bei der Hemelinger Sparkasse zwecks Zeichnung zur 5. Kriegs-anleihe.⁴⁵ Zuvor waren gemeindliche Kriegs-anleihen – soweit ersichtlich – stets einstimmig beschlossen worden.

Ab Dezember 1916 beschleunigte sich der Spaltungsprozess der SPD: Die Mitgliederversammlung des (mehrheitlich linksradikalen) Bremer

41 Siehe Engel, Johann Knief, S.256-261.

42 BBZ, 16.3.1916. Auch auf der folgenden Kreiskonferenz am 10.9.1916 fiel Frasunkiewicz bei der Wahl des Delegierten zur Berliner Reichskonferenz (21.-23.9.) mit elf zu zwei Stimmen durch. Daran waren mit Stimmrecht der Bezirkssekretär Ludwig Waigand und der Bezirksvorsitzende Hermann Rhein – beide Parteirechte – beteiligt (siehe BBZ, 12.9.1916). Zum Verlauf der Reichskonferenz siehe Hartfried Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/Main-Köln 1975, S.68-74.

43 Siehe BBZ, 28.3., 18.8., 19.8.1916.

44 In der BBZ vom 22.7.1916 hieß es, dass von den 100 Hemelinger Gefallenen „ein großer Prozentsatz zu uns“ gehöre.

45 Prot. GA Hem., Sitzung vom 3.10.1916, StAB 6,6/1 Akz.2 –Bd.7, S.502; BBZ, 7.10.1916.

Parteivereins beschloss, keine Mitgliedsbeiträge mehr an den Parteivorstand in Berlin abzuführen, verlor aber die Kontrolle über die Bürger-Zeitung an die Parteispitze.⁴⁶ Der Hemelinger Ortsvorstand beklagte in der BBZ-Ausgabe vom 13. Januar 1917, dass mehrere Mitglieder die Idee der „Beitragssperre“ nach ihrer Logik auslegen und einfach keine Beiträge mehr bezahlen“. Es liege jedoch auf der Hand, dass solch eine individuelle Verweigerungshaltung „ohne jegliche praktische Bedeutung“ sei. Der Vorstand des Hemelinger Ortsvereins sei „aus taktischen Gründen zurzeit noch Gegner der Beitragssperre“ und habe das Thema deshalb auf die Tagesordnung der kommenden Mitgliederversammlung gesetzt. Folgende Resolution fand nach längerer und kontroverser Diskussion eine beträchtliche Mehrheit: „Die am 14. Januar tagende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Hemelingen erklärt, daß sie mit der Politik des Parteivorstandes und der Mehrheit der Reichstagsfraktion nicht einverstanden sein kann. Die Sozialpatrioten haben durch ihre Politik wohl die Interessen der kapitalistischen Gesellschaft, aber nicht die des auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Proletariats vertreten. Aus diesem Grunde lehnt die Versammlung grundsätzlich die Politik des Parteivorstandes und seiner Vertrauten ab. Die Versammlung erklärt, daß sie prinzipiell auf dem Boden der Beitragssperre steht, diese aber zur Zeit aus t a k t i s c h e n Gründen ablehnen muß. Soll die Beitragssperre ein wuchtiger Schlag gegen den Parteivorstand sein, so muß sie systematisch im ganzen Reiche von der gesamten Opposition organisiert und beschlossen werden!“ Die mittlerweile von der Parteirechten redigierte BBZ druckte den Bericht zwar ab, merkte dazu jedoch an, man wisse „nicht, worüber man mehr erstaunen soll, über die Offenheit der Hemelinger Genossen, die nahe an Zynismus grenzt, oder über ihre Kurzsichtigkeit“.⁴⁷

Derweil hatte sich am 7. Januar die Opposition zu ihrer ersten Reichskonferenz in Berlin getroffen, worauf die Parteimehrheit elf Tage später mit Parteiausschluss reagierte.⁴⁸ Einen Monat später, am 8. Februar, stimmte der Bezirksvorstand Nordwest dem Vorgehen von Parteiausschluss und -vorstand „rückhaltlos“ zu,⁴⁹ was auf der folgenden Vorstandskonferenz des 6. hannoverschen Wahlkreisvereins am 4. März zu heftigen Auseinandersetzungen führte. Weder konnten sich die Hemelinger mit einer Resolution, „die sich für die Opposition aussprach“, durchset-

46 Siehe Lucas, Sozialdemokratie, S.75-80, 85-89.

47 BBZ, 18.1.1917.

48 Siehe Krause, USPD, S.79-84.

49 BBZ, 10.2.1917.

zen, noch Bezirkssekretär Ludwig Waigand mit einem gegenteiligen Antrag. Mehrheitlich beschloss die Konferenz, dass sie „sich mit der Politik der Mehrheit nicht einverstanden erklären“ könne, verwerfe „jedoch jede Gründung von Sonderorganisationen, bevor der nächste Parteitag gesprochen hat“. Waigand schaffte es mittels eines Zusatzantrages dennoch, dass sich eine Mehrheit hinter den Beschluss des Bezirksvorstandes vom 8. Februar stellte. Darauf erklärten die Vertreter des Hemelinger Ortsvorstandes, „daß sie die Scheidung vollzogen haben und sie ihrer eigenen Wege gehen würden“.⁵⁰

Bevor die Hemelinger Parteibasis darüber debattieren und entscheiden konnte, ob sie dem Kurs ihrer Führung folgen wollte, versuchten Waigand und eine Gruppe von Hemelinger Genossen jeweils, den Sozialdemokratischen Verein für die benachbarten Orte Mahndorf, Arbergen und Uphusen auf ihre Seite zu ziehen, der „eingeschlafen“ und auf Konferenzen des Kreisvereins schon seit längerer Zeit nicht mehr vertreten gewesen war. Am 18. März fand eine Mitgliederversammlung zwecks Wiederbelebung der Parteiarbeit statt, zu der 14 Genossen erschienen. Die Hemelinger Gäste unter Frasunkiewicz' Führung waren sogar in der Überzahl und wurden zur Diskussion zugelassen. Gegen den heftigen Widerstand des Bezirkssekretärs warben sie für die Opposition und erreichten, dass die Mahndorfer sich ihr bei einer Gegenstimme anschlossen.⁵¹

Eine Woche später stimmte die Mitgliederversammlung des Hemelinger Parteivereins darüber ab, ob sie bereit war, sich die einmütig beschlossene Entscheidung ihres Vorstandes zu eigen zu machen.⁵² Frasunkiewicz begründete sie und wurde von einigen Diskussionsrednern unterstützt. Hermann Rhein und Waigand vom Bezirksvorstand „ließen sich auf die persönlichen Angriffe nicht ein“ und warnten vor der „Zerreißung der Kreisorganisation“. Sie fanden kein Gehör. Die Versammelten entschieden sich im Sinne des Ortsvorstandes. Die BBZ vermerkte, es sei nicht feststellbar gewesen, ob auch Stimmenthaltung geübt wurde. Ein Teil der Besucher sei bereits vor der Abstimmung gegangen. Waigand gab bekannt, er werde bei denjenigen Genossen, die nicht mit der Mehrheitspar-

50 BBZ, 6.3.1917.

51 Siehe Sitzungsprotokoll, Auszug aus Protokollbuch des Sozialdemokratischen Vereins für Mahndorf, Arbergen und Uphusen, begonnen am 14. Juni 1907, nach Reinhard Dietrich: Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte im Altkreis Achim – eine chronologische Dokumentation, Verden 2008, S.30f., und BBZ, 20.3.1917.

52 Einladung in: BBZ, 20.3.1917.

tei brechen wollten, weiterhin die Beiträge kassieren.⁵³ Außerdem betrachtete er es als „selbstverständliche Pflicht [...], als stellvertretender Kreis-kassierer das Material und die Kasse in Verwahrung zu nehmen“, was ihm teilweise gelungen zu sein scheint.⁵⁴

4. Von der Abspaltung bis zur Novemberrevolution

Zwei Tage nach der Mitgliederversammlung führte am 27. März 1917 die Trennung zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung. Da die Hemelinger Filial-Expedition der BBZ zur Opposition übergegangen war, wollte der Verlag die Verbreitung der Zeitung vor Ort wieder selbst in die Hand nehmen. Mehrere Verlagsangestellte gingen gemeinsam mit drei Bremer Zeitungsfrauen nach Hemelingen, um die Zeitung dort zu verteilen. Die bisherigen Austrägerinnen stellten sich ihnen entgegen und holten den Arbeiter Asendorf zur Hilfe, „der seinerseits nun versuchte, den Angestellten bzw. den Zeitungsausträgerinnen die Zeitungen mit Gewalt zu entreißen, was zum Teil auch gelang“. Das Achimer Schöffengericht sprach ihn im Juni 1917 vom Tatvorwurf der Nötigung frei, da er glaubte, er habe „als Mitglied der Hemelinger Zeitungskommission über deren Eigentum zu wachen“.⁵⁵

Die Opposition konstituierte sich in Gotha, wo sie vom 6. bis 8. April 1917 ihren Gründungsparteitag abhielt, als „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD).⁵⁶ In Hemelingen bildete sich der bisherige Ortsverein zum USPD-Ortsverein um. Man verstand sich jedoch als *der* Ortsverein. Vor Ort hatten sich die Rechten sozusagen abgespalten. Die Streitigkeiten zwischen dem Hemelinger Ortsverein der neuen Partei und den ehemaligen Genossen, die sich dem Wechsel verweigert hatten, gingen weiter und nahmen gehässige Formen an. Greifbar wird dies vor allem in der Berichterstattung der BBZ, die insbesondere gegen Frasniewicz zu Felde zog, „In der widerlichsten Weise unter den handgreiflich unwahrsten Behauptungen“ habe „dieser Renegat“ per Flugblatt die der

53 Siehe BBZ, 27.3.1917.

54 Ebenda. Im September 1919 warfen Hemelinger USPD-Funktionäre Waigand und Rhein vor, unrechtmäßig Eigentum des ehemaligen Parteivereins beschlagnahmt zu haben, siehe BAZ, 3. und 10.9.1919.

55 BBZ, 17.6.1917. Nähere Angaben zu Asendorf können nicht gemacht werden, weil mindestens zwei Hemelinger Sozialdemokraten so hießen und wahrscheinlich miteinander verwandt waren.

56 Siehe Krause, USPD, S.86-92.

Mehrheit treu Gebliebenen auf seine Seite zu ziehen versucht. Als Ersatz für die boykottierte BBZ warb er um Abonnements für oppositionell redigierte Parteiblätter, den Braunschweiger „Volksfreund“ und anschließend die „Leipziger Volkszeitung“.⁵⁷

Ende Mai oder Anfang Juni konstituierte sich die Hemelinger Minderheit als „Ortsverein“ und wählte den Schlosser Heinrich Vogel als Vorsitzenden sowie den Metalldrucker Hermann Epple als Kassierer. Ausgestattet mit einer grünen Legitimationskarte wollte man kassieren gehen und versuchen, der USPD-Konkurrenz Beitrag zahlende Mitglieder wieder abspenstig zu machen.⁵⁸

Offenbar mit wenig Erfolg. Ende Juli oder Anfang August zählte der „sozialpatriotische“ Ortsverein laut Angaben der Unabhängigen nur drei Mitglieder, und die Anzahl der BBZ-Abonnenten sei auf 19 geschrumpft.⁵⁹ Demgegenüber verfüge der USPD-Verein über mehr als 300 Mitglieder, „ohne die im Felde stehenden“. Diese seien aber „mit der Tätigkeit des Hemelinger Ortsvereinsvorstandes einverstanden“. Die „Leipziger Volkszeitung“ werde von 161 Genossen gelesen.⁶⁰ Selbst gesetzt den Fall, der mutmaßliche Verfasser Frasunkiewicz habe die Statistik in seinem Sinne ein wenig geschönt, ist das erdrückende Übergewicht der USPD vor Ort offenkundig. Im Juni und Juli führte sie Volksversammlungen durch, „die jedesmal überfüllt waren“. Die Versammelten forderten eine bessere Lebensmittelversorgung und am 12. Juli eine fünfzigprozentige Lohnerhöhung in allen Hemelinger Fabriken. Am 2. August organisierte der Ortsverein einen Ferienausflug für 563 Kinder in den Nachbarort Uphusen.⁶¹ Voller Stolz präsentierte er diese Zahlen und Aktivitäten im achtseitigen Wochenblatt des am 12. Juni 1917 gegründeten Bezirks Wasserkante der USPD, das wenige Tage nach Erscheinen verboten wurde.⁶² Tatsächlich konnte er sich damit im Bezirk durchaus sehen lassen, denn andere Ortsvereine genossen nicht so viel Ellenbogenfreiheit und waren, auch in Bre-

57 BBZ, 30.4.1917. Zu diesem wenig befriedigenden „Notbehelf“ hatte sich zuvor bereits der Bremer Parteiverein durchgerungen, siehe Lucas, Sozialdemokratie, S.86f.

58 Siehe BBZ, 2.6.1917.

59 Partei-Mitteilungen für die Organisationen der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, Bezirk Wasserkante, vom 11.8.1917, S.8, Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts im Universitätsarchiv Bremen (SfS), III.26, Sammlung Volker Ullrich, 7.9. (1) USPD: Hamburg, Wasserkante 1917-1920.

60 Ebenda, S.7.

61 Ebenda, S.7f.

62 Siehe Ullrich, Augusterlebnis, S.78f.

men, in der Arbeiterschaft deutlich weniger verankert.⁶³ Dort hatte sich am 8. Mai eine zweite Parteispaltung vollzogen, indem die Mitgliederversammlung des linksradikalen Parteivereins einen Antrag Alfred Henkes auf Anschluss an die USPD mehrheitlich ablehnte. Die in der Minderheit Gebliebenen – 182 Genossen und Genossinnen – hielten an ihrem Vorhaben fest, und somit existierten nun drei sozialdemokratische Parteien in der Hansestadt.⁶⁴

Die durch Hungerunruhen und insbesondere die letzten Massenstreiks alarmierten Militärbehörden betrachteten die unabhängigen Sozialdemokraten als Urheber, die „am Werke“ seien, „Verhetzung in weitestem Maße ins Volk zu tragen“. Um dies zu unterbinden, so der „Obermilitärbefehlshaber“ in einem Schreiben von Anfang August, müsse dem „gefährlichen Treiben [...] mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden“. Insbesondere seien Versammlungen der USPD streng zu überwachen und sofort aufzulösen, „sobald hetzerische Ausdrücke oder Redewendungen fallen“. Gegenüber Personen, die „systematisch die Verhetzung der Bevölkerung“ betreiben, sei „unnachsiglich von dem Mittel der Schutzhaft Gebrauch zu machen“.⁶⁵ Frasunkiewicz fiel dieser Maßnahme zum Opfer. Mitte August 1917 wurde er verhaftet und verbrachte 444 Tage und Nächte im Bremer Untersuchungsgefängnis, aus dem man ihn erst am 31. Oktober des folgenden Jahres entließ.⁶⁶

Da der USPD-Bezirk Wasserkante nach dem Verbot der „Partei-Mitteilungen“ über kein eigenes Organ mehr verfügte und die BBZ von Mehrheitssozialisten redigiert wurde, liegen ab August 1917 keine Berichte mehr vor, die Rückschlüsse auf die Tätigkeit der Hemelinger Unabhängigen ermöglichen. Am 30. Januar 1918 verschärfte das Stellvertretende Generalkommando des IX. Armeekorps die politische Repression noch, indem es für Bremen und Hemelingen ein außerordentliches Kriegsge-

63 Siehe ebenda, und Lucas, Sozialdemokratie, S.93f.

64 Siehe Lucas, Sozialdemokratie, S.89-92, und Ullrich, Augusterlebnis, S.80. Zur Kritik der Linksradikalen, insbesondere Johann Kniefs, am „Zentrum“, das doch wieder nach rechts schwenken würde, siehe Engel, Johann Knief, S.295.

65 Schreiben, mitgeteilt im Schreiben des Reichskanzlers an die außerpreußischen Bundesregierungen ohne eigene Militärverwaltung vom 3.8.1917, Sfs, III.26, 7.9. (1), wie Anm. 59. „Schutzhaft“ war als besondere Form der Sicherheitshaft Ende 1916 eingeführt worden und konnte von Militärbefehlshabern auf unbestimmte Zeit angeordnet werden. Sie setzte keine strafbare Handlung voraus. Siehe Engel, Johann Knief, S.342.

66 Siehe Adam Frasunkiewicz: Vor zwei Jahren, in: BAZ, 5.11.1920.

richt einsetzte.⁶⁷ Eine Lockerung machte sich erst bemerkbar, nachdem sich am 3. Oktober 1918 das Reichskabinett des Prinzen Max von Baden unter Beteiligung der Mehrheitssozialdemokraten gebildet hatte und eine Parlamentarisierung des bisherigen Regimes einsetzte. Am 30. des Monats führte der Hemelinger Ortsverein der frisch gebackenen Regierungspartei eine öffentliche Volksversammlung im „Lüers Tivoli“ durch. Als Referent trat Wilhelm Dammer auf, ein führender Funktionär aus Bremen, der über das „Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst“ sprach, das am 2. Dezember 1916 in Kraft getreten war und die Freizügigkeit der Arbeitnehmer aufhob. Versammlungsteilnehmer kamen auch von der USPD und nutzten die Aussprache zu heftiger Kritik. Georg Deilecke, als 2. Vorsitzender des USPD-Ortsvereins Frasunkiewicz' Stellvertreter, bezeichnete das Gesetz als „Knebelungsgesetz, das bald beseitigt werden müsse“, und forderte „die sofortige Amnestie aller wegen politischer Vergehen in Schutzhaft Befindlichen“. Der Versammlungsleiter Vogel gab sich nunmehr versöhnlich und kündigte eine öffentliche Versammlung innerhalb der nächsten zwei Wochen an, in der ein Fraktionsmitglied der Unabhängigen zur politischen Lage referieren würde.⁶⁸ Aber auch die folgende öffentliche Volksversammlung zum Thema „Die neue Volksregierung und der Frieden“ – angekündigt in der BBZ-Ausgabe vom 6. November – veranstalteten die Mehrheitssozialdemokraten. Als sie am 8. November mit Waigand als Redner stattfand, hatten sich in Bremen und Hemelingen bereits Arbeiter- und Soldatenräte konstituiert.⁶⁹ Franz Höpfner, der sich zu den Mehrheitssozialdemokraten bekannte, forderte zur Einigkeit auf.⁷⁰ Frasunkiewicz, der am 6. November vom Söller des Bremer Rathauses bereits den Beginn der Revolution verkündet hatte, besuchte die Volksversammlung und wurde als Haftentlassener lebhaft begrüßt. Im wahrscheinlich am 6. November gebildeten Hemelinger Arbeiter- und Soldatenrat⁷¹ arbeiteten Mehrheits- und unabhängige Sozialdemokraten unter dem Vorsitz Höpfners zunächst einträchtig zusammen, jedoch traten die Gegen-

67 Siehe Herbert Schwarzwälder: *Geschichte der Freien Hansestadt Bremen*, Bd. 2: Von der Franzosenzeit bis zum Ersten Weltkrieg (1810-1918), erw. u. verb. Aufl., Bremen 1995, S.641.

68 BBZ, 2.11.1918.

69 Zu den revolutionären Ereignissen der ersten Tage in Bremen siehe Peter Kuckuk: *Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919. Revolution, Räterepublik, Restauration*, Bremen 1986, S.45-76.

70 Siehe BBZ, 9.11.1918

71 Siehe Rauer, Hemelingen, S.205.

sätze im Laufe des Jahres 1919 schärfer denn je wieder hervor. Anfang Januar bildete sich eine Ortsgruppe der KPD.⁷² Sie befeuerte die Polarisierung noch, indem sie die USPD, aus der sie sich abgespalten hatte, weiter nach links zu drängen versuchte.⁷³

5. *Ausblick*

Nach dem Ausbruch der Novemberrevolution erweiterte sich Frasunkiewicz' Wirkungskreis als Revolutionär und Politiker. Er gehörte zu den linken Wortführern im Bremer Arbeiter- und Soldatenrat und führte den stellvertretenden Vorsitz im Rat der Volksbeauftragten der Räterepublik. Im August 1919 zum Sekretär des USPD-Bezirks Nordwest gewählt, behielt er diese Funktion auch in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (VSPD) bei, zu der sich der selbstständig gebliebene Teil der Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten im Oktober 1922 zusammengeschlossen hatten. Er starb 43-jährig am 1. August 1923.⁷⁴

72 Siehe *Der Kommunist*, 24.1.1919.

73 Siehe demnächst meinen Aufsatz „Der Arbeiter- und Soldatenrat Hemelingen (November 1918-Februar 1920) – sein Weg zwischen revolutionärem Aufbruch und Selbstaufgabe“, der voraussichtlich in der Edition Falkenberg, Bremen, erscheinen wird.

74 Siehe Kuckuk, Bremen, S.172, 335; Roß, Handbuch, S.127f.

Dokumentarisches

Von der Schulbank an die Front zur Roten Armee – bis zum Sieg über den Hitlerfaschismus. Erinnerungen

Gregor Kurella¹

In diesem Jahr begehen wir am 8. und 9. Mai die 70. Wiederkehr des militärischen Sieges der Antihitlerkoalition über die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Europa. An diesem Sieg hatten die Völker der UdSSR und ihre Armee einen herausragenden Anteil; sie hatten die Hauptlasten und größten Opfer zu tragen. Zugleich gedenken wir der Befreiung der Völker Europas, denen durch diesen Sieg die Chance für Frieden, Freiheit und Demokratie eröffnet wurde. Wir, die wir heute leben, und auch jene, die uns folgen, verdanken diesem Sieg und dieser Befreiung die Grundlagen ihres Lebens. So ist dieses Gedenken stets auch eine Mahnung, den so schwer errungenen Frieden zu erhalten. Die grausamen Tragödien, die sich in jüngster Zeit in verschiedenen Ländern abspielen und die sich in unzähligen Einzelschicksalen widerspiegeln, Krisen und neue Kriege haben diese Mahnung inzwischen zu einem eindringlichen aktuellen Gebot werden lassen, noch aktiver und entschlossener zu handeln, um eine Wiederholung dieser schrecklichsten Katastrophe des vergangenen Jahrhunderts nie wieder zuzulassen und unseren Planeten vor den ihm drohenden Gefahren zu bewahren.

In diesem Sinne kehre ich, der zu jenen deutschen Emigranten gehört, die vor dem Faschismus flüchten mussten und als Freiwillige in den Rei-

¹ Gregor Kurella wurde 1925 in Möser (Sachsen-Anhalt) geboren und emigrierte 1934 mit seinen Eltern Alfred und Margret Kurella in der Sowjetunion. Er hat sich bisher publizistisch nicht ausführlich zu seinem Lebensweg geäußert. Umso dankbarer ist die Redaktion, dass er dies anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus für unsere Leser getan hat. Gregor Kurella ist Träger des „Ordens des Vaterländischen Krieges II. Klasse“ sowie u. a. der Medaillen „Für Verdienste im Kampf“, „Für den Sieg über Deutschland“, „Für die Einnahme von Budapest“, „Für die Einnahme von Wien“, „Für die Befreiung von Belgrad“, der Žukov-Medaille sowie des Ordens der DDR „Für Verdienste vor dem Vaterland, in Silber“ und der Auszeichnung der Freien Deutschen Jugend „Artur-Becker-Medaille“.

Wir gratulieren dem Autor als Frontkämpfer im Großen Vaterländischen Krieg herzlich zum 70. Jubiläum des Sieges und zu seinem 90. Geburtstag im Mai 2015. Die Redaktion

hen der Roten Armee an diesen Kämpfen teilgenommen haben, immer wieder, und ganz besonders in den Maitagen, zu meinen Kriegserinnerungen zurück, von denen mir sehr viele tief und stets wach im Gedächtnis geblieben sind.

Mein Weg in die sowjetische Emigration

Als die Nazis 1933 in Deutschland an die Macht gelangten, waren meine Eltern, die beide für die KPD und auf internationaler Ebene aktiv politisch tätig waren, in höchster Gefahr. Sie mussten ihren Wohnsitz in Deutschland so schnell wie möglich aufgeben. Ich war damals acht Jahre alt. Doch ich konnte, da ich die Umtriebe der Nazis miterlebt und von der antifaschistischen Tätigkeit meiner Eltern bereits eine gewisse Vorstellung hatte, die Situation in Deutschland schon recht gut einschätzen. Mein Vater war zu dieser Zeit im Zusammenhang mit zahlreichen Aktionen gegen Faschismus und Krieg gerade in Amsterdam und Paris und konnte gar nicht wieder nach Deutschland zurückkehren. So fuhr meine Mutter mit mir in der Nacht zum 1. April 1933 mit einem von den Nazibehörden bereits für ungültig erklärten Ausreisevisum in letzter Minute nach Frankreich. Hier holte uns mein Vater in Antibes ab. Ich hatte dort gerade das Klassenziel einer französischen Schule erreicht, als eine Abberufung meiner Mutter in die Sowjetunion eintraf, wo mein Vater inzwischen tätig war. Nicht ohne Risiko fuhr sie mit mir über Italien und Österreich im Sommer 1934 nach Moskau, wo wir am 11. August 1934 eintrafen. Obgleich ich der russischen Sprache noch nicht mächtig war, konnte ich sofort weiter zur Schule gehen: Es war die Karl-Liebknecht-Schule, die viele Kinder von Emigranten besuchten. 1938 wurde sie jedoch ganz plötzlich nach den Winterferien geschlossen und einige Lehrer, die Deutsche waren, wurden entweder verhaftet oder nach Deutschland bzw. Österreich ausgewiesen. Dies blieb mir lange ein unlösbares Rätsel.

Am 22. Juni 1941, mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, wurde das Land in den schon zwei Jahre in Europa tobenden Krieg hineingezogen. Es war ein heißer Sommersonntag. Kurz zuvor hatte ich die 9. Klasse der Mittelschule beendet und noch ein Schuljahr bis zu deren Abschluss vor mir. An diesem Tag hatte ich mit einigen Schulfreunden einen Ausflug zu zwei nahe gelegenen Seen unternommen. Wir genossen ahnungslos die Sonne, als von einem Geschäft her laute, erschrockene Rufe zu uns herüberklangen, aus denen immer wieder die Worte „Krieg“ und „Einberufung“ herauszuhören waren. Noch ahnten wir nicht, dass dieses Ereignis schon bald tief in unser aller Leben eingreifen würde.

Nachdem ich bereits 1936 die Staatsbürgerschaft der UdSSR erhalten hatte, bekam ich kurz nach meinem 16. Geburtstag und wenige Tage nach Beginn des Krieges nun auch einen eigenen Pass. Nach kurzer Zeit begann die Evakuierung besonders von Kindern und Jugendlichen, sodass ich das vor mir stehende letzte Schuljahr schon nicht mehr in Moskau beenden konnte. Ich bekam die Gelegenheit, in Čistopol in der Tatarischen Autonomen Sowjetrepublik, wo ich einige Wochen meiner Ferien verbracht hatte, in einem Internat unterzukommen. Dort konnte ich weiter zur Schule zu gehen. Diese war jedoch wegen der großen Zahl der aus den Frontgebieten evakuierten Kinder so überfüllt, dass der Unterricht in drei Schichten stattfand. In den obersten Klassen begann er erst um 17 Uhr.

Nachdem ich im Sommer 1942 die Schule beendet hatte, meldete ich mich im Militärkommissariat von Čistopol und ließ mich für den Fronteinsatz registrieren, obgleich mir bis zum wehrfähigen Alter noch ein reichliches halbes Jahr fehlte. Ich musste aber ohnehin noch warten, da erst einige Formalitäten zu klären waren, die sich aus meiner deutschen Herkunft ergaben. Generell gab es damals noch keine offiziellen Entscheidungen, ob die Kinder ausländischer Emigranten in die Rote Armee aufgenommen werden konnten. Ich war nicht der Einzige von ihnen, der sich zum Dienst in der Roten Armee gemeldet hatte. Zu ihnen gehörten, wie ich später erfuhr, auch fast alle Schüler der ehemaligen deutschen Karl-Liebnecht-Schule in Moskau.

In der dritten Dezemberwoche 1942 wurde ich in das Wehrkreiskommissariat der Roten Armee zu einem Gespräch über meinen künftigen Fronteinsatz eingeladen. Man schlug mir vor, mich der 7. Verwaltung innerhalb der Politischen Verwaltung der 46. Armee zuzuweisen, der die Agitation und Propaganda unter den gegnerischen Truppen und innerhalb der Bevölkerung des Gegners oblag. Die Tatsache, dass ich die deutsche und nun auch bereits die russische Sprache akzentfrei beherrschte, machte mich für eine solche Aufgabe geeignet. Zudem hatte mein Vater große Erfahrungen im Verlagswesen und war für die Rote Armee bereits zeitweilig als freier Mitarbeiter tätig. Er war stellvertretender Redakteur aller Druckerzeugnisse der 7. Verwaltung, die in deutscher Sprache erschienen, arbeitete später an der Flugschrift des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ mit und verfasste Lageberichte für das Sowjetische Informationsbüro, die für den Sender BBC übersetzt wurden.

Mir war klar, dass für die Arbeit mit den Kriegsgefangenen viele Kräfte als Dolmetscher und Übersetzer benötigt wurden, vor allem nach der erfolgreichen Schlacht um Moskau, als sich die Zahl der Kriegsgefangenen schnell erhöhte. Den Organen der 7. Verwaltung habe ich dann bis zum

Kriegsende angehört. In dieser Zeit habe ich an zahlreichen Befreiungsoperationen teilgenommen: an der Rückeroberung der Städte Krivoj Rog und Odessa, beim Übersetzen der sowjetischen Truppen über den Bug und bei deren Vordringen zur sowjetisch-rumänischen Grenze. Ich habe die Kämpfe der Roten Armee auf ihrem Weg durch Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn und Österreich (die Befreiung von Belgrad, Budapest und Wien) mitgemacht – bis der Krieg auf der Demarkationslinie der Chaussee Prag-Linz beim Zusammentreffen mit den amerikanischen Truppen für uns beendet war.

An vorderster Front

Am 25. Dezember 1942 machte ich mich mit noch 18 weiteren künftigen Rotarmisten zunächst auf den Weg nach Kazan', wo ich mich zu weiteren Absprachen melden sollte. Bis nach Kazan' ging es zu Fuß bei 15 Grad Kälte und starkem Schneetreiben. Eine andere Möglichkeit gab es nicht. Die Häuser am Stadtrand waren bis an die Dächer mit Schnee zugeweht. Drei Tage brauchten wir, bis wir die 150 Kilometer zurückgelegt hatten. Übernachtet haben wir in den Dörfern. Ich war froh, dass mir meine Mutter einen Wollpullover und Filzstiefel mitgegeben hatte. Einige junge Männer aus unserer Gruppe mussten wir unterwegs zurücklassen. Sie waren zu leicht bekleidet und wären erfroren. Wir hatten ja noch keine Uniformen.

Von Kazan' aus konnte ich dann die Eisenbahn benutzen, musste allerdings unendlich lange auf sie warten. Es gab zwar einen Fahrplan, doch der hatte bei diesem Wetter keine Gültigkeit mehr. Der Zug war überfüllt. Mit Mühe fand ich eine freie Stelle auf dem Fußboden, wo ich meinen Koffer, den ich die ganze Zeit mitgeschleppt hatte, unter eine Bank schieben konnte. Er diente mir als Kopfstütze; die Beine musste ich auf den Gang hinausstrecken. In Moskau begrüßte mich im Morgengrauen der erste Tag des Jahres 1943.

Auf Befehl der Politischen Hauptverwaltung wurde ich eine Woche später, am 7. Januar 1943, der Politischen Verwaltung der neu gebildeten Südwestfront als Militärangehöriger der Roten Armee (ohne Rang) zugeteilt. Noch am selben Tag machte ich mich mit zwei weiteren Militärangehörigen auf den Weg nach Meškovskaja, einer westlich des Dons gelegene Kosakenstaniza, in der sich der Stab der Front befand. Einen meiner Begleiter kannte ich bereits. Es war Tanja Seehof, mit der zusammen ich bis 1938 die deutsche Schule in Moskau besucht hatte. Der andere, Viktor Gofman, ein bedeutend älterer Oberleutnant der Reserve, der leid-

lich deutsch sprach, war als Regisseur im Opern- und Ballettheater in Perm' tätig gewesen. Wiederum mussten wir eine beschwerliche Fahrt mit mehrfachem Wechsel zwischen Eisenbahn und Anhalter überstehen, bis wir am 19. Januar 1943 am späten Abend bei unserer Politische Verwaltung ankamen. Die 300.000 Mann zählende Stalingrader Gruppierung der deutschen Wehrmacht war zu diesem Zeitpunkt bereits vollständig eingekesselt. Es war, als habe man bereits auf uns gewartet: Man teilte uns auf der Stelle unsere Arbeit zu. Dass wir zwei Wochen fast nicht geschlafen hatten und dass wir unsere Drei-Tage-Verpflegung, die man uns zugeteilt hatte, immer weiter in die Länge ziehen mussten, spielte keine Rolle. Um zwei Uhr nachts, als unser Chef Oberst Piterskij kam, um unsere erste Arbeit an der Front zu begutachten, fragte er, ob wir schon irgendwo untergekommen seien und etwas gegessen hätten. Als er erfuhr, wie es uns ergangen war, wurde im Nu alles Notwendige erledigt. Noch in derselben Nacht übertrug man mir die Funktion eines Dolmetschers und Korrektors der 7. Verwaltung innerhalb der Politischen Verwaltung der Südwestfront. Erst im Juni erhielt ich auf Befehl des Militärrats der Front einen offiziellen Status: den Rang eines Unterleutnants. Im Herbst wurde die Südwestfront dann in 3. Ukrainische Front umbenannt. Bis zur Überquerung des Dnepr durch die sowjetischen Truppen im November 1943 war ich hier tätig.

Die täglichen Belastungen waren enorm. Bis zum Ende des Krieges war an Ausschlafen nicht zu denken. Es war üblich, dass zweimal in der Woche zwei Tage und Nächte hintereinander durchgearbeitet wurde. Das, was wir zu leisten hatten, war stets Arbeit und Kampf zugleich. Die Effektivität hing von Situation und Zeit ab, bisweilen vom Zufall. Wie jegliche andere Tätigkeit der Einwirkung auf den Gegner (Artilleriebeschuss, Bombardierung, Kampfaufklärung usw.) war auch unsere Arbeit das Ergebnis kollektiver Leistung. Sie war vorwiegend intellektuell, erforderte höchste Konzentration, und der persönliche Beitrag jedes Einzelnen von uns, sei es ein Erfolg oder ein Misserfolg gewesen, war nur schwer festzustellen.

Ich habe fast jede Art jener speziellen Tätigkeiten erlernt, die es an der „Besonderen Front“ gab – wie unsere Arbeit von General Burcev, unserem Moskauer Chef, genannt wurde. Es musste zu lokalen, allgemeinen und eiligen operativen Themen Material gesammelt werden, und dazu waren überzeugende Flugblätter – gleich in deutscher Sprache – zu verfassen. Ganze Stöße von Flugblättern waren zu korrigieren, und zugleich musste ihre pünktliche Verteilung organisiert werden, damit sie rechtzeitig an die Adressaten gelangten. Manchmal war es so, dass ich die Texte,

wenn ich sie verfasst hatte, auch noch gleich selbst ins Mikrofon der Lautsprecheranlage gesprochen habe. In schwierigen Situationen mussten wir uns auch ganz unmittelbar an den Gegner wenden. Dafür gab es eine Extra-starke-Lautsprecheranlage. Diese war an einen speziellen Kraftwagen mit einem Elektrogenerator eines Motors montiert und hatte gewaltige Verstärker und fünf Megafone. Drei waren mit Hochfrequenz und zwei mit Niederfrequenz, das bewirkte, dass die Sprache deutlicher zu hören war. Die Gesamtstärke der Lautsprecher betrug bis zu 500 Watt.

In der Armeearbeit gab es noch spezielle Schützengraben-Lautsprecheranlagen (90 Kilo schwer, mit Akkumulatoren!), die wir selbst, zu dritt, in der Regel in der Dunkelheit, kriechend, auf dem Rücken tragend bis an die vorderste Stellung brachten, oft bis zur äußersten Sicherheitsgrenze. Den Schalltrichter haben wir so nah wie möglich an „deren“ vorderste Linie getragen – bis zur neutralen Zone; und dort haben wir ihn dann ausgerichtet und weiter in die Höhe gehoben. Nach der Übertragung, als der letzte „Depp“ von „denen“ unseren Standort bestimmt schon erahnt hatte, mussten wir den Schützengraben-Lautsprecher, der für uns ein ungeheuer wichtiges, unentbehrliches Gerät war, zusammen mit den 250 bis 500 Meter langen Leitungen wieder zurücktragen und die Leitungen auf die Spule wickeln. Das war eine äußerst beschwerliche Arbeit! Die Stärke dieses Schützengraben-Lautsprechers hatte 25 bis 90 Watt. Dafür konnte die Übertragung aber unter „komfortablen“ Bedingungen stattfinden: aus einem gut eingerichteten Versteck. Das war ein Schützenloch, das mit einem Regenumhang abgedeckt war, damit man eine kleine Lampe einschalten konnte und Licht hatte, um den Text lesen oder die Nadel auf die Grammophonplatte legen zu können. Wir hatten nämlich einen Plattenspieler, der per Hand angekurbelt wurde. Die Extra-starke-Lautsprecheranlage konnte jedoch nicht in einem Versteck untergebracht werden. Sie war von der Größe eines Packwagens, etwa wie ein Moskauer Brotkarren, auf dem jene drei Hochfrequenz-Megafone angebracht waren, und an dessen Rückwand sich die beiden gewaltigen eingebauten Niederfrequenz-Megafone befanden. Diese Anlage sollte möglichst auf einem Hügel aufgestellt werden, damit man unsere Informationen weithin hören konnte.

Meine erste Übertragung mit der Extra-starken-Lautsprecheranlage habe ich am Dnepr gemacht, und zwar in Richtung der Stadt Dnepropetrowsk. Das war zu dem Zeitpunkt, als unsere Truppenteile gerade dabei waren, den Brückenkopf etwas oberhalb des Dnepr einzunehmen. Wie uns später die Einwohner und die Gefangenen berichtet haben (die damals zwölf Kilometer von uns entfernt waren), konnte man uns dank des Widerhalls von der Wasseroberfläche des Dnepr in der ganzen Stadt



Gregor Kurella 1942 als Leutnant und
Militärdolmetscher der Roten Armee

hören. Während der Übertragung hatten uns die deutschen Schallmessstationen offensichtlich erfasst, denn sie schossen auf uns mit recht weitreichenden Geräten großen Kalibers. Getroffen hatten sie jedoch nicht, da unser erfahrener Kommandeur der Extra-starken-Lautsprecheranlage die Schalltrichter zusammen mit der Maschine so aufgestellt hatte, dass es schien, unsere Übertragung komme (entsprechend Berührungslinie) von einem Waldrand. Daher landeten die ankommenden

Geschosse etwa 500 Meter von uns entfernt in einem kleinen Wald. Das war meine Feuertaufe.

Zu dieser Zeit haben oft auch deutsche Kriegsgefangene als Sprecher an der Extra-starken-Lautsprecheranlage gearbeitet. Sie waren Vertreter des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ und des „Bundes deutscher Offiziere“. Auch ich war als Sprecher tätig, weil ich der Einzige in der Abteilung war, der keinen russischen Akzent hatte, und weil ich der Jüngste war.

Um wirksame Flugblätter herstellen und Übertragungen für die Extra-starke-Lautsprecheranlage vorbereiten zu können, musste man sich fast täglich mit „interessanten“ Kriegsgefangenen unterhalten. Hier kam es weniger auf militärische Aufklärung an als auf persönliche Erfahrungen, Verbindungen und spezielle Kenntnisse, d. h. all das, was für unsere Arbeit nützlich sein konnte. Das waren Unterhaltungen und keine Verhöre, und wir haben natürlich auch keine Protokolle angefertigt. Wir mussten nur schnell herausfinden, was für einen Menschen wir vor uns hatten und was er uns Interessantes berichten konnte, zum Beispiel über die Stimmung unter den Soldaten, über die Offiziere, über die Versorgung und was sie von zu Hause erfahren hatten. Wir haben sogar Witze gesammelt, die sich die Gefangenen erzählten. Wenn es sich um einen Überläufer handelte, so erkundigten wir uns, ob es in seiner Einheit noch mehr Soldaten gab, die seine Ansichten teilten. Mit der Zeit sind wir dazu über-

gegangen, sie in ihre Einheiten zurückzuschicken, um Gleichgesinnte zu holen. Vertreter des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ und des „Bundes deutscher Offiziere“ gingen oft für längere Zeit in das deutsche Hinterland. Sie warfen Flugblätter ab oder hinterließen sie an den jeweiligen Orten, wo sie gewesen waren. Sie nutzten auch noch viele andere Methoden der Agitation unter den Truppen. Dabei handelte es sich aber nicht immer um Deutsche. Bei Stalingrad stand uns die 8. italienische Armee gegenüber, die in ganzen Kompanien in Gefangenschaft überlief und mit denen dann italienische Kommunisten arbeiteten. Unter diesen war zum Beispiel Palmiro Togliatti. Es gab auch Kriegsgefangene, die die rumänische Sprache beherrschten und mit uns zusammengearbeitet haben. Das war bei Stalingrad der Fall, wo die gesamte rumänische Armee zerschlagen worden war, und auch am Dnestr, sowie später, als wir Rumänien durchquerten.

Im September 1944, als unsere 46. Armee nach Bulgarien kam, haben wir uns Leute gesucht, die Griechisch konnten. Es ergab sich dann aber, dass sie nicht eingesetzt werden mussten, da die sowjetischen Truppen Griechenland nicht betraten. (Dies hatte folgenden Grund: Bei den Beratungen zwischen Stalin und Churchill in Moskau im Oktober 1944 war es hinsichtlich der Zukunft der Länder Ost-, Mittel- und Südosteuropas auf Bestreben Churchills zu einer Übereinkunft gekommen, dass England in Bulgarien und Rumänien weitgehend auf Einfluss verzichten werde und die Sowjetunion dafür auf Einfluss in Griechenland.) Mit unserer Dienststelle haben auch deutsche kommunistische Aktivisten und antifaschistische Schriftsteller zusammengearbeitet, zum Beispiel bei Stalingrad Walter Ulbricht, Friedrich Wolf und Willi Bredel, bei Velikie Luki mein Vater Alfred Kurella (der, wie oben erwähnt, mehrfach an der Front mit besonderen Aufträgen betraut worden und seit den ersten Kriegstagen Mitarbeiter der 7. Verwaltung innerhalb der Politischen Hauptverwaltung ohne Rangzuweisung war). Zu ihnen gehörten neben Vertretern des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ auch antifaschistische Schauspieler. Für unsere Arbeit haben selbst Neulinge unter den Kriegsgefangenen und italienische, polnische, ungarische, rumänische und spanische Antifaschisten eine bedeutende Rolle gespielt. Sie verfassten Aufrufe für die Lautsprecheranlage und Flugblätter, die spezifische Wendungen aus ihren Muttersprachen, aus deutschen Dialekten, dem Soldatenjargon oder dem Alltagsleben enthielten, anhand derer man erkennen konnte, dass die übermittelten Nachrichten nicht von „russischen Kommissaren“ ausgingen, sondern von „eigenen“ Leuten.

Für unsere Chefs fertigten wir regelmäßig Berichte über zentrale und lokale Trophäen-Zeitungen an, aus denen Informationen über die Lage in

Deutschland entnommen werden konnten. Der Grund dafür war, dass in der Wehrmacht die Divisionen oft nach territorialem Prinzip zusammengestellt wurden, damit sich die Soldaten angesichts der Vielzahl deutscher Dialekte gegenseitig richtig verstehen konnten. Manche deutsche Divisionen wurden auch mit kleineren örtlichen Presseorganen versorgt. Von einigen konnten wir sogar vollständige Sätze zusammenstellen. Unter diesen Druckerzeugnisse waren bisweilen sogar offizielle zentrale deutsche Nachrichtenblätter. Viele in sozial-politischer Hinsicht wichtige Informationen konnten wir Briefen entnehmen, die in abgeschossenen deutschen Flugzeugen bei Stalingrad bzw. bei Korsun-Ševčenkovskij gefunden worden waren. Und bisweilen erhielten wir sogar ausführliche Tagebücher.

In den Jahren 1941 und 1942 war die Arbeit der 7. Verwaltung und ihrer Gliederungen noch nicht sehr effektiv gewesen. Denn unsere Armee war (mit Ausnahme der Schlacht um Moskau) im Wesentlichen auf dem Rückzug begriffen. Auf der gegnerischen Seite standen aber kampferfahrene Truppenteile, die von ihren leichten Siegen, die sie zu Anfang des Krieges erlebt hatten, beflügelt waren. Da war es schwer, jemanden zum Überlaufen zu bewegen, „um sein Leben zu retten“ oder „weil der Krieg für ihn ohnehin verloren“ sei. Die ersten Überläufer, die uns alle namentlich bekannt waren, kamen aus Überzeugung und hatten sich schon vorher darauf vorbereitet. Es war riskant überzulaufen. Denn dabei musste man die zurückweichenden sowjetischen Truppenteile noch einholen bzw. man musste es schaffen, dorthin zu gelangen, wo eingeschlossene sowjetische Soldaten versuchten, den Kessel zu durchbrechen. Jene, die für sich beschlossen hatten überzulaufen, brauchte man nicht zu agitieren; sie kamen bei der ersten Gelegenheit.

Nach der Schlacht um Moskau stellten sich die ersten positiven Ergebnisse der Agitationsarbeit der Roten Armee in Bezug auf die Soldaten der deutschen Wehrmacht ein. Wirklich erfolgreich wurde unsere Tätigkeit, als die Stalingrader Gruppierung zerschlagen wurde und in der Zeit danach. Damals war es gelungen, die Front- und Armeearbeitungen und -gruppen kadermäßig zu verstärken. Es war kein Zufall, dass gerade jene zu den Mitbegründern des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ und danach auch des „Bundes deutscher Offiziere“ gehörten, die nach der Stalingrader Schlacht in Gefangenschaft geraten bzw. auf unsere Seite übergelaufen waren. Über 300.000 Wehrmachtsangehörige waren eingekesselt worden; in Gefangenschaft kamen (oft in erbärmlichem Zustand) 90.000, von denen bei Weitem nicht alle überlebten. Für die Gefangenen wurden umgehend Lazarette eingerichtet. Die Lager, in die die Gefangenen gebracht worden waren, wurden entsprechend den Normen unserer im Ein-

satz befindlichen Truppenteile gepflegt. Damals konnte nicht einmal die Bevölkerung im Hinterland so versorgt werden. Und dies sprach sich natürlich auch schnell unter den im Kampf stehenden deutschen Truppen und deren Verbündeten herum. Diese Nachricht zeigte in erster Linie bei den Rumänen und Italienern Wirkung, von denen sich ganze Einheiten und sogar Truppenteile ergaben.

Während der Kämpfe um Budapest gelang es uns, nördlich von Kecskemet zu erreichen, dass ein ganzes ungarisches Fliegerabwehrregiment samt seinem Kommandeur und einem Teil seines Stabes auf unsere Seite überlief. Und während des Durchbruchs deckten sie noch unsere angreifenden Einheiten und lenkten dabei das Feuer auf eine zur Abriegelung hinter ihnen stehende SS-Einheit, um dieser den Rückzug abzuschneiden. Dieses Regiment fuhr dann mit seinen eigenen Fahrzeugen und seiner ganzen „Wirtschaft“ in Gefangenschaft. Nur die Flakgeschütze waren von den Fahrzeugen genommen worden. Dann schickten wir von den am Vortag in Gefangenschaft geratenen Soldaten einige als Agitatoren in das belagerte Budapest und holten mit ihrer Hilfe alle Leichtverwundeten eines Lazarettts, die einigermaßen gehen konnten (wenn ich mich recht entsinne, waren es 1.164 Mann), auf unsere Seite.

Bisweilen wurden uns auch Funktionen übertragen, mit denen wir nie gerechnet hätten. In der Nacht zum 20. August 1944 zum Beispiel sollten wir vor dem Betreten Bessarabiens und dann auch Rumäniens zwischen den Flüssen Dnestr und Turunčuk mithilfe von Phonogrammen (so würde man das jetzt wohl nennen) Geräuschaktivitäten unserer Truppen vortäuschen, so als würden gegenüber dem Dorf Purkari Panzer auffahren und das Übersetzen über den Dnestr vorbereiten. Und inzwischen wurden die dort befindlichen Divisionen zum Durchbruch in das Gebiet von Slobodzeja und Dnestrovskie kruči abgezogen. Ähnliches geschah später nochmals, als unsere 46. Armee die serbische Vojvodina befreite und allein das linke Donauufer decken musste – das war die linke Flanke der 2. Ukrainischen Front (in die wir aus der 3. überstellt worden waren). Die Front selbst bewegte sich da auf Budapest zu. Der Frontbereich, den unsere Armee einnahm, lag entlang der Donau, etwa von Novi Sad bis fast nach Budapest. So sind wir also mit dem Schützengrabenmefafon den Fluss entlang gezogen und erweckten den Anschein einer großen geschlossenen Truppenverschiebung. In Wirklichkeit aber erstreckte sich eine stark dezimierte Kompanie über etwa 36 Kilometer Front. Dabei kam oft auf einen Kilometer nur eine Gruppe von zwei-drei Mann, die ihre Position hielten, so gut sie konnten. Wo es möglich war, wurden Minen gelegt, und manchmal, wenn sich jemand fand, der die deutschen

Selbstfahrartillerie-Geschütze „Ferdinand“ lenken und bedienen konnte, wurde aus deren Kanone geschossen: Da musste sich jedoch jeder selbst befehligen, musste selbst lenken, selbst laden und sein eigener Richtschütze sein.

Während die Truppenteile und Verbände der 3. Ukrainischen Front Belgrad vom Süden und Osten her befreiten, haben wir die nördlichen am Ufer gelegenen Vororte befreit, zum Beispiel Pančevo. Indem sich diese Front in nördlicher Richtung fortbewegte, füllte sie nach und nach unsere linke Flanke auf, und wir konzentrierten uns darauf voranzukommen, um Budapest einzuschließen. Erst danach überquerte unsere 46. Armee gemeinsam mit den anderen Einheiten die beiden Flussarme der Donau, die die Insel Czepel umgeben. In den Weihnachts- und Neujahrstagen wurde dann Budapest eingeschlossen.

Es gab auch Fälle, dass unsere Truppen ganz unerwartete Hilfe erhielten. Einmal ergab sich dies durch eine Aktennotiz, die ich dem zweiten Mitglied des Militärrats der Armee übermittelt hatte. Darin hatte ich ihn darüber informiert, dass ich zufällig die Bekanntschaft eines schweizerischen Ingenieurs gemacht hatte, der in einem rumänischen Kohlenunternehmen in Petroșani tätig war. Das war gerade zu dem Zeitpunkt, als wir kampflos im Alleingang das Zentrum der Karpaten überwandern, von wo aus wir durch die Stadt Timișoara von Norden her Jugoslawien betraten. Dieser Ingenieur war gerade auf dem Wege in seine Heimat, die neutrale Schweiz. Er hatte Arbeitserfahrungen untersucht, wie abgewetzte Oberflächen von Maschinenteilen mit Metalldämpfen besprüht und durchlöcherichte Gusserzeugnisse, ohne schweißen zu müssen, geflickt werden können (heute Plasmastrahl). Dabei handelte es sich um Kurbelgehäuse bei Motoren (von Traktoren, Kraftwagen, Panzern usw.). Der Ingenieur hatte sich bereit erklärt, unseren Mechanikern das dosierte Besprühen sogar von Hartguss beizubringen, und mich gebeten, dies bei uns mitzuteilen. Natürlich stieß dieses Angebot auf großes Interesse, zumal „mein“ Mitglied des Militärrats vor dem Krieg Prorektor des polytechnischen Instituts in Tomsk gewesen war.

Nachdem wir im August 1944 die Grenzen der UdSSR überschritten und Ungarn betreten hatten, nahm unsere Tätigkeit einen anderen Charakter an. Die Kontakte zur Bevölkerung traten stärker in den Mittelpunkt. Wir wurden zum wichtigsten Verbindungsglied zwischen der örtlichen Bevölkerung und unserer nachfolgenden Armee. Das traf auch auf Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien zu. In diesen Ländern waren die lokalen Verwaltungsorgane erhalten geblieben, sodass wir keine neuen initiieren mussten. In Ungarn haben wir in den ersten Tagen nach der Besetzung einiger Ort-

schaften, für die noch keine Kommandanten ernannt worden waren, Initiativgruppen ins Leben gerufen, die dafür sorgten, dass nicht marodiert wurde und dass die Wasserversorgung, die Produktion usw. nicht unterbrochen wurden. Außerdem haben wir Verbindung zu loyalen Vertretern der Intelligenz, zu Pfarrern und Tierärzten, Ingenieuren und Arbeitern gesucht, um uns ein Bild von der Situation zu verschaffen. Es galt, so schnell wie möglich einigermaßen normale Bedingungen in unserem Hinterland, d. h. dem Hinterland der voranschreitenden Roten Armee, zu gewährleisten und die Truppenführung, besonders die rückwärtigen Dienste, über die Besonderheiten des Lebens – Struktur der örtlichen Organe, Wohnungswirtschaft und medizinische Betreuung – zu informieren. Überall war unsere Initiative gefragt. Wir konnten nicht warten, bis irgendwelche Anliegen, Anweisungen, Befehle und Forderungen seitens der Chefs an uns herangetragen wurden. Nur so konnten wir unseren Truppen unnötige Missverständnisse, Aufregungen und größere Unannehmlichkeiten ersparen. Im ungarischen Tatabánya zum Beispiel hatte ich einige Stunden, nachdem unsere Truppenteile die Stadt betreten hatten, erfahren, dass es dort einige Schachtanlagen mit reichen Bauxitvorkommen, jedoch sehr schlechten hydrologischen Bedingungen gab. Wenn man dort die Entwässerung nicht sofort in Ordnung gebracht hätte, wären die Schachtanlagen für lange Zeit nicht zu nutzen gewesen. Daher habe ich den Arbeiter, der mir dies mitgeteilt hatte, auf meine eigene Verantwortung beauftragt, mit gleichgesinnten Ingenieuren und Arbeitern Maßnahmen einzuleiten. Als ich ihnen erklärte, warum sie selbst am meisten daran interessiert sein müssten, dass die Schächte funktionsfähig bleiben, wies ich besonders darauf hin, dass sie selbst arbeitslos werden würden, wenn dort alles unter Wasser stünde, und dass dies nichts mit unserer Armee, mit neuen Verwaltungsorganen oder Eigentumsformen zu tun habe. Die elf Leute, die der Arbeiter am nächsten Morgen zusammengebracht hatte, haben dann die Stromversorgung für den Wasserabfluss der Schächte in Ordnung gebracht. Und wir zogen weiter.

Im befreiten Wien erhielt ich die Genehmigung, mich von der Truppe „zu entfernen“. Meine Großeltern hatten bereits seit den Vorkriegsjahren am rechten Donauufer in der Rudolfinerstraße gewohnt. Als sich der Nationalsozialismus in Deutschland weiter verstärkte, war es für sie mit ihren projüdischen Wurzeln dort gefährlich geworden und sie waren 1936 nach Wien übersiedelt, wo meine Großmutter geboren war und wo ihre Verwandten wohnten. Auf dem Wege dorthin traf ich auf der Straße eine Frau mit einem Kind. Diese Begegnung ist in mir haften geblieben, da sie etwas Symptomatisches vermittelte. Mir schien, als sei die Frau erschrocken gewesen, weil ich die Uniform eines sowjetischen Offiziers

trug. Deshalb sprach ich sie in leicht wienerischer Mundart an, um sie zu beruhigen. Und da antwortete sie: „Ich habe ja gar keine Angst. Wir wissen ja, dass Russen einer Frau mit Kind niemals zu nahe treten würden.“

Schnell fand ich das Haus meiner Großeltern, traf sie aber nicht an. Eine Nachbarin, die über das Erscheinen eines sowjetischen Offiziers anfangs etwas befremdet war, erzählte mir dann, dass schon bald nach dem zwangsweisen „Anschluss“ Österreichs an Hitlerdeutschland 1938 bei meinen Großeltern mehrfach Haussuchungen stattgefunden hätten und sie dann von der Polizei abgeholt worden seien. Es habe eine Denunziation aus Möser bei Magdeburg vorgelegen, wo die Großeltern früher ein Sommerhaus mit Garten besaßen. Obgleich die Wiener Polizei nichts Schuldhaftes gefunden habe, wurden meine Großeltern in das KZ Theresienstadt deportiert, wo sie umgebracht wurden.

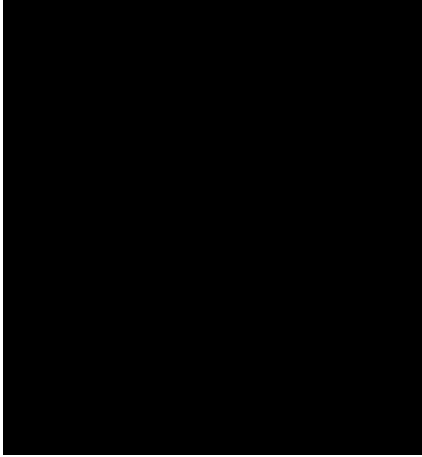
Ich möchte noch etwas über unsere „friedfertigen“ Deutschen berichten, mit denen wir zusammengearbeitet haben. Sie wurden von den Rotarmisten meist „Fritz“ genannt. Ihre Zahl wuchs zusehends. Mit manchen hat sich im Laufe der Zeit eine gute Zusammenarbeit entwickelt. Einige sind bei der Erfüllung von Aufträgen des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ gefallen. Die Front- und Armee-, auch die Divisionsbeauftragten des Nationalkomitees haben an der Front bei den Übertragungen mit den Extra-starken-Lautsprechern und den Schützengrabenmegaphonen selbstlose Arbeit geleistet. Einige gingen auch ins Hinterland der deutschen Truppen, besonders in eingekesselte Gruppierungen. Zu anderen wiederum haben sich sogar freundschaftliche Beziehungen herausgebildet. So habe ich nach dem Krieg, wenn ich zu wissenschaftlichen Konferenzen in die DDR fuhr oder mit Studenten unserer Fakultät im Austauschpraktikum war, den früheren Frontbeauftragten des Nationalkomitees Eberhard Charisius mehrfach besucht. Er war der erste Flugzeugführer der Luftwaffe Hitlerdeutschlands, der am Morgen des 22. Juni 1941 bei L'vov fünf Stunden nach dem Überfall auf die Sowjetunion bei seinem ersten Kampfeinsatz gegen die UdSSR in sowjetische Kriegsgefangenschaft geriet (nachdem er früher schon zahlreiche Kampfeinsätze gegen England geflogen hatte). Die Notlandung, die er vollziehen musste, hatte er jedoch nicht beabsichtigt. Der Motor war ausgefallen. Er landete mit seiner Heinkel noch mit voller Bombenlast. Sein Navigator erschoss sich vor Angst. Die übrigen Besatzungsmitglieder gingen mit Charisius in Gefangenschaft. Sie mussten erst suchen, bei wem und wo sie sich ergeben konnten. Der aktive Berufsflieger, den man zwar ebenfalls noch agitiert hatte, der aber auch selber einen Ausweg aus dem Krieg suchte, hatte seine Dienste und seine Hilfe von selber angeboten. Er kam noch im

Winter 1943 zu uns an die Front. Mit seinen internen Kenntnissen über die deutsche Wehrmacht hat er der 7. Verwaltung innerhalb der Politischen Verwaltung der 3. Ukrainischen Front sehr geholfen. Nach dem Krieg hat er eine Militärakademie in Moskau besucht und war dann in der DDR Kommandeur einer Panzereinheit. Nachdem er als Generalleutnant in Pension gegangen war, unterrichtete er noch in einem Technikum für Maschinenbau in Dresden. Seine Studenten haben ihn sehr verehrt. Er war eine markante Persönlichkeit: etwa zwei Meter groß, rotblond und mit Sommersprossen, gutmütig, etwas phlegmatisch, aber ein sehr schneller Denker, wenn es zu entscheiden galt, was zu tun war und wie gehandelt werden musste.

Als der Krieg zu Ende war

Die 46. Armee zog sich nach dem Ende des Krieges durch die anliegenden Länder wieder bis nach Odessa zurück und wurde dann aufgelöst. Ich wurde zur Sowjetischen Militäradministration in Deutschland abkommandiert.

Seit meiner Ankunft in Deutschland trug ich mich mit dem Gedanken, einmal in meinen Geburtsort Möser zu fahren, um zu sehen, wie dieser Ort den Krieg überstanden hatte. Da ich bei meinem Aufenthalt in Wien erfahren hatte, dass meine Großeltern kurz vor Kriegsende im KZ ermordet worden waren, interessierte mich auch, was aus dem Gartenhaus meines Großvaters geworden war, denn es war ja mein Geburtshaus. Mit einem befreundeten Offizier machte ich mich an einem Sonntag auf den Weg. Die etwa einen Kilometer lange Kastanienallee, die vom Bahnhof bis in die Nähe unseres Hauses führte, und der Anblick desselben, das ich sofort wiedererkannte, weckten in mir heimatliche Gefühle. Ich ging am Zaun entlang bis zur Gartentür. Alles war still. Keine Menschenseele war zu erblicken. Die sich leicht bewegende Gardine eines Fensters ließ erahnen, dass wir beobachtet wurden. Da entschloss ich mich, die Gartentür zu öffnen. Mein Freund wollte sich den Ort etwas näher ansehen, und ich ging ins Haus und klingelte. Nichts regte sich. Nachdem ich erneut geklingelt hatte, wurde die Tür einen kleinen Spalt weit geöffnet, und eine Frauenstimme fragte nach meinem Wunsch. Mir war klar, dass meine sowjetische Uniform Verwirrung ausgelöst haben musste. Um diese nicht zu vergrößern, nutzte ich die Tatsache, dass ich an der Schulter eine Wunde hatte, und bat um einen Verband. Da öffnete sich die Tür etwas weiter, und ich sah, dass ich mit meinem Wunsch sogar an der richtigen Stelle war. An der Tür stand – nun auch noch über meine fließende deutsche Spra-



Dr. rer. nat. habil. Gregor Kurella, Moskau

ihr das Haus, da es leer stand, einstweilen zur Verfügung gestellt hatte. Als ich die Treppe wieder hinunterging, fragte ich sie nach dem Spielplatz im Garten und der kleinen Tür, die im Zaun zum Ausgang führt. Da wurde aus ihrer anfänglichen Verwirrung Konfusion und Sprachlosigkeit, und ich beeilte mich, das Rätsel mit der Eröffnung zu lösen, dass ich in diesem Haus geboren war.

Bis Juli 1949 war ich noch in Potsdam und Berlin als Hauptreferent für Jugendarbeit tätig. Da ich studieren wollte, bat ich, mich auf eigenen Wunsch – im Rang eines Oberleutnants – in die Reserve zu entlassen. Noch im selben Jahr wurde ich in die biologisch-bodenkundliche Fakultät der Moskauer Lomonosov-Universität aufgenommen. Nach Diplom und Aspirantur habe ich auf dem Gebiet der polyelektrolytischen Eigenschaften des Protoplasmas promoviert und war am Lehrstuhl Biophysik als wissenschaftlicher Mitarbeiter, ab 1977 als Dozent tätig.

Über das Hauptgebiet meiner wissenschaftlichen Forschung, die Bioelektrochemie der Zelle, sind ca. 130 Arbeiten in den einschlägigen Fachzeitschriften des In- und Auslandes sowie entsprechende Kapitel in Lehrbüchern für Biophysik und Zytologie erschienen. Es war mir Bedürfnis und Freude, dass ich nach diesem verheerenden Krieg auch an der Ausbildung einer neuen Generation von Studenten und Doktoranden teilnehmen konnte.

In den Fußstapfen meiner früheren Tätigkeit an der Front als Dolmetscher habe ich auch weiterhin oft als Sprachmittler und als Synchrondolmetscher auf zahlreichen Konferenzen, Symposien und Kongressen so-

che sehr verwundert – eine Diakonissin. Ich erklärte ihr, dass ich ein Deutscher sei, der in der Roten Armee für die Befreiung von der Nazi Herrschaft gekämpft hat. Die Frau war sofort bereit, mir zu helfen, und bat mich in die Wohnung. Wir gingen in die zweite Etage. Korridor, Treppe, Diele – alles erschien mir wie früher. Als ich plötzlich im Zimmer meiner Mutter stand, wurde mir ganz feierlich zumute. Mein kleines Zimmerchen lag gegenüber. Die Frau erzählte mir, dass sie Flüchtling aus Asien sei und man

wie als Übersetzer wissenschaftlicher Arbeiten nützlich sein können, wie zum Beispiel bei der russischen Übersetzung der zum Standardwerk gewordenen „Allgemeinen Mikrobiologie“ des Göttinger Professors H. G. Schlegel in der ersten und einer weiteren überarbeiteten und erweiterten Auflage.

Nun schon in meinem 90. Lebensjahr stehend, war ich neben meiner Mitgliedschaft im Präsidium des Rats der Moskauer Gesellschaft der Naturforscher auch immer wieder gern als ehrenamtlicher Mitarbeiter der deutschen Redaktion des Rundfunksenders „Golos Rossii“ (Die Stimme Russlands) tätig, wo ich auch oft – stets in ehrendem Gedenken an unsere Frontkämpfer am Schützengraben-Lautsprecher – noch Jahrzehnte lang das Mikrofon in der Hand hielt. Erst in den letzten Jahren musste ich aus gesundheitlichen Gründen die Mitarbeit beim Rundfunk einstellen.

Moskau, 18. März 2015

Berichte

45. Konferenz der International Association of Labour History Institutions in New York 2014

Michael Oberstadt

Die 45. Konferenz der International Association of Labour History Institutions (IALHI) fand vom 1. bis 4. Oktober 2014 in der New York University (NYU) statt. *Andrew H. Lee* (Mitglied im Coordination Committee der IALHI, Tamiment Library NYU) übernahm die Organisation der Konferenz. Zu Beginn der Tagung begrüßte *Katherine Fleming* die Teilnehmenden. Sie ist an der NYU als Deputy Provost und Vice Chancellor verantwortlich für den Bereich Europa und erinnerte daran, dass die letzte IALHI-Konferenz in den USA im Jahre 1997 im George Meany Center for Labor Studies in Silver Spring, Maryland stattgefunden hat.

Erster Programmpunkt im Deutschen Haus der NYU war die Generalversammlung der IALHI unter der Leitung ihres Generalsekretärs *Geert van Goethem* (Direktor des Amsab – Institut für Sozialgeschichte, Gent). Den Bericht zu Mitgliederentwicklung und Finanzen trug Schatzmeister *Marien van der Heijden* (Institut für internationale Sozialgeschichte/IISG, Amsterdam) vor. *Afelonne Doek* (IISG, Amsterdam) und *Donald Weber* (Amsab/Universität Gent) berichteten über den Stand und die Entwicklung des Social History Portals (siehe www.socialhistoryportal.org).

Danach folgte das erste Panel mit Präsentationen der IALHI-Mitgliedsorganisationen. Die neue Leiterin des Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek in Stockholm *Nina Sjöberg* stellte unter dem Titel „Undocumented in the Archives“ das geplante Interview-Projekt zur Arbeitsmigration nach Schweden vor. Innerhalb von vier Jahren sollen mehr als 100 Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter zu ihrer Lebenssituation und zu ihren Arbeitsbedingungen im heutigen Schweden befragt werden. Diese Interviews werden nach Projektende im Internet zugänglich sein. *Cheryl Beredo* (Kheel Center for Labor-Management Documentation and Archives, Cornell University, Ithaca NY) präsentierte die dort vorhandene große Sammlung von Gewerkschaftsdokumenten. Erwähnenswert sind neben Schriftgutbeständen und mehr als 1.500 Filmen und Videos von Organisationen der amerikanischen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert besonders die über 40.000 Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern,

die verwahrt werden und eingesehen werden können. *Jeff Howarth* (Trade Union Congress Library Collections, London) führte in das Projekt „Britain at Work: Voices from the Workplace 1945-1995“ ein. In diesem abgeschlossenen Zeitzeugen-Interviewprojekt wurden in Ton- und Videodokumenten die Erinnerungen von Arbeitnehmern aus der Zeit zwischen 1945 und 1995 gesichert. Das Arbeitsleben in diesem Längsschnitt von fünfzig Jahren war markiert von großer Unterschiedlichkeit und extremen Wechseln, von technischem Wandel, Deindustrialisierung und Globalisierung. Die Erinnerungen zeugen vom Erstarken der Gewerkschaftsbewegung bis zur Mitte der 1970er-Jahre ebenso wie von nachfolgenden deutlichen Konflikten zwischen den Gewerkschaften und Arbeitnehmern. *Philipp Deery* (Australian Society for the Study of Labour History, Sydney) berichtete unter dem Titel „The New Theater Movement: Local and Global“ über die politische Theaterbewegung in Australien, ein traditionell „linkes“ Projekt. Er kam für den Untersuchungszeitraum zwischen 1936 und 1956 zu dem Befund, dass alle ideologischen Veränderungen, beispielsweise in der Sowjetunion, direkt in Australien übernommen wurden. Es also eine klare Beeinflussung der lokalen Theaterszene durch globale Entwicklungen zumindest bis Mitte der 50er-Jahre gab und sich keine spezifischen australischen Eigenentwicklungen feststellen ließen.

Zu Beginn des zweiten Panels am Nachmittag informierte *Jennifer Eidson* (University of Maryland) über die „Labour Collections“ an ihrer Universität. Als neu aufgenommene Mitgliedsorganisation der IALHI stellte sie das George Meany Memorial AFL-CIO Archives vor. Benannt nach dem ersten Präsidenten der American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO) sind die Dokumente zur amerikanischen Gewerkschaftsbewegung nach ihrem Umzug nach Maryland (ganz in der Nähe von Washington D.C.) seit Oktober 2014 wieder für Nutzer und Nutzerinnen zugänglich. *Gabriella Ivacs* (Open Society Archives/OSA, Budapest) sprach über „The Yellow Star Houses Projekt: Community Archive or Trauma Archive?“, das dem 70. Jahrestag des Budapester Ghettos gewidmet war.

Ab dem 21. Juni 1944 mussten alle jüdischen Bürgerinnen und Bürger in Budapest den gelben Stern tragen und in sogenannte „Judenhäuser“ umziehen. Ein Stadtplan auf der Homepage des OSA zeigt nun die davon noch existierenden etwa 1.600 Gebäude und schildert deren besondere Geschichte. Am Jahrestag 2014 selbst fanden stark besuchte Gedenkveranstaltungen vor solchen Häusern statt. Dieses Beispiel veranschaulicht eindrucksvoll die aktuellen geschichtspolitischen Einwirkungsmöglichkeiten von Gedächtnisorganisationen wie Archive. *Frank Meyer* (Arbeiterbe-

vegelsens Archiv og Bibliotek, Oslo) legte die „Arbark's Electronic Records Strategy“ dar. Nach Schilderung der Ausgangslage, was die Sammlung von digitalen Dokumenten angeht, stellte der norwegische Archivleiter vor allem zwei Pilotprojekte in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Arbark wird mit der vom dänischen Nationalarchiv entwickelten Archivsoftware SABA digitale Bestände der Norwegischen Arbeiterpartei und der Norwegischen Eisenbahngewerkschaft erschließen. In einem zweiten Projekt soll die vorhandene relationale Datenbank von Arbark mit der Softwareentwicklung SIARD (Software-Independent Archival of Relational Databases) vom Schweizer Bundesarchiv software-unabhängig langzeitarchiviert werden. Erste Ergebnisse werden auf einer der nächsten IALHI-Konferenzen vorgestellt. Zum Abschluss dieses Durchgangs berichtete *Patrizia Sione* (Kheel Center for Labor-Management Documentation and Archives, Cornell University) über den Brand, der am 25. März 1911 in der Triangle Shirtwaist Factory in New York ausgebrochen war. 146 Näherinnen – vorwiegend Mädchen aus Immigrantenfamilien – fanden hierbei den Tod. Nach einer Untersuchung dieser furchtbaren Katastrophe wurden die völlig unzureichenden Brand- und ungenügenden Arbeitsschutzbestimmungen in den USA entscheidend verbessert. Anschließend machten sich die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer auf den Weg zum historischen Ort. Eine Erinnerungstafel am Gebäude erinnert heute an diesen Unglücksfall.

In einem öffentlichen Abendvortrag im Glucksman Ireland House der NYU sprach der Autor einer Biografie zu James Larkin *Emmett O'Connor* (Irish Labour History Society – Museum/Archive) über dessen Aufenthalt in New York. Larkin (1874-1947), Sozialist, Gründer und Vorsitzender der Irish Transport and General Worker's Union und der Irish Worker League, 1912 Gründer der Irish Labour Party, war eine legendäre Gestalt der irischen Arbeiterbewegung. Auf dem Höhepunkt seines Ruhms als machtvoller Redner und Gewerkschaftsführer verließ Larkin nach der traumatischen Niederlage seiner Gewerkschaft im Dubliner Generalstreik von 1913 Irland und lebte 1914 bis 1923 in den Vereinigten Staaten von Amerika. Larkin plante offenbar eine große Vortragsreise. Aufgrund seines egozentrischen Charakters ließ sich dieses Vorhaben allerdings nicht verwirklichen. Finanzielle Schwierigkeiten schließlich führten dazu, dass er Geld von deutschen Agenten annahm, um sich in der amerikanischen Anti-Kriegs-Bewegung zu engagieren. Im Jahre 1917 zerbrach diese Beziehung, möglicherweise hatte dies seine Ursache in Larkins Weigerung, gewaltsame Sabotageaktionen auszuführen. James Larkin arbeitete hauptsächlich mit der New Yorker Linken zusammen, um die Grundlagen für

eine kommunistische Bewegung in den USA zu schaffen. Folgerichtig war er dort Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei. Aufgrund dieser Mitgliedschaft und seiner radikalen sozialistischen Reden und Publikationen wurde er 1920 wegen „criminal anarchy“ zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt. Sein Prozess und seine Verurteilung führten zu internationalen Protesten. 1923 schließlich begnadigte ihn der New Yorker Gouverneur, und Larkin wurde abgeschoben. Zurück in Irland, wandte sich James Larkin Anfang der 30er-Jahre von der Sowjetunion ab, näherte sich der Labour Party wieder an und saß schließlich Mitte der 40er-Jahre als deren Deputierter im irischen Unterhaus.

Am nächsten Tag wurde die Konferenz mit der Vorstellung von vier Spezialsammlungen der New York University fortgesetzt. Nach einer kurzen Einführung von *Michael Stoller* (Director of Collections and Research Studies, Bobst Library, NYU) stellte *Ginny Danielson* die enge Kooperation der NYU mit dem Emirat Abu Dhabi vor. Es entstand eine interdisziplinäre Forschungseinrichtung, an der momentan Studierende aus fast 60 Ländern in 19 Fachrichtungen eingeschrieben sind. Gesammelt werden Monografien und Periodika, aber auch Filme, Fotos und historische Landkarten. Sie liegen weitgehend digital vor, sodass auf sie weltweit zugegriffen werden kann. Die Unterlagen stammen aus allen Bereichen der Natur- und Geisteswissenschaften und der Kunst. Ziel des Kooperationsprojekts ist es, Hochschulbildung vor dem Hintergrund des gesicherten kulturellen Erbes zu ermöglichen. *Marvin Taylor* sprach zur Fales Library der NYU. Die Bibliothek umfasst mehr als 350.000 Bände zur englischen und amerikanischen Literatur seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, zur New Yorker Kunst- und Literaturszene seit den 1970er-Jahren und eine besondere Sammlung von Judaica und Hebraica. Ferner existiert ein Sonder-sammelgebiet zum Thema „Food and Cookery“. Den dritten Kurzvortrag übernahm *Marion Casey* (Department of History). Casey, Autorin von Standardwerken zur Geschichte der Iren in den USA, führte aus, dass das 1997 gegründete „Archives of Irish America“ mehr als 700 Archivbestände aller Quellenarten, einschließlich Ton- und Filmdokumente, von Personen und Organisationen enthält. Anliegen des Archivs ist, Unterlagen dieser Einwanderergruppe, die wie kaum eine andere Einfluss auf die Entwicklung der USA gehabt habe, zu sichern und zugänglich zu machen. Diese Quellen bieten die Grundlage, Fragen nachzugehen, wie sich eine besondere irische Identität in den USA herausgebildet hat, wie die spezifische Einwirkung der Iren auf die amerikanische Gesellschaft zu beschreiben ist und wie das komplexe Wechselverhältnis von eigener Identität und umgebender gesellschaftlicher Realität beschaffen ist. Die letzte

Präsentation dieser Reihe bestritt *John Kuo Wei Tchen* (Asian/Pacific/American Studies Programme and Institute). Tchens Anliegen ist der Aufbau einer Sammlung von Dokumenten und Realien zur chinesischen Einwanderung in die USA. Die Geschichte dieser größten Ansiedlung von Chinesen außerhalb Asiens, die mehr als 160-jährige Geschichte der New Yorker Chinatown seien nahezu unsichtbar. Der asiatische Beitrag zur amerikanischen Gesellschaft könne in der Regel nicht durch Originalunterlagen erforscht werden, sondern sei eher eine von außen betrachtende Erzählung. Nicht zuletzt durch die Sprachlichkeit sei die chinesische community eine schwer zugängliche Gruppe. Tchen ist Mitbegründer des Museums of Chinese in America (MOCA). In einer ehemaligen Nähmaschinenfabrik an Rand von Chinatown entwarf die Architektin und Bildhauerin Maya Lin, die auch das berühmte Vietnam Memorial in Washington schuf, die Räume des Museums unter Berücksichtigung der ehemaligen Nutzung des Gebäudes. Hervorgegangen aus einer kleinen Initiative vor 35 Jahren, präsentiert das MOCA heute als nationales Informationszentrum eine Fülle von multimedial aufbereitetem Sammlungsgut, das von Briefen über Fotos bis hin zu einer Ladeneinrichtung reicht.

Kernthemen sind Einwanderung, Arbeitsbedingungen, politische Aktivität und auch das private Leben der chinesischen Einwanderinnen und Einwanderer. Daneben gibt es Kunstausstellungen, Lernangebote für Schulen und wissenschaftliche Tagungen. Am späten Nachmittag hatten die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer bei einer Führung durch Tchen die Gelegenheit, das eindrucksvolle Museum zu besuchen.

Vor der Exkursion zum MOCA setzte *Boris Belenkin* (Memorial, Moskau) die Präsentationen von IALHI-Mitgliedsorganisationen mit seinem Kurzvortrag zum Thema „NGO in Putin’s Russia: How far the contemporary political history can be investigated?“ fort. Belenkin stellte die Arbeitsbedingungen von Memorial im heutigen Russland dar. Insbesondere ging es ihm um die Zurverfügungstellung und Nutzung von Archivalien. Die Nutzung von Archivmaterial sei etwa dadurch gefährdet, dass bestimmte Schriftstücke nicht vorgelegt werden dürfen. Dies betreffe auch Unterlagen, die früher eingesehen werden konnten und Gegenstand von Forschungen waren. Belenkin informierte über eine Wanderausstellung von Memorial, die sich exemplarisch an 16 Beispielen persönlichen Briefen von Vätern an ihre Töchter und Söhne widmet. Die Väter waren während der Stalinzeit politische Gefangene in Gefängnissen und Lagern und kehrten alle nicht mehr nach Hause zurück. In ihren Briefen versuchten sie, mit ihren Kindern in Beziehung zu treten und ihre Vaterrolle anzunehmen. Eine Buchveröffentlichung soll 2015 die zum ersten Mal ver-

öffentlich, sehr persönlichen Dokumente einem größeren Publikum nahebringen.

Zum Abschluss der Präsentationen stellte *Kostis Karpozilos* das Contemporary Social History Archives (ASKI) in Athen vor. Nach seiner Gründung im Jahre 1992 sichert und erschließt es alle Arten von archivischen Quellen, besonders aus der Zeit nach dem Ende der Militärjunta Mitte der 1970er-Jahre. Das Hauptsammelgebiet ist die Geschichte der griechischen Linken mit Beständen von Parteien, Gewerkschaften, Bewegungen und politisch handelnden Personen. ASKI versteht sich als offenes Archiv, das das Archivgut unter Wahrung der griechischen Daten- und Personenschutzbestimmungen sofort zugänglich macht. Nach dem Verlust der staatlichen Förderung durch die griechische Regierung versucht das ASKI, die Öffentlichkeit mit Vorträgen, Radiosendungen und Protestveranstaltungen auf seine gefährdete Existenz aufmerksam zu machen.

Am letzten Tag der IALHI-Konferenz fand eine Exkursion nach Sylvester Manor statt. Die Farm liegt auf einer Insel vor Long Island im Bundesstaat New York, ist als Genossenschaft organisiert und bietet neben ökologischem Landbau Bildungsangebote z. B. für Schulen an. Gleichzeitig wird die koloniale Vergangenheit dieses Landguts aus dem 17. Jahrhundert historisch aufgearbeitet. So spielte es beim Sklavenhandel zwischen den USA und Barbados eine gewichtige Rolle. Die Dokumente zur Geschichte von Sylvester Manor wurden als Aktenbestand in der NYU gesichert und erschlossen und sind dort nutzbar. Ausstellungen mit diesen Materialien wurden bereits in der Bobst Library gezeigt. Mit der Exkursion endete die facettenreiche und sehr gut vorbereitete IALHI-Konferenz in New York.

Die 46. IALHI-Konferenz wird vom 16. bis 19. September 2015 in Edinburgh stattfinden, organisiert von der National Library of Scotland und unter dem Thema „Global Connections in Labour History: Collecting and Discovering Migrant Workers’ Heritage“ stehen (siehe www.ialhi.org).

„Wie der Kapitalismus überlebt“ –

11. Historical Materialism Conference in London

Ralf Hoffrogge

Wie überlebt der Kapitalismus? (How Capitalism Survives) war vom 6. bis 9. November 2014 Thema der jährlichen Konferenz „Historical Materialism“ (HM), getragen von der seit 1997 erscheinenden gleichnamigen Zeitschrift. Angesichts der Tatsache, dass bei einer nun ins neunte Jahr gehenden Krise die Grenzen zwischen Krise und Normalzustand im Weltkapitalismus verschwimmen, stellte „Historical Materialism“ die Frage, warum der Kapitalismus sich nicht nur „durchgeschlagen“ hätte, sondern auch mutiert, adaptiert und nach einigen Einschätzungen heute sogar stärker sei als je zuvor.¹ Mit Bezug auf den Jahrestag 1914 – 2014 wählten die OrganisatorInnen in ihrem Einladungstext bewusst die langen Linien der Geschichte als Bezugsgröße, ausgehend von der These, dass schon der Erste Weltkrieg Ausdruck einer Krise des kapitalistischen Weltsystems in Form eines „ersten weltweiten inner-imperialistischen Konfliktes“ gewesen sei.

Der zeitliche Bogen vom Ersten Weltkrieg zur heutigen Finanzkrise und die breit angelegte Fragestellung der Konferenz sind Markenzeichen des Projekts „Historical Materialism“, das mit Zeitschrift, Konferenzreihe sowie einer thematischen Buchreihe nichts Geringeres als eine interdisziplinäre Erneuerung des Marxismus versucht. Der Anspruch könnte höher kaum sein, wird jedoch angenommen: Zur 11. Konferenz fanden sich 750 registrierte TeilnehmerInnen aus der ganzen Welt ein, darunter sowohl HistorikerInnen, ÖkonomInnen und SozialwissenschaftlerInnen als auch politisch Aktive verschiedener Parteien und Bewegungen. Die Konferenzsprache in Referaten und Diskussionen war durchgehend Englisch, was für manchen Schwierigkeiten bedeutete, insgesamt jedoch integrierend wirkte.

Während auf den meisten deutschsprachigen Konferenzen die Trennung zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaften sowie zwischen Akademie und Politik stark ausgeprägt ist, ist es den OrganisatorInnen von „Historical Materialism“ im letzten Jahrzehnt gelungen, einen brei-

¹ Der Ankündigungstext 2014 findet sich im Anhang, die bisherigen Ankündigungen unter: <http://www.historicalmaterialism.org/conferences>.

ten interdisziplinären Dialog anzustoßen, der international ausstrahlt. Der Sozialwissenschaftler Oliver Nachtwey etwa sorgte schon 2012 für Kontroversen, als er in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ mit Bezug auf die HM-Konferenzen die These aufstellte, das Erbe des Marxismus werde heute hauptsächlich im angelsächsischen Raum gepflegt, während aus Deutschland als Mutterland und einstiger Hochburg nur wenig Impulse kämen.² Eine anschließende Debatte führte 2013 zu einer Konferenz „Zur Lage des Marxismus“ an der Humboldt Universität zu Berlin, bei der Nachtweys These zwar widersprochen wurde – jedoch stellte sich im Ergebnis dennoch heraus, dass die marxistische Forschung in Deutschland stark fragmentiert ist. Zudem trifft sie auf größere Widerstände beim Versuch, sich an den Universitäten zu institutionalisieren.

Dies gilt in anderer Form auch für viele marxistisch orientierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im angelsächsischen Raum, die an den Universitäten zwar präsent sind, aber hochprekäre Arbeitsverhältnisse hinnehmen müssen. „Historical Materialism“ machte hier aus der Not eine Tugend: Die Ökonomie und Organisation der Konferenz waren geprägt von Professionalismus und Pragmatismus, Reisekosten und Konferenzgebühren auch der Referierenden mussten selbst finanziert werden, was letztlich erst die Breite des Programms ermöglichte. Wahrscheinlich erzeugte so paradoxerweise gerade die oft beklagte Prekarität eine egalitäre Atmosphäre der Tagung.

Hervorstechend wirkten dennoch einige prominent besetzte Abendpanels und die Preisverleihung des „Isaak-und-Tamara-Deutscher-Preises“, diesmal an die kanadischen Politikwissenschaftler Sam Gindin und Leo Panitch. Ihr gemeinsamer Vortrag „Marxist theory and strategy: getting somewhere better“ stieß auf reges Interesse.

Jenseits der Abendpodien war jedoch bei acht bis zwölf parallelen Panels mit bis zu 36 ReferentInnen in jeder einzelnen Sitzung die Erfahrung zu machen, dass die Referentinnen und Referenten buchstäblich aneinander vorbeiredeten, die Teilnehmenden stets weit mehr verpassten, als sie hörten. Eine vollständige Berichterstattung kann daher nicht geleistet werden, es sei auf das online einsehbare Programm verwiesen.³ Dennoch wirkte die HM-Konferenz durch ihre schiere Größe wie ein Magnet auf das Publikum. Hier fanden die Jüngerinnen und Jünger der Kritischen Theorie ihr Panel über „Walter Benjamin and Biopolitics“; die Debatte

2 Siehe Oliver Nachtwey: Geschichte ohne Parteibewußtsein, in: FAZ, 18.1.2012.

3 Das Programm als PDF findet sich unter <http://www.historicalmaterialism.org/conferences/annual11/Programme.pdf>.

um den Ökosozialismus wurde gleich in zwei Panels über „Fossil Energy and capitalism“ vorangetrieben, während im Nebenraum über „Gender, Race & Class in Contemporary Neoliberalism“ diskutiert und nach Konzepten für einen intersektionalen Marxismus gesucht wurde.

Nicht nur im Panel „Revisiting the Russian Revolutionary Tradition“, sondern auch in anderen Debatten war eine kritisch-historische Bezugnahme auf die Russische Revolution sehr präsent. Vielfach wurden mit archäologischer Präzision Debatten, Biografien und Theorien rekonstruiert, die – nicht selten durch die Ermordung ihrer Protagonisten – seit Ende der 1920er-Jahre vom Stalinismus und seinen Epigonen unterdrückt wurden. Zu nennen wären die von *Barbara Allen* (USA) präsentierte Biografie des 1937 ermordeten Bolschewiki Aleksandr G. Słjapnikow oder die von *Eric Blanc* (USA) vorgestellten Einflüsse der nicht-bolschewistischen sozialistischen Parteien auf die Politik der Bolschewiki vor 1917. Hervorzuheben ist auch die von *Brendan McGeever* (Großbritannien) beleuchtete Rolle der Roten Armee in antisemitischen Pogromen während des Bürgerkrieges. McGeever deckte auf, dass die Bolschewiki zwar mit Agitation und Direktiven gegen Antisemitismus und Pogrome vorgingen, angesichts eines als Volksvorurteil im Zarenreich weit verbreiteten Antisemitismus jedoch nicht zu verhindern war, dass Judenpogrome auch von Teilen der Roten Armee verübt wurden, die im Chaos des Bürgerkrieges faktisch keiner zentralen militärischen Führung unterstanden. Die jüdische Herkunft des Armeegründers und obersten Feldherrn Trotzki schien hier kein Hindernis. Beendet wurden die Pogrome nach McGeevers Forschungen durch das Eintreten jüdischer Soldaten, Kommandeure und Aktivisten in die Rote Armee und die bolschewistische Partei und die anschließenden Interventionen.

Kritisch könnte man anmerken, dass bei soviel Parallelität und so vielen Strängen faktisch mehrere Konferenzen unter einem Dach stattfanden, verbunden durch ein eher loses Motto. Doch gerade diese Pluralität erlaubte es der HM-Konferenz sichtbar zu machen, wie breit gestreut der zeitgenössische Marxismus ist. Zudem war durch die großzügige Annahme vieler Referate eine große Offenheit für Nachwuchs aus Mittelbau und DoktorandInnen-Generation festzustellen. Auch dies trug dazu bei, dass nicht etablierte Namen und Themen dominierten, viel Neues und Kommandes präsentiert wurde.

Insgesamt zeigte sich, dass der Begriff „Historischer Materialismus“ nicht nur eine Klammer für die weitgefächerten Themen und Forschungsansätze bildete sondern auch als theoretischer Rahmen viel Potenzial besitzt. Dies ließ sich auch in Debatten zu Geschlechterverhältnissen erken-

nen, die sonst überwiegend von poststrukturalistischen Theorien gedeutet werden – die HM-Konferenz 2014 war hier Teil eines globalen Trends zur Wiederbelebung feministischer Ökonomiekritik.

Noch einmal hervorzuheben ist die Internationalität nicht nur der Konferenz: Für die „Historical Materialism“-Buchreihe wurden in den vergangenen Jahren deutsche, spanische und französische Autorinnen und Autoren gewonnen und Übersetzungen angeregt. Obwohl die Finanzierung aus den Herkunftsländern der Autorinnen und Autoren geleistet werden musste, ist das Ergebnis einer Buchreihe mit über 90 Titeln mehr als beeindruckend. Das Spektrum deutscher Titel und Autoren, die durch Übersetzung ins Englische im Rahmen der HM-Buchreihe ein globales Publikum erreichen, reicht von Karl Korsch und einer Dokumentensammlung zur Novemberrevolution 1918 über Paul Levi bis hin zu Paul Mattick und Karl Heinz Roth.⁴ Die HM-Konferenz- und Buchreihe hat es damit geschafft, nicht nur das angelsächsische Spektrum abzubilden, sondern auch wissenschaftliche Ergebnisse von Marxisten aus dem deutschsprachigen, spanischen und französischen in den angelsächsischen Raum zu vermitteln. Zwar ist durch Experimente mit Sub-Konferenzen in den USA und Indien auf den Tagungen selbst eine Re-Regionalisierung festzustellen, dennoch zog die Londoner HM-Konferenz auch im November 2014 Teilnehmende nicht nur aus den USA und Großbritannien, sondern auch Argentinien, Westeuropa oder China an. Es ist zu wünschen, dass im deutschsprachigen Raum ein Forum entsteht, das in seiner Breite mit den Konferenzen von „Historical Materialism“ oder auch dem jährlich in New York stattfindenden „New Left Forum“ vergleichbar wäre. Voraussetzungen, das zeigen die vielen Beiträge von ReferentInnen aus Deutschland und Österreich auf der 11. HM-Jahreskonferenz, existieren allemal. Freilich müsste sich dafür die hiesige scientific community noch mehr als bisher dem Englischen als Lingua Franca öffnen, um internationale Debatten mitzugestalten.

⁴ Titel unter: <http://www.brill.com/publications/historical-materialism-book-series>, siehe Untermenü „Titles in Series“.

Information

Zwangsarbeiter, Wehrmachtsdeserteure und 999er.
Die Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V. in
Hamburg

René Senenko

Der in Hamburgs Norden gelegene Stadtteil Ohlsdorf ist vor allem bekannt durch seinen Friedhof, mit 390 Hektar Fläche der „weltgrößte Parkfriedhof“, und durch die „Santa Fu“ genannte Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel. Die in Ohlsdorf ansässige Willi-Bredel-Gesellschaft ging 1988 aus einer Bürgerbewegung für die Einrichtung einer Gedenkstätte im Torhaus des ehemaligen Konzentrationslagers Fuhlsbüttel hervor (das Konzentrationslager war baulicher Bestandteil des Gefängnisses und wurde „Kolafu“ genannt). Gegründet wurde die Willi-Bredel-Gesellschaft von Widerstandskämpfern gegen den Faschismus und historisch interessierten Stadtteilaktivisten. Der Verein entwickelte sich zu einem Zwitter aus literarischer Vereinigung und lokalem Geschichtsverein mit antifaschistischer Orientierung. Zum einen erinnert er in seinen Jahreshften und bei Veranstaltungen an den Namensgeber, der in seiner Vaterstadt Hamburg kaum noch bekannt ist. Auch gehören dem Verein inzwischen die Rechte am Werk Bredels. Zum anderen ist die Bredel-Gesellschaft noch immer eine von 18 Hamburger Geschichtswerkstätten. Sie unterhält im alten Eingangsgebäude des Sommerbades Ohlsdorf ein Büro, ein Stadtteilarchiv und eine Bibliothek zur Regionalgeschichte, zum antifaschistischen Widerstand und zur Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung. Die Privatbibliothek Willi Bredels, die im Schweriner Schloss eingelagert war und nach dem DDR-Anschluss von der Bredel-Gesellschaft nach Hamburg geholt worden war, hat der Verein im Jahr 2008 dem Fritz-Hüser-Institut für Literatur und Kultur der Arbeitswelt in Dortmund als Dauerleihgabe übergeben. Trotzdem nennt der Verein viele Erstausgaben, Autografen und Fotos sowie persönliche Gegenstände des Schriftstellers, u. a. einen Schreibtisch und eine Schreibmaschine, sein eigen und präsentiert sie in einem museal gestalteten Raum. Auch die Ausgaben nahezu aller Schriften Bredels finden wir dort. Im Vorraum des Büros können Besucherinnen und Besucher auch in Thomas Mayers Antiquariat „Augenstern“ stöbern, das fast täglich geöffnet hat.

Ein wichtiges Standbein der Vereinstätigkeit ist die kritische Aneignung der jüngeren Geschichte Hamburgs. So hat der über 100 Mitglieder zählende Verein die letzten, weitgehend im Originalzustand erhaltenen Zwangsarbeiterbaracken Hamburgs gerettet und darin im Jahr 2003 ein kleines Museum zum Thema „Zwangsarbeit in Hamburg“ eröffnet. In den beiden Baracken, die im Schatten einer Schallschutzmauer am Flughafen Hamburg stehen, erinnert der Verein an das ehemalige Zwangsarbeiterlager des Gartenbaubetriebes Kowahl & Bruns und damit exemplarisch an das Schicksal der insgesamt fünfhunderttausend Zwangsarbeiter, die in den Jahren des Zweiten Weltkrieges in der Hansestadt als Arbeitsklaven lebten. Daneben hat der Verein weitere Arbeitsschwerpunkte. Er führt häufig lokalhistorische Veranstaltungen durch, vor allem Stadtteil- und Friedhofsrundgänge, Lesungen, Buchvorstellungen und die alljährlichen „Fuhlsbüttler Filmtage“ (die letzten waren dem Arbeiteraufstand 1934 in Österreich gewidmet). Auch beim Denkmalschutz ist der Verein nicht untätig. Die ungezügelter Bauinvestitionen in „Boomtown“ Hamburg haben immer häufiger zur Folge, dass der Denkmalschutz bei vielen Bauvorhaben das Nachsehen hat und der Verein um den Erhalt von Baulichkeiten ringt – ein oftmals vergebliches Bemühen.

Als sich vor sieben Jahren Elke Olsson, die Tochter eines Kieler Wehrmachtsdeserteurs, der in Hamburg wenige Wochen vor Kriegsende 1945 hingerichtet worden war, an den Verein wandte, um mehr zum Schicksal ihres Vaters zu erfahren, begann sich der Verein auch den Opfern der NS-Militärjustiz zuzuwenden. Er ermittelte 68 Namen von erschossenen Wehrmachtsdeserteuren, die wie Elke Olssons Vater auf dem Friedhof Ohlsdorf ihr kaltes Grab gefunden hatten, und rief mit 21 weiteren Vereinen das „Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal“ ins Leben. Gemeinsam mit Ludwig Baumann, dem letzten überlebenden Wehrmachtsdeserteur, der einst zum Tode verurteilt worden war, mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und mit der Evangelischen Akademie der Nordkirche setzte sich das Bündnis nun dafür ein, dass unmittelbar am kriegsverherrlichenden „76er Denkmal“ in Hamburgs Innenstadt (landläufig „Kriegsklotz“ genannt) ein Ort der Erinnerung an die Opfer der NS-Militärgerichte errichtet wird. Ein vom Senat ausgelobter Wettbewerb ist inzwischen beendet; in den nächsten Monaten wird der Künstler Volker Lang unmittelbar neben dem Kriegsklotz einen Pavillon errichten, der Opfern der NS-Militärjustiz gewidmet sein wird.

Ursula Suhling (81 Jahre alt), Aktivistin der Bredel-Gesellschaft, widmete sich einer anderen Gruppe von Wehrmachtssoldaten, den sogenannten 999ern. Das waren Männer, die als Vorbestrafte und Inhaftierte in

der Zeit des Faschismus zunächst als wehrunwürdig galten, aber gegen Kriegsende dennoch eingezogen wurden, um an brisanten Frontabschnitten zum Einsatz zu kommen. Wie Ursula Suhling herausgefunden hat, bestanden in Hamburg die Formationen der 999er in ihrer Mehrheit aus politischen Häftlingen. Auch der Kommunist Carl Suhling, ihr Vater, gehörte zu ihnen. Er war jahrelang im Kolafu inhaftiert gewesen und bezahlte wie die meisten 999er Strafsoldaten seinen Einsatz gegen das Naziregime mit dem Leben. Seine Tochter hat nach Recherchen im Staatsarchiv Hamburg nun ein Buch über die Hamburger 999er vorgelegt und damit einer weiteren bisher wenig beachteten Gruppe von Opfern der Naziwehrmacht ein Denkmal gesetzt.

In den letzten Jahren und Monaten hat die Diskussion um die Würdigung der Wehrmachtsdeserteure und der 999er die alljährliche Soldatenehrung an den Kriegerdenkmälern, von denen es in der Hansestadt noch immer 150 gibt, in ein neues Licht gerückt. Zunächst führte das nicht automatisch zu einem Nachlassen der zweifelhaften Volkstrauertagsrituale an diesen Orten. Noch immer legen an Kriegerdenkmälern in einigen Hamburger Stadtteilen Abordnungen der Feuerwehr, des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ (VDK) und einzelner Bezirksfraktionen Kränze nieder. Am Kriegerdenkmal auf dem Friedhof Ohlsdorf, wo 3.400 Soldaten beider Weltkriege bestattet sind, gedachten in den letzten Jahren Offiziere der Bundeswehr der in Afghanistan umgekommenen Bundeswehrsoldaten. Um diesen zweifelhaften Ritualen bereits im Vorfeld des Volkstrauertages 2014 etwas entgegenzusetzen, unterstützten die Bredel-Gesellschaft und die Deserteursdenkmalsinitiative an mehreren Kriegerdenkmälern die Aufstellung von kritischen Informationstafeln, von zeitweiligen Kunstinstallationen sowie Antikriegsaktionen. Sie sollten helfen, ein Umdenken in Bezug auf die alten Traditionen an den Kriegerdenkmälern herbeizuführen. Zwar sind alle diese Installationen von Unbekannten zerstört worden, dennoch haben diese Aktionen dazu geführt, dass der VDK im Jahr 2014 erstmals seit Jahrzehnten auf seine traditionelle Kriegererehrung am Soldatenfriedhof in Ohlsdorf verzichtet hat. Noch hält der Volksbund an der erinnerungspolitischen Ausrichtung „Den Opfern von Krieg und Gewalt“ weiter fest, doch im Zuge der Debatte haben sich örtliche Initiativen gebildet, die „zeitgemäßere Formen des Erinnerns“ anstreben. Auch wird die Diskussion um den Sinn und Unsinn des Volkstrauertages dadurch neu belebt. Die Willi-Bredel-Gesellschaft will deshalb im 70. Jahr der Befreiung vom Faschismus eine hamburgweite Debatte zur Erinnerungspolitik anstoßen.

Jüngste Publikationen der Willi-Bredel-Gesellschaft:

Ursel Hochmuth/Ursula Suhling: Ehrenfeld für Verfolgte der NS-Herrschaft. Eine Begräbnis- und Gedenkstätte der Geschwister-Scholl-Stiftung auf dem Ohlsdorfer Friedhof, VSA-Verlag, Hamburg 2012

Ursula Suhling: 999er Strafsoldaten – deportiert vom Hannoverschen Bahnhof. Hamburger Antifaschisten in Wehrmachts-Uniform, VSA-Verlag, Hamburg 2014

Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V.

Büro: Im Grünen Grunde 1, 22337 Hamburg

Sprechzeit: Di 15.00-18.00 Uhr, Tel. 040-591107

Email: willi@bredelgesellschaft.de

www.Bredelgesellschaft.de; www.Feindbeguenstigung.de

Antiquariat „Augenstern“

Di-Fr 15.00-18.30, Sa 10.00-14.00 Uhr, Tel. 0172-4032647

www.antiquariat-augenstern.de

Buchbesprechungen

Andrea Komlosy: Arbeit. Eine globalhistorische Perspektive. 13. bis 21. Jahrhundert, Promedia Verlag, Wien 2014, 204 S., ISBN 978-3-85371-369-3

Eingangs verweist die Vf., Professorin am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, auf die eingrenzende Schwerpunktsetzung ihres Buches, das sich vornehmlich mit „Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Weltregionen im historischen und interkulturellen Vergleich“ befasse, wobei der Fokus „auf der Verbindung unterschiedlicher Arbeitsverhältnisse“ liege. (S.7) Im Einführungsteil äußert sie sich dennoch zur Geschichte der Arbeit, zum Arbeitsbegriff, diskutiert aktuelle gesellschaftspolitische Fragen und stellt Analysekatoren (Subsistenz-, Tribut-, Lohnarbeit, selbstständig/unselbstständig, frei/unfrei, bezahlt/unbezahlt etc.) sowie weitere konzeptionelle Überlegungen zur Untersuchung historisch und regional unterschiedlicher Arbeitsverhältnisse vor. Ihre Ausgangshypothese geht von deren Gleichzeitigkeit und Kombination aus und kritisiert daher enge Vorstellungen von „einer linearen oder stufenweisen Abfolge von Produktionsweisen“ (ebenda). Die Kritik erwächst vor allem aus ihrer begründeten Ablehnung eurozentristischer Sichtweisen. In einem zweiten großen Komplex verfolgt K. ihre Forschungsansätze in sechs historischen Perioden (Stichjahre 1250, 1500, 1700, 1800, 1900, 2010), wobei sie sich der Problematik dieser eher pragmatischen Zäsursetzung bewusst ist. K. arbeitet mit einem weiten

Arbeitsbegriff, der „Arbeit nicht auf Erwerbstätigkeit reduziert, sondern das breite Spektrum von Arbeitsformen zur Kenntnis nimmt, die im Haushalt, in der Familie, für Grundherren oder Meister, im eigenen Betrieb oder als unselbständige Lohnarbeit für einen Unternehmer oder Auftraggeber geleistet“ werden. (S.11)

Zweifellos erfolgt die zunehmende wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeit als Reaktion auf den Vormarsch des Neoliberalismus in den hoch industrialisierten Ländern: „An der Definition von Arbeit als außerhäusliches, bezahltes, rechtlich kodifiziertes, institutionalisiertes und sozial abgesichertes Beschäftigungsverhältnis wurde das gesamte wirtschafts- und sozialpolitische Regelwerk der Industriegesellschaft festgemacht. Heute, im postindustriellen Übergang, ist die gesellschaftliche und industrielle Selbstvergewisserung durch Arbeit ins Wanken geraten“, so K. „Der erwerbsorientierte Arbeitsbegriff stimmt mit der Vielfalt deregulierter Arbeitsverhältnisse, die auch in den ehemaligen Industrieländern die dauerhaften Erwerbsidentitäten und Erwerbsbiographien ablösen, nicht mehr überein.“ (S.11f.) Und abschließende Bemerkungen bekräftigen: „In den alten europäischen Industriestaaten einschließlich der postkommunistischen Staaten befindet sich die gesetzlich, sozial- und tarifvertraglich abgesicherte Erwerbstätigkeit im Rückgang“, und „die ungesicherte Beschäftigung sowohl in unselbständiger als auch in selbständiger Form nimmt zu“. (S.193f.) Wie andere gesellschaftspolitisch engagierte So-

zialhistoriker und Politikwissenschaftler kritisiert sie die als alternativlos dargestellte neoliberale Strategie der Lastenabwälzung auf sozial Schwache und periphere Regionen und konstatiert, dass sich nicht zuletzt der „Kollaps des realen Sozialismus“ für die Durchsetzung von Kapitalinteressen als günstig erwiesen hat. „Die Existenz starker Organisationen der ArbeiterInnenbewegung sowie die aus der freundlichen Gesetzgebung gegenüber ArbeiterInnen im realen Sozialismus resultierende Systemkonkurrenz bildeten Gegenpol und Schranken gegen die Demontage von Arbeitsgesetzen.“ (S.61) K. meint, dass sich heute auch „die Bereitschaft von MigrantInnen, soziale Standards und Rechte zu unterlaufen, auf die westliche Arbeits- und Konfliktkultur“ negativ auswirke. (S.175f.)

Einsetzend bei den antiken Sklavenhalterdemokratien (auf die altorientalischen Stadtstaaten geht sie nicht ein) bietet K. in ihrem an Problemstellungen reichen ersten Buchteil u. a. einen sprachgeschichtlich unteretzten Überblick über die mit dem Arbeitsbegriff verbundenen dualen Sinnstiftungen und Bedeutungen: hie Mühsal und Last, da Selbstverwirklichung und Schöpfung. Sie zeigt, wie sich der Begriff im Verlauf der Geschichte der Industrialisierung auf außerhäusige produktive Erwerbsarbeit, auf moderne Lohnarbeit, verengte, sodass Hausarbeit, Kinderbetreuung und Selbstversorgung nicht mehr als Arbeitstätigkeiten wahrgenommen wurden. Erst Frauenbewegungen merkten dies an, wenngleich sich Forderungen feministischer Gruppen nach bezahlter Hausarbeit nicht durchsetzen ließen. Das Arbeitsverständnis der klassischen Nationalökonomien und frühsozialisti-

schen Utopisten wird kurz gestreift, ebenso Hegels Sicht auf entfremdete Arbeit und nicht zuletzt Marxens Feststellung, dass die ganze Weltgeschichte nichts anderes sei als die Erzeugung des Menschen durch die menschliche Arbeit. Marx' Mehrwerttheorie sowie seine These, dass erst die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Selbstverwirklichung des Menschen durch Arbeit ermögliche, finden Erwähnung. Problematisiert wird in diesem Zusammenhang Paul Lafargues derzeit auf Interesse stoßende Schrift „Recht auf Faulheit“, in welcher er für einen Dreistunden-Arbeitstag plädierte, dem K. allerdings realpolitische Bedeutung abspricht.

Die historischen Abschnitte des Buches kann man durchaus als eine kleine global ausgerichtete Wirtschaftsgeschichte lesen, die das Hauptaugenmerk auf Arbeitsverhältnisse und die Organisationsformen von Arbeit legt. Diese Abschnitte setzen mit der Herausbildung von Handwerk und Handel in den neu entstehenden west- und zentraleuropäischen Städten ein, verweisen aber zugleich auf die Weiterführung der Traditionen der antiken Stadt im östlichen Mittelmeerraum, in Westasien und China. Der Exkurs verfolgt die Spezialisierung des Handwerks, die feudalen Stadt-Land-Beziehungen und die jeweiligen agrarischen Ausbeutungsverhältnisse, die Rolle des Handelskapitals, das Aufkommen des Bergbaus und die Entwicklung der frühkapitalistischen und kapitalistischen Arbeitsverhältnisse des Manufaktur- und Verlagssystems, die Herausbildung der Fabrikarbeit und letztlich der maschinellen Großproduktion im Zuge der industriellen Revolution und das Entstehen des kapitalisti-

schen Weltsystems. Die zeitweilig führende Rolle der asiatischen Textilindustrie im 17. Jh. wird ebenso benannt wie die parallel zur europäischen Industrialisierung mit entstehendem Proletariat bis ins 19. Jh. praktizierte Sklaverei (florierender Sklavenhandel eingeschlossen) in Übersee und spanischen oder französischen Kolonien. Wenn gleich viele der hier angeführten konkret-historischen Prozesse zum Wissensbestand der Wirtschaftsgeschichte gehören, beeindruckt dieser kurze Abriss mit seinem spezifischen Blick auf die Verflechtung globaler Arbeits- und vor allem Abhängigkeitsverhältnisse. Sich aus dem Stand der Technik ergebende Arbeitsinhalte und auch die jeweiligen Anforderungen an die Produzenten spielen indes nur am Rande eine Rolle. Besondere sozial- bzw. kulturgeschichtliche Akzente setzt K., indem sie die Wege aufzeigt, die von der mittelalterlichen Hausvaterfamilie zur bürgerlichen Familie und zu proletarischen Lebensformen führten. Bedeutete für Gesellen, Lehrlinge, Tagelöhner die Zugehörigkeit zu gewerblichen und bäuerlichen Haushalten, zum „ganzen Haus“, auch Anspruch auf Versorgung, so entstanden mit der außerhäusigen Erwerbsarbeit neue soziale Problemlagen, insbesondere für die Frauen. Es erwuchs die Notwendigkeit sozialpolitischer Maßnahmen, zumal angesichts sozialer Protestbewegungen wie der Arbeiterbewegung.

Obwohl sie den ungenauen Begriff „postindustriell“ faktisch selbst in Frage stellt, bilanziert K. am Ende nochmals die aus der globalen Krise des Kapitalismus erwachsenden Gegenwartsprobleme in ihren Auswirkungen auf die „postindustrielle Arbeitswelt“ – Prekarisierung, Privatisierung des So-

zialen, Ökonomisierung des Gesundheitswesens und damit bewusst geförderte, weitere Spaltung in Arm und Reich. „Kommerzialisierung, Kommodifizierung und Proletarisierung“ seien als Tendenzen in allen Weltregionen zu beobachten. (S.193) Mit ihrem Buch will K. an den Debatten über neue konzeptionelle Grundlagen für die Zukunft der Arbeit teilnehmen.

Evemarie Badstübner

Christina Bargholz/Museum der Arbeit Hamburg (Hrsg.): ABC der Arbeit. Vielfalt, Leben, Innovation. Von Kupferschmiedern und Kaufleuten, Blaumännern und Schürzen, Lohntüten und Streikkassen..., Dölling und Galitz Verlag, München-Hamburg 2013, 108 S., Abb., ISBN 978-3-86218-027-1

Der Bd. erschien als Katalog zur gleichnamigen Abteilung der Dauerausstellung, die im Herbst 2013 im Hamburger Museum der Arbeit neu eröffnet wurde. „Mit dem Titel ‚ABC der Arbeit‘ wird keine lexikalische Vollständigkeit beansprucht, sondern der Hinweis gegeben auf eine Sammlungsstrategie, die historische Objektbestände in Beziehung setzt zu zentralen Begriffen der Arbeitsgesellschaft.“ (S.10) So fasst die Kuratorin Christina Bargholz, die seit 1986 im Hamburger Museum wirkt, ihr Anliegen zusammen.

Bereits die abgedruckten Grußworte des ehemaligen verdi-Bezirksleiters und des Vorsitzenden des Vereins der Freunde des Museums lassen erkennen, dass es sich hier um eine Ausstellung sowie um den Ertrag einer Sammlung handelt, die sich der Arbeit und der Arbeiterbewegung mit hoher Em-

pathie nähert. Die Autoren behandeln einführend einige methodische Fragen zur Muscalisierung von Objekten und zur Sammlungsstrategie. Das sind zwar keine Neuigkeiten, geben dem Leser aber knapp und gut lesbar eine überzeugende Projektbegründung. Die große grafische Darstellung, die zeigt, wie aus Alltagsgegenständen Exponate werden (S.15), sei ausdrücklich als gelungen hervorgehoben. Darin wird am Beispiel einer Haushaltsnähmaschine der Bedeutungswandel alltäglicher Dinge vom Gebrauchsgegenstand über einen vergessenen Gegenstand zu einem mit neuer Wertschätzung und Interpretation ohne viele Worte und jedermann einleuchtend ablesbar. Aus der Sammlung werden exemplarisch Gegenstände mit Fotos und Inhaltskontext (z. B. Heimarbeit, Schwarzarbeit) vorgestellt.

Der folgende Hauptteil gliedert sich nach den Begriffen, die auch Untertitel des Buches sind, nur unerklärt in anderer Reihenfolge: Innovation, Lebensgeschichten, Vielfalt der Berufe. Der Teil „Innovation“ unterteilt sich in Kapitel zu technischen (z. B. Europalette), sozialen (z. B. Arbeitskampf), und gesundheitlichen (z. B. Unfallverhütung) Themen.

Unter dem Motto „Zeitzeugen vermitteln kulturelles Gedächtnis“ stehen im folgenden Abschnitt die Lebensgeschichten von neun Hamburger Akteuren der Zeitgeschichte im Vordergrund, vom Arbeiter bis zur Professorin. Sie sind mit Fotos, Kurzbiografie und Text samt persönlichen Begleitobjekten (z. B. der Schutzhelm mit IG Metall-Logo des Betriebsratschefs) vorgestellt und waren auch Teil der Ausstellung selber.

Der dritte Hauptabschnitt im Buch widmet sich der Vielfalt der Berufe in

Handwerk, Produktion und Dienstleistung. Danach folgen abschließend einige Fotos mit Impressionen aus der Ausstellung und eine Literaturliste.

Konzept und Projektleitung für die Ausstellung verantwortete B., in der wissenschaftlichen Arbeit unterstützt von Henrik Eßler. Beide führten auch die Zeitzeugeninterviews durch.

Das Anliegen der beiden Kuratoren ist grundsynchron für jeden, der sich der Geschichte der Arbeiterbewegung verbunden fühlt. In keinem anderen großen deutschen Museum wird so ausdrücklich diese Geschichte im weitesten Sinne als zentrale Fragestellung beim Sammeln und Ausstellen aufgegriffen. Viele Industrie- und Technikmuseen behandeln diese Aspekte natürlich ebenso, aber in der Regel eingebettet in eine verschobene Perspektive beziehungsweise in eine andere Erzählung – häufig die der Industriegeschichte einer Region, eines Landes oder der Technikgeschichte allgemein.

Weniger überzeugend als der Grundansatz, dieses Hamburger Alleinstellungsmerkmal, ist die Gliederung des Themas. Der Versuch, die Fülle des Stoffs und des Gesammelten für den Ausstellungsbesucher und in unserem Falle den Leser zu bändigen und in eine prägnante Folge und eine logische Erzählung zu gießen, ist nicht gelungen. Das lässt bereits der zweite Untertitel des Buches ahnen: „Von Kupferschmieden und Kaufleuten, Blaumännern und Schürzen, Lohntüten und Streikkassen...“ Die konkrete Aufzählung bezweckt wohl, Interesse zu wecken, hinterlässt aber keine stimmige Ordnung im Kopf. Zumal der erste Untertitel mit den drei abstrakten Begriffen „Vielfalt – Leben – Innovation“ eher beliebig wirkt. Unterschiedliche

Ansätze und Methoden werden kombiniert. Ein Kapitel zu „Arbeitsmoral“ mit zugehörigen eindrucksvollen Plakatexponaten im Einführungsteil (warum ausgerechnet dort?) verstärkt noch diesen Eindruck vom „Ertrinken im Material“.

Dem Lesevergnügen tut das freilich wenig Abbruch, denn wo auf etwas Vorwissen aufgebaut werden kann, überwiegt beim Blättern die Entdeckerfreude. Der kommen – bei einer überschaubaren Gesamtstärke des Buchs – die detailorientierten Exponatfotografien und die klugen, kurzen Kommentare zugute. Alles in allem kann die Lektüre hoffentlich zu einem Besuch des Hamburger Museums anregen.

Achim Dresler

Herbert Meißner: Gewaltlosigkeit und Klassenkampf. Revolutionstheoretische Überlegungen (Weißdruck, 8), Verlag Wiljo Heinen, Berlin-Böcklund 2014, 110 S., ISBN 978-3-95514-012-0

Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung wird von der Gesellschaft generell befürwortet. Weitgehend akzeptiert ist auch, dass es auf dem Weg in eine neue, gerechtere Gesellschaft harter politischer Auseinandersetzungen bedarf. Vielfach wird in diesem Zusammenhang Gewaltlosigkeit angemahnt: Die meisten Vertreter sozialer und gesellschaftlicher Organisationen, sozialer Netzwerke und gesellschaftskritischer Gruppierungen lehnen heute Gewalt in jeder Form kategorisch ab. Kann aber Gewaltlosigkeit erfolgreich sein gegen eine polizeilich und militärisch hoch gerüstete Staatsmaschinerie mit Gewaltmonopol? Sie wird vor dem Einsatz der ihr

zur Verfügung stehenden Repressionsmittel gegen Formen des zivilen Ungehorsams wie Mahnwachen, Demonstrationen, Streiks, Sabotage, Meuterei, Hungerstreik, alternative Wirtschaftsinstitutionen, Parallelregierungen usw. nicht grundsätzlich zurückschrecken, um die bestehenden Herrschaftsformen zu sichern. Denn zweifellos handelt es sich bei derartigen Auseinandersetzungen um Klassenkampf. Ist Klassenkampf überhaupt mit Gewaltlosigkeit vereinbar?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des von Meißner verfassten Bd. Der Wirtschaftswissenschaftler und Historiker versucht, darauf eine Antwort zu geben. Das geschieht weniger durch die Vorführung und Interpretation von Klassikerzitaten von Marx bis Lenin als durch die Darlegung historischer Erfahrungen aus der Geschichte der Klassenkämpfe des 19. bis 21. Jh. für bzw. gegen eine neue, eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Diese historischen Erfahrungen belegen, dass „alle Klassenkämpfe mit der Anwendung von Gewalt verbunden waren. Dabei gab es revolutionäre Gewalt seitens der Unterdrückten sowie Herrschaftsgewalt seitens der unterdrückenden Klassen.“ (S.22)

Muss diese Feststellung aber auch für Gegenwart und Zukunft gelten? Der Kampf um eine bessere Gesellschaftsordnung wird heute vor allem mittels Reformen geführt. Ihnen liegt das Prinzip der Gewaltlosigkeit zugrunde. Das hat gute Gründe. Einmal müssen, sollen die Reformen zum Erfolg führen, immer mehr Menschen und Menschengruppen in diesen Kampf einbezogen werden. Für diese ist Gewaltanwendung keine Option. Zweitens sollte die Opposition auf Gewalt verzichten,

um die immer wieder gezeigte Gewaltbereitschaft des Staates nicht herauszufordern. Deshalb sollte der Weg in den Sozialismus so weit wie möglich gewaltlos beschritten werden, auch wenn ein völliger Verzicht auf Gewaltanwendung illusorisch sei. Das dürfte aber nicht zur Leugnung des Klassenkampfes führen. In diesem Zusammenhang entwickelt M. die Kategorie „gewaltarm“ und führt dafür das Beispiel der kubanischen Revolution an.

Das Festhalten am Klassenkampf sei für den gesellschaftlichen Fortschritt unverzichtbar, argumentiert M. Denn mit einem Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems und einer politischen Selbstaufgabe der herrschenden Klasse sei nicht zu rechnen, auch nicht im Gefolge der 2008 ausgebrochenen und noch andauernden Weltwirtschaftskrise. Das formuliert M. mit anderswo so kaum nachzulesender Eindeutigkeit: Es „gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass diese Problematik die Existenz des kapitalistischen Systems als solches ins Wanken bringt. Auch wenn dabei neue ökonomische und soziale Widersprüche aufbrechen, entsteht, soweit es um die wissenschaftlich-technische Dynamik und die Innovationskraft geht, keine gesamtwirtschaftliche Fesselung der Produktivkräfte durch die Eigentumsverhältnisse. Im Gegenteil: anstelle der früheren marxistischen Erwartung, dass die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse eine Weiterentwicklung der Produktivkräfte be- und verhindern und dieser Konflikt zur Systemsprengung führt, kehren sich die Wechselbeziehungen zwischen den beiden Faktoren Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse dahingehend um, dass die stürmische Entwicklung auf vielen Gebieten sogar

deutlich zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse beiträgt.“ (S.33f.)

Die mangelnde Fähigkeit der zu Beginn der erneuten Beschleunigung der Produktivkraftentwicklung im letzten Viertel des vorigen Jh. – vielfach als digitale Revolution bezeichnet – bereits real existierenden sozialistischen Länder, dieses Phänomen zu beherrschen, habe vielmehr zu einer umfangreichen kapitalistischen Restauration geführt. Diese Umgestaltung und Rückführung von Gesellschaften, die sich auf verschiedenen Stufen des sozialistischen Aufbaus befanden, zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung – M. geht dem vor allem am Beispiel der Perestroika im neunten Kapitel seiner Studie nach – habe sich dagegen (fast) gewaltfrei vollzogen.

Im 7. Kapitel geht M. auf die unterschiedlichen Chancen in Europa bzw. Nordamerika, in Lateinamerika und in der arabischen Welt ein, in absehbarer Zeit zu gewaltfreien bzw. gewaltarmen gesellschaftlichen Umbrüchen zu kommen und verweist dabei positiv auf Lateinamerika. In den lateinamerikanischen Staaten sei das Niveau von Wissenschaft und Technik noch relativ niedrig, die Ausbeutungsmethoden seien grob, die Lebensumstände der Masse der Bevölkerung erbärmlich und der Drang zur Veränderung der sozialen Lage entsprechend groß. Gleichzeitig verfüge die despotisch herrschende korrupte Oberschicht noch nicht über die Mittel einer differenzierten Machtausübung, wodurch einer Volksbewegung weite Aktionsflächen geboten würden. Damit seien die Chancen für einen umfassenden Politikwandel in vielen lateinamerikanischen Staaten heute günstiger als in Europa. Bei al-

ler hoffnungsvollen Betrachtung verschließt sich M. auch einem düsteren Kapitel sozialistischer Entwicklung und Gewaltanwendung nicht. Anders als von Marx und Engels vorausgesehen, so stellt er in seiner historischen Analyse fest, habe es in mehreren (früher) sozialistischen Ländern Gewalt nicht nur bei der Erringung der Macht gegeben, sondern auch in der nachfolgenden Phase der Festigung der sozialistischen Herrschaft. Im 8. Kapitel setzt sich M. knapp, präzise und schonungslos mit dem Phänomen des Stalinismus auseinander. Sein abschließendes kategorisches Urteil, Bezug nehmend auf das Anliegen dieser Publikation lautet: „In einer konsolidierten sozialistischen Ordnung, die sich die Befreiung von Unterdrückung, Ausbeutung und sozialer Ungerechtigkeit auf ihre Fahne geschrieben hat, muss Gewaltlosigkeit zur Staatsräson gehören.“ (S.103)

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang M.s Blick auf China. Für die Herrschaft Maos, konzidiert er, gelte das meiste, was über Gewalt im sowjetischen Sozialismus gesagt wurde. „Maoismus war gewissermaßen Stalinismus in den Farben Chinas.“ (S.107) Aber im Unterschied zur KPdSU habe es die KP Chinas vermocht, Fehlentwicklungen zu korrigieren, ihre Folgen zu überwinden, die Staatsmacht stabil zu halten, auf dem sozialistischen Entwicklungsweg voranzuschreiten und ihn dabei neu zu definieren. Die Volksrepublik China habe den praktischen Beweis erbracht, dass der Untergang der Sowjetunion und des osteuropäischen Sozialismus keine objektive, vorbestimmte und unvermeidbare Gesetzmäßigkeit war. Die letztlich aus einer erfolgreichen Wirtschaftsentwick-

lung resultierende, zunehmende weltpolitische Dominanz Chinas bedeute, dass ein Weiterschreiten auf dem Wege Lenins möglich sei, allen Zickzacklinien, Irrungen und Wirrungen zum Trotz. Davon, meint M., profitierten nicht nur Kuba und Vietnam, sondern auch andere Dritte-Welt-Länder.

Das schmale Buch ist beim Ansprechen der Probleme des Klassenkampfes und der Rolle, die die Gewalt in diesem Zusammenhang spielt, von erfrischender Direktheit. Es bietet zwar eher eine Beschreibung der Probleme als Ratschläge für deren Lösung. Dessen ist sich der Autor auch bewusst. M. wollte, wie er im Vorwort schreibt, „zum Mitdenken und Weiterdenken anregen“. (S.8) Das ist ihm zweifellos gelungen.

Jörg Roesler

Eric Hobsbawm: Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus, Carl Hanser Verlag, München 2012, 447 S., ISBN 978-3-446-24000-1

Der Bd. enthält Schriften des Autors (1917-2014) der Jahre 1956-2009. Das Buch, so H. in seinem Vorwort dazu, „ist im Wesentlichen eine Untersuchung der Entwicklung und der postumen Wirkung des Denkens von Karl Marx (und, untrennbar davon, von Friedrich Engels)“ und wende sich allgemein an „Menschen, die daran interessiert sind, mehr über den Gegenstand zu erfahren“; gleichwohl zielten „die meisten Kapitel auf Leserinnen und Leser mit einem spezifischen Interesse an Marx, am Marxismus und an der Wechselwirkung zwischen historischem Kontext und der Entwicklung und dem Einfluss von Ideen“. (S.9f.)

Entsprechend geht es im Teil I des Sammelbd. unter der Überschrift „Marx und Engels“ um inhaltliche Positionen des „Marxschen Sozialismus“ im Unterschied zum „vormarxschen Sozialismus“, zur Marxschen Theorie. Behandelt werden (1) die umfassende Kritik der kapitalistischen Gesellschaft, (2) deren historische Entwicklung, die „letztendlich eine sozialistische Gesellschaft hervorbringen würde“, und (3) die „Art und Weise des Übergangs von der alten in die neue Gesellschaft: Das Proletariat würde als Träger, als Klassenbewegung im Klassenkampf, diesen Übergang durch eine Revolution verwirklichen – durch die ‚Expropriation der Expropriateure‘. Der Sozialismus hatte aufgehört, ‚utopisch‘ zu sein, und war ‚wissenschaftlich‘ geworden.“ (S.59) Das wird in den Abschnitten über „Marx, Engels und die Politik“ (ihre Positionen zu Staat, Demokratie, Revolution, Diktatur des Proletariats, Partei), „Zum Manifest der Kommunistischen Partei“ und „Die ‚Grundrisse‘ entdecken“ erläutert.

Teil II – „Marxismus“ – ist dem Einfluss des Marxismus nach Marx' Tod im Laufe des 20. Jh. und global gesehen gewidmet. Dieser Teil gliedert sich in die Abschnitte 1880-1914; „im Zeitalter des Antifaschismus 1929-1945“; 1945-1983 und „Der Marxismus auf dem Rückzug 1982-2000“. Schwerpunkte bilden dabei das Verhältnis zwischen Intellektuellen und Marxismus, die Wandlungen und Differenzierungen im Marxismus sowie Diskussionen unter Marxisten angesichts der Veränderungen in der Welt während der jeweiligen Zeitabschnitte, nicht zuletzt nach dem 20. Parteitag der KPdSU (1956). Teil II enthält darüber hinaus einen Exkurs zu Gramsci und dessen

Rezeption. Der zentrale Punkt dabei: Gramsci hatte „als einer der ersten eine marxistische Theorie der Politik vorgelegt“, und darin bestehe „sein Hauptbeitrag zum Marxismus“. (S.289)

Wie verändert man nun die Welt? „Nach Marx' Tod waren die Verhältnisse unausweichlich andere als zu seinen Lebzeiten [...] All das machte es praktisch unmöglich, aus den Schriften der Klassiker so etwas wie strategische und taktische Handlungsanleitungen abzuleiten [...] Was sich von Marx lernen ließ, waren seine Methoden, Analyse und politisches Handeln in Beziehung zueinander zu setzen, und nicht aus klassischen Texten destillierte, gebrauchsfertige Lehren.“ (S.107) Das schrieb Hobsbawm 1982. Für die Linke im 21. Jh. bleibt das richtig: Mit Marx' Methoden die Wirklichkeit analysieren und daraus das politische Handeln ableiten – um die Welt im Marxschen Sinn zu verändern. *Ulla Plener*

Philippe Kellermann (Hrsg.): Begegnungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung, Bd. 3, Unrast Verlag, Münster 2014, 207 S., ISBN 978-3-89771-541-7

Wie schon in den 2011 und 2012 unter diesem Titel erschienenen beiden Bden. vereinigt Hrsg. Philippe Kellermann auch im dritten Bd. Autoren der Mosaik-Linken mit recht unterschiedlichen Sichtweisen auf das Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in Geschichte und Gegenwart, darunter wiederum solche, die – wie er selbst – eindeutig dem anarchistischen Lager zuzuordnen sind. K. geht es mit diesem

interessanten, lesenswerten Sammelbd. erneut darum, die Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen Anarchisten und Marxisten herauszuarbeiten.

Elfriede Müller analysiert unter dieser Fragestellung Rolle und Konzeption von Gewalt bei Anarchisten und Bolschewiki in der Russischen Revolution. Ihrer Meinung nach hätten sich im zaristischen Russland Anarchisten und Bolschewiki bzw. Sozialdemokraten mehr geähnelt als in (West-)Europa. Denn im Gegensatz zu (West-)Europa wären die russischen Sozialdemokraten sehr militant und von einem revolutionären Geist durchdrungen gewesen, der dem der Anarchisten sehr ähnelte. Der größte Unterschied zwischen beiden habe nicht in der Frage der Gewaltfrage bestanden, sondern eher in der Frage der Organisation. „Die Mehrheit der Anarchisten wandte sich gegen eine strukturierte Organisation.“ (S.48)

Die Autorin kommt zu dem Fazit, dass Anarchisten wie Bolschewiki davon ausgingen, dass der zaristischen und kapitalistischen Gesellschaft ein Gewaltverhältnis zugrunde lag, das durch revolutionäre Gewalt als Mittel zur Emanzipation zu überwinden war. Während die Bolschewiki ein mehr instrumentelles Verhältnis zur Gewalt entwickelten, hätten einige Anarchisten in ihrer Anwendung auch ein befreiendes Element für das Individuum gesehen. „Beide politische Strömungen strebten durch die Anwendung von revolutionärer Gewalt gewaltfreie gesellschaftliche Verhältnisse an.“ (S.51)

Die Gewalt gegen vermeintliche und tatsächliche Gegner der Russischen Revolution sei nicht nur von den Bolschewiki ausgegangen, sei aber von der neuen Staatsmacht legitimiert und

auch kanalisiert worden. Mit der Deklarierung des roten Massenterrors gegen den Terror der Konterrevolution hätten die Bolschewiki erstmals Gewalt als Staatspraxis eingesetzt. Gedacht als Notwehr, habe der rote Terror jedoch schnell seine zweckorientierte Zielsetzung überschritten und sich vielmals gegen Unschuldige – auch gegen Unterstützer der Revolution wie die Anarchisten – gerichtet. Aus der als revolutionär konzipierten Gewalt gegen gewaltförmige Herrschaftssysteme sei eine „Gewalt der konformistischen Revolte“ (S.52) geworden, des autoritären Charakters gegen Schwächere, die sich als roter Terror verfestigte und unter dem Stalinismus zur Staatspraxis wurde. Nach Auffassung von M. hätten die Bolschewiki vor der Wahl gestanden: Terror oder Wiederbelebung des Bündnisses mit den linken Sozialrevolutionären und Anarchisten. „Sie hätten sich für letzteres entscheiden sollen, statt durch Massenhinrichtungen, Geiselnahmen und die Militarisierung der Arbeit die Revolution zu begraben.“ (S.51)

Helge Döhring untersucht das Verhältnis von Anarchosyndikalisten zu Marxisten in Deutschland in den Jahren von 1933 bis 1951. Er vertritt die These, dass der Anarchosyndikalismus in Deutschland an sich bereits „eine Synthese aus anarchistischen, wie auch marxistischen Elementen“ (S.115) darstellte, weil er tief in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung des 19. Jh. wurzelte. Für den untersuchten Zeitraum hebt der Autor jedoch hervor, dass es zwischen der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) und der KPD sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht klare Tren-

nungslinien und Unvereinbarkeitsbeschlüsse gab. Der gemeinsamen Gegnerschaft zum Hitlerfaschismus habe „keine wie auch immer geartete brüderliche Verbundenheit“ (S.116) zugrunde gelegen. Bereits vor 1933, als in anarchosyndikalistischen Kreisen separat von kommunistischen Wehrformationen eigene „Schwarze Scharen“ entstanden, sei es auf örtlicher Ebene genauso zu Reibereien mit kommunistischen Gruppen wie zu gelegentlicher Zusammenarbeit gekommen. Für die Zeit nach 1933 belegt D. Kontakte auf unterer Ebene zwischen der FAUD und marxistischen Widerstandsgruppen – namentlich in den Regionen Rhein/Ruhr, Mitteldeutschland und Südwestdeutschland.

In weiteren Beiträgen vergleicht Ulrich Klemm marxistische, kommunistische und anarchistische pädagogische sowie bildungspolitische Konzepte im Zeitraum von der Mitte des 19. Jh. bis zum Anfang der 1930er-Jahre. Andrea Gabler befasst sich mit der Baustelle „Autonomie“ und geht dabei auf das Projekt „Socialisme ou Barbarie“ (1948-1967) und auf Cornelius Castoriadis (1922-1997), ein wichtiges Gründungsmitglied dieser Gruppe, ein. Rüdiger Haude beleuchtet die „anthropologische Widerlegung“ des Marxismus durch Pierre Clastres (1934-1977). Ewgeniy Kasakow macht unter der Fragestellung „Von der Staats- zur Herrschafts-Kritik?“ Notizen zur Entwicklung der anarchistischen und marxistischen Staatstheorie, und Philippe Kellermann selbst wendet sich der Stirner-Rezeption und -Interpretation des Austromarxisten Max Adler (1873-1937) zu.

In seinem zweiten Beitrag erinnert der Hrsg. an den Aufsatz „Die histo-

rischen und sachlichen Zusammenhänge zwischen Marxismus und Anarchismus“ von Luigi Fabbri (1877-1935), den dieser anarchistische Theoretiker und Propagandist 1908 im renommierten, unter anderen von Max Weber herausgegebenen „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ veröffentlicht hatte. Anhand von Fabbri's Text stellt K. fest, dass es auf anarchistischer Seite durchaus Ansätze gegeben habe, die Auseinandersetzung zwischen Marx und Bakunin sowie das Verhältnis von Anarchismus und Marxismus bzw. Sozialdemokratie „nicht einfach in einem sterilen Dualismus von gut und böse zu reflektieren“. (S.25) Er verweist darauf, dass Fabbri betont hatte, wie Unrecht man habe, im Kampf zwischen beiden Richtungen sektiererisch und intolerant zu sein, und dass (so Fabbri) „die Ideen des Sozialismus, wenn sie nur ehrlich betätigt werden, niemals so weit auseinander liegen und so gegensätzlich sind, daß nicht ein sichtbarer Zusammenhang zwischen ihnen bestehen bliebe und damit ein Grund zur Solidarität zwischen allen ihren Anhängern persistiere“. (S.25)

So erfreulich ein solcher Ansatz gewesen sei (und gleichfalls bei heutigen ähnlichen Bestrebungen ist), so K., stelle sich dennoch die Frage, ob eine solche Darstellung nicht notwendig bestimmte Aspekte und Fragen ausblenden bzw. kleinreden müsse, was auch für einen Text wie den seinen gelte. Und in der Tat: Ein analytisches Herangehen, das nur die Gemeinsamkeiten von Anarchisten und Marxisten ins Zentrum der Betrachtung stellt und die Unterschiede minimiert oder gar ausblendet, wird weder der Geschichte noch der Gegenwart gerecht. Zu fragen ist vielmehr, ob beim Ringen um

eine sozialere, menschlichere Gesellschaft nicht auch die Differenzen zwischen Anarchismus und Marxismus fruchtbar gemacht werden könnten.

Jochen Weichold

Kay Schweigmann-Greve: Chaim Zhitlowsky: Philosoph, Sozialrevolutionär und Theoretiker einer säkularen nationaljüdischen Identität, Wehrhahn Verlag, Hannover 2012, 470 S., Abb., ISBN 978-3-86525-268-5

Chaim Zhitlowsky sei ein „unangepasster Intellektueller“, ein „säkularer, nationalbewusster Jude“ (S.13) gewesen, betont Kay Schweigmann-Greve. Der Vorsitzende der Deutsch-israelischen Gesellschaft in Hannover geht in seiner umfangreichen Studie dem Lebensweg und dem Werk einer Persönlichkeit nach, die nahezu vergessen ist, obwohl allein seine 1910 erschienene Philosophiegeschichte – die einzige in jiddischer Sprache – ihm einen Platz in der öffentlichen Erinnerung zuweisen müsste. Der Autor promovierte mit der nun als Buch vorliegenden Arbeit 2011 in Potsdam mit „summa cum laude“, und auch der Leser wird sich dem Respekt vor dieser Leistung nicht entziehen können.

Jüdisch-russischer Herkunft, sieht sich der 1865 geborene Zhitlowsky hineingestellt in eine Situation konfliktgeladener Widersprüche und sich anbahnender Modernisierung in Osteuropa. Er ist politisch frühzeitig aktiv. Seine Wege führen ihn nach Westeuropa, da er sich drohenden Verhaftungen zu entziehen versucht. Später geht er in die USA, wo er 1943 verstirbt. Zu zahlreichen Vortragsreisen kehrt er zwischenzeitlich immer wieder nach Euro-

pa zurück, um sich in den intellektuellen Diskurs seiner Zeit einzumischen. Seine umfangreiche Publizistik, seine Mitarbeit an den „Sozialistischen Monatsheften“ und seine Beteiligung an Kongressen und Organisationen stehen exemplarisch für den bedeutenden Anteil, den Personen jüdischer Herkunft an der Formierung der verschiedenen Strömungen der sozialistischen Bewegung und ihr nahestehender Kreise am Ausgang des 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. hatten.

Zhitlowsky gehört in die Reihe derer, die mit ihrer kritischen Rezeption des Marxismus zugleich die Diskussion zu diesem Denkgebäude und damit dessen Verbreitung förderten. Obwohl er die dialektische Erkenntnistheorie für „philosophisch unbegründet“ und „wissenschaftlich überflüssig“ hielt (S.119), billigte er dennoch Marx „Adlerflügel“ (S.122) zu. Für ihn waren Marx und Lassalle „große Juden“. (S.233) Zhitlowsky selbst dürfte aus heutiger Sicht wohl als Neukantianer gelten, obwohl ihn der Autor keiner der Schulen des Neukantianismus zurechnen möchte. Zhitlowsky griff aber punktuell immer wieder auf Kant zurück. Dies wird auch in seiner Polemik mit Karl Kautsky deutlich. Der Kantischen Ethik fühlte er sich stark verbunden.

Besonderes Interesse verdienen Zhitlowskys Überlegungen zur Nationalitätenfrage. Die damalige Diskussion um das Thema Nation und Nationalität ist gegenwärtig unter veränderten historischen Rahmenbedingungen wieder virulent. Ein Rückblick, der sich nicht auf Otto Bauer und auf Stalins Definition einengen sollte, also durchaus lohnend ist. Nationen als etwas Reales und zugleich als ein wandelba-

res historisches Gebilde, Nationalgefühl als soziales Faktum zu verstehen, ist ein immer noch diskussionswerter Ansatz. S.-G. kennzeichnet Zhitlowsky als Vertreter einer „strukturell nicht aggressiven, kulturell fundierten nationalen Identität, die nicht primär territorial gebunden ist“. (S.13) Er habe verlangt, die „Forderung nach nationaler Gleichberechtigung“ in „unser sozialistisches Ideal“ aufzunehmen. (S.141) Pannationalismus lehnte er ab. Nach dem Auseinanderfallen der Sowjetunion und den Sezessionskämpfen in Europa am Ausgang des letzten und zu Beginn unseres Jh. kann die Nationalitätenfrage schwerlich als erledigtes Thema der Vergangenheit zugeordnet werden.

Zhitlowskys voluntaristisches Konzept einer agrarsozialistisch fundierten, säkularisierten jüdischen Gesellschaft erklärt sich aus seiner Herkunft und Sozialisation in den Jugendjahren. Ein realistischer Lösungsansatz konnte das jedoch schon zu seinen Lebzeiten nicht sein. Sein Augenmerk galt der Entwicklung des Jiddischen zur Nationalsprache, die es aus seiner Sicht erst ermögliche, mit den fortgeschrittenen europäischen Völkern auf Augenhöhe zu kommunizieren. Ein „geografisch zerstreutes Volk benötige sprachliche Geschlossenheit“. (S.219) Anliegen Zhitlowskys sei es gewesen, „europäische moderne Philosophie und Wissenschaft [...] mit der jüdischen Tradition und Kultur zu verschmelzen und so mitzuhelfen, die jüdische Nation von einer diskriminierten rückständigen Minderheit zu einer modernen Kulturnation zu transformieren“. (S.384)

Dem Leser sei auch der Abschnitt empfohlen, in dem Zhitlowskys Positionen zu politischen Vorgängen der

1930er-Jahre analysiert werden. Angesichts der ständig wachsenden Bedrohung durch faschistische Kulturbarbarei und Eroberungspolitik sah der jüdische Philosoph in der Sowjetunion ein Schutzschild für das europäische Judentum. Die Säuberungswellen dort aber ließen viele Intellektuelle in aller Welt an ihren Hoffnungen eher zweifeln. Zhitlowsky befand sich zwischen den Stühlen, er entschied sich – trotz seiner Distanz zum Kommunismus – für Solidarität mit der Sowjetunion im Kampf gegen Hitlerdeutschland.

Im Anhang werden die zahlreichen Schriften und die Werkausgaben aufgelistet. Immerhin schrieb der mehrsprachige Zhitlowsky in Jiddisch, Deutsch, Russisch und Englisch. Eine Chronologie der wichtigsten Lebensstationen vermittelt noch einmal einen konzentrierten Überblick über die Biografie, der sonst bei der thematischen Gliederung verloren gehen würde. Dem Buch ist gebührende Aufmerksamkeit zu wünschen. Es füllt eine der noch zahlreichen Lücken in der Ideengeschichte des 19. und 20. Jh. *Jürgen Hofmann*

Claus-Peter Clasen: Arbeitskämpfe in Augsburg um 1900. Streik, Aussperrung und Boykott (Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft bei der Kommission für Bayerische Landesgeschichte, Reihe 1, Studien zur Geschichte des bayerischen Schwabens, 41), Wißner-Verlag, Augsburg 2012, VIII, 357 S., ISBN 978-3-89639-867-3

Der Autor legt nach einem Bd. speziell zu den Textilarbeiterstreiks in Augsburg (Streikgeschichten. Die Augsburger Textilarbeiterstreiks 1868-1934,

Augsburg 2008) eine weitere Abhandlung vor, die sich den Arbeitskämpfen in der Fuggerstadt widmet. Dabei geht es um die weiteren Gewerbe, vor allem um die Metall-, Holzverarbeitungs- und Bauindustrie. Der Zeitraum umfasst, drei Ereignisse ausgenommen, die beiden Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg. Bekanntlich war das eine Hochphase der Industrialisierung und der Streiks in Deutschland und zugleich eine Zeit dramatischer Wandlungen auf dem Arbeitsmarkt und eines Aufstiegs der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände.

Akribisch zeichnet C. den Verlauf exemplarisch ausgewählter Streiks nach. Dabei werden die wichtigsten Aspekte wie Auslöser, Forderungen, Verhandlungen, Umfang und eventuelle Aussperrungen und natürlich der jeweilige Ausgang detailliert behandelt. Auch die Rolle der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände, der Behörden und der überregionalen Zusammenhänge kommen zur Sprache. Bedingt durch die Komplexität dieser Konstellationen behält der Autor Recht mit seiner Einschätzung, alle diese Ausstände hätten ihre je eigene Geschichte.

Umfangreiches statistisches Material und ein Personen-, Orts- und Sachregister erleichtern den Zugang. Der Autor stütze sich bei seiner Darstellung einerseits auf die regionale Presse und Flugschriften, andererseits auf behördliche Überlieferungen.

Wie C. in der Einleitung selbst einräumt, beschränkt er sich weitgehend auf die Schilderung des Ablaufs der Arbeitskämpfe. Das liefert dem Leser zwar eine Fülle an Material, aber die Darstellung verharrt oft allzu sehr im Deskriptiven. Und das, obwohl sich die ausgebreiteten Fakten für eine gan-

ze Reihe von tiefer gehenden Analysen geradezu anbieten. So für einen Vergleich der einzelnen, in ihren Strukturen sehr unterschiedlichen Branchen wie das Schneidergewerbe und die Metallindustrie. Diese Unterschiede mussten nicht zuletzt Folgen für die gewerkschaftliche Organisation und die Schlagkraft während der Streiks haben.

Auch andere Aspekte werden verstreut genannt, ohne systematisch untersucht zu werden. Das gilt beispielsweise für das mehrfache Anwerben italienischer Arbeitskräfte als Streikbrecher. Hier hätte sich der Leser mehr analytische Tiefe gewünscht, zumal die Ankunft von Italienern im Jahr 1899 zu tagelangen Straßenkämpfen bis hin zum Militäreinsatz führte, wie der Bd. ausführlich dokumentiert. Damit ist auch schon ein weiterer interessanter Gesichtspunkt angedeutet: das Verhalten der Bevölkerung gegenüber den Auseinandersetzungen. Häufig kam es zu Solidarisierungen. Ein Friseur beispielsweise bot den streikenden Schreinergehilfen für die Dauer ihres Ausstandes seine Dienste kostenlos an. Bei manchen Streiks beteiligten sich die Anwohner durch Demonstrationen und Proteste gegen Streikbrecher. Der Streik der Brauereiarbeiter und der Bierboycott von 1907 dagegen scheiterten nicht zuletzt an der unzureichenden Einbindung der Konsumenten. Die genannten Fälle werfen damit die Frage nach der Rolle des sozialen Milieus im Verlauf der Streiks auf.

Das ist auch deswegen von Bedeutung, weil die Kämpfe oft große finanzielle Opfer von den Beteiligten forderten. Trotz Unterstützung durch die Gewerkschaften verloren die Ausständigen meist um die Hälfte ihrer Einkünfte, was sich gerade bei längeren

Streiks zu existenziellen Notlagen ausgewachsen konnte. Damit aber kam der Hilfe aus den Nachbarschaften, familiären Netzwerken und ähnlichem eine kaum zu überschätzende Bedeutung zu. Die Not trug auch maßgeblich dazu bei, dass erstaunlich viele Ausständige im Verlauf der Streiks aus Augsburg abwanderten – in manchen Fällen sogar die Mehrzahl der Betroffenen.

Nicht ganz überzeugen kann die Argumentation, die jeweiligen Forderungen hätten für die Erfolgsaussichten der Streiks „kaum eine Rolle“ gespielt (S.320); einen Beleg für diese doch überraschende These bleibt der Autor schuldig. Auch dass der Metallstreik von 1922 – der einzige Arbeitskampf aus der Zeit der Weimarer Republik, der im Bd. behandelt wird – eine Fortsetzung der Ausstände von vor dem Krieg darstellte (S.113), ist wenig plausibel. C. selbst nennt ja schon eine Reihe von Rahmenbedingungen, die sich durch die Revolution erheblich gewandelt hatten.

Wenngleich sich der Leser bisweilen eine vertiefte Interpretation und systematische Aufarbeitung des präsentierten Materials gewünscht hätte, handelt es sich insgesamt doch um eine sehr solide und quellengesättigte Darstellung, die eine gute Basis für weitergehende Studien liefert. *Axel Weipert*

Paul Frölich: Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890-1921; mit einem Textanhang, hrsg. und mit einem Nachwort von Reiner Tosstorff, BasisDruck, Berlin 2013, 415 S., ISBN 978-3-86163-147-7

Es war zweifellos eine kleine Sensation: Im Jahr 2007 verkündete das renom-

mierte Internationale Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam, ein Mitarbeiter habe beim Aufräumen ein Manuskript wiederentdeckt. Der Text war knapp 70 Jahre zuvor entstanden – und galt seither als verschollen. Verfasst hatte ihn Paul Frölich.

Frölich ist vielen als erster Biograf Rosa Luxemburgs bekannt. Doch vor allem war er einer der wichtigsten und interessantesten Aktivisten, den die deutsche Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jh. hervorgebracht hat. Im Jahr 1884 in Leipzig geboren, gehörte er im Kaiserreich zum linken Flügel der SPD und bekämpfte während des Ersten Weltkriegs die „Burgfriedenspolitik“ seiner Parteiführung. Er schloss sich den Bremer Linken an und war während der Novemberrevolution 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats in Hamburg. Wenige Wochen später beteiligte er sich am Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), zu deren führenden Vertretern er bis zum Jahr 1924 gehörte. Später zählte er zu den schärfsten Kritikern der Stalinisierung seiner Partei und musste sie daher im Jahr 1928 verlassen. Gemeinsam mit anderen Ausgeschlossenen wie Heinrich Brandler und Jacob Walcher gründete er die Kommunistische Partei Deutschlands-Opposition (KPO), mit deren Minderheit er schließlich im Jahr 1932 in die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) eintrat. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten folgten KZ-Haft und Jahre des Exils, zunächst in Frankreich, später dann in den USA. Im Jahr 1950 kehrte Frölich in die Bundesrepublik zurück, wo er nur drei Jahre später verstarb.

Den Text, den er im Jahr 1938 verfasste, hatte das IISG in Auftrag ge-

geben. Kurz nach seiner Gründung wandte sich das Institut an eine Reihe bekannter Persönlichkeiten aus der Arbeiterbewegung mit der Bitte, knapp gehaltene politische Erinnerungen zu verfassen. Die Vorgaben waren eindeutig: maximal zehn Druckbögen, dafür gab es 300 Gulden. Man kann sagen: Zum Glück hat Frölich sich nicht daran gehalten. Über 300 Seiten reichte er ein.

Recht bald nach der Wiederentdeckung ist Frölichs Manuskript veröffentlicht worden – allerdings zunächst auf Italienisch (*Autobiografia. Dalla Lipsia operaia di fine '800 all' azione di marzo del 1921*, Mailand 2010, siehe hierzu die ausführliche Besprechung von Paola Foraboschi im *JahrBuch 2012/III*, S.199-201) und Französisch (*Autobiographie 1890-1921. Parcours d' un militant internationaliste allemand. De la social-démocratie au parti communiste*, Montreuil-sous-Bois 2011). Nun hat der Mainzer Historiker Reiner Tostorff es dankenswerterweise auch in seiner Ursprungssprache in die Öffentlichkeit gebracht.

Dem Bd. vorangestellt ist ein kurzer Briefwechsel Frölichs mit Boris Nikolajewski, der in Paris eine Außenstelle des IISG leitete. Die Korrespondenz aus dem Sommer des Jahres 1938 illustriert die Planungen für Frölichs Text. Im Anhang des Buches finden sich weitere Dokumente, ein umfangreicher Anmerkungsapparat und ein Nachwort T.s zu den Lebenswegen von Frölich und dessen Frau Rosi Wolfstein.

Den Hauptteil des Buches stellen die politischen Erinnerungen Frölichs dar. Sie umfassen die Jahre 1890 bis 1921, reichen also von seiner Kindheit in Leipzig bis zur „Märzaktion“, einem gescheiterten Aufstand in der Indus-

trieregion um Halle und Merseburg. Dann enden die Ausführungen abrupt. Weshalb Frölich, anders als geplant, nicht mehr die Zeit bis 1924 berücksichtigte, ist nicht bekannt. Bedauerndswert ist es allemal, handelt es sich doch hier um eine wichtige Phase in der Entwicklung der KPD. Die Herausbildung der Einheitsfrontpolitik fällt ebenso in diese Zeit wie der „Deutsche Oktober“ des Jahres 1923, der das Ende der revolutionären Nachkriegsperiode markierte und damit einen Wendepunkt in der Geschichte des internationalen Kommunismus darstellte.

Möglicherweise hätte die historische Kommunismusforschung auch hier von dem enormen Insiderwissen profitieren können, über das Frölich als ehemals führendes KPD-Mitglied verfügte – und das er ein ums andere Mal in seinen Text einfließen ließ. Immer wieder berichtet er über bislang wenig erforschte Ereignisse, beispielsweise die Konferenzen der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) im Vorfeld der KPD-Gründung.

Spannend lesen sich auch die Charakterisierungen, die Frölich von Zeitgenossen und Wegbegleitern zeichnet. Zu nennen sind hier Karl Radek, mit dem er gemeinsam in der Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ arbeitete, oder Leo Jogiches, der Anfang 1919 kurze Zeit die KPD leitete. Ihn schildert Frölich als eine höchst widersprüchliche Figur, einerseits als „Diktator“ und „kalten Parteichef“, andererseits als „Organisator großen Formats“: „Dennoch lernte ich den Mann verehren. Seine Hingabe an die Sache war schrankenlos. Seine Arbeitskraft setzte in Erstaunen.“ (S.173-176) Ebenfalls sehr ambivalent beschreibt er Jogiches' Nachfolger Paul Levi. Dieser

habe zwar über außergewöhnliche analytische Fähigkeiten verfügt, als Parteivorsitzender jedoch versagt: „Sein politischer Habitus war zu einseitig intellektuell bestimmt. Ihm fehlte die innere Beziehung zu den Massen, zu den Menschen überhaupt. Er hatte nicht die Geduld, die Menschen zu verstehen, sie zu überzeugen und zu gewinnen.“ (S.254)

Überhaupt ist Frölichs Subjektivität eine große Stärke. Bei seinen Ausführungen handelt es sich nicht einfach um ein Buch zu drei Jahrzehnten deutscher Arbeiterbewegung, sondern um einen „wirklichen autobiographischen Text“, wie T. im Nachwort betont: „Frölich schildert sein eigenes Tun und Wollen samt der Situation, auf die er jeweils traf. Die allgemeine Geschichte tritt nur hervor, insoweit sie mit seinen persönlichen Erlebnissen verknüpft ist.“ (S.330)

Insgesamt erfordert die Lektüre von Frölichs Buch zwar gewisse Vorkenntnisse der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Doch wer über sie verfügt, wird den Bd. mit äußerst großem Gewinn lesen. Auch für Einsteiger ist er durchaus geeignet, da Frölich – nicht zuletzt dank seiner journalistischen Schreibe – ein äußerst lebendiges Bild des sozialdemokratischen und kommunistischen Milieus im späten Kaiserreich und der frühen Weimarer Republik zeichnet.

T.s abschließendem Wunsch, „dass Paul Frölich bald einen Biographen findet, der sein Leben aus den reichhaltig überlieferten Dokumenten darstellt“ (S.355), kann man sich nur anschließen. Eine solche Arbeit könnte eine der letzten großen Lücken der KPD-Forschung schließen.

Marcel Bois

Jens Ebert (Hrsg.): Vom August-erlebnis zur Novemberrevolution. Briefe aus dem Weltkrieg 1914-1918, Wallstein Verlag, Göttingen 2014, 392 S., ISBN 978-3-8353-1390-3

Von den wohl mehr als 50 Milliarden deutscher und österreichischer Feldpostsendungen hat E. 20.000 Kriegsbriefe aus 15 archivalischen und privaten Sammlungen gesichtet und davon 255 in seine Anthologie aufgenommen, mehrheitlich erstmals und ungekürzt publiziert. Die hervorstechende Besonderheit des Bd.: Neben Soldatenbriefen aus allen Waffengattungen und von nahezu allen Kriegsschauplätzen, aus Graben und Etappe, aus Lazarett und Gefangenschaft, geschrieben von Offizieren, Unteroffizieren, Mannschaften, Ärzten, Schwestern usw. stehen wohlproportioniert viele Briefe von der sogenannten Heimatfront. Bei aller dem Hrsg. bewussten Schwierigkeit, eine repräsentative Auswahl treffen zu können, entsteht ein faszinierend vielfältiges Bild von Lebenssituationen und menschlichen Befindlichkeiten der Angehörigen verschiedener sozialer Klassen und Schichten, hierarchischer Stellung und Berufsgruppen mit unterschiedlichem Bildungsniveau, ein wichtiges Material für die Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Krieges. Neben den vielen unbekanntenen Schreibern und Adressaten, die oftmals im Briefeschreiben völlig unerfahren und in Orthographie und Syntax überfordert waren, finden wir auch die Namen bedeutender Schriftsteller und Dichter, von Ernst Toller, Richard Dehmel, Paul Zech bis zum völkisch-nationalistischen Walter Flex. Schlaglichtartig erscheint das ideologische Spektrum von den Kriegsbefürwortern bis zu den re-

volutionären Gegnern des imperialistischen Krieges. Nichts bleibt unberührt. Wir lesen von Land-, See- und Luftkrieg, von Gefechten, Tod und Zerstörung, verfolgen die Übermittlung von Todesnachrichten, registrieren die Sorge der Angehörigen um ihre Familienmitglieder beim Militär wie in der Heimat, den Alltag im Schützengraben wie jenen in den Familien der Soldaten, das Verhältnis zwischen Mannschaften und Offizieren, die Benachteiligung der jüdischen Soldaten, erfahren vom Andenken- und Beuteversand aus den besetzten Gebieten, auch vom Stolz mancher Soldaten auf ihr blutiges Handwerk und von der Sehnsucht der Mehrheit nach Frieden, für den noch bis zum Scheitern der Westoffensive 1918 der Sieg Deutschlands vorausgesetzt wurde.

Der Bd. tritt nicht mit dem Anspruch auf, eine Quellenedition für die Geschichtsforschung zu sein. Eine noch so sorgfältig differenzierende und Proportionen beachtende Auswahl kann den historischen Prozess nicht nachzeichnen, wohl aber – wie in diesem Fall – zu einem Lesebuch werden, das zum tiefen Nachdenken über Geschichte anregt und ein emotionales Verhältnis zu ihren Akteuren herstellt. Der Hrsg. bemerkt zutreffend: „Feldpostbriefe erzählen uns vieles, was wir in Geschichtsbüchern nicht lesen können, aber nicht alles, was in jener Zeit geschah und wichtig war, spiegelt sich in ihnen wider.“ (S.327)

Zwar belegen auch diese Briefe, dass der Kriegsjubel im August 1914 keineswegs so allgemein war, wie es später in der nationalistischen Geschichtsschreibung behauptet wurde. Und sie sind durch die Beleuchtung des „Krieges von unten“ eine Sammlung von

Argumenten gegen die sogenannte Dolchstoßlegende. Sie verdeutlichen auch, wie mit Beginn des Stellungskrieges und dem rasanten Anwachsen der Opferzahlen in großen und sinnlosen Zermübungsschlachten einschließlich Giftgaseinsatz die Kriegsmüdigkeit vieler Soldaten ebenso anwuchs wie die Beschwerden der Zivilisten in der Heimat über die Verschlechterung ihrer Lebenslage. Aber aus verständlichen Gründen (Zensur und Selbstzensur) vermögen die Briefe von der anwachsenden politischen Bewegung gegen den Krieg nur wenig zu vermitteln.

Fragt man nach der Relevanz der veröffentlichten Briefe für die Geschichte der Arbeiterbewegung, so ist festzustellen: Die Aufnahme von 13 Briefen der bekannten sozialdemokratischen Eheleute Anna und Robert Pöhländ sowie Helene und Wilhelm Kaisen aus Bremen ergänzt die bereits früher herausgegebenen Kriegsbriefe der Pöhländs (Doris Kachulle [Hrsg.]: Die Pöhländs im Krieg. Briefe einer Arbeiterfamilie im 1. Weltkrieg, Köln 1982; Neudruck, bearb. von Rolf Becker, Karl Heinz Roth und Jörg Wollenberg, Köln 2006). Diese Briefe sind nicht nur für die bremische Sozialdemokratie aussagekräftig, sondern widerspiegeln generell die unterschiedlichen Haltungen von Sozialdemokraten zur Politik ihrer Partei während des Krieges. Briefe des Stuttgarter Jungsozialisten Hans Grözing (1899-1918) und vom Spartakus-Anhänger Friedrich Notz (1889-1957) geben Einblick in revolutionäre Antikriegshaltung. Von sozialdemokratischem Engagement gegen den Krieg ist die Rede, wenn sich eine gerade Kriegsannehmerin zeichnende Ärztin über sozialdemokratische Hoffnungen auf eine Revolution entrüstet oder

sich ein Infanterist an der Westfront nach der Stärke der „Sehenden“ sehnt, sich aus den Fesseln zu befreien und den Frieden zu erzwingen. Zahlreiche Briefe dokumentieren die Lebensmittelnot, und einige berichten über Hungerunruhen in München und Königsberg. Deutlich werden die Friedenshoffnungen, die als Echo auf die russische Revolution 1917 aufkeimten. Es gibt Hinweise auf Soldatenverbrüderungen an der Ostfront. Der Friede von Brest-Litowsk rief den Kommentar eines Soldaten hervor: „Das Kriegsende ist durch diesen Schritt Russlands entschieden näher gerückt worden.“ (S.261) Als im Oktober 1918 im geschlagenen Deutschland parlamentarische Reformen eingeführt wurden, richtete ein niedersächsischer Landwirt seine Hoffnungen auf die Sozialdemokratie.

Alles in allem belegen die Soldatenbriefe, dass Kriegsmüdigkeit und unbedingte Heimkehrsehnsucht alles überdeckten. Das fast völlige Ausbleiben politischen Aufbegehrens gegen die den Krieg verursachende Gesellschaftsordnung verweist auf die geringen revolutionären Potenzen unter den abgestumpften Soldaten, schließlich auch in ihren Soldatenräten, die sich im Wesentlichen um eine von den Soldaten selbst kontrollierte Rückführung der Truppen in die Heimat kümmerten, nicht aber den gesellschaftlichen Umsturz förderten. So enthalten die ausgewählten Briefe kaum Nachrichten über die Soldatenräte oder über revolutionäre Aktionen. Unter den wenigen Briefen aus dem Jahre 1919 berichtet einer aus der Sicht der „Befreier“ über die bewaffnete Niederschlagung der Bremer Räterepublik, die Bremen „vom unerträglichen Proletarischen Joch“ erlöst habe.

Mit der Überschrift „Großer Krieg und kleine Leute“ fügt E. den Briefen ein Nachwort an, in dem er nicht nur seine Auswahlkriterien erläutert, sondern auch Verständnishilfen für den Leser der Briefe anbietet. Er äußert sich zu den historischen und sozialen Aspekten der brieflichen Kommunikation unter Kriegsbedingungen, zur Geschichte der Feldpost, zu Zensur und Selbstzensur, zu den Wirkungen der offiziellen Kriegspropaganda auf die Briefschreiber und über die Rolle der Religiosität bei der Verarbeitung des Kriegserlebnisses. Widersprochen werden muss indessen der These, die Aufarbeitung der Kriegserinnerung sei in der deutschen Öffentlichkeit nach Kriegsende bis 1928 verdrängt worden. Die jüngst erschienenen Untersuchungen von Benjamin Ziemann (Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918-1933, Bonn 2014) über die Bewegung „Nie wieder Krieg“ und die republikanisch-pazifistisch ausgerichteten Aktivitäten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen widerlegen sie eindeutig. Das Personenregister enthält – zum Teil mit Personalangaben – alle Briefschreiber und -empfänger, leider nicht die in den Briefen vorkommenden Namen, wie z. B. Anton Pannekoek und Hermann Duncker.

Das Buch ragt in seiner Eigenart aus der Übermenge von Literatur zu „100 Jahre Erster Weltkrieg“ hervor, es möge viele nachdenkliche Leser, aber auch die Aufmerksamkeit der Forschung finden.

Gerhard Engel

Friedrich Kniestedt: Fuchsfeuerwild. Erinnerungen eines anarchistischen Auswanderers nach Rio Grande do Sul. Memórias de Friedrich Kniestedt (1873-1947) (Anarchistische Biografien und Erinnerungen, 1), Verlag Barrikade, Hamburg 2013, 224 S., ISBN 978-3-921404-02-7

Dem kleinen Hamburger Verlag Barrikade ist es zu verdanken, dass nun die Lebenserinnerungen des deutsch-brasilianischen Anarchisten Friedrich Kniestedt (1873-1947) auch in einer deutschsprachigen Ausgabe vorliegen, nachdem bereits 1989 in Porto Alegre die „Memórias“ auf Portugiesisch erschienen waren. K. hatte sich in den 1930er-Jahren entschieden, in seiner Zeitung „Aktion“ in loser Folge eine Spalte mit seinen Erinnerungen zu veröffentlichen. Es ging ihm nicht darum, den Lesern seine gesamte Lebensgeschichte vorzutragen, „sondern nur das, von dem ich annehme, dass es Wert besitzt“. (S.13) Ungefähr zwei Drittel des Textes schildern Ks. Tätigkeit in Deutschland, ein Drittel seine Aktivitäten in Brasilien.

Die Memoiren geben einen hoch interessanten Einblick in die Geschichte der deutschen anarchistischen Bewegung und beleuchten zugleich die politische Sozialisation des jungen K., der als 15-jähriger Bürstenmacherlehrling zum ersten Mal mit anarchistischen Ideen in Berührung kam und sich zu einer der führenden Persönlichkeiten der Anarchistischen Föderation Deutschlands (AFD) entwickelte. Der politisch interessierte junge Mann, der durch Zufall die „Freiheit“ von Johann Most und andere anarchistische Schriften in die Hand bekam, besuchte freireligiöse, sozialdemokratische, gewerkschaftliche und andere Treffen und

Versammlungen und beteiligte sich aktiv an den Debatten. K. schildert, wie er im Laufe einer Diskussion aus einem sozialdemokratisch dominierten Arbeiterbildungsverein mit dem Hinweis verwiesen wurde, er sei Anarchist: „Einige der Anwesenden verließen mit mir das Lokal. Ich brauche wohl nicht zu betonen, dass ich damals noch nicht Anarchist war, wusste nun aber, dass ein Mensch, welcher für die Opfer der Tyrannei eintrat, unbedingt ein Anarchist sein musste.“ (S.16)

Der radikale Linke, der sich gewerkschaftlich und politisch (in der Sozialdemokratischen Partei) organisierte und Proudhon, Kropotkin, Bakunin, Tolstoi, Landauer und andere Theoretiker las, kam immer wieder mit der Polizei und mit seinen Arbeitgebern in Konflikt. Er führte ein unstehtes Leben, das ihn von seiner Heimatstadt Köthen über Magdeburg, Goslar, Aken, Neuruppin, Dresden, Dessau, Hannover und andere Orte nach Potsdam und Berlin verschlug. Überall gründete er als Hans Dampf in allen Gassen lokale Gewerkschaftsorganisationen, Propagandagruppen, Bildungsvereine, freireligiöse Gemeinden oder Arbeiter-Turnvereine. Er betrieb antimilitaristische Propaganda in Wort und Schrift, agitierte gegen die Kirche, entlarvte Kapitalismus und Ausbeutung, wandte sich gegen Staat und Zentralismus, verurteilte den Parlamentarismus und propagierte Wahlenthaltung – und legte sich damit auch mit sozialdemokratischen Politikern an. „Ich stemmte mich gegen jede Autorität, vor allem in Partei und Gewerkschaft.“ (S.18) Und: „Ich war immer ein Gegner jeder Gewalt, darum auch ein Gegner des Staates mit seiner Exekutivgewalt sowie des Militarismus. Ich hatte erkannt, dass

der Militarismus nicht Schutz, sondern Bedrohung, also Ursache zum Krieg bedeutete.“ (S.33)

Während das antimilitaristische Engagement Ks. nicht hoch genug gewürdigt werden kann, sind sein Antiparlamentarismus und sein Kampf gegen die Einführung einer Arbeitslosenversicherung im kaiserlichen Deutschland und gegen andere Reformen äußerst fragwürdig. K. gab auf die Frage „Reform oder Revolution“ eine typisch linksradikale Antwort: Er prophezeite, „dass mit der Einführung irgendwelcher Sozialversicherungen die Gewerkschaften ihren Kampfcharakter verlieren würden“. (S.43) K., der sich ab 1905 als Anhänger des kommunistischen Anarchismus bezeichnete und in „Opposition gegen den Marxismus“ stand (S.60), wandte sich 1907/08 auch mit aller Schärfe gegen einen Zusammenschluss der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG), der er angehörte, mit den sozialdemokratisch orientierten Zentralverbänden. Und er hatte seinen Anteil daran, dass die lokalistische FVdG ab 1908 zu einer kleinen anarcho-syndikalistischen Organisation mutierte, aus der nach dem Ersten Weltkrieg die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) hervorging. Kein Wunder, dass K. der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung „innere Fäulnis“ bescheinigte (S.22) und später auch den kommunistischen Parteien ablehnend gegenüber stand.

1908 ging K. zunächst nach Paris und wanderte dann nach Brasilien aus, wo er zuerst als Kolonist siedelte, später beim Straßenbau und schließlich auf einer Kaffee-Plantage arbeitete. Aus familiären Gründen kehrte er im September 1912 nach Deutschland zurück, wurde aber als Anarchist stän-

dig von der politischen Polizei überwacht und mit Gefängnisstrafen überzogen, sodass er im Juli 1914 endgültig nach Brasilien übersiedelte. Er mühte sich erneut drei Jahre als Kolonist, arbeitete anschließend als Werkmeister, als Pinselmacher und als technischer Leiter einer Bürstenfabrik und gründete 1925 eine gut gehende Buchhandlung. K. wirkte als anarchistischer Arbeiteragitator in Porto Alegre und gehörte zu den Organisatoren der anarcho-syndikalistischen brasilianischen Arbeiterbewegung. Nicht zuletzt dokumentiert dieser Erinnerungsband seinen Kampf gegen die Nazis in Brasilien und gegen das faschistische Regime in Deutschland.

Man kann von Memoiren sicher nicht erwarten, dass ihr Autor mit seiner Lebensgeschichte besonders kritisch ins Gericht geht. Doch K. trägt mit einem narzisstischen Hang zur Selbststilisierung außerordentlich dick auf, um seine Person in ein strahlendes Licht zu stellen. Er vermittelt den Eindruck, dass ihm auf Versammlungen und in Debatten niemand das Wasser reichen konnte und er stets als gefeierter Sieger vom Platze ging. Mit dem Blick auf seine Aktivitäten gegen einen Zusammenschluss der FVdG mit den Zentralverbänden 1907/08 behauptet er: „Wenn ich damals diesen Kuhhandel nicht gestört hätte, wäre die FVdG, aus der die anarcho-syndikalistische Bewegung Deutschlands hervorgegangen ist, mit Haut und Haaren von den sozialdemokratischen Verbänden verschlungen worden, genau so, wie vor zwei Jahren die grosse deutsche Gewerkschaftsbewegung von den Nazis verzehrt worden ist.“ (S.65) Und: „Wenn also noch heute [Mitte der 1930er-Jahre] eine Gewerkschaftsrich-

tung – illegal – in Deutschland besteht, welche von den Nazis nicht aufgesaugt werden konnte, so ist das vor allem meiner Tätigkeit im Jahre 1907 zu verdanken.“ (S.66)

Andererseits deutet K. negative Seiten seiner Biografie positiv um. So schreibt er: „Immer schärfer setzte der Kampf gegen meine Person und damit auch gegen die Vereinigung, welcher ich vorstand [gemeint ist der Verband der Hausdiener, Packer, Packerinnen und Geschäftskutscher Berlins] ein, so dass ich im Interesse dieser Vereinigung meine Kündigung zum 31. März einreichte. In zwei Versammlungen wurde meine Kündigung abgelehnt, trotzdem erzwang ich ihre Annahme.“ (S.69) In Wirklichkeit, so stellt der brasilianische Hrsg. René Gertz in einer kommentierenden Fußnote richtig, trat K. auf Druck einer außerordentlichen Generalversammlung dieses Verbandes wegen „pekuniärer“ Verfehlungen (Unterschlagungen) am 25. März 1908 unter großem Getöse als Arbeitsvermittler und Geschäftsführer zurück und aus dem Verband aus. (S.69)

Das Buch wird durch ein Vorwort des Historikers G. (Porto Alegre) und ein Nachwort des Lateinamerika-Spezialisten Tim Waetzold (Köln) abgerundet, die die Erinnerungen K.s in den historischen Kontext einordnen und die brasilianische Geschichte und die Einwanderung in den südamerikanischen Subkontinent beleuchten. Ein Personen- und ein Ortsregister ergänzen den lesenswerten Bd. Allerdings hätte ein sorgfältigeres Lektorat die vielen, störenden orthografischen und grammatikalischen Fehler beseitigen können und damit die Lesbarkeit des Textes befördert. Trotz der genannten Mängel lautet das Fazit des Rezensen-

ten: Der Bd. gehört in jede Bibliothek der Arbeiterbewegung. *Jochen Weichold*

Simon Ebert: Wilhelm Sollmann. Sozialist – Demokrat – Weltbürger (1881-1951) (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 97), Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2014, 608 S., ISBN 978-3-8012-4223-7

Die Biografie zu einem bisher weniger beachteten SPD-Funktionsträger und Journalisten, der Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung“, Abgeordneter in der Nationalversammlung und im Reichstag, Innenminister (für drei Monate in den kurzlebigen Stresemann-Kabinetten 1923) war sowie im April 1933 (nicht „im Januar“, S.423) auf der letzten Parteikonferenz zum Parteivorstandsmitglied gewählt wurde, schließt eine Lücke. Bei allen Besonderheiten dieses Lebenslaufs wird ein typischer Vertreter des rechts-sozialdemokratischen Flügels vorgestellt, dessen ethisches Sozialismusverständnis nicht oder kaum in der bernsteinianisch geprägten reformistischen Tradition der SPD wurzelte.

Auf der Basis einer Fülle archivalischer Recherchen im In- und Ausland, der mehr als 400 Publikationen und auch unveröffentlichter Manuskripte sowie umfänglicher Sekundärliteratur entwirft der Vf. die Biografie des mit Köln verbundenen Mannes, vom Ersten Weltkrieg bis zur Machtübertragung an die Nazis sowie nach seiner Flucht 1933 ins Ausland und der 1936 erfolgenden Übersiedlung in die USA.

Methodisch bemüht sich E. um eine Verbindung von personal-, sozial- und strukturhistorischen Ansätzen, was ihm allerdings nicht wirklich gelingt,

da einige wesentliche Elemente dieser Objekt-Subjekt-Dialektik aus seinem Blick geraten.

Im 1. Kapitel (Im Kaiserreich) werden die kleinbürgerlich-katholische Herkunft, erste politische Regungen im Kontext der beginnenden Rebellion der SPD-Jugend gegen starre Strukturen und Überalterung der Führung und der journalistische Start bei der „Rheinischen Zeitung“ beschrieben. Letztere gebärdete sich durchaus „revolutionär“, ohne es zu sein, eine Praxis, die Sollmann sichtlich lebenslang prägte. Nach abgebrochenem Gymnasialbesuch sich autodidaktisch bemühend, rednerisch talentiert und immer mehr von seiner eigenen bedeutenden Rolle überzeugt, stieg Sollmann rasch in der Köln-Aachener Organisation auf und wurde bereits 1912 als Kandidat für den Reichstag nominiert, scheiterte aber.

Im 2. Kapitel (Weltkrieg und Revolution) stehen seine Aktivitäten als Verfechter der Vaterlandsverteidigung und seine Profilierung als Rechtsaußen einer Reformpolitik im Bündnis mit den bürgerlichen Parteien im Mittelpunkt. Dies wurde durch frühe Beziehungen zum Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, mit dem er lebenslang eine besondere Beziehung pflegte, gespeist.

3. und 4. Kapitel umfassen die wichtigste Lebensperiode in der Weimarer Republik, die für den einstigen Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates, der hauptsächlich im Kampf gegen die USPD und die Spartakisten agiert hatte, mit dem Einzug in die Nationalversammlung begann. Mehr als die Jahre davor waren diese davon geprägt, dass Sollmann nach eigenem Einge-
ständnis stets am äußersten rechten

Rand mit teils sehr eigenwilligen, aber flexiblen Positionen, nur in seinem kompromisslosen Antikommunismus und in seiner deutlichen Frontstellung zu Hitler beständig bleibend, agierte. Auf Parteitagern trat er 1924 und 1929 als Delegierter als geschickter Debat-
tenredner bei der Verteidigung der jeweiligen Politik hervor. Auf dem Krisenparteitag 1931 war er sogar der Berichterstatter der Reichstagsfraktion und rechtfertigte in so brillanter Weise die Tolerierungspolitik, dass er von einflussreichen Genossen als Parteivorstands-Mitglied ins Gespräch gebracht wurde. Da für den verstorbenen Hermann Müller ein neuer 3. Vorsitzender gesucht wurde, erklärte Sollmann im Überschwang seines Auftritts und sein Charisma überschätzend, nur für diese Funktion zu kandidieren. Den ehrgeizigen Ambitionen jüngerer Funktionsträger stand der eher biedere und mäßige Redner Otto Wels, der Sollmann und anderen im Reichstag gern den Vortritt ließ, aber misstrauisch gegenüber, und so wurde der konturlose Hans Vogel gewählt. Auf diese Seite der Karriere Sollmanns, die von den auch in der SPD geltenden Regeln eines Aufstiegs in einer hierarchisch aufgebauten Organisation begrenzt wurde, geht der Vf. nicht ein. Er meint, die Ursache seines gebremsten Aufstiegs mehr in den zu weit gehenden Affinitäten gegenüber den Mächtigen zu finden, widergespiegelt in den Hoffnungen auf Schleicher, oder in Sollmanns früher Orientierung auf die weitergehende Öffnung der SPD in Richtung auf eine Volkspartei. Die sollte nicht nur strikt antikommunistisch sein, sondern mit einem gebremst antikapitalistischen Profil vor allem für das katholische und national-patriotische Mi-

lieu wählbar werden. Jegliche Militanz wie alle Einheitsfrontversuche lehnte Sollmann ab, verteidigte den legalistischen Kurs der Führung bis zum bitteren Ende.

Im 5. Kapitel (Stationen der Emigration) wird die wachsende Entfremdung Sollmanns von den praktischen Kämpfen des sozialdemokratischen Exils nachgezeichnet. Kurzzeitig von der SA verhaftet und gefoltert, flüchtete er. Als besoldeter Vertrauensmann des Prager Emigrationsvorstandes und als Schriftleiter bei der Saarzeitung „Deutsche Freiheit“ stand er in Konflikt zum Vorsitzenden der verselbstständigten Landespartei der Saar, der eher auf eine linke Einheitsfront setzte und im Unterschied zu Sollmann gegen den Anschluss an Nazi-Deutschland kämpfte. Sollmann für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, die sowohl die Kommunisten mit Münzenberg, Dahlem und Ulbricht anboten, als auch die Gebrüder Strasser von der Schwarzen Front, gelang nicht. Nirgends erkannte er genügend inhaltliche Übereinstimmung, stets hatte er personelle Vorbehalte und sah keine Chance, seine eigenen cäsaristischen Ansprüche zu befriedigen. In einem Beitrag vom Juni 1935 in der „Zeitschrift für Sozialismus“ fasste er das Resümee seiner Kritik, weshalb es am „Willen zu einer entschlossenen Staats- und Wirtschaftsführung“ gefehlt habe, so zusammen: „Persönliche Führung, Staatsautorität, Nationalgefühl, Volkstradition, Arbeitsethos, wehrhafte Volks- und Arbeitserziehung, Romantik der Jugend, die propagandistische Klaviatur aller Sphären der Volksseele.“ (S.455)

Die von Bekannten im Umfeld der nordamerikanischen Quäker ermöglichte Ausreise in die USA 1936 emp-

fang Sollmann wie ein Geschenk, zumal er nach Anlaufschwierigkeiten eine Dozentenstelle am Quäker College in Philadelphia bekam. Dort wie im stark antikommunistisch geprägten Umfeld des kleinen sozialdemokratischen Emigrantenzirkels fühlte er sich aufgehoben, trotz der Spannungen zwischen ihm und dem Vertreter von Neu-Beginnen Karl Frank, der antisemitische Tendenzen bei Sollmann ausmachte. Deutliche Differenzen wurden allerdings sichtbar, als es um den besonderen aggressiven Charakter des deutschen Faschismus ging, den Sollmann leugnete, und um die Grundlinien der alliierten Nachkriegspolitik.

Hier sind wohl auch die Schwierigkeiten begründet, die Sollmann nach Kriegsende bei Vortragsreisen nach Deutschland hatte. Erst Ende Juni 1948 ermöglichte die Quäker-Organisation American Friends Service Committee eine solche, auf der er alles in allem wohl spürte, dass keine Seite so recht an ihm interessiert war und er keine Chance bekam, eine herausragende Rolle im politischen Leben zu spielen. Friedrich Stampfer teilte er mit: „Meine Eindrücke von Deutschland, soweit das politisch-geistige in Betracht kommt, sind ungünstig, viel mehr als ich erwartet habe.“ (S.542) Als er ein Jahr später nochmals eingeladen war und als Gastdozent an der Kölner Universität über den Demokratisierungsprozess und die Rolle von Bürgerrechtsbewegungen las, hatte er persönliche politische Ambitionen längst begraben. Bei einem vertraulichen Gespräch mit Adenauer bestätigte er diesem, Kurt Schumacher sei „auch als Parteiführer ziemlich unmöglich“. (S.547) Eine dritte Deutschlandreise im Frühsommer 1950 endete abrupt durch die Diagnose eines Ma-

genkrebses, an dem Sollmann am 6. April 1951 verstarb. Ein letzter Brief ging vier Tage zuvor an Adenauer mit freundschaftlichen Grüßen ab, in dem er das Bündnis der Bundesrepublik mit den USA als Bedingung zur Vermeidung eines dritten Weltkriegs ansprach; er hoffte, dass sich in Deutschland ein Zwei-Parteien-System entwickeln möge.

Den im Fazit (Vom Jungsozialisten zum amerikanischen Politologen. Ein Sozialdemokrat zwischen den Zeiten) aus diesem Lebenslauf gezogenen Folgerungen kann man nur sehr bedingt zustimmen, stand Sollmann doch eher zwischen den realen Fronten. Unbeschadet dessen stellt die Arbeit einen Erkenntnisgewinn bringenden Beitrag dar, bereichert sie doch das oft zu einfache Links-Rechts-Schema im Bild der SPD-Führungsspitze um eine interessante Nuance und ist gut lesbar.

Heinz Niemann

Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Supplement zum Biographischen Handbuch 1918 bis 1945, Karl Dietz Verlag, Berlin 2013, 295 S., ISBN 978-3-320-02295-2

Dieses Buch ist dem 85. Geburtstag des kürzlich verstorbenen Hermann Weber gewidmet, deshalb wurde auch eine zweiseitige Tabula Gratulatoria vorangestellt. Wie aus dem Untertitel ersichtlich ist, handelt es sich um einen Ergänzungsbd. Das 2008 in 2. Auflage erschienene Biografische Handbuch „Deutsche Kommunisten“ (siehe JahrBuch 2009/II, S.216) wird hiermit durch neue Forschungen und biografische Skizzen ergänzt, präzisiert und er-

weitert. Die Editionsprinzipien folgen zweckmäßigerweise dem Handbuch.

Aus dem Charakter des Bd. resultiert, dass er als „Einzelwerk“ nur begrenzten Nutzen hat, da er das vorliegende Handbuch lediglich ergänzt. Und das erfolgt in trefflicher Weise. Dass in dieser Edition auf die Übernahme der umfangreichen Vorworte, der Einleitung und des Anhangs aus dem Hauptbd. verzichtet werden musste, ist verständlich. Erstellt wurde ein Verzeichnis mit neuerer Literatur seit 2008 sowie ein – für die Benutzung unverzichtbares – Personenregister.

Erarbeitet hat die Publikation Andreas Herbst, von dem auch die Idee zu diesem Ergänzungsbd. stammt. Den Angaben im Bd. folgend, enthält er 194 völlig neue Biogramme, in die Angaben zu weiteren Personen respektive Familienangehörigen eingearbeitet sind. 150 Personen erscheinen erstmals mit Foto, 46 Biografien wurden überarbeitet bzw. ergänzt vorgelegt, weitere 31 sowohl überarbeitet als auch erstmals mit Foto versehen.

Vorgestellt werden wie bisher sowohl Mitglieder der KPD als auch der KAPD, der KPD-O und weiterer kommunistischer Organisationen. Der Leser lasse sich nicht durch die zeitliche Eingrenzung 1918-1945 irritieren: Auch hier wird der Lebenslauf der Biografierten ggf. nach 1945 und bis zum Lebensende weiter verfolgt. Eingeleitet wird das Buch mit einem Vorwort von Dietz-Verleger Jörn Schüttrumpf, dessen Wertungen zur geschichtlichen Entwicklung der deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung äußerst kritisch ausfallen, aber durchaus diskussionswürdig sind. Im Dankeswort von H. wird deutlich, welchen Aufwand auch dieser Bd. erfor-

derte und welche tatkräftige Unterstützung der Autor in Archiven und Bibliotheken, von Wissenschaftlern wie auch von Angehörigen erhielt.

Es können von den fast 200 Namen, die hier erstmals biografiert werden, nur einige erwähnt werden, denn die Reihe reicht von Karl Albrecht, Adolf Baier, Gertrud Cramer, über Luise Kraushaar, Willy Perk, Hans Ruess, Helle Scharlemann, Christian Wolf bis hin zu Hedda Zinner. Allein aus diesen Namen ist Gemeinsames und Unterschiedliches im Lebensweg deutscher Kommunisten ablesbar. Oft ist allerdings nicht klar, warum die „Hauptperson“ biografiert und daran die „Nebenperson“ (meist Geschwister oder Ehepartner) angebunden wird und nicht umgekehrt bzw. beide ein eigenständiges Stichwort erhalten, z. B. bei Kurt Plener und Marie-Luise Plener-Huber oder bei Gustav und Theres Szinda. Für künftige Editionen wäre daher zu erwägen, jeder skizzierten Person ein eigenständiges Biogramm zu geben, wie das z. B. bei Ulrich und Hans Osche der Fall ist. Ein weiteres Problem, das sich durchaus nicht aus dem unterschiedlichen Kenntnisstand ergibt, ist der Unterschied im Umfang der einzelnen Biogramme.

Mit diesem Bd. bestätigt sich, was die Hrsg. sowie der Verlag immer wieder betonten: Ein solches Werk ist niemals abgeschlossen, erfordert ständig Erweiterungen. Bei Anlegen gleicher Kriterien ist die Ergänzung um Biografien anderer deutscher Kommunisten möglich und erforderlich.

Herbert Mayer

Heiko Müller: „Kinder müssen Klassenkämpfer werden!“ Der kommunistische Kinderverband in der Weimarer Republik (1920-1933), Tectum Verlag, Marburg 2013, 307 S., ISBN 978-3-8288-3103-2

Dürfen Kinder politisch aktiv sein, und wenn ja, in welchem Sinn und auf welche Weise? Diese Fragen waren in der Weimarer Republik heiß umstritten. Die christlichen Kirchen und die Sozialdemokratie schufen zwar mitgliederstarke Kinderorganisationen. Bei diesen stand aber die Freizeitgestaltung, nicht die Politik im Zentrum – auch wenn letztere, oft indirekt, die Verbandsarbeit doch mitprägte. Ganz anders dagegen der kommunistische Kinderverband, der sich unter wechselndem Namen für eine entschiedene und unmittelbare Politisierung der Arbeiterkinder einsetzte. Damit kündigten die Kommunisten das stillschweigende Übereinkommen, Kindheit als besonderen Lebensabschnitt von den politischen Auseinandersetzungen weitgehend unberührt zu lassen.

Heiko Müller hat mit seiner Dissertation die erste umfassende Monografie zur Geschichte des kommunistischen Kinderverbands vorgelegt, nachdem in der DDR bereits einige Detailstudien publiziert worden waren. Übersichtlich gegliedert, behandelt er die Genese der kommunistischen Erziehungskonzepte, die Organisationsgeschichte des Verbands und seine konkreten Aktivitäten. Auch das Schulwesen und wichtige externe Akteure wie beispielsweise Lehrer, Eltern und staatliche Verwaltung werden in die Betrachtung einbezogen. Methodisch nicht überzeugen kann die Entscheidung, neben der allgemeinen Übersicht die lokalen Entwick-

lungen in Berlin und Hamburg exemplarisch näher zu untersuchen. Denn die beiden größten Städte des Reichs können eben nicht als repräsentativ gelten. Sinnvoller wäre es gewesen, neben einer Großstadt eine kleinere Stadt mit starker kommunistischer Organisation auszuwählen, etwa Chemnitz oder Esslingen/N.

Schon im Kaiserreich übte die Arbeiterbewegung entschiedene Kritik am Schulwesen und an der ideologischen Beeinflussung der Kinder in den Schulen. In der Revolution gelang eine durchgreifende Bildungsreform aber nicht, weder mit Blick auf die konsequente Trennung von Schule und Kirche, noch hinsichtlich der autoritären Erziehungsmethoden einschließlich Prügelstrafen. Das war nicht zuletzt dem Kompromisscharakter der Weimarer Koalition und dem zähen Widerstand des Zentrums geschuldet. So bot sich den Kommunisten die Möglichkeit, ihre Kritik am Weimarer Schulsystem mit einer Abgrenzung von der SPD zu verbinden. Allerdings führte das Vorhaben zu dem ungelösten Widerspruch, einerseits eine weniger autoritäre Pädagogik zu fordern und andererseits verbandsintern auf eine strikt hierarchische Gliederung zu setzen.

Die Forschungen von M. ergaben, dass sich die Organisationsgeschichte des Kinderverbands sehr eng an jene des KJVD und der Mutterpartei anlehnte. Das zeigte sich beispielsweise an der – gescheiterten – Einführung von Schulzellen, an der besonders seit 1924 zunehmenden Zentralisierung und der wichtigen Rolle der kommunistischen Jugendinternationale. Doch wie es Klaus Michael Mallmann bereits für die KPD gezeigt hat, kann die

Parteibasis auch in Bezug auf die Kindergruppen keineswegs nur als Erfüllungsgehilfe der Zentrale gesehen werden. Stattdessen erwies sie sich gegenüber den Anweisungen von oben als „relativ renitent“ (S.139)

Zurückzuführen ist die dennoch bestehende enge Anbindung an den KJVD nicht zuletzt auf die Abhängigkeit von den Gruppenleitern, die aus dem Jugendverband rekrutiert wurden. Der KJVD hatte darüber hinaus statutarisch festgelegte Einflussmöglichkeiten. Das verweist auf ein strukturelles Problem des Kinderverbands. Die von ihm zu organisierenden Kinder im Alter von etwa zehn bis 15 Jahren waren kaum in der Lage, selbstständig politisch zu arbeiten. Vereinzelte Versuche, sie auch in Leitungsgremien zu integrieren, scheiterten schon im Ansatz. Das Amt des Gruppenleiters wiederum war für ältere Jugendliche meist unattraktiv, was zu einer hohen Fluktuation und einem generellen Mangel an fähigen Funktionären führte. Dieses Problem konnte der Verband nie befriedigend lösen, was letztlich zu seiner organisatorischen Schwäche erheblich beitrug. Er wurde so im Vergleich zu den erfolgreicherer Verbänden aus dem sozialdemokratischen und christlichen Lager zu einer „Randgruppenorganisation“ (S.282).

Den konkreten Aktionen und dem Gruppenleben des Kinderverbands widmet M. leider nur ein verhältnismäßig knappes Kapitel, was er u. a. auf die schlechte Quellenlage zurückführt. Als wichtige Aktivität zu nennen ist die durchaus beachtliche Publikationstätigkeit der Verbandszeitschrift „Die Trommel“ und der zahlreichen, meist kurzlebigen Schulzeitungen. Die spektakulärste Aktionsform war der Schulstreik

als Äquivalent zum Streik im Betrieb. Hier zeigte sich, dass die Kommunisten bestrebt waren, möglichst enge Parallelen zwischen Kinderverband und Partei zu ziehen, wie M. betont. Die Schulstreiks richteten sich meist gegen Missstände an der jeweiligen Schule, die sich verstärkt infolge von Budgetkürzungen während der Weltwirtschaftskrise zeigten. Trotz Quellenmangels glaubt der Autor feststellen zu können, dass die Streiks meist von den Eltern, also ohne Zutun des Verbands, initiiert wurden. Kommunistische Gruppen hätten sich demnach in der Regel erst nach Streikbeginn angeschlossen und versucht, das Geschehen auf weitere Schulen auszuweiten und die Führung zu übernehmen. Beides sei ihnen kaum gelungen. Auch mit anderen Aktivitäten konnte der kommunistische Kinderverband wenig erreichen. Die Agitation gegen die Verfassungsfeiern an den Schulen blieb Stückwerk. Selbst die mit großem Aufwand organisierten internationalen Kinderwochen konnten die selbst gesteckten Erwartungen nicht erfüllen. Punktueller Erfolge gelangen allerdings dort, wo der Verband die tatsächlichen Bedürfnisse der Kinder und Eltern besser berücksichtigte. Das galt nicht nur für einzelne Protestaktionen, sondern vor allem dann, wenn dem Wunsch der Kinder nach spielerischer Freizeitgestaltung Rechnung getragen wurde. Das geschah etwa bei den populären „Woroschilow-Lagern“ im Berliner Umland.

Einige Schwachpunkte der Studie sollen nicht unerwähnt bleiben. Ob und in welchem Maß Mädchen im Verband eine Rolle spielten, wird schlicht nicht thematisiert. Generell fallen die Eigenperspektive der Kinder, ihre Motive und Erfahrungen nahezu völlig

aus der Betrachtung. M.s Verweis auf die unbefriedigende Quellenbasis kann hier nicht überzeugen. So erwähnt er beispielsweise den hierfür zweifellos wertvollen Erinnerungsbestand des Bundesarchivs, hat ihn aber offenbar überhaupt nicht ausgewertet. An quellenkritisch-differenzierter Arbeit hapert es an mehreren Stellen. Während der Autor beispielsweise in den kommunistischen Quellen zur Kampagne gegen die Verfassungsfeiern ohne weiteres „Falschangaben“ annimmt, setzt er für die entsprechenden Stellungnahmen des zuständigen Provinzialschulkollegiums deren Richtigkeit stillschweigend voraus. Des Weiteren folgt M. unkritisch der Argumentation des Hamburger Schulsenators Emil Krause (SPD). Dieser ging administrativ gegen den kommunistischen Kinderverband vor, um die Parteipolitik aus den Schulen herauszuhalten, gestattete aber zugleich den sozialdemokratischen Kinderfreunden ihre Präsenz dort, da sie unpolitisch seien. Die zahlreichen Verbote von „Roter Fahne“ und „Hamburger Volkszeitung“ wiederum veranlassen M. zu der gewagten These, sie belegten „den Primat der politischen Agitation gegenüber einer annähernd objektiven Berichterstattung“ in der kommunistischen Presse. (S.209) Auf die Idee, dass dies mindestens ebenso plausibel auf politische Beweggründe der Behörden zurückgeführt werden könnte, kommt er erst gar nicht.

Trotz der genannten Defizite stellt der Bd. eine wertvolle Ergänzung der vorhandenen Literatur auf diesem wenig beachteten Feld dar.

Axel Weipert

Christian Hermann: Roter Frontkämpferbund (RFB) in Dresden und Ostsachsen 1924-1929. Chronik – Bilder – Dokumente, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2014, 324 S., Ill., ISBN 978-3-86583-843-8

Von der Gründung bis zu seinem Verbot bestand der Rote Frontkämpferbund gerade einmal fünf Jahre. Das ist nicht viel, und deshalb nimmt es nicht wunder, dass selbst Standardwerken zur sächsischen Geschichte, z. B. Claus-Christian Szejnmanns nützlicher, überblicksartiger Darstellung „Vom Traum zum Alptraum: Sachsen in der Weimarer Republik“ (2000) der RFB keine Silbe wert war. Diese Ignoranz wird aber dem bedeutsamen politischen Faktor des RFB nicht gerecht. Das zeigen mehrere in Ost und West sowie nach dem Anschluss der DDR erschienene umfangreiche Arbeiten zur Geschichte des Roten Frontkämpferbundes und anderer Schutz- und Wehrorganisationen der Arbeiterbewegung in Deutschland. Man wird sich an diese halten müssen, will man mehr über die verwickelte Geschichte dieser politisch tief gespaltenen proletarischen Schutzformationen erfahren. Wer sich jedoch über Daten, Fakten und Strukturen informieren will, der ist bei Hermanns RFB-Chronik richtig. Obgleich es auf dem Rücktitel heißt, die Chronik widerspiegele „Entwicklung und Tätigkeit des RFB in einem seiner 26 Gaue: im Gau Ostsachsen mit Dresden als Sitz der Gauleitung“, wird der Leser bei genauerem Hinsehen rasch feststellen, dass das Buch weit mehr zu bieten hat. Es ist eine komprimierte Sozialgeschichte des RFB und bietet Material in Fülle. Neben den Daten und Tabellen sind Fotos von Tagesereignissen, Ab-

bildungen von Plakaten, Abzeichen sowie zahlreiche, bislang unveröffentlichte Dokumente abgedruckt, deren Wiedergabe im Buch leider nur in schwarz-weiß und kleinformig möglich war. Die Chronik gibt Auskunft zur Gründung der Ortsgruppen, zur Organisationsstruktur, zu Kampagnen sowie regionalen und lokalen Veranstaltungen des RFB im Gau Ostsachsen (dieser umfasste die Untergaue Dresden, Bautzen, Bischofswerda, Ebersbach, Freiberg, Freital, Meißen, Ottendorf-Okrilla, Pirna und Zittau). Mit der Chronik ist es dem Vf. gelungen, das Potenzial des RFB zu dokumentieren, nämlich dessen große Mobilisierungskraft in den politischen Auseinandersetzungen während der Weimarer Republik.

Solch eine akribisch geführte Chronik kann von einem Chronisten allein nur in Jahrzehnten mühevoller Kleinarbeit zusammengestellt worden sein. Und tatsächlich, wer zurückblickt, wird sich vielleicht an eine schön aufgemachte Broschüre aus dem Armeemuseum der DDR in Dresden aus dem Jahr 1984 entsinnen („Roter Frontkämpferbund 1924-1929“). Schon diese hatte der Vf. herausgegeben.

Dr. Christian Hermann wurde 1942 geboren. Von 1965 bis 1969 studierte er Geschichte und Russisch an der Pädagogischen Hochschule Dresden, 1981 promovierte er. Seit 1970 war er im Armeemuseum der DDR bzw. (ab 1991) dem Militärhistorischen Museum der Bundeswehr in Dresden tätig. Dort widmete er sich dem Sammeln, Erforschen und Ausstellen von Sachzeugen zur deutschen Militärgeschichte 1917 bis 1945. *René Senenko*

Thilo Scholle/Jan Schwarz/Ridvan Ciftci (Hrsg.): „Zwischen Reformismus und Radikalismus“. Jungsozialistische Programmatik in Dokumenten und Beschlüssen, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2014, 320 S., ISBN 978-3-8012-0436-5

Dokumentenbd. über die verschiedenen Parteiprogramme der SPD im Verlaufe ihrer Geschichte gibt es schon seit Langem. Aber eine Sammlung mit Dokumenten und Beschlüssen von Jungsozialisten in der SPD fehlte bislang. Hier haben die Hrsg. und der Verlag eine große Lücke in der Literatur nicht nur für Historiker, sondern für alle Interessierten geschlossen. Die Jungsozialisten sind nicht nur eine von vielen Arbeitsgemeinschaften in der SPD. Sie sind eine relativ selbstständige Organisation zumindest im Bereich der Programmatik und Ideologie. Oftmals in der Geschichte haben sie sich auch politisch deutlich anders als ihre Mutterpartei positioniert und Einfluss auf Partei und Gesellschaft genommen. Als sozialdemokratische Nachwuchsorganisation waren sie zugleich Kaderschmiede der Partei.

Der Bd. ist in drei Abschnitte gegliedert. Der erste Abschnitt enthält Dokumente und Beschlüsse der Jungsozialisten in der Weimarer Republik von den Anfängen bis 1931, der zweite Abschnitt behandelt die Nachkriegszeit bis Ende der 1970er-Jahre und der dritte Abschnitt die 1980er-Jahre bis heute. Zu jedem Abschnitt gibt es eine Einführung bzw. Einordnung der Dokumente. Zu Beginn betonen die Autoren, dass sie nicht alle Texte in voller Länge abdrucken, manches würde verkürzt erscheinen. Sie konzentrieren sich bewusst auf Texte, die die großen

politischen Linien betreffen, vor allem die Analysen der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das ist verständlich, zumal diese Analysen oftmals im Mittelpunkt der jungsozialistischen Ausarbeitungen standen.

Um die Texte aus der Weimarer Republik richtig einordnen zu können, ist die Einführung von Ridvan Ciftci zu diesem Abschnitt von besonderer Wichtigkeit. Der Autor schreibt in relativ knapper und übersichtlicher Weise über die diversen inhaltlichen Auseinandersetzungen und auch organisationspolitischen Strömungen der Jungsozialisten und ihres Umfeldes. Besonders bedeutsam für die sozialdemokratische Strömung der Arbeiterbewegung generell scheint die dritte Reichskonferenz der Jungsozialisten im April 1925 in Jena gewesen zu sein, auf der die beiden großen Fraktionen (Hofgeismarer und Hannoveraner) zum Leitthema „Staat, Nation und Sozialdemokratie“ prominente Referenten eingeladen hatten: Die Hannoveraner einigten sich auf den Austromarxisten Max Adler, die Hofgeismarer schickten den Staatsrechtler Herrmann Heller ins Rennen. Beide Referate und der Beschluss der Jungsozialisten sind im Bd. enthalten. Hervorzuheben ist auch die Endphase der Jungsozialisten in der Weimarer Republik mit dem Auflösungsbeschluss von 1931.

Der zweite Teil (Nachkriegszeit bis Ende der 1970er-Jahre) ist zweifellos von herausragender Bedeutung. Nach einer eher unspektakulären Zeit in den 1950er-Jahren begann mit dem Bundeskongress im Dezember 1969 eine theoretisch und politisch weitgehend von der Gesamtpartei verschiedene Entwicklung. Oftmals ist hier auch von einer Linkswende der Jusos die Rede.

Der Einführungstext und vor allem die Dokumente von den Beschlüssen des Bundeskongresses in München (1969) über die Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie (1971) bis hin zu den Herforder und Göttinger Thesen belegen das. Sie offenbaren recht deutlich die damalige Denkweise verschiedener Strömungen bei den Jusos (der Stamokap-Fraktion und der „Antirevisionisten“ neben der Bundesvorstandslinie). Politisch hatte die „Doppelstrategie“ einen großen Stellenwert in der Organisation, d. h. neben der Arbeit in der Partei auch das Engagement in den diversen sozialen Bewegungen. Brisant war es in diesem Zusammenhang auch, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten, was ständig zu innerparteilichen Konflikten bis hin zu Parteiausschlüssen führte. Theoretisch erhielten Ende der 1970er-Jahre der Austromarxismus und das Erbe von Antonio Gramsci einen großen Einfluss, was man auch in den Dokumenten nachlesen kann. Es handelt sich aber nicht nur um Geschichtliches, die politische Brisanz liegt auch darin begründet, dass einige ehemalige Theoretiker der Herforder Thesen ihr Gedankengut später mit in die Linkspartei eingebracht haben.

Der dritte Abschnitt behandelt die Zeit von den 1980er-Jahren bis heute. Die neuen sozialen Bewegungen damals wirkten sich auch auf die Jusos aus. Zu Beginn dieses Jahrzehnts war das vor allem die Friedensbewegung. Hier sind entsprechende Dokumente aus den Jahren 1979 und 1980 abgedruckt (gegen „Nachrüstung“ und Militarismus). Der Einfluss der Frauenbewegung fand seinen Niederschlag in einem Beschluss von 1984, der ebenfalls im Bd. enthalten ist. Die gesellschaftspolitischen Debatten um den Stellen-

wert der Erwerbsarbeit schlugen sich im Beschluss „Arbeiten, um zu leben“ von 1988 nieder.

Von besonderer Bedeutung im Bereich der Theorie war das „Projekt Moderner Sozialismus – 53 Thesen“, das 1989 veröffentlicht wurde und in Auszügen wiedergegeben wird. Hier war der marxistische Einfluss auf die Positionen der Jusos sehr deutlich. Durch den Untergang der DDR und die Bildung der Sozialdemokratie im Osten entstand aber eine völlig neue Situation. Dort gründeten sich die „Jungen Sozialdemokraten“, die sich deutlich von den westdeutschen Jusos unterschieden. Jan Schwarz schreibt in seinem Einführungstext zu dem 3. Abschnitt: „Den meisten ostdeutschen Jusos waren die inhaltlichen Debatten der Jusos-West völlig fremd, und zudem von Begriffen geprägt, die ihnen bis dahin nur aus den Debatten in der SED bekannt waren.“ (S.220) In der neuen Grundsatzklärung nach der Vereinigung der Jusos („Potsdamer Erklärung“) beschrieben sich die Jusos als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband. Einen Höhepunkt in der Auseinandersetzung der Jusos mit der Gesamtpartei war die mit der Schröderschen „Agenda 2010“. Hervorzuheben ist auch das Dokument „Unsere Richtung Links“, ein Beschluss des Bundeskongresses von 2007. Auch hier wurden deutlich linke Positionen im Unterschied zur SPD bezogen.

Es bleibt der Leserschaft vorbehalten, wie sie die Wirksamkeit der Juso-Positionen in den verschiedenen Zeitabschnitten sowohl auf die Partei wie auch auf die Gesellschaft einschätzt. Hier halten sich die Autoren mit Bemerkungen zurück.

Horst Dietzel

Ralf Hoffrogge: Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895-1940), UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz-München 2014, 495 S., ISBN 978-3-86764-505-8

Der Titel dieses wahrlich spannenden Buches ist eine Tiefstapelei. Hoffrogge liefert in seiner Potsdamer Dissertation („summa cum laude“) weit mehr als eine politische Biografie des herausragenden jüdisch-deutschen Linkskommunisten Werner Scholem. Partienweise ist sie eine Art komparative Biografie der Brüder Werner und Gerhard (später Gershom) Scholem. Ihre Auseinandersetzung über Ziele, Wege und Mittel der progressiven Weltveränderung, linken Zionismus oder Sozialismus, führte Werner über die sozialistische Jugendbewegung in die kommunistische Arbeiterbewegung; Gershom wurde zu einem berühmten Religionshistoriker und -philosophen in Israel. Auch der ständig präsente Blick auf die Gesamtfamilie Scholem sowie die ausführliche Beleuchtung der Ehe und Familie Werner Scholems weiten die Darstellung über die bloße politische Biografie des Titelprotagonisten hinaus aus. Überdies stellt H. den Lebenslauf Scholems in opulenter Ausführlichkeit dar, sodass das gesamte Spektrum der Richtungs- und Flügelkämpfe in der KPD der Weimarer Republik sowie in der sowjetisch dominierten Spitze der Komintern informations- und gedankenreich beleuchtet wird. Der Leser findet Kapitel, in denen Scholems Biografie nur Mittel ist, komplexe Sachverhalte der Geschichte der Weimarer Republik darzustellen; Stichworte: Aufkommen des völkisch-rassistischen Chauvinismus, Antisemitismus, Klassenjustiz und anderes aus dem Innen-

leben der Weimarer Republik. H. erklärt den Linkskommunismus aus den gesellschaftlichen Umständen und aus der mentalen Befindlichkeit seiner Träger und zeigt zugleich seine historisch belegte Perspektivlosigkeit.

Das Studium des Buches ist durch die Fülle der Informationen und analytischen Betrachtungen ein hartes Stück Arbeit, das aber durch den Zugewinn an Kenntnissen und Erkenntnissen große Befriedigung hervorruft. Allerdings sieht sich der Rezensent zugleich überfordert, auf bescheidenem Platz dem umfangreichen Stoff angemessen gerecht zu werden.

H. schöpft aus einem erfreulich umfangreichen Quellenmaterial in 15 in- und ausländischen Archiven, 17 gedruckten Quelleneditionen, aus zahlreichen Periodika und Protokollen, vor allem der KPD und der Komintern, des Preußischen Landtages und des Deutschen Reichstages sowie aus einem großen Schatz an gedruckten und ungedruckten Korrespondenzen. Über 320 Monografien und Aufsätze werden herangezogen und – wo nötig – kritisch beleuchtet. Die Reichhaltigkeit überlieferter Briefe erlaubt nicht nur tiefe Einblicke in politische und weltanschauliche Haltungen, sondern auch in die Psyche der Protagonisten, ganz gleich, ob es sich um die Darstellung des Spannungsverhältnisses zwischen Vater und Söhnen, der Söhne untereinander oder zwischen politischen Kombattanten handelt.

So entstand die erste wissenschaftlich-akribische Biografie über Werner Scholem, einen Revolutionär, der, so H., der bürgerlichen Historiografie suspekt und von der kommunistischen Traditionspflege als Parteifeind verfeindet war, während er dem Zionismus

als Irrläufer galt. Öffentliche Aufmerksamkeit zog Scholem bisher vor allem als literarische Gestalt in Werken von Arkadi Maslow, Franz Jung, Alexander Kluge und Hans Magnus Enzensberger auf sich, deren Inhalt und Tendenzen H. kritisch an seinen Forschungsergebnissen misst.

Wo möglich fast minutiös, verfolgt H. den Lebensweg von Werner Scholem, zunächst in den Jugendjahren 1895-1914, an deren Ende er zum Anhänger von Marxismus und Sozialismus geworden war. Im Weltkrieg 1914-1918 stand der Kriegsgegner als Soldat an der serbischen und Ostfront, dann als Häftling vor Gerichten. Kriegserlebnis und Erfahrungen mit der politischen Klassenjustiz prägten ihn nachhaltig. H. wirft einen tiefen Blick in die Gedanken- und Gefühlswelt Scholems zwischen Lebensbedrohung durch den Krieg und historischem Optimismus. Unter Hinweis auf ihre Erfahrungen mit Drill, Fronterlebnis, Klassenjustiz und Kerker und wesentliche Wurzeln des Linkskommunismus der folgenden Jahre benennend, formuliert H. für die Weltkriegsgeneration linksorientierter aktiver junger Menschen zutreffend: „Wer so aufwuchs, erwartete vom Staat weder Sozialreform noch Demokratie, glaubte nicht an Parlament oder Rechtsstaat. Karl Kautskys Ideen [...] von einer ökonomischen Reifung zum Sozialismus wurden für die radikale Jugend ebenso unglaubwürdig wie Eduard Bernsteins These von der SPD als demokratisch-sozialistische Reformpartei.“ (S.119)

Der Krieg machte aus Werner Scholem den unbedingten, radikalen Revolutionär, einen Kriegsgegner, der kein Pazifist war, weil er Gewalt im revolutionären Kampf gegen die kapitalis-

tische Ordnung bejahte und so auch die russische Revolution vom Oktober 1917. Als Redakteur und Agitator der USPD strebte Scholem zunächst danach, diese buntscheckige Arbeiterpartei so weit zu revolutionieren, dass sie Kern einer „linksradikalen Einheitsfront“ sein könnte, die eine proletarische Demokratie auf der Grundlage eines Rätessystems erkämpfen sollte. Im Preußischen Landtag entwickelte sich Scholem zum brillanten und entlarvenden Parlamentsredner, den weder politisches noch antisemitisches Anpöbeln aus der Bahn werfen konnte.

Mit der linken Mehrheit der USPD Ende 1920 in die KPD gekommen, war er – ständig von Polizei und Justiz verfolgt – Redakteur in der „Roten Fahne“ und Abgeordneter im Reichstag. Frühzeitiger Warner vor der „faschistischen Gefahr“, agierte er in der freilich historischen Optimismus zeugenden Illusion, in der aus zwei Kräftegruppierungen bestehenden Gesellschaft werde das linke proletarische Lager gesetzmäßig über das bourgeoise triumphieren. Das Parlament war ihm Agitationsforum für die außerparlamentarische Revolutionsvorbereitung, wie er die KPD ausschließlich als Avantgarde verstand, welche eine proletarische Revolution vorzubereiten hatte: statt Dialektik von Reform und Revolution – Revolution ohne Reform.

Scholem profilierte sich zu einem der führenden Köpfe des Linkskommunismus neben Ruth Fischer, Arkadi Maslow u. a. Unter deren Parteiführung „bolschewisierte“ er den Apparat der KPD, der ihn selbst im Ränkespiel von Komintern und Thälmannscher Parteiführung 1926 aus der Partei vertreiben sollte. Scholem wurde einer der ersten Kritiker des „Stalinismus“, nach-

dem ihn Stalin des „Scholemismus“ bezichtigt hatte. Den Stalinismus sah Scholem freilich als opportunistische Abweichung vom Leninschen Kommunismus, aber auch als das gefährliche Ende innerparteilicher Demokratie. Er unterschied zwischen Bolschewisierung und Stalinisierung. Scholem blieb – nach seinem Parteiausschluss und der Episode „Leninbund“ Kommunist – bis 1928 fundamentaloppositioneller Reichstagsabgeordneter.

Der „Dissident wider Willen“ wurde 1933 als Jude und von seinen früheren Genossen geschnittener Kommunist ein Opfer des Naziterrors. Obwohl gerichtlich freigesprochen, schleifte man ihn ab 1935 durch die KZ Lichtenburg, Dachau und Buchenwald, wo ihn die SS im Juli 1940 im Steinbruch ermordete.

H. schließt seine Arbeit mit einem Blick auf die Schicksale und das Leben der Familienmitglieder Scholems, über die Emigration bis in die Nachkriegszeit. Er gibt dem Leser mit chronologischen Anhängen und einem Personenregister Hilfen, sich in der Fülle des Dargebotenen zu orientieren.

Der in der Textkomposition vorhandene Dualismus von chronologischer und sachthematischer Darstellung erschwert es dem Autor, Redundanzen durch Überschneidungen und Wiederholungen zu vermeiden. Sein Streben, Lebenshintergründe und -umstände möglichst deutlich zu machen, verleitet ihn mitunter zu einer gewissen Verselbstständigung solcher Passagen. Im Widerspruch zum hohen Niveau des Buchinhalts stehen zahlreiche Druckfehler, Wortauslassungen, Wortdoppelungen und Ungenauigkeiten in bibliografischen Angaben. Dies aber sind Schönheitsfehler der großartigen

Forschungsleistung eines jungen Historikers, auf dem – wie auf mehreren anderen – die Hoffnung ruht, dass eine abtretende Generation von Forschern zur Geschichte der Arbeiterbewegung auf befähigte Nachfolger setzen kann.

Gerhard Engel

Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, 10 Bde., Argument Verlag, Hamburg 2012, 2249 S. (1-9), 360 S. (Register), ISBN 978-3-86754-100-8

Zweifellos gehören Gramscis Gefängnishefte zu den bedeutendsten philosophischen Schriften des 20. Jh. Begriffe wie „Philosophie der Praxis“ und „Hegemonie“ sind untrennbar mit dem Autor wie seinem unvollendeten Hauptwerk verknüpft. Auf der Basis der italienischen Ausgabe von Valentino Gerratana hat sich schon vor einigen Jahren ein siebenköpfiges Team der gleichermaßen mühe- wie verdienstvollen Aufgabe unterzogen, dieses umfassende Opus vollständig ins Deutsche zu übertragen. Bei der hier anzuzeigenden Ausgabe handelt es sich um einen unveränderten Reprint der deutschen Erstausgabe in zehn Bden, die von 1991 bis 2002 im gleichen Verlag erschienen ist.

Neben den Ursprungstexten enthält die Edition auch ihre deutlich überarbeiteten späteren Varianten, wodurch die Genese von Gramscis Denken detailliert nachverfolgt werden kann. Eine wichtige Ergänzung ist der kritische Apparat, der vielfältige Bezüge zu anderen Personen oder bestimmten Ereignissen deutlich macht. Dem deutschen Leser, der viele der An-

spielungen im Text kaum einzuordnen vermag, wird er besonders nützlich sein. Der abschließende Registerbd. ist ebenfalls von unschätzbarem Wert, denn er erleichtert den Zugang ganz erheblich angesichts der unsystematischen Darstellung in den Heften. Sie ist ja nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass die Texte in dieser Form nie für den Druck vorgesehen waren, sondern eher der Selbstverständigung und Materialsammlung dienten. Darüber hinaus berühren die über 2.000 Fragmente eine Vielzahl von Einzelaspekten, deren thematische Breite gerade in der chronologischen statt sachlichen Anordnung gut sichtbar wird. Es handelt sich also gewissermaßen um ein Patchwork des Denkens Gramscis in seinen letzten Lebensjahren.

Diese verbrachte Gramsci bekanntlich in den Gefängnissen des faschistischen Italiens unter persönlich wie intellektuell überaus schwierigen Bedingungen. Erst vor diesem Hintergrund wird der spezifische „Erkundungscharakter“ der Texte erklärbar. Es war, wie Haug in der Einleitung pointiert formuliert, die Arbeit eines „Gefangenen, der über Befreiung nachdachte“ (Bd. 1, S.12). Grundsätzlich kann gesagt werden, dass Gramsci sich während seiner Haftzeit weniger als noch in den Jahren davor der aktuellen Politik, sondern stärker historisch-theoretischen Themen zuwandte. Diese veränderte Perspektive spiegeln die Hefte wider.

Neben einem umfangreichen und in Unterpunkte gegliederten Sachregister, einem Personenverzeichnis und der von Gramsci – mitunter nur aus dem Gedächtnis – zitierten Literatur findet man im Registerbd. auch eine Übersicht jener Werke, die Gramsci nachweislich besaß, aber nicht unmittelbar

in die Ausführungen einbezog. Damit wird neben der werkimmanenten Würdigung auch eine systematische Klärung der Einflüsse auf Gramsci möglich. Eine Konkordanz zu den bisher edierten Auswahlübersetzungen erleichtert die Beschäftigung mit der älteren Sekundärliteratur.

Es ist sehr zu begrüßen, dass diese gelungene kritische Gesamtausgabe der Gefängnishefte erneut aufgelegt wurde. Sie darf eigentlich in keiner philosophischen Bibliothek fehlen.

Axel Weipert

Gunter Lange: Siegfried Aufhäuser (1884-1969). Ein Leben für die Angestelltenbewegung. Eine Biografie (Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration, 5), Metropol Verlag, Berlin 2013, 371 S., ISBN 978-3-86331-096-7

Den außergewöhnlichen Lebensweg des Siegfried Aufhäuser vom Fabrikantensohn zum Sozialisten und „Nestor der Angestelltenbewegung“ (S.340) hat der frühere Gewerkschaftsjournalist Gunter Lange erforscht und in einer lesenswerten Biografie dargestellt. Das Buch ist zugleich eine Geschichte der gewerkschaftlichen Organisierung der Angestellten in Deutschland sowie eine deutsche Zeitgeschichte des 20. Jh. Es basiert auf Unterlagen aus dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Archivalien des Reichssicherheitshauptamtes im Bundesarchiv Berlin und des Zentralen Parteiarchivs der SED in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Außerdem hat L. die von Aufhäuser stammenden Schriften einschließlich der in Zeitun-

gen und Zeitschriften veröffentlichten zahlreichen Artikel ausgewertet.

Leine Darstellung gliedert sich in zwölf Kapitel. Er zeigt, wie der Fabrikantensohn Aufhäuser die Politik entdeckte, und endet mit einem resümierenden Essay über die Bedeutung des Protagonisten im Prozess der Annäherung von Angestellten und Arbeitern.

Aufhäuser wurde 1884 am geschichtsträchtigen 1. Mai in einer „unpolitischen, assimilierten jüdischen Fabrikantenfamilie“ (S.8) in Augsburg geboren. „In der Küche wird koscher gekocht, die jüdischen Feiertage werden eingehalten.“ (S.12) Wie seine drei Geschwister besuchte er die Volksschule, Hebräisch und die jüdische Bibel erlernten sie in der Synagoge. Um die Jahrhundertwende beendete er in Augsburg die Höhere Handelsschule, und mit 16 Jahren begann er in München bei einem Textilgroßhändler eine Kaufmannsgehilfenlehre, die er 1903 mit der Kaufmannsgehilfenprüfung abschloss. Noch als Lehrling trat er in den Verein Deutscher Kaufleute ein und wurde in den Ortsvorstand gewählt. 1905 ging er nach Berlin und arbeitete als Verkäufer im Textilhaus von Hermann Gerson. 1906 machte der Verein der Deutschen Kaufleute den Weg frei für die Aufnahme weiblicher Mitglieder und nannte sich im Untertitel „Unabhängige Organisation von Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen“ (S.19) – für diese Zeit ein Novum! In Berlin spürte Aufhäuser den „Beginn des Zeitalters der Angestellten“ (S.20) und entwickelte sein lebenslanges Credo: „Wir haben als Angestellte gemeinsame Interessen mit den Arbeitern!“ (S.22)

Aufhäuser wechselte 1910 nach Frankfurt am Main und wurde Geschäftsführer im Familienbetrieb sei-

ner späteren Ehefrau Anna Stein. Die 1878 in Berlin geborene Tochter einer jüdischen Fabrikantenfamilie war wie Aufhäuser gelernte Handlungsgehilfin und gewerkschaftlich organisiert und schon seit 1904 SPD-Mitglied. Sie heirateten 1912 und gingen nach Berlin, wo Aufhäuser als Gewerkschaftssekretär des Bundes der technisch-industriellen Beamten (Butib) arbeitete. 1917 trat er in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein und folgte damit parteipolitisch seiner Ehefrau. Es kam 1919 zur Verschmelzung des Butib mit dem Deutschen Techniker-Verband zum Bund der technischen Angestellten und Beamten (Butab). In seiner Rede vor dem ersten ordentlichen Butab-Bundestag ließ Aufhäuser an der politischen Ausrichtung keinen Zweifel: „Ich hoffe in diesem Kreise das Wort Klassenkampf aussprechen zu dürfen, ohne daß einer der Anwesenden vom Stuhl fällt.“ (S.82) Im Jahr darauf entstand der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa-Bund), der 1923 mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund die durch Organisationsvertrag verbundene freie Gewerkschaftsbewegung bildete. Aufhäuser beteiligte sich 1920 an der Organisation des Generalstreiks gegen den „Kapp-Putsch“. Im Jahr darauf wurde er in den Reichstag gewählt und nach der Gründung des von ihm aus 17 Berufsverbänden geschmiedeten Allgemeinen freien Angestelltenbundes dessen Vorsitzender. Der „Vollblutpolitiker“ (S.135) war inzwischen in der SPD organisiert und wurde einer der Wortführer des „linken“ Parteiflügels.

Das Jahr 1933 war nicht nur politisch, sondern auch persönlich sehr er-

eignisreich: Die „Stimme der Angestellten im Reichstag“ (S.103) wurde 1933 in den SPD-Vorstand aufgenommen. Nach einem Streit im Exil-Vorstand Sopade wurde er 1935 aus dem Prager SPD-Vorstand ausgeschlossen.

Im März 1933 musste Aufhäuser als Bundesvorsitzender des Afa-Bundes zurücktreten. Er musste, von den Nationalsozialisten „als Gewerkschafter, als Sozialdemokrat und als Jude“ (S.99) verfolgt, aus Deutschland fliehen. Bereits „1929 hat sich Siegfried Aufhäuser mit förmlicher Austrittserklärung vom Judentum verabschiedet.“ (S.214) Entgegengesetzt entwickelte sich die mit ihren Eltern ins Saarland und nach Prag geflohene 17-jährige Tochter Eva, sie wurde Zionistin. Sie verließ Prag 1934 und ging nach Palästina, legte ihren Vornamen Eva ab und nannte sich hebräisch Chawa. Sie schloss sich dem legendären Kibbutz Hasorea an und heiratete 1944 dort einen im jüdischen Wanderbund „Kameraden“ sozialisierten Tischler.

Die Eltern Aufhäuser flohen im November 1938 über Paris nach London und im April 1939 nach New York. Hier engagierte sich Siegfried Aufhäuser in der German Labor Delegation und anderen Exilvereinen. Die Kapitelüberschrift „Alte Debatten in der Neuen Welt“ (S.265) charakterisiert treffend die Diskussionen in der US-Emigration. Aufhäuser bekam Kontakt zu der legendären Zeitschrift „Aufbau“ und verdiente sein Geld als Journalist. L. beschreibt die Debatten in den kleinen und kleinsten sozialistischen, sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Gruppen: „Die ideologischen Grabenkämpfe verlieren sich in der Bedeutungslosigkeit.“ (S.87) 1951 kehrte er in New York als Publizist akti-

ve Aufhäuser wieder nach Deutschland zurück. Er hatte in den USA sein Judentum wieder entdeckt, unter anderem durch seine Auseinandersetzung mit der dortigen „Diskriminierung nach Rasse, Religion und nationaler Herkunft sowie nach Alter“. (S.292) Nach der Ankunft im Juni 1951 in Bremerhaven fuhr er zunächst nach Hamburg zum Sitz der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), die sich als Nachfolgerin „seines“ Afa-Bundes sah. Aufhäuser arbeitete anfangs als wirtschaftspolitischer Referent bei der DAG in Berlin und von 1952 bis 1958 als dortiger Landesvorsitzender.

Der aus der Emigration Zurückgekehrte spürte die gegen ihn gerichteten Ressentiments. „Unausgesprochen steht seine harsche Kritik am ADGB mit dem Vorwurf der Anpassung an die Nationalsozialisten im Raum.“ (S.308) Im Ruhestand veröffentlichte er mehrere Schriften, darunter 1962 „Das Zeitalter der Angestellten“. Am 6. Dezember 1969 starb der mehrfach öffentliche Geehrte im Alter von 85 Jahren nach kurzem Krankenhausaufenthalt in Berlin.

Die folgende Feststellung von L. kann als eine Art Resümee der politischen Arbeit Aufhäusers gelesen werden: „Er braucht einen Resonanzboden und blüht auf, kämpft mit Verve für seine Ideale – auch wenn es eine Minderheitenposition ist; hat er den Resonanzboden verloren, tendiert er zu Resignation und nähert sich wieder der politischen Hauptströmung, um sich nicht isoliert zu sehen.“ (S.271)

Die Biografie – sie enthält eine Zeitafel, vier Tabellen und ein Personenregister – verdeutlicht, dass Aufhäusers Leben der Annäherung von Angestellten und Arbeitern gewidmet gewesen

war. Die gut recherchierte und lebendig geschriebene Studie über einen der wichtigen deutschen Gewerkschaftsfunktionäre endet daher zu Recht mit einem – inzwischen erfüllten – Wunsch von Siegfried Aufhäuser: „Es ist keine Frage des DGB, es ist auch keine Frage der DAG, es ist eine lebenswichtige Angelegenheit der Arbeiter und Angestellten, daß sie nach jahrelanger Spaltung und Zerreißung einen Weg finden müssen, um eine einheitliche Bewegung der Gewerkschaften in Deutschland herzustellen.“ (S.348) Dieser Wunsch hat sich 2001 mit der Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) endlich erfüllt.

Kurt Schilde

Olga Benario/Luiz Carlos Prestes: Die Unbeugsamen. Briefwechsel aus Gefängnis und KZ, Wallstein Verlag, Göttingen 2013, 272 S., ISBN 978-3-8353-1327-9

Anfang 1935 kehrte Luiz Carlos Prestes nach einem mehrjährigen Aufenthalt in der Sowjetunion unter strengster Geheimhaltung nach Brasilien zurück. Gestützt auf seine große Popularität als legendärer „Ritter der Hoffnung“ wollte er als Führer der Aliança Nacional Libertadora, der Nationalen Befreiungsallianz, der größten Volksfrontorganisation in der Geschichte Brasiliens, den seit November 1930 amtierenden Staatspräsidenten Getúlio Vargas stürzen und im Namen des brasilianischen Volkes selbst die politische Macht im Land übernehmen. Das Bündnis von Kommunistischer Partei und Nationaler Befreiungsallianz sollte die Grundlage für eine revolutionäre Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im größten

Land Lateinamerikas sein. Doch im November 1935 scheiterte das Vorhaben – wegen mangelnder politisch-organisatorischer Vorbereitung, wegen Verrats in den eigenen Reihen, vor allem aber wegen des Fortbestehens putschistischer Tendenzen in der Kommunistischen Partei und bei Prestes selbst. Denn obwohl er Mitglied der Kommunistischen Partei Brasiliens und seit dem VII. Weltkongress im Juli und August 1935 formell sogar Mitglied des engeren Führungszirkels der Kommunistischen Internationale in Moskau war, wurde Prestes' politisches Denken und Handeln weiterhin vom „Tenentismo“ bestimmt, der kleinbürgerlichen Ideologie junger unzufriedener und rebellierender Militärs der Zwanzigerjahre, an deren Spitze er sich weiterhin sah. Die übergroße Mehrheit der „Tenentistas“ hatte sich längst auf die Seite von Vargas geschlagen.

Zur Begleiterin von Prestes bei seiner Rückkehr nach Brasilien hatte die Komintern die gerade erst 26 Jahre alte deutsche Kommunistin Olga Benario bestimmt, die bei der Befreiung ihres damaligen Lebensgefährten Otto Braun aus dem Gerichtsgefängnis in Berlin-Moabit im April 1928 außergewöhnlichen Mut bewiesen hatte und die inzwischen über eine umfassende militärische und paramilitärische Ausbildung verfügte. Sie trug die persönliche Verantwortung für die Sicherheit von Prestes. Während der mehrmonatigen Reise von Osteuropa nach Südamerika, bei der Prestes und Benario als wohlhabendes portugiesisches Ehepaar auftraten, entwickelte sich sehr schnell eine tiefe Liebesbeziehung zwischen der Deutschen und dem Brasilianer, deren gemeinsame Sprache zunächst nur das Französische war.

Nach dem Scheitern der Revolutionspläne im November 1935 wurde ganz Brasilien von einer Welle des politischen Terrors überrollt. Prestes und Benario gelang es zunächst, sich der Verhaftung zu entziehen. Doch im März 1936 wurden sie in ihrem geheimen Quartier in Rio de Janeiro aufgespürt und verhaftet. Olga Benario, die inzwischen schwanger war, stellte sich schützend vor Prestes und verhinderte so, dass die in großer Zahl einstürmenden Polizisten Prestes „auf der Flucht“ erschossen.

Prestes wurde im September 1937 zu 16 Jahren Haft verurteilt. Olga Benario war bereits im September 1936 nach Deutschland abgeschoben und der Gestapo übergeben worden. Im Frauengefängnis in der Berliner Barnimstraße brachte sie am 27. November 1936 ihre Tochter Anita Leocádia Prestes zur Welt. Im Januar 1938 wurde das Kind der Großmutter übergeben, die es nach Mexiko in Sicherheit bringen konnte. Für Olga Benario folgte ein Leidensweg durch mehrere Konzentrationslager, bis sie am 23. April 1942 in der Tötungsanstalt Bernburg als Jüdin und Kommunistin ermordet wurde. Prestes kam im Mai 1945 im Ergebnis einer Amnestie frei.

Bedauerlicherweise hat Robert Cohen diesen Hintergrund in seiner Einleitung zu dem hier zu besprechenden Buch nur sehr oberflächlich und in wesentlichen Einzelheiten sogar falsch dargestellt. Das ist vor allem deshalb ärgerlich, weil er mit seinem dokumentarischen Roman „Exil der frechen Frauen“ (Rotbuch-Verlag, Berlin 2009) bereits bewiesen hatte, dass er sich mit den brasilianischen Ereignissen des Jahres 1935 gründlich befasst hat.

Der nun erstmals in deutscher Sprache vorliegende Briefwechsel zwischen Olga Benario und Luiz Carlos Prestes aus den Jahren der Haft umfasst insgesamt 101 Briefe. 47 Briefe, so kann man es einer „Editorischen Notiz“ des Hrsg. entnehmen, stammen von Olga Benario, die übrigen 54 von Prestes. 18 Briefe von Olga Benario wurden während der Haft in der Barnimstraße geschrieben, 18 im KZ Lichtenburg und elf im KZ Ravensbrück. Die Briefe von Prestes stammen aus zwei Gefängnissen in Rio de Janeiro. Dank der Unterstützung durch Anita Leocádia Prestes, heute selbst eine profilierte Historikerin, die in ihrem privaten Archiv die deutschsprachigen Originalbriefe ihrer Mutter aufbewahrt, war es möglich, auf Rückübersetzungen aus dem Portugiesischen zu verzichten.

Der Briefwechsel zwischen Prestes und Olga Benario ist ein ergreifendes Zeugnis einer großen und in gewisser Weise einzigartigen Liebe. Doch für den Historiker sind die Briefe nur von geringem Wert. Die beiderseits des Atlantiks rigoros ausgeübte Zensur machte es Prestes und Olga Benario unmöglich, sich über andere als Alltagsfragen auszutauschen. Politische Angelegenheiten, an denen sie auch unter den Bedingungen der Haft weiterhin großes Interesse hatten, durften keine Erwähnung finden. Kurze Bemerkungen, wie die von Prestes in seinem Brief vom 1. Mai 1938, dass er hören könne, wie außerhalb des Gefängnisses „das große Fest der Arbeit“ gefeiert würde (S.157), stellten die absolute Ausnahme dar. Doch zeigen die Briefe auch, dass beide Verfasser selbst unter den äußerst widrigen Umständen der Haft bemüht waren, ihr eigenes Wissen zu erweitern. So berichteten sie einander regelmä-

big über die Bücher, die sie lesen konnten. Großen Raum nahm naturgemäß das Schicksal der gemeinsamen Tochter ein, über deren Entwicklung im ersten Lebensjahr Olga Benario detailliert berichtete. Nachdem ihr das Kind weggenommen worden war, konnte es nur noch darum gehen, die spärlichen Informationen zu kommentieren, die von Prestes' Mutter per Brief kamen.

Für die wissenschaftliche Forschung wesentlich ergiebiger ist die in drei Bden. herausgegebene Gefängnis Korrespondenz von Prestes, die zwischen 2000 und 2002 in Rio de Janeiro unter dem Titel „Anos tormentosos. Luiz Carlos Prestes – correspondência da prisão [1936-1945]“ veröffentlicht wurde. Hrsg. waren Anita Leocádio Prestes und Lygia Prestes, eine Schwester von Luiz Carlos Prestes. *Ronald Friedmann*

Otto König: Band der Solidarität. Widerstand, Alternative Konzepte, Perspektiven; die IG Metall Verwaltungsstelle Gevelsberg-Hattingen 1945-2010, VSA-Verlag, Hamburg 2012, 510, [32] S., ISBN 978-3-89965-541-4

Otto König (geb. 1945) war von 1980 bis 2010 Erster Bevollmächtigter der Ortsverwaltung Gevelsberg-Hattingen der IG Metall. Nach einem einführenden Kapitel, in dem es um den gewerkschaftlichen Neubeginn von der „Stunde der Befreiung und des Neubeginns“ 1945 bis zum „Kampf um Mitbestimmung und Betriebsverfassung“ 1952 geht, berichtet er aus eigenem Erleben über die Kämpfe vor allem der Stahlarbeiter am südlichen Rand des Ruhrgebiets. Im Zusammenhang mit dem Strukturwandel in der Industrie aufgrund der technologischen Entwick-

lung in den 80er- und 90er-Jahren verloren dort Zigtausende Lohnarbeiter ihren Arbeitsplatz, da „Arbeit und Leben so grundlegend umgewälzt wurden, dass sprichwörtlich kaum ein Stein auf dem anderen blieb“. (S.9) Neue Kampfformen wurden praktiziert: Erste Betriebsbesetzungen fanden statt, Märsche mit starker Massenbeteiligung nach Bonn und zur Landeshauptstadt; in Ideenwerkstätten entstanden konstruktive Konzepte für Produktionsumstellungen, auch zwecks Konversion von Rüstung in zivile Fertigung, wobei Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen werden sollten (so z. B. das „Hattinger Modell“). Um die Mitte der 80er-Jahre schlossen sich den kämpfenden Teilen der Gewerkschaften die in den 70er-Jahren entstandenen Bürgerbewegungen an – es ging ja um die Lebensfähigkeit der Städte und der gesamten Region!

Das alles wird aus der Erinnerung und Sicht eines aktiv Beteiligten erzählt, der als Gewerkschafter linksorientiert war und deshalb nicht selten in Widerspruch zur Gewerkschaftsführung geriet. Da ging es dann um die „Richtungsauseinandersetzung in der IG Metall“, um die Kampfstärke der Gewerkschaften, um deren offensiven Widerstand gegen die profitorientierten Firmenleitungen. Auch die Politik der SPD, zumal als Regierungspartei, wird vom Autor kritisch reflektiert: Die „Agenda 2010“ eines Gerhard Schröder – „das waren Steuergeschenke für Reiche und für Patienten die Praxisgebühr von zehn Euro sowie für viele Beschäftigte die Ausweitung von schlecht bezahlten Minijobs. Sozialstaatliche Strukturen wurden der Wettbewerbspolitik eines finanzmarktgesteuerten Kapitalismus unter-

geordnet.“ (S.389) „BDI-Chef Rogowski dankte dem Bundeskanzler überschwänglich: durch seine Agenda-Politik stimmte ‚die Richtung in diesem Land‘ wieder.“ (S.394)

„Alle reden von der DDR – wir reden über die Arbeitsplätze in Hattingen“ – so lautet die Überschrift eines Abschnitts. (S.306) In der Tat: Die Vorgänge in der DDR, etwa der Umgang der Bundesregierung, auch sozialdemokratisch geführter Landesregierungen, mit dem Volkseigentum in den neuen Bundesländern, spielten in der Erinnerung K.s (wie beim DGB insgesamt) kaum eine Rolle. Worauf er eingeht, ist die Initiative des DGB zur „Angleichung der Tarifverhältnisse Ost-West“ (die gesetzliche Arbeitszeit eingeschlossen): „Denn so lange es unterschiedliche Tarifniveaus gab, nutzten die Arbeitgeber den Osten, um die Tarife im Westen unter Druck zu setzen.“ (S.391) In diesem Zusammenhang nennt der Autor den Streik in der ostdeutschen Stahlindustrie im Juni 2003, der auf Beschluss der IG Metall unter dem damaligen Vorsitzenden Klaus Zwickel abgebrochen worden war: „Streikabbruch – die Kapitalseite frohlockt“ (S.396): „Endlich zeichnet sich eine kapitalistische Welt ohne Gewerkschaften ab.“ (S.397)

Und doch ist den Autoren des Vorworts Clarissa Bader und Richard Detje unbedingt zuzustimmen, wenn sie schreiben: Die zentrale Botschaft K.s lautet: „Letztlich entscheidend sind nicht institutionelle Formen. Sondern dass sich die Beschäftigten mit gestärktem Selbstbewusstsein selbst neu einbringen. Dass Demokratie erneuert werden kann – ‚von unten‘ [...] Wir bleiben dabei: Was Zukunft wird, müssen wir in die Hand nehmen. Dabei macht

uns Mut, was die Menschen der in diesem Buch beschriebenen Städte bereits einmal geleistet und vorausgedacht haben. Heute müssen wir weiter und in vielen Punkten neu denken. Die in den Gewerkschaften, aber nicht nur dort, wiederbelebte Diskussion um neue Ansätze von Wirtschaftsdemokratie angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 geht [...] in die richtige Richtung. Denn: Wirtschaftsdemokratie zielt auf eine grundlegende Veränderung der Kräfte- und Machtverhältnisse zwischen [...] Staat, (Finanz-)Kapital und Arbeit. Sie zielt auf eine systematische Einflussnahme demokratischer Politik auf wirtschaftliche Entscheidungen und private Eigentumsrechte – und damit ins Zentrum des kapitalistischen Entwicklungsmodells. Damit könnte die Perspektive auf eine solidarische Ökonomie und Gesellschaft wieder geöffnet werden.“ (S.11f.) Und: K. ist zu danken. Er hat „Geschichte aufgeschrieben. So lebendig, dass sie nicht nur nachvollziehbar, sondern auch im Nachhinein erlebbar wird. So, dass aus der Geschichte gelernt werden kann, wie die Zukunft gestaltet werden könnte.“ (S.12) *Ulla Plener*

Colin Shindler: Israel and the European Left. Between Solidarity and Delegitimization, Continuum International Publishing Group, New York-London 2012, XXI, 308 S., ISBN 978-1-441-18898-4; **Philip Mendes: Jews and the Left. The Rise and Fall of a Political Alliance**, Palgrave Macmillan, Houndmills (Basingstoke) 2014, XII, 335 S., ISBN 978-1-137-00829-9

Das verwickelte Verhältnis der verschiedenen Parteien und Fraktionen

der Linken zum Antisemitismus, zum Zionismus und zum Staat Israel ist ein wohl kaum jemals abzuschließendes Thema, solange die Linke bzw. der Staat Israel existieren – also hoffentlich noch sehr lange. Doch sowohl der Antisemitismus als auch der Zionismus und natürlich die Erscheinungsformen linker Politik und ihrer Parteien unterlagen über die Jahrzehnte hinweg tief greifenden Wandlungen, die auch heute noch keineswegs als abgeschlossen gelten können.

Im 19. Jh. entwickelte sich aus dem religiösen Judenhass zunächst ein feudaler und bürgerlicher politischer Antisemitismus, der die Rechtsgleichheit der Juden in Westeuropa abschaffen und in Osteuropa verhindern wollte. Daneben gab es auch einen Antisemitismus unter sozialistischen und anarchistischen Linken, für die die Juden zum Sinnbild des Kapitalismus geworden waren; eine Sicht, von der weder Marx noch – zeitweise – Engels oder Lassalle frei gewesen waren.

Die Entstehung politischer Massenbewegungen in Westeuropa, insbesondere in Frankreich, und der Einsatz des Antisemitismus zur Mobilisierung rückständiger Massen gegen die revolutionäre Linke im zaristischen Russland bewirkten aber eine Wendung der sozialistischen und anarchistischen Arbeiterbewegungen gegen den Antisemitismus. Noch vor dem Ersten Weltkrieg wurde die Linke in all ihren Fraktionen zur wichtigsten Kraft in der Bekämpfung des Antisemitismus. In Osteuropa entstand zudem eine jüdische Arbeiterbewegung, deren beide Richtungen aber miteinander rivalisierten: Während der 1897 gegründete Jüdische Arbeiterbund eine national-kulturelle Autonomie der Juden in den Gebieten, wo

sie lebten, forderte, rief der 1906 gegründete Weltverband Poale Zion (Arbeiter Zions) die jüdischen Arbeiter zur Auswanderung nach Palästina auf, um dort den sozialistischen Judenstaat aufzubauen.

Viele linke Juden favorisierten keines der beiden Konzepte. Sie integrierten sich in die sozialdemokratischen, später teilweise auch in die kommunistischen Parteien, um ohne besondere Betonung ihrer jüdischen Herkunft für die allgemeine soziale Befreiung zu kämpfen. Der siegreiche Sozialismus werde die „Judenfrage“ automatisch lösen und alle Unterschiede zwischen Juden und Nichtjuden aufheben. Kritiker dieser Haltung, Bundisten ebenso wie Zionisten, hielten dies für illusionär und zudem für nicht wünschenswert. Sie fürchteten, ein solcher siegreicher Sozialismus würde die nationale und kulturelle Identität der Juden auslöschen, ohne dass aber der Antisemitismus verschwinden würde. Die zionistischen Sozialisten sahen sich dann durch den Holocaust in ihren schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Nur ein jüdischer Staat biete Juden letztlich einen wirksamen Schutz, betonten sie. Jüdische und nichtjüdische Linke befürworteten 1948 in überwältigender Mehrzahl die Errichtung des Staates Israel.

Doch nach 1967 wendete sich wiederum das Blatt: Israel wurde durch den siegreichen Sechstagekrieg zur Besatzungsmacht im Nahen Osten. Von nun ab wurden die Palästinenser, denen Israel die Eigenstaatlichkeit vorenthielt, zum revolutionären Subjekt, auf das viele Linke ihre Vorstellungen von der antikolonialen Revolution projizierten. In jüngster Zeit riefen radikale Linke zum Boykott gegen isra-

elische Waren, die im besetzten Westjordanland produziert wurden, auf. Dies verstärkte sich mit den Aufrufen zum Boykott israelischer Institutionen und Hochschulen. In Deutschland und England wandten sich kleine Teile der radikalen Linken schließlich gegen das Existenzrecht des Staates Israel überhaupt. Andere Linke treten für eine Lösung des Nahostkonfliktes auf der Basis gültiger UN-Resolutionen ein und lehnen jeden Antisemitismus wie auch die Diskriminierung der Palästinenser ab.

Dies ist, in aller Kürze und somit stark vereinfacht, die Beziehungsgeschichte der Linken zum Antisemitismus, Zionismus und zum Staat Israel, wie sie in den beiden Überblicksarbeiten von Colin Shindler und Philip Mendes dargeboten wird. Während S., emeritierter Professor an der School of Oriental and African Studies der Londoner Universität, dabei den Zeitraum von 1917 bis zur Gegenwart im Blick hat, spannt M., Associate Professor for Social Work an der Monash University in Melbourne, den Bogen noch weiter, da er mit den 1840er-Jahren einsetzt. S. konzentriert sich auf die Beziehungen vor allem britischer Linker zu Israel, aber ebenso auf die Debatten innerhalb des linken Lagers in Israel selbst.

Notwendigerweise lassen solche Überblicksdarstellungen manche Wünsche offen. Die deutschsprachigen Leser werden viele Details zur deutschen und österreichischen Sozialdemokratie sowie zur KPD und SPD vermissen. Noch schwerer wiegt, dass die komplizierten innerparteilichen Diskussionen der russischen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, aber auch in der bolschewistischen Partei der Jahre nach 1917 nur sehr cursorisch abge-

handelt werden. Hier ist an neuerer Literatur das Buch von Robert Wistrich „From Ambivalence to Betrayal“ (Rez. im JahrBuch, 2014/III, S.259-262) zu empfehlen, dem die beiden hier annotierten Bücher jedoch eine klare inhaltliche Linienführung voraus haben. Überdies sind weder S. noch M. auf eigene linke Vergangenheitsbewältigung aus. Sie analysieren kritisch, aber an keiner Stelle naserümpfend die zahlreichen Irrtümer und ideologischen Sackgassen linker Debatten. Während S. eine starke Vertrautheit mit inner-trotzkistischen Diskussionen zeigt, ist M. besonders gut beschlagen bei den Kontroversen linkszionistischer Kreise, aber auch bezüglich der Erbteile des Jüdischen Arbeiterbundes, dessen überlebende Mitglieder oft in Australien und Südafrika eine neue Heimat fanden; zwei Ländern, über deren linke Kultur hier manch interessante Details vermittelt werden.

Überzeugend fasst M. die Gründe dafür zusammen, warum die scheinbar unzerstörbare Verbindung zwischen erheblichen Teilen der radikalen Linken im Westen und in Israel sich als instabil erwies. Er nennt vier Gründe: Der Holocaust vernichtete mit der jüdischen Arbeiterbewegung in Osteuropa das Rekrutierungspotenzial jüdischer Linksparteien aller Richtungen. Die Errichtung des Staates Israel, nicht der abstrakte Internationalismus der Linksparteien, bot den Juden eine Zuflucht. Stalins Antisemitismus zerstörte zudem jeden Glauben, wonach der Judenhass im Sowjetsystem keine Heimstatt habe. Schließlich zeigte der Sechstagekrieg vom Juni 1967, dass eine Hoffnung auf das Überleben des Staates Israel und die Parteinahme für die bis dahin teils als progressiv gesehenen arabi-

schen Regimes einander ausschlossen. So fanden immer weniger Linke plausible Argumente gegen die „pragmatischen Allianzen“ besonders amerikanischer Konservativer mit Israel. „Diese Allianzen beruhten ausschließlich auf der Unterstützung Israels durch Konservative, unabhängig von deren Haltung zu sozialen Fragen wie Abtreibung, Homosexualität und gegenüber dem Sozialstaat – Haltungen, die denen liberaler Juden oft entgegenstanden.“ (M., S.239) Viele jüdische Linke räumten sukzessive politisch progressive Positionen, da ihnen die Sicherheit ihrer Verwandten in Israel mehr bedeutete als das Bekenntnis zu revolutionären Idealen, wenn in deren Gedankenwelt kein Platz für Israel und die Juden war. Dies musste zur Verhärtung linker Positionen unter jenen Linken führen, die von den palästinensischen Kämpfern einen Einsatzwillen erwarteten, an dem es ihnen selbst oft mangelte. S.s bitteres Fazit lautet daher: „Das Schauspiel von Tod und Zerstörung ist somit zur Trumpfkarte im Spiel radikaler Linker geworden, mit der sie Liberale und Sozialdemokraten von ihrer Sache überzeugen wollen.“ (S.278) Umso wichtiger, dies ist der Tenor beider Bücher, ist deshalb eine linke Politik, für die der Einsatz für eine gesicherte Existenz Israels an erster Stelle steht. Von dieser Prämisse aus, und nur von dort her, ist eine Kritik an der Besatzungspolitik Israels möglich und notwendig. Umgekehrt muss jede Unterstützung der Palästinenser im Kampf gegen Diskriminierung und Unterdrückung von der Erkenntnis ausgehen, dass die Palästinenser selbst die Herstellung einer säkular-demokratischen Gesellschaft erstreben müssen. Denn jede linke Parteinahme für einen Be-

freiungskampf unter der Fahne scheinbar progressiver Kräfte, die in Wahrheit vom Nationalismus und religiösen Obskurantismus geleitet sind, führt mit Sicherheit in die Irre.

Um zu solcher Erkenntnis durchzudringen und sie mit historischen Argumenten zu untermauern, liefern beide Bücher hilfreiches Material. Sie sind beide zudem in einem sehr gut lesbaren Stil verfasst.

Mario Keßler

Gottfried Oy/Christoph Schneider: Die Schärfe der Konkrektion. Reinhard Strecker, 1968 und der Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Historiografie, Westfälisches Dampfboot, Münster 2013, 252 S., ISBN 978-3-89691-933-5

Die Erinnerung an den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland wurde in den letzten Jahren in einer Fülle von Publikationen hinreichend analysiert, sodass sich die Frage stellt, ob es einer weiteren Veröffentlichung bedarf. Es sei vorweggenommen: Dieser Bd. stellt eine Ausnahme dar und belegt ein wichtiges Verdienst in der Historisierung der bundesdeutschen Aufarbeitung.

Die beiden Autoren widmen ihren Bd. Reinhard Strecker, der als Initiator der Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ zu einem der Vorkämpfer einer kritischen westdeutschen NS-Aufarbeitung der 1950er-Jahre wurde. Das Ziel des Buches wird von den Autoren zu Beginn offensiv formuliert: Sie möchten dem „dominanten Narrativ des Verhältnisses der 68er zum Nationalsozialismus“ (S.9) und „der [erinnerungspolitischen] Großzählung von der erfolgreichen Aufarbeitung der NS-Ver-

gangenheit“ (S.10) widersprechen. Das gelingt aber nur in Ansätzen.

Die Publikation ist in drei sich aufeinander beziehende Kapitel geteilt. Am Anfang und gleichsam als Hauptteil der Publikation steht ein Zeitzeugengespräch mit Strecker, gefolgt von zwei Aufsätzen von Oy und Schneider.

Das Interview mit Strecker behandelt, nachdem der Befragte Auskunft über einige Stationen seines Lebens erteilt hat, ganz das Thema der Aufarbeitung in der frühen Bundesrepublik und dabei vor allem die von Strecker initiierte Ausstellung. Strecker geht auf die Umstände der ersten Ausstellung in Karlsruhe im November 1959 ein und darauf, wie es ihm gelang, das Material über die nun wieder in Amt und Würden stehenden, belasteten NS-Richter zusammenzutragen. Besonders bedrückend, aber auch aufschlussreich ist es, wenn Strecker über die finanziellen und existenziellen Nöte berichtet, die sich aus seiner Arbeit ergaben. So mussten seine Kinder einige Zeit in Norwegen verbringen, da für sie in der Bundesrepublik reelle Gefahren bestanden. Strecker selbst verschuldete sich mit seinen Projekten so sehr, dass er bis heute nicht schuldenfrei ist. Dennoch hat er „immer noch die leise Hoffnung, dass ich lange genug lebe, um diese auf anständige Art und Weise [...] erworbenen Schulden nicht meinen Kindern zu vererben“. (S.84) Alles in allem hinterlässt das Interview einen starken Eindruck von den bundesrepublikanischen Sittenvorstellungen der 1950er- und 60er-Jahre.

O. widmet sich unter der Überschrift „Die Neue Linke und der Nationalsozialismus“ der Rezeption der personellen Kontinuitäten durch die Studentenbewegung der 1950er- und

60er-Jahre. In 14 Unterkapiteln rekonstruiert er den Weg der studentischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, beginnend mit der Unterstützung der von Erich Lüth begründeten „Aktion Friede mit Israel“ durch verschiedene SDS-Gruppen, über die philosophischen Ansätze zur Überwindung des Antisemitismus, erarbeitet durch die „Frankfurter Schule“ um Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, über die Proteste gegen Veit Harlan Anfang der 1950er-Jahre, den „Studentenkongress gegen Atomrüstung“ in Berlin 1959 und die Tagung „Die Überwindung des Antisemitismus“ an der Freien Universität im Februar 1960. Der Leser erfährt weiter von der zuerst von Tübinger Studenten 1963 geäußerten Kritik an der unzureichenden Thematisierung der NS-Kontinuitäten an deutschen Hochschulen und den Studentenprotesten von 1968. Das Kapitel wird mit dem Dilemma der damals neuen Linken abgeschlossen: Nachdem sich die frühe Studentenbewegung zunächst Analysen des Nationalsozialismus und Antisemitismus vorgenommen hatte, manifestierte sich zu Beginn der 70er-Jahre stärker der Antizionismus; man schlug andere Wege ein, was O. als ein „Scheitern der Aufklärung“ (S.145) darstellt.

Im letzten und abschließenden Teil gibt S. in einer essayistischen Darstellung mit dem Titel „Die Aneignung“ einen Überblick über die Reintegration von NS-Belasteten und die Aufarbeitungsbemühungen einzelner Aktivisten wie Reinhard Strecker. Er geht dabei chronologisch von den Amnestiebestrebungen der Regierung Adenauer in den 1950er-Jahren aus, behandelt Artikel 131 des Grundgesetzes und schildert die Prozesse von Ulm

und Tilsit. In seiner Betrachtung werden – neben kritischen Bemerkungen – auch die Bemühungen um eine juristische Verfolgung und politische Aufklärung gewürdigt, wie die Einrichtung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg oder die schon erwähnte Ausstellung. S.s Überblick bringt die Wiederholung von Altbekanntem, liefert kaum neue Sachverhalte. Man kann diesen Essay als eine gelungene Synthese der bisherigen Forschung zur NS-Aufarbeitung in der Bundesrepublik lesen. Was die Ausführungen aber besonders interessant macht, ist der Blick auf die Zeit nach der Wiedervereinigung. S. spannt einen Bogen von den Anfängen der 50er-Jahre bis zur Aufdeckung des NSU-Skandals im Jahr 2012. Er schließt aus seinen Beobachtungen, dass „Staat und Gesellschaft einen Nazifundus konservieren“. (S.243)

Den Autoren ist insbesondere für das Interview mit Strecker zu danken, ein Zeitzeugenbericht, der die enormen Anstrengungen verdeutlicht, die eine durchgreifende Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik seinerzeit erforderte. Schade ist, dass das Leben Streckers nur in Bruchstücken dargestellt wird und dem Leser weitere Lebensdaten, die eine Einordnung des Gesagten ermöglichen hätten, vorenthalten werden. Es ist zu wünschen, dass das Buch Nachahmer findet, die die subjektive Erinnerung an die Mühen der NS-Aufarbeitung würdigen und bewahren – sinnvollerweise für alle europäischen Länder.

Christoph Meißner

Elise Catrain: Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität Leipzig (1968/69-1981), Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2013, IX, 323 S., ISBN 978-3-86583-725-7

Das Buch basiert auf der Dissertation der Autorin und ist in sieben Kapitel gegliedert. Es bietet einschlägige Verzeichnisse, u. a. zu Quellen und Literatur, Abkürzungen, Personen, sowie Tabellen.

Im ersten Kapitel begründet C. das Thema der von der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ geförderten Arbeit. Bei der Darlegung des Forschungsstandes weist sie darauf hin, dass das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in (ihrem Heimatland) Frankreich ein wenig erforschtes Thema ist. In den Mittelpunkt will sie die Frage stellen: „Auf welche Weise hat das Ministerium für Staatssicherheit die Karl-Marx-Universität in den 1970er Jahren kontrolliert.“ (S.6) Zur Quellenlage betont sie zwar, dass die MfS-Akten mit „besonderer Vorsicht“ (S.8) zu lesen seien, doch sie selbst praktiziert das dann in ihrer Arbeit nicht. Vielmehr bewertet sie diese Akten aufgrund ihres Inhalts zum großen Teil zwar „als nutzlos“ (S.9), behandelt sie aber durchgängig doch als wichtige Quellen. Ausgewertet hat C. vor allem Akten zu fast 100 Informellen Mitarbeitern (IM) des MfS an der Leipziger Universität. Sie bilden die Basis für ihre oft dürftigen, simplen Verallgemeinerungen und Wertungen.

Im zweiten Kapitel skizziert C. die Entwicklung der Leipziger Karl-Marx-Universität (KMU) vor allem in den 70er-Jahren. Sie will analysieren, wie

sich diese Entwicklung in Berichten der SED-Kreisleitung und der IM widerspiegelt. Ihre Darstellung offenbart nicht nur Unkenntnis über tatsächliche hochschulpolitische Ereignisse und Abläufe, sichtbar wird auch bereits hier eine grundsätzliche Schwäche der Arbeit: Die Vf. zitiert langatmig und referiert ellenlang Einschätzungen aus den Akten, sie übernimmt sie weitgehend unreflektiert und verallgemeinert unzulässig. In den Kommentaren wimmelt es von Plattheiten und naiven Erläuterungen, etwa was eine Grundorganisation der SED, ein Parteisekretär oder ein Kader ist. Aussagen wie „Der Erwerb politischen Wissens war wichtiger als das Fachwissen“ (S.290) sind einfach indiskutabel.

Ab Kapitel 3 wird die Staatssicherheitsbehörde an der KMU selbst behandelt. Es geht um die „Staatssicherheit an der KMU“, „Die Inoffiziellen Mitarbeiter“, „Offizielle Informationsquellen“ und schließlich „Die Überwachung ausländischer Studenten“. Ausführlich walzt C. die – in der Literatur bereits dargestellten – verschiedenen Kategorien von IM aus und versieht sie mit Beispielen aus der Universität. C. meint: „Allein diese Kategorisierung zeigt, dass das MfS in den 1970er Jahren über eine ausgebaute Organisation und ein solides IM-Netz verfügte.“ (S.156) Nach ausführlicher Wiedergabe einer Definition von „operativer Zersetzung“ aus einer Sekundärquelle und einer langen Liste mit „Handlungsweisen“ für „Zersetzungsmaßnahmen“ konstatiert sie: „In den behandelten Fällen der Karl-Marx-Universität wurden keine Zersetzungsmaßnahmen in den sogenannten Operativplänen genannt.“ (S.111)

C. unterstreicht mehrfach die „Unwirksamkeit des MfS“ und leitet eine

„Kluft zwischen Herrschaftsanspruch und Herrschaftspraxis des MfS“ ab. (S.134, 156) Aber worin bestand dieser Herrschaftsanspruch und worin unterschied er sich von der Herrschaftspraxis? Entgegen einem Hauptziel ihrer Arbeit kann C. diese Kluft weder aufdecken noch näher definieren.

Die langatmige Wiedergabe von Aktentexten und Beispielen ohne jegliche Einordnung und Wertung wirkt ermüdend, zumal sie nur als Basis für solch belanglose Einschätzungen dienen, dass das MfS überwacht und kontrolliert habe. Planungen und Aufgabenstellungen des MfS werden zwar ausführlich dargelegt, aber wir erfahren nicht, wieweit dies lediglich „Papier“ war oder auch realisiert wurde. Nirgends wird dem Leser die Spezifik im praktischen Agieren des MfS an einer Uni bzw. an dieser KMU deutlich. Selbst über das Ausmaß der IM-Tätigkeit an der KMU in den 70er-Jahren kann die Autorin letztlich nur spekulieren. Bei den Motiven für eine Zusammenarbeit mit dem MfS konstatiert sie, dass es nur eine geringe Anzahl von Anwerbungen aufgrund von Repression/Erpressung gab.

Vieles von alledem hätte für die Behandlung des Themas vorausschauend geklärt werden müssen und ist, zum Thema der Forschung erhoben, einfach lapidar. Der Umgang mit den Quellen ist unprofessionell, das Zitieren und das Quellenbelegen werden wissenschaftlichen Anforderungen nicht gerecht. Umgekehrt wird in den Zitaten jeder Tippfehler als vermeintlich falsche oder schlechte deutsche Grammatik und Rechtschreibung mit einem „sic!“ vermerkt, so als belege das eine saubere Quellenarbeit.

Im letzten Kapitel „Schlussbetrachtung“ bietet die Autorin ihre Hauptkenntnisse an. Sie betont, dass das MfS „über einen durchstrukturierten Apparat zur Überwachung der Universität Leipzig“ verfügte. (S.287) Die Leipziger MfS-Verwaltung habe in den 70er-Jahren das Hochschulreferat XX/3 massiv ausgebaut und acht hauptamtliche Mitarbeiter in der KMU in „geheimer Kooperation [...] mit] über 90 Universitätsangehörigen“ (S.287, 289) eingesetzt, womit eine „flächendeckende Überwachung“ (S.288), wohlgermerkt über die 20.000 Angehörigen der KMU, gewährleistet gewesen sei. Die Hauptaufgabe sei die „Bekämpfung von oppositionellen Stimmen“ gewesen, wobei die Schwerpunkte in der „Aufklärung“ von Studenten durch Informanten und in der Überwachung der Auslandsbeziehungen der KMU lagen. Das Überwachungssystem des MfS habe auf zwei „Waffen“ beruht: den IM und den offiziellen Kontakten zu Leitern (der Universität und der Sektionen sowie den Parteisekretären). Das MfS habe aber keinen Einfluss auf die Personalentwicklung, auf die Verteilung von Studienplätzen oder die Absolventenlenkung gehabt. Auch lasse sich für die 70er-Jahre kein Fall von Ausschluss von Hochschuldozenten oder gewalttätiger Unterdrückung von Studenten nachweisen. (S.290) Daher müsse man von „verdeckter Repression“ ausgehen und von vielfach „präventiver Tätigkeit“ sowie davon, dass das MfS mit einem „enormen Umfang“ an Überwachung ins Privatleben der Uni-Angehörigen eingedrungen sei. (S.291) Zugleich folgert die Vf.: „Das Ministerium für Staatssicherheit und speziell die Abteilung XX/3 besaßen keine Allmacht über die Leipziger Universi-

tät in den 1970er Jahren“, es habe eine „komplette Durchherrschaft der Universität nicht stattgefunden“. (S.290f.)

Ob für diese Erkenntnisse 292 Seiten Text notwendig waren, soll der Leser beurteilen. *Herbert Mayer*

Klaus Mertsching (Bearb.): Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1969-1975, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2013, 1033 S., ISBN 978-3-8012-4218-3

Der vorliegende 16. Bd. der Editionsreihe „Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert“ setzt die Veröffentlichung von Dokumenten des DGB fort und knüpft damit inhaltlich an Bd. 13 an, welcher den Zeitraum von 1964 bis 1969 umfasst. Die Bde. 14 und 15 waren der Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften 1946-1948 und dem FDGB 1945-1949/50 gewidmet. Bd. 16 behandelt den Zeitraum vom 8. Bundeskongress 1969 bis zum 10. Bundeskongress 1975 und damit zugleich die ersten beiden Amtsperioden des Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter. Es war die Zeit der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt, eine Periode sozialer, politischer und ökonomischer Umwälzungen. Diese gingen nicht nur mit einem Regierungswechsel einher, sondern auch mit gestiegenen Erwartungen gesellschaftlicher Veränderung und einer vergleichsweise hohen politischen Mobilisierungsbereitschaft größerer Bevölkerungsgruppen, nicht zuletzt am Arbeitsplatz. Diese Entwicklung brachte den westdeutschen Gewerkschaften steigende Mitgliederzahlen und – nach der sozialliberalen Regierungsübernahme – einen güns-

tigeren Boden für ihre Reformforderungen. Im Rahmen der Konzentrierten Aktion wurden sie institutionell in die sozialliberale Wirtschaftspolitik eingebunden.

Diese historischen Hintergründe spiegeln sich in den insgesamt 119 Dokumenten des Bd. wider, bei denen es sich zumeist um Protokolle der monatlichen Sitzungen des Bundesvorstandes handelt, um Kommuniqués, Memoranden, Briefwechsel und Erklärungen des DGB sowie einige ausgesuchte Protokolle einzelner Ausschusssitzungen und Gesprächsrunden der Konzentrierten Aktion. Die Edition ist mit einer ausführlichen Einleitung von Klaus Mertsching versehen, der nicht nur die in den Dokumenten diskutierten Themen und ihre historischen Hintergründe ausleuchtet, sondern mit einem kurzen Abriss zum Organisationsaufbau und einem biografischen Apparat auch Hintergrundwissen über Organe und Personen bereitstellt. Inhaltlich zeigt sich ein breites Spektrum der behandelten Themen von den klassischen Bereichen der Lohn- und Tarifpolitik, der Mitbestimmung und betrieblichen Interessenvertretung bis zu Fragen der Arbeitsorganisation. Es schließt auch deren gesundheitliche Aspekte im Rahmen der Kampagne zur „Humanisierung der Arbeit“ ein, betrifft Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik.

An die sozialliberale Koalition wurden seinerzeit große Erwartungen gehegt, die DGB-Führung erhoffte sich eine weitgehende Erfüllung ihrer Reformforderungen. Die erste Regierungserklärung begrüßte sie mit den Worten: „Der DGB stellt mit Befriedigung fest, daß im Gegensatz zu allen Regierungserklärungen seit 1949 dieses Mal die Wünsche der Arbeitnehmer und ihrer

Gewerkschaften in hohem Maße berücksichtigt wurden.“ (Dok. 5, S.121). Diese grundsätzliche Zustimmung zur Regierungspolitik wich im Laufe des behandelten Zeitraumes jedoch einer Ernüchterung und wachsender Distanz, vor allem nach der Verabschiedung des als unbefriedigend empfundenen neuen Betriebsverfassungsgesetzes 1974. Es zeigten sich ökonomische Schwierigkeiten, die mit dem Wechsel an der Regierungsspitze zu Helmut Schmidt auch in eine Absage an kostenintensive Reformvorhaben mündeten. Zugleich drängten neue Subjekte auf die gewerkschaftliche Agenda, was sich in den Dokumenten als Diskussion um spezielle Frauen- und Jugendprobleme und um die Einrichtung besonderer Ausschüsse für ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen spiegelt. Auch die spontanen Arbeitsniederlegungen ab Ende der 1960er-Jahre finden ihren Niederschlag, so in den Auseinandersetzungen um das „September-Desaster“ (Dok. 14, S.187), wie die für die Gewerkschaften unerwartet hereinbrechenden „wilden“ Streiks in der Montanindustrie im September 1969 bezeichnet wurden. Es kam zu Spannungen zwischen einzelnen Branchengewerkschaften wie der IG Bergbau und Energie sowie der IG Metall. Hier offenbaren sich auch einige bemerkenswerte Segmente bundesdeutscher gewerkschaftlicher Mentalität, wenn etwa der IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner resümiert, dieser Vorgang habe bei den Gewerkschaften „zu neuen Überlegungen geführt. Die Arbeitgeber seien also unter Druck bereit, mehr zu geben als unter normalen Verhältnissen.“ (Dok. 4, S.113)

Erkennbar gewann die internationale Dimension an Bedeutung, ab November 1973 war diese auch mit einem

eigenen regulären Tagesordnungspunkt in den Sitzungen des Bundesvorstandes vertreten. Bereits ab 1969 wurden im Rahmen der „Neuen Ostpolitik“ der Bundesregierung erste Kontakte auf Führungsebene zum FDGB in der DDR und zu weiteren osteuropäischen Gewerkschaftsbünden aufgebaut. Im Zuge der Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) 1973 stieg auch die europapolitische Aktivität des DGB. In den Dokumenten dreht sich die Diskussion hier u. a. um die Aufnahme neuer Mitglieder, wie der kommunistischen Gewerkschaftsbünde in Italien und Frankreich, gegenüber deren anvisierter Mitgliedschaft der DGB eine reservierte bis ablehnende Haltung einnahm. Zu lesen ist von Debatten um Hilfe beim Aufbau „freier Gewerkschaften“ in zukünftigen Beitrittsländern, so in Portugal nach der „Nelkenrevolution“ 1974.

Insgesamt gibt der Bd. einen guten Einblick in die Diskussions- und Willensbildungsprozesse in den Entscheidungsgremien des DGB. In den Dokumenten zeigt sich das spannungsreiche Verhältnis zwischen einzelnen Gewerkschaften, zu den politischen Institutionen sowie zur eigenen gewerkschaftlichen Basis. Das über die reine Betriebsebene hinausgehende, gesellschaftspolitische nationale und internationale Engagement des DGB in dieser Zeit wird deutlich. Das Buch offeriert damit einen wichtigen Quellenkorpus für die Erforschung des „sozialdemokratischen Jahrzehnts“ (Bernd Faulenbach) von Ende der 1960er- bis Anfang der 1980er-Jahre. Mit einer Edition für den Zeitraum von 1975 bis 1982 soll die Arbeit fortgesetzt werden.

Dietmar Lange

Peter Hübner: Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR 1971 bis 1989. Zwischen Fordismus und digitaler Revolution (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, 15), Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2014, 742 S., ISBN 978-3-8012-5037-9

Begreift man die DDR als „Arbeitsgesellschaft“, „Arbeitergesellschaft“ und „arbeiterliche Gesellschaft“, so erscheint es legitim, ihre Geschichte als *Arbeitergeschichte* zu schreiben. Mit der vorliegenden Publikation knüpft der Autor bewusst an die Darstellung von Christoph Klessmann „Arbeiter im ‚Arbeiterstaat‘ DDR“ von 2007 an, indem er die Geschichte chronologisch fortschreibt. Wird dort die spannende Zeit von 1945 bis 1971 behandelt, so bezieht sich H. auf die zwei Jahrzehnte danach, eine Periode, in der „erstaunlich wenig passiert“ (S.529) ist – bis auf das Ende, die finale Krise der DDR, die friedliche Revolution und das Aufgehen der DDR 1990 im vereinigten Deutschland. Diesen Prozessen wird dann auch entsprechend mehr Raum gewidmet als den relativ ruhigen Jahren davor. Die zentrale Fragestellung des Buches aber bezieht sich auf den technischen Fortschritt und dessen verändernde Wirkungen auf die Arbeit und für die Arbeiter. Dabei wird „unter der verhältnismäßig ruhigen Oberfläche der 1970er und 1980er Jahre [...] eine dramatische Entwicklung sichtbar“ (S.12), welche die Arbeiterschaft erfasste und durcheinander wirbelte. H. bezeichnet den Versuch der DDR, „an die moderne digitale Informationstechnologie Anschluss zu finden und dieses Bemühen sozialpolitisch zu flankier-

ren“, als „die letzte ernst zu nehmen- de Verteidigungslinie des DDR-Sozialismus“. (S.14) Das mag stimmen, aber dieser Versuch endete bekanntlich in einem Fiasko. Die Strukturen und Verhältnisse des „unvollendeten Fordismus“ (S.15) der DDR-Wirtschaft erwiesen sich als wenig geeignet, um den Sprung, den die „digitale Revolution“ der Produktivkräfte der Gesellschaft abverlangte, erfolgreich zu meistern.

H. geht der Frage nach, wie die DDR in den einzelnen Zeitabschnitten konkret auf die Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution reagierte, welche Maßnahmen zu ihrer Meisterung getroffen wurden, welche unterblieben und warum das Ganze letztlich scheiterte. Er stützt sich dabei auf mannigfache Quellen, insbesondere aber auf veröffentlichte und unveröffentlichte Materialien der SED-Führung, des FDGB und anderer Organisationen und Institutionen der DDR. Dies verleiht seiner Arbeit besonderen authentischen Wert und hebt sie ab von Analysen, die sich wesentlich aus „fremden“ Quellen und nachträglich getroffenen Einschätzungen speisen.

Zweifellos stand die Arbeitsgesellschaft der DDR „im langen Schatten der fordistischen Formation“. (S.26) Dies galt auch für die Arbeiter selbst, für deren Qualifikationsstruktur, Habitus, Lebensweise und politische Haltung. Die Politik der Hauptaufgabe konservierte diese Strukturen und untergrub so die wirtschaftliche Entwicklung, indem sie der Akkumulation in der produktiven Sphäre zunehmend Mittel entzog. Eine konsequente Modernisierungspolitik hätte zuerst und vor allem die Arbeiter in den traditionellen Bereichen der Industrie getroffen. Dies aber hätte Staat und Gesell-

schaft destabilisiert und widersprach deshalb dem Grundverständnis der politischen Eliten in der DDR. Das Scheitern des Sozialismus kam insofern nicht von ungefähr, sondern war entwicklungslogisch historisch bedingt. Offen war lediglich, wann und wie sich der Niedergang des Staatssozialismus vollenden würde. Vor diesem Hintergrund geht der Autor der Frage nach, „ob sich in der DDR im Spannungsfeld zwischen (unbewältigtem) Fordismus und WTR [wissenschaftlich-technischer Revolution] eine Arbeiterbewegungs-Tradition fortsetzte oder neu formierte“. (S.31f.) Die Antwort erfolgt über die chronologische Darstellung komplexer Prozessabläufe, wobei die ausschlaggebende Dynamik völlig zu Recht in der Entwicklung der Produktivkräfte erblickt wird. In den einzelnen Abschnitten finden sich bemerkenswerte Detailaussagen, so zum Beispiel zum Charakter der Arbeit in der DDR-Wirtschaft, zum Anteil manueller Tätigkeiten in der Industrie, zum Mechanisierungs- und Automatisierungsgrad, zum Verhältnis von Qualifikation und Einkommen usw. Diese werden untersetzt durch eine Datensammlung im Anhang, die übersichtlich über eine Vielzahl von quantifizierbaren Fakten informiert. Weniger überzeugt dagegen die terminologische Abgrenzung der einzelnen technologischen Entwicklungsschübe, Revolutionen der Produktivkräfte usw. Hier wäre eine Vereinheitlichung der in den einzelnen Kapiteln verwendeten Begriffe (WTR, digitale Revolution, Transformation usw.) wünschenswert gewesen. Dies gilt auch für die Datierung der Kondratieff-Zyklen (S.98), welche ungenau ist und von der üblicherweise vorgenommenen abweicht.

Die Darstellung schließt mit einigen geschichtsphilosophischen Überlegungen des Autors. Aber diese sind eigentlich bloß nachgeschoben. Gemäß der chronologischen Anlage des Buches endet dieses mit der kritischen Behandlung und Erörterung der letzten Konsolidierungsversuche der SED im Sommer 1989. Tatsächlich aber gehören die friedliche Revolution und die Umbruchprozesse bis zum 3. Oktober 1990 noch dazu. Dieser Tatsache wurde dadurch Rechnung getragen, dass dem Buch ein Essay von Ilko-Sascha Kowalczuk mit dem Titel „Revolution ohne Arbeiter? Die Ereignisse 1989/90“ beigefügt wurde. Dieser umfangreiche Text fügt sich konzeptionell hervorragend ein und rundet H.s Ausführungen ergänzend ab, verweist aber bereits auch auf das Neue im Umgang und Herangehen an die DDR-Geschichte. Das Buch enthält ein gut aufbereitetes Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Sachregister. Letzteres berücksichtigt jedoch nicht die Namen und Quellen in den Fußnoten und auch nicht den Text von K.

Ulrich Busch

Bambule (Hrsg.): Das Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD (Edition Provo, 7 und 8), Laika-Verlag, Hamburg 2013, Bd. 1, 394 S., ISBN 978-3-942281-33-1, Bd. 2, 368 S., ISBN 978-3-942281-49-1

Zur Geschichte der Roten Hilfe (RH) sind in den letzten zwei Jahren zwei ausführliche Bücher erschienen. Beide haben den Anspruch, die Geschichte der RH von 1968 bis 1980 im Kontext der damaligen linken Solidaritätsbewe-

gung darzustellen. Das hier besprochene zweibändige Werk ist mit insgesamt 30 Beiträgen und 21 Autoren das umfangreichere der beiden Buchprojekte. Ein weiterer Unterschied zum 2012 erschienenen Werk von Hartmut Rübner (Die Solidarität organisieren. Konzepte, Praxis und Resonanz linker Bewegung in Westdeutschland nach 1968) ist, dass es nicht den Anspruch erhebt, eine Forschungslücke der bundesdeutschen Geschichte zu füllen. Stattdessen soll in „pluralen Perspektiven“ eine Sondierung vorgenommen werden. (Bd. 1, S.16)

Im Vorwort erläutert der Hrsg., hinter dessen Code sich übrigens Markus Mohr versteckt, die Struktur der beiden Bde. Sie gliedern sich in vier Abschnitte: 1. Übergänge und Bezüge, 2. Knast, 3. Solidarität vor Ort – im ersten Bd.; 4. Praxis und Problemfelder – im zweiten Bd. Leider findet sich diese Einteilung nicht im Inhaltsverzeichnis wieder. Da auch die Überschriften im Inhaltsverzeichnis des ersten Bd. meist nicht erahnen lassen, worum es in den Beiträgen geht, lassen sich einzelne Themen nur schwer identifizieren.

Einen Überblick bietet die 90-seitige Einleitung von M., die man mit elf Kapiteln auch als eigenständige Abhandlung verstehen kann. Hier werden der Untersuchungszeitraum und die Strukturen sowie der Kontext, in dem sich die RH-Gruppen entwickelten, zusammenfassend und in zeitlicher Abfolge erklärt, angefangen bei der Außerparlamentarischen Opposition (APO) und den Justizkampagnen von 1967-70, über die Gründungen autonomer RH-Gruppen Anfang der 1970er-Jahre, bis hin zu den Aufspaltungen 1973 und den zunehmenden staatlichen Repressionen ab 1974. Zwei Kapitel zu

den parteinahen RH-Gruppen RHeV (KPD/AO) und RHD (KPD/ML) ergänzen den Überblick. Außerdem geht der Autor auf die Außenwahrnehmung der RH in der Presse ein und schließt den Beitrag mit einem Fazit ab. Da sich die Einleitung ausdrücklich auf die einzelnen Beiträge stützt, stellt sich die Frage, was sich inhaltlich weiterführend in den Beiträgen findet.

Hier liegt eine der Stärken des Sammelwerkes, denn tatsächlich ermöglicht die offene Struktur den einzelnen Beiträgern, einzelne Aspekte zu fokussieren und damit interessante Detailstudien vorzunehmen. Mit bis zu 22 Seiten sind sie außerdem relativ kurz und lassen sich auch gut einzeln lesen, da sie nicht aufeinander aufbauen. Am Ende eines jeden Beitrags finden sich jeweils die Endnoten. Neben den genannten Vorteilen hat das aber auch den Nachteil, dass es häufig zu Wiederholungen kommt. Querverweise finden sich leider kaum, sodass sich der Leser die verschiedenen Perspektiven zu einem Thema mühsam zusammensuchen muss.

Im ersten Abschnitt „Übergänge und Bezüge“ geht es vor allem um die Vorgeschichte der RH-Gruppen. Nikolaus Brauns arbeitet im ersten Beitrag die Relationen zur RH in der Weimarer Zeit heraus. Diese wurden als inhaltliche Anregung verstanden und mit praktischer Kontinuität, z. B. durch den Wiedereintritt von RH-Mitgliedern, untermauert, allerdings auch als Abgrenzung gegen die „Revisionisten“ der anderen RH-Gruppen verwendet. Die folgenden Kurzbeiträge von Mohr beschäftigen sich mit der Justizkampagne der APO rund um Fritz Teufel und mit der Gründung der ersten Hilfsorganisationen durch den Sozialistischen

Deutschen Studentenbund 1967. Sie ermöglichen einen guten Einblick in die damalige Zeit. Darüber hinaus wird deutlich, mit welchen Strategien gegen Strafprozesse vorgegangen wurde und wie die Argumentation vor Gericht aussah. Im Artikel von Michael Csaszkóczy werden die Bezüge zu den K-Gruppen erklärt und die beiden RH-Gründungen aus dem maoistischen Spektrum beschrieben.

Der Abschnitt zum Thema „Knast“ enthält zwei Beiträge von Friedrich Burschel und einen von Marcel Streng. Alle drei basieren auf Informationen aus dem „Nachrichtendienst“, dem Informationsblatt des Frankfurter Gefangenenrates. Daher kommt es zu einigen Wiederholungen. Hier werden die Konfliktlinien zwischen politischen und nicht politischen Gefangenen aufgezeigt und die Verhältnisse in den Gefängnissen der 1970er-Jahre dargestellt, die geprägt waren von gewalttätigen Schließern und Beruhigungszellen. Der zweite Beitrag nimmt die Erschießung des Butzbacher Gefängnisdirektors durch Günther Hanisch in den Blick. Ein weiterer, leider schwer lesbarer Beitrag thematisiert den Mannheimer Gefängnissskandal von 1973 bis 1975.

Im Abschnitt „Solidarität vor Ort“ finden sich Beiträge zu den lokalen Strukturen in München, Frankfurt, Westberlin und Hamburg. Diese Perspektive macht deutlich, welchen Einfluss bestimmte Einzelpersonen hatten, wie die übergreifenden Strukturen zwischen den Städten entstanden und wie die autonomen und maoistischen RH-Gruppen nebeneinander, teils auch miteinander tätig waren.

Der zweite Bd. enthält Beiträge zu Praxis und Problemfeldern der RH-

Gruppen. Die sehr unterschiedlichen Beiträge machen vor allem deutlich, dass in diesem kurzen Zeitraum viel passierte und alles irgendwie miteinander zusammenhing. Als Kernthema beleuchtet Hanno Balz zu Beginn das Verhältnis zwischen der RAF und den RH-Gruppen. Da die RAF als Bezugs- und Abgrenzungspunkt in vielen Beiträgen auftaucht, kommt es in den folgenden Aufsätzen zu zahlreichen Wiederholungen. Außerdem finden sich Artikel zu einzelnen Strukturen, die mit den RH-Gruppen zusammenarbeiteten oder Teile von ihr waren, wie zum Beispiel die Zeitungen der RH-Gruppen, der linke Buchhandel oder die „Rote Robe“ als linke Anwaltsorganisation. Andere Beiträge sollen einzelne Themenfelder vertiefen, etwa Knud Andresens Text über den Kampf gegen politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote. Die selbstgestellte Aufgabe dieses Beitrags, die sozialen Kämpfe in den 1970er-Jahren über die RH-Zeitungen aufzuzeigen, ist allerdings nicht umsetzbar.

Im zweiten Bd. sind Artikel versammelt, die entweder Schlaglichter auf zeitlich und räumlich begrenzte Ereignisse werfen oder die auf eine bestimmte langzeitliche oder strukturelle Problemlage zugeschnitten sind. Beispiele dafür sind der Beitrag von Massimo Perinelli über Rassismus oder der von Sven Steinacker über die RH-Gruppen in sozialen Kämpfen. Bei einigen Artikeln fragt man sich, ob es ein einfacher Hinweis nicht auch getan hätte, insgesamt erscheint die Auswahl der Themen und Beiträge etwas willkürlich. Dass hier insgesamt nicht sorgfältig genug gearbeitet wurde, zeigen auch die vielen orthografischen Fehler und zahlreiche fehlende Bildunterschriften.

Zusammenfassend bietet die zweibändige Publikation, was sie verspricht: eine Sondierung, die journalistische und wissenschaftliche Beiträge vereinigt und verschiedene Perspektiven zeigt. Der Ansatz, neben einzelnen Gruppen auch ihre Zusammenarbeit zu zeigen, ist begrüßenswert. Für einen Überblick über die verschiedenen RH-Gruppen wäre eine Grafik hilfreich gewesen. Ein Plus ist der Anhang. Er enthält nicht nur Literatur- und Quellenangaben, sondern auch eine „Knaustothek“ der 1970er-Jahre sowie ein Verzeichnis der Broschüren der Solidaritätsinitiativen und ein Autoren- und Gruppenverzeichnis der RH-Zeitung. Sehr gut gefallen haben mir die zahlreichen Abbildungen, das dazugehörige Verzeichnis fehlt allerdings. Interessant wäre ein Ausblick in die 1980er-Jahre gewesen, um zu verdeutlichen, welche Kontinuitäten und Differenzen es zwischen dem heutigen RH e.V. und den damaligen RH-Strukturen gibt.

Jelena Steigermald

Oskar Negt: Nur noch Utopien sind realistisch. Politische Interventionen, Steidl Verlag, Göttingen 2012, 321 S., ISBN 978-3-86930-515-8

„Utopien sind entscheidende Kraftquellen jeder Emanzipationsbewegung. Sie entspringen einer massiven Verneinung, meist der Empörung über Zustände, die als unerträglich empfunden werden. Wird die Sphäre individuell erfahrener Verletzungen verlassen, enthüllen Utopien ihren grundlegend sozialen Charakter. Sie öffnen den Horizont für den Blick auf eine vernünftig organisierte Welt und ein gerechtes Gemeinwesen.“ (S.13) So Negts Defi-

nition der Utopie. Der „Rohstoff der Utopien“ kristallisiere sich in der Phantasie, und diese „wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift“. (S.39f.) – „Utopien sind Phantasiebilder, die sich auf die Gestaltung der diesseitigen Welt beziehen, sie verweisen darauf, *was sein soll*.“ (S.43) Von Mythen und Märchen unterscheiden sie sich dadurch, dass sie „mit Willen und Bewusstsein ausgestattet [sind], die Misere des Diesseits zu wenden“. (ebenda) Eine solche Utopie-Sozialutopie habe Marx durch die Gesellschaftsanalyse in „Das Kapital“ begründet und in seiner Kritik des Gothaer Programms der deutschen Sozialdemokratie (1875) formuliert, die N. ausführlich zitiert.

N. legt – unter Bezug auf Philosophen der Antike, des 18. und 19. Jh. sowie der jüngeren Gegenwart – ein Hauptaugenmerk auf das Verhältnis von Utopie und Wirklichkeit, und das in einer (unseren) Welt, in der sich alles „um den kostengünstigen Produktionsbetrieb, um die Logik des Kapitals“ drehe (S.161) – heute unter den Bedingungen der Krise und der Massenarbeitslosigkeit, die einen Gewaltakt des Kapitals und einen Angriff auf die Würde der Lohnarbeitenden darstellen. „Das ist der Grundskandal unserer Gesellschaft. Sie droht, an ihrem Reichtum und ihren Überschussprodukten zu ersticken, und ist gleichwohl außerstande, Millionen von Menschen das zivilisatorische Minimum für eine menschliche Existenzweise zu sichern: nämlich einen Arbeitsplatz, einen konkreten Ort, an dem sie ihre gesellschaftlich gebildeten Arbeitsvermögen anwenden können, um von bezahlter Leistung zu leben.“ (S.161) Die gegebenen, „auf die Gesamtgesellschaft ausgeübten Macht- und Herrschafts-

verhältnisse [also doch nicht schlechthin „die Gesellschaft“!], die von der Produktion ausgehen, [bedürften] einer grundlegenden Reform“. (S.161) Eine „ganz andere Ökonomie“ wäre erforderlich, um die Kosten der Massenarbeitslosigkeit einzudämmen und am Ende überflüssig zu machen. Das könne nur „eine Ökonomie des ‚Ganzen Hauses‘ sein“ (S.162), also „eine auf den Wohlstand des Gemeinwesens bezogene Ökonomie“. (S.289) Und: Es sei nötig, „ein Bewusstsein der Krisensituation herzustellen“, es bedürfe der Aufklärung, „vielfältiger und intensiver Prozesse der politischen Bildung“. (S.133)

Im Einzelnen spricht N. die *Gewerkschaften* als zuständig für „massive politische Anstrengungen zur Revitalisierung eines sozialen Gesellschaftsverständnisses“ an, für die „Aufklärung über Ursachen und Profiteure der Krise und darüber, weshalb die Gesellschaft auseinanderbricht“. (S.137f.) Die SPD als Aufklärungsinstanz und vor allem als *politischen Akteur* in Parlamenten und Regierungen der verschiedenen Ebenen (Kommune, Land, Bund) lässt er weitestgehend außen vor, auch dort, wo er auf „ein[en] exemplarischen Fall politischer Fachidiotie“ zu sprechen kommt, „wenn einige meinen, durch Arbeitszeitverlängerung und Verschiebung des Renten- und Pensionsalters die Rentenkassen aufzufüllen“ (S.184). Ähnlich absurd erscheint es ihm, „wenn große Konzerne praktisch keine Steuern mehr bezahlen“ (S.185) u. a. m. Lediglich bezogen auf das (gescheiterte) „Projekt einer rot-grünen Koalition“ fragte er (ohne die Hartz-IV-Gesetzgebung im ganzen Buch auch nur einmal zu erwähnen), 2005: „Was hat die Regierung vor, um

die öffentlich verkündeten Systemdefekte des Kapitalismus zu beseitigen? Ihre Demutsgebärden gegenüber den wirtschaftlich Mächtigen und die vielen Opfergeschenke auf den Hausaltären der Unternehmer haben nichts bewirkt. Im Gegenteil: Sie haben deren Machtarroganz verstärkt. Wenn Kapitalismuskritik als ein auf die vernünftig eingerichtete Gesamtordnung zielendes Projekt aufzufassen ist und nicht als parteipolitisches Manöver, dann müssen politische Schritte derjenigen folgen, die dieses Thema aufgerissen haben“ (S.192f.), also der SPD-Politiker.

Im Sommer 2012 (Datum des Vorworts zum Buch) verliert N. zum Agieren der SPD-Regierungsmitglieder in den großen Koalitionen im Bund und mehreren Ländern aber kein Wort. So bleiben die „Politischen Interventionen“ des Autors, die wohl politisches Handeln im Sinne der (früher auch von der SPD angestrebten) real erreichbaren sozialen Utopie einer sozialen Demokratie oder gar eines demokratischen Sozialismus stimulieren sollten, enttäuschend.

Ulla Plener

Autorenverzeichnis

- Wilma Ruth Albrecht*, Dr., Bad Münstereifel
Evemarie Badstübner, Dr. sc., Berlin
Rolf Badstübner, Prof. Dr., Berlin
Eric Blanc, San Francisco
Marcel Bois, Dr., Hamburg
Ulrich Busch, Dr. habil., Berlin
Horst Dietzel, Dr. sc., Berlin
Achim Dresler, stellvertretender Direktor des Sächsischen Industriemuseums Chemnitz
Gerhard Engel, Prof. Dr., Am Mellensee
Henning Fischer, Doktorand, Humboldt-Universität zu Berlin
Ronald Friedmann, Dr., Berlin
Ralf Hoffrogge, Dr., Ruhr-Universität Bochum
Jürgen Hofmann, Prof. Dr., Berlin
Mario Kessler, Prof. Dr., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
Gregor Kurella, Dr., Moskau
Dietmar Lange, Doktorand, Freie Universität Berlin
Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin
Christoph Meißner, Doktorand, Freie Universität Berlin
Heinz Niemann, Prof. Dr., Bergfelde
Michael Oberstadt, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn
Ulla Plener, Dr. sc., Berlin
Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin
Kurt Schilde, Dr., Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin
Thilo Scholle, Lünen
René Senenko, Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V., Hamburg
Ulrich Schröder, Bremen
Jelena Steigewald, Dr., Universität Kiel
Jochen Weichold, Dr. sc., Berlin
Axel Weipert, Berlin

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Dr. Ralf Hoffrogge, Dr. Christa Hübner (Vi.S.d.P), Bärbel Kontny, Dietmar Lange, Dr. Ulla Plener, Dr. Monika Rank, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Daniela Schnitter, Dr. Carola Tischler, Axel Weipert

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:

redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Email-Adresse der Redaktion für Buchbesprechungen:

rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Webseite:

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten. Jahresabonnement 30,- € (Inland) bzw. 40,- € (Ausland), einschl. Porto; Einzelheftpreis 11,- €, zzgl. Porto.

In der Zeitschrift werden nur Beiträge veröffentlicht, die außer dem JahrBuch nicht anderweitig zur Veröffentlichung angeboten wurden oder bereits publiziert sind (Druck und Internet).

Wird ein Manuskript für die Publikation angenommen, gehen die Veröffentlichungsrechte an die Redaktion, einschließlich einer möglichen Online-Publikation auf der Website der Zeitschrift.

Manuskripte können per Email oder auf CD bzw. USB-Stick, vorzugsweise als word-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000 und Buchbesprechungen 8.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch“ übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu. Die namentlich gezeichneten Beiträge geben ausschließlich die Meinung des Autors und nicht die der Redaktion wieder.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen sowie Spenden bitte an:

IBAN: DE 75 1009 0000 5744 5610 10

BIC: BEVODEBB

Satz: Ch. Kouschil, D. Wiesenthal
Druck und Bindung: Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums,
www.bodoni.org, info@bodoni.org

Redaktionsschluss: 16.4.2015

Eugen Drewermann



**Der Friede
ist die Zukunft,
der Krieg ist die
Vergangenheit!**

edition bodoni

Der vorliegende Text ist die Aufzeichnung einer freien Rede, die der Theologe Dr. Eugen Drewermann am 13. Dezember 2014 vor Tausenden auf einer Kundgebung vor dem Bundespräsidialamt Schloss Bellevue, dem Amtssitz des Bundespräsidenten, Herrn Joachim Gauck, gehalten hat.

Dr. Eugen Drewermann arbeitet seit dem Entzug seiner Lehrerlaubnis und Suspension vom Priesteramt als Therapeut und Schriftsteller. Er gehört zu den erfolgreichsten theologischen Autoren und ist ein gefragter Referent. Wortmächtig greift er immer wieder Probleme unserer Zeit auf, so 2010 in dem Buch „Heimkehrer aus der Hölle: Märchen von Kriegsverletzungen und ihrer Heilung“.

Eugen Drewermann: Der Friede ist die Zukunft,
der Krieg ist die Vergangenheit!

1. Auflage 2015, 20 Seiten, 5 Euro, Beim Verlag zu bestellen